Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

1. September 1980
Jg. 8 Nr. 36

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Türkei weist sowjetische Provokationen zurück

z.anb. Wien. Während der in Wien tagenden MBFR-Verhandlungsrunde hat der Vertreter der Türkei einen scharfen Protest seiner Regierung gegen die ständig wachsende militärische Präsenz der Sowjetunion im Bereich der 610 km langen Grenze zur Türkei vorgebracht. Inzwischen befinden sich dort 15 Divisionen – 200000 Soldaten. Die türkische Regierung verlangt von der Sowjetunion die sofortige Einstellung des Truppenaufmarsches, andernfalls werde sie ihre eigenen Schutztruppen an der Grenze massiv verstärken. Vor wenigen Wochen erschien in der ,,Prawda" ein Artikel, der die militärische Präsenz der USA und der NATO im Mittelmeer als gegen die Interessen der Sowjetunion gerichtet angriff, da diese als Anrainerstaat des Schwarzen Meeres – mit seiner ,,direkten Verbindung" zur Ägäis – sich als ,,Mittelmeermacht" betrachte.

Einmarsch äthiopischer Truppen in Somalia

z.chm. Äthiopische Truppen, von der Luftwaffe unterstützt, drangen am Mittwoch vergangener Woche in Somalia ein. Sie bombardierten 5 Städte im Nordwesten des Landes. Die somalische Armee konnte den Angriff zurückschlagen. Als Vorwand diente der äthiopischen Militärregierung die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen Somalia und den USA über die Nutzungsrechte des Hafens Berbera für die US-Marine. Das eigentliche Ziel dieses Angriffs, der von langer Hand vorbereitet wurde, ist die Zerschlagung der Westsomalischen Befreiungsfront, die für die Befreiung des Ogaden von der äthiopischen Besetzung kämpft. In letzter Zeit koordinierte die FSLO ihre Operationen mit den Befreiungsbewegungen von Oromo und Tigray, die ebenfalls gegen die äthiopischen Besatzer kämpfen.

Massenaktionen gegen Militärjunta in Chile

z.lup. Über 50000 nahmen am 28. August an einer Demonstration in Santiago de Chile teil, die sich gegen die Militärjunta Pinochets und die von ihr vorgelegte Verfassung richtete. Die Demonstration bildete sich im Anschluß an eine Veranstaltung des christdemo-

Einmarsch äthiopischer Truppen in Somalia

z.chm. Äthiopische Truppen, von der Luftwaffe unterstützt, drangen am Mittwoch vergangener Woche in Somalia ein. Sie bombardierten 5 Städte im Nordwesten des Landes. Die somalische Armee konnte den Angriff zurückschlagen. Als Vorwand diente der äthiopischen Militärregierung die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen Somalia und den USA über die Nutzungsrechte des Hafens Berbera für die US-Marine. Das eigentliche Ziel dieses Angriffs, der von langer Hand vorbereitet wurde, ist die Zerschlagung der Westsomalischen Befreiungsfront, die für die Befreiung des Ogaden von der äthiopischen Besetzung kämpft. In letzter Zeit koordinierte die FSLO ihre Operationen mit den Befreiungsbewegungen von Oromo und Tigray, die ebenfalls gegen die äthiopischen Besatzer kämpfen.

Massenaktionen gegen Militärjunta in Chile

z.lup. Über 50000 nahmen am 28. August an einer Demonstration in Santiago de Chile teil, die sich gegen die Militärjunta Pinochets und die von ihr vorgelegte Verfassung richtete. Die Demonstration bildete sich im Anschluß an eine Veranstaltung des christdemo-
kratischen Politikers Frei. Frei und die christdemokratische Partei hatten 1973 zum Sturz der Regierung Allendes beigetragen. Die Demonstration vom 28. August war die größte Demonstration in Chile seit dem Militärputsch. Obwohl es der Polizei des Militärregimes gelang, die Demonstration aufzulösen, zogen später noch stundenlang Gruppen von Demonstranten durch die Stadt, riefen Parolen und sangen Lieder gegen das Pinochet-Regime. Arbeiter der Chuquicamate-Minen haben vergangene Woche eine Resolution gegen die Verfassung der Militärjunta verabschiedet.

Nach Niederlage in der UNO verschärfte zionistische Aggression

z.anb. Der Ständige Beobachter der PLO bei der UNO, Terzi, hat zur Abstimmung im Sicherheitsrat am 20.8. erklärt, die zunehmende Isolierung des Zionistenregimes könne man deutlich an der Abstimmung sehen: 1979 waren noch 14 Staaten gegen die Rechte der Palästinenser, im Juli 1980 nur noch sieben. Die massiven israelischen Bombenangriffe auf den Südlibanon seien die Vorstufe zu militärischen Besetzung, nach dem Jerusalem-Gesetz plant die Knesseth die Annexion der Golan-Höhen, am 24.8. hat sie das von den Begründern des Zionismus für ,,Groß-Israel" vorgesehene Kanalprojekt zwischen Mittelmeer und Totem Meer gebilligt. Es verläuft vom südlichen Gaza an durch die Negev-Wüste bis nach En Boqeq am Toten Meer, und bildet so eine strategische Schneise mitten durch die 1967 besetzten Gebiete.

Ein großer Sieg der polnischen Arbeiterklasse

Materielle Verbesserungen, Streikrecht und unabhängige Gewerkschaften durchgesetzt / Drohender TASS-Kommentar

z.hku. Können die polnischen Arbeiter den Streik bis zur Erfüllung ihrer Forderungen fortführen? Was wird die sozialimperialistische Supermacht tun, für die Polen unersetzlicher Aufmarschplatz gegen Westeuropa ist, und die in und um Polen 55 Divisionen zu stehen hat? Mit gespannter Anteilnahme verfolgt die internationale Arbeiterbewegung den politischen Massenstreik in den polnischen Küstenstädten, der die Ziele der gesamten Nation verficht. Sie ist für den Neuaufschwung der Arbeiterbewegung in den Ländern Osteuropas von unabsehbarer Bedeutung.

In eindringlichen Bildern konnte man in den vergangenen Tagen verfolgen, wie die Streikbewegung ihre Kraft entfaltete: die hervorragende Ruhe und Disziplin, die aus der Kenntnis der Kräfteverhältnisse entsprang; die einheitliche Führung durch die überbetrieblichen Streikkomitees; eine Plattform, die den Kampf um die elementaren Arbeiterrechte verbindet mit dem Kampf um Demokratie. Die lebendige und feste Verbindung der bestreikten und besetzten Betriebe mit der ganzen Stadt. Repräsentanten der Intelligenz haben sich für die Arbeiter erklärt und unterstützen sie praktisch; die im großen und ganzen reibungslose Versorgung zeigt, daß der Streik die Sympathie auch der Bauern findet. Auch die katholische Kirche hat ihn ein Stück weit unterstützen müssen, und das ist wichtiger als der zweifellos vorhandene ideologische Einfluß des Klerus. Den Streik aufgegeben haben die Arbeiter auch nach dem Appell Kardinal Wyszynskis nicht.

Seitdem am 23.8. Jagielski für das ZK der PVAP zu Verhandlungen mit dem überbetrieblichen Streikkomitee auf die Lenin-Werft kommen mußte, ist die neue Bourgeoisie Schritt für Schritt zurückgewichen, hat sie die Initiative keinen Augenblick wiedergewinnen können. Die Taktik, die Streikkomitees durch die PVAP-Mitglieder – unter Trommelfeuer gegen ,,antisozialistische Elemente" – zu spalten und die Küste vom übrigen Land zu isolieren, war gescheitert. Einige Verfechter dieses Kurses wurden gefeuert; Gierek übte in seiner zweiten Fernsehrede ausdrücklich Selbstkritik. Er bietet demokratische Wahlen in den Ge-

heitliche Führung durch die überbetrieblichen Streikkomitees; eine Plattform, die den Kampf um die elementaren Arbeiterrechte verbindet mit dem Kampf um Demokratie. Die lebendige und feste Verbindung der bestreikten und besetzten Betriebe mit der ganzen Stadt. Repräsentanten der Intelligenz haben sich für die Arbeiter erklärt und unterstützen sie praktisch; die im großen und ganzen reibungslose Versorgung zeigt, daß der Streik die Sympathie auch der Bauern findet. Auch die katholische Kirche hat ihn ein Stück weit unterstützen müssen, und das ist wichtiger als der zweifellos vorhandene ideologische Einfluß des Klerus. Den Streik aufgegeben haben die Arbeiter auch nach dem Appell Kardinal Wyszynskis nicht.

Seitdem am 23.8. Jagielski für das ZK der PVAP zu Verhandlungen mit dem überbetrieblichen Streikkomitee auf die Lenin-Werft kommen mußte, ist die neue Bourgeoisie Schritt für Schritt zurückgewichen, hat sie die Initiative keinen Augenblick wiedergewinnen können. Die Taktik, die Streikkomitees durch die PVAP-Mitglieder – unter Trommelfeuer gegen ,,antisozialistische Elemente" – zu spalten und die Küste vom übrigen Land zu isolieren, war gescheitert. Einige Verfechter dieses Kurses wurden gefeuert; Gierek übte in seiner zweiten Fernsehrede ausdrücklich Selbstkritik. Er bietet demokratische Wahlen in den Ge-
werkschaften an, sofort, noch vor dem kommenden Gewerkschaftskongreß.

Die zweite Verhandlungsrunde begann erst, nachdem die Telefone nach Gdansk wieder frei sind, was die Ausdehnung von Sympathiestreiks befördert hat. Die PVAP sichert Maßnahmen beim Lohn, den Sozialleistungen, in der Güterversorgung zu. Über verschiedene politische Fragen, wie Einschränkung der Zensur, könne gesprochen werden; das *Streikrecht* soll im neuen Gewerkschaftsgesetz verankert werden. Nicht verhandeln könne man jedoch über die Grundlagen der polnischen Staatsräson und über die Bündnisbeziehungen; nicht verhandeln könne man über eine ,,Spaltung der Gewerkschaftsbewegung", wie die PVAP die zentrale Forderung nach dem Recht auf Gründung neuer unabhängiger Gewerkschaften bezeichnet.

Schon mehrmals, zuletzt 1970, war eine ,,Demokratisierung" der Gewerkschaften zugesichert worden, wurden einige Neuwahlen durchgeführt; die Gewerkschaften haben weiterhin als Teil des Verwaltungsapparates fungiert. Die neue Bourgeoisie verfügt über die Produktionsmittel der Gesellschaft; mit der Polnischen Arbeiterpartei und den Gewerkschaften verfügt sie auch über die Klassenorganisation der Arbeiter. Die Hartnäckigkeit der Streikenden in dieser Frage drückt den durch bittere Erfahrung genährten Willen aus, sich wieder *selbständige* Klassenorganisationen zu schaffen.

Gegen Ende der Woche hat sich die Lage weiter zugespitzt. Im ganzen Land sind Betriebe in Sympathiestreiks getreten; die Versorgung der Betriebe mit Material stockt. Die Aufrufe und Warnungen der PVAP werden schriller; in die Drohungen mischt sich Angst vor einer ,,Zuspitzung der Lage, die das Land in eine nationale Katastrophe führen müßte". Eine Katastrophe von solchen Ausmaßen, ,,daß manchem die Analogien mit dem Drama vom Ende des 18. Jahrhunderts durch den Kopf gehen." Damals teilten Rußland und Preußen das Land unter sich auf.

Am Freitag und Samstag dehnt sich die Streikbewegung vor allem in Wroclaw und im Textilzentrum Lodz aus. Belegschaften des schlesischen Kohlebergbaus erklären, am Montag in den Streik zu treten, wenn keine Einigkeit

eine ,,Demokratisierung" der Gewerkschaften zugesichert worden, wurden einige Neuwahlen durchgeführt; die Gewerkschaften haben weiterhin als Teil des Verwaltungsapparates fungiert. Die neue Bourgeoisie verfügt über die Produktionsmittel der Gesellschaft; mit der Polnischen Arbeiterpartei und den Gewerkschaften verfügt sie auch über die Klassenorganisation der Arbeiter. Die Hartnäckigkeit der Streikenden in dieser Frage drückt den durch bittere Erfahrung genährten Willen aus, sich wieder *selbständige* Klassenorganisationen zu schaffen.

Gegen Ende der Woche hat sich die Lage weiter zugespitzt. Im ganzen Land sind Betriebe in Sympathiestreiks getreten; die Versorgung der Betriebe mit Material stockt. Die Aufrufe und Warnungen der PVAP werden schriller; in die Drohungen mischt sich Angst vor einer ,,Zuspitzung der Lage, die das Land in eine nationale Katastrophe führen müßte". Eine Katastrophe von solchen Ausmaßen, ,,daß manchem die Analogien mit dem Drama vom Ende des 18. Jahrhunderts durch den Kopf gehen." Damals teilten Rußland und Preußen das Land unter sich auf.

Am Freitag und Samstag dehnt sich die Streikbewegung vor allem in Wroclaw und im Textilzentrum Lodz aus. Belegschaften des schlesischen Kohlebergbaus erklären, am Montag in den Streik zu treten, wenn keine Einigkeit
erzielt sei. Ein Generalstreik über das ganze Land zeichnet sich ab. Am Samstag vereinbaren die Streikkomitees und die Vertreter der PVAP eine Einigung, die die Gründung von ,,unabhängigen sozialistischen" Gewerkschaften beinhaltet.

Die gegenwärtige Massenstreikbewegung in Polen hat schon jetzt das sozialimperialistische Imperium, insbesondere in Osteuropa, erschüttert. Daß die neuen Zaren bisher noch nicht eingeschritten sind, hängt direkt mit dem erfolgreichen Widerstandskrieg der Völker Kampucheas und Afghanistans zusammen. Aber gerade nach den Erfolgen der polnischen Arbeiter ist Wachsamkeit geboten: Nach kargen Meldungen über ,,antisozialistische Elemente" hat TASS am Dienstag einen heftigen Angriff gefahren auf den ,,subversiven Propagandarummel, der in den letzten Tagen um Polen entfacht wird; er sei ein ,,Versuch, sich in grober Weise in die inneren Angelegenheiten eines souveränen sozialistischen Staates einzumischen." Alle bisherigen Äußerungen der Sowjetunion bereiten Interventionsgründe vor.

Die US-Imperialisten und ihr Gefolge verbreiten derzeit süße Worte über Nichteinmischung und Sympathie. Sie hoffen auf Schwächung der sozialimperialistischen Position durch Stärkung eines Reformkurses in Polen, gestützt auf Kredite, die sie jetzt bereitwillig und zu hohen Zinsen anbieten.

Wir haben geschrieben, daß wir die polnische Arbeiterklasse am besten unterstützen durch eine Politik, die unter den Forderungen nach Auflösung der Militärbündnisse und nach endgültiger Anerkennung der Grenzen Polens die Interventionsgelüste der Imperialisten bekämpft. Das muß man auch am Antikriegstag, der ja vom Überfall der Faschisten auf Polen ausgeht, bedenken. (Weitere Dokumente S. 14)

1. September 1980 – 41. Jahrestag des faschistischen Überfalls auf Polen



Mit dem Überfall der deutschen Faschisten auf Polen hat am 1. September 1939 der 2. Weltkrieg begonnen. Die Annexion Österreichs und der Tschechoslowakei, die Intervention im spanischen Bürgerkrieg, der Überfall Italiens auf Abessinien und die Aggression Japans gegen China haben den 2. Weltkrieg vorbereitet. Der 1. September ist traditioneller Antikriegstag der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften. – Will man den imperialistischen Krieg bekämpfen, muß man gerechte Kriege, Kriege unterdrückter Völker für nationale Unabhängigkeit unterstützen gegen imperialistische Aggressionen. Gegen die Aufmarschpläne des

wird; er sei ein ,,Versuch, sich in grober Weise in die inneren Angelegenheiten

schisten auf Polen ausgeht, bedenken. (Weitere Dokumente S. 14)

1. September 1980 – 41. Jahrestag des faschistischen Überfalls auf Polen



Mit dem Überfall der deutschen Faschisten auf Polen hat am 1. September 1939 der 2. Weltkrieg begonnen. Die Annexion Österreichs und der Tschechoslowakei, die Intervention im spanischen Bürgerkrieg, der Überfall Italiens auf Abessinien und die Aggression Japans gegen China haben den 2. Weltkrieg vorbereitet. Der 1. September ist traditioneller Antikriegstag der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften. – Will man den imperialistischen Krieg bekämpfen, muß man gerechte Kriege, Kriege unterdrückter Völker für nationale Unabhängigkeit unterstützen gegen imperialistische Aggressionen. Gegen die Aufmarschpläne des
Sozialimperialismus richten sich vor allem die Befreiungskämpfe der Völker von Kampuchea, Afghanistan und Eritrea.

Montanmitbestimmung im Wahlkampf

Gespräche der IGM mit Parteien / Beim Kampf für den Normalarbeitstag gibt's weniger Verständnis

z.ges. In der vergangenen Woche führte der Vorstand der IG Metall Gespräche mit den im Bundestag vertretenen Parteien wegen der Montanmitbestimmung. Der Mannesmannvorstand hatte in Verhandlungen mit der IG Metall vorgeschlagen, vom Januar '80 bis zum Juli 1981 durch eine Zwischenlösung in der Konzernorganisation die Mitbestimmung in Geltung zu lassen. Vor dem Juli 1981 sollte der Bundestag Gelegenheit nehmen, gesetzliche Regelungen zu schaffen. Die IG Metall strebt eine dauerhafte Festlegung des Mannesmannkonzerns in Verhandlungen an. Nach dem vorläufigen Scheitern der Verhandlungen hatte sie die Gepräche mit den Parteien aufgenommen.

Bereits am 2. Juli war von der SPD ein Gruppenantrag zur ,,Sicherung der Montanmitbestimmung" in den Bundestag eingebracht und angekündigt worden, notfalls eine Sondersitzung einzuberufen. Die FDP ist gegen die Gesetzesinitiative der SPD. Für beide Seiten konnte die Auseinandersetzung den Wahlkampf bereichern. Die SPD spekulierte darauf, daß die Sozialausschüsse der CDU/CSU sich einer Gesetzesinitiative zur Sicherung der Montanmitbestimmung nicht entziehen könnten. In die Wahlkampfführung der CDU/CSU hätte Verwirrung hineingetragen werden können, nachdem sich der ,,Wirtschaftsrat" der CDU/CSU bereits heftig gegen die SPD-Initiative ausgesprochen hatte.

Dann änderte sich die Lage. Unter Regie von Strauß mußte der CDU-Vorstand einen Vorschlag Norbert Blüms akzeptieren. Die Gesetzesinitiative der SPD wird abgelehnt, der IG Metall und dem DGB soll jedoch durch eine Änderung des Mitbestimmungsergänzungsgesetzes von 1956 entgegengekommen werden. Dort ist als Quote für die Geltung der Montanmitbestimmung festgelegt, mindestens 50% der Produktion des Konzerns müßten im Montanbereich liegen. CDU/CSU schlagen jetzt vor, die Quote auf 30% zu senken. Eine solche Änderung des Mitbestimmungsergänzungsgesetzes ließe die vom Mannesmannkonzern beabsichtigte Neuorganisation des Konzerns zu, ohne daß der Konzern aus dem Bereich der Montanmitbestimmung ausscheiden würde. Ruft die SPD jetzt eine Sondersitzung des Bundestages ein, steht sie isoliert da und kann auf keine Stimmen aus der CDU/CSU rechnen. Die Regierungskoalition wäre gespalten, die CDU/CSU aber vereinheitlicht. Der Fraktionsvorstand der SPD will vorläufig keine Sondersitzung des Bundestages einberufen, hält aber an der Gesetzesinitiative fest.

Schmidt hatte sowieso vor einer Sondersitzung des Bundestages gewarnt und in einem Brief an Wehner schwerwiegende Konsequenzen angekündigt, falls die Fraktion eine Spaltung des Kabinetts riskiere. Die SPD-Gesetzesinitiative solle ,,als Knüppel hinter der Tür" verfügbar gehalten, aber nicht eingesetzt werden.

Durch das Manöver der CDU/CSU wurde auch die Position der FDP ungemütlich, die nun mit ihrer Ablehnung einer gesetzlichen Sicherung der Montanmitbestimmung allein dastand. Vorstandsmitglied Borm rief zur Änderung des Kurses auf und Genscher legte Wert darauf, mit den IG Metallvertretern ein konstruktives Gespräch geführt zu haben. Wann je hat die Gewerkschaft auf einem wesentlichen Kampffeld soviel Verständnis der Parteien gefunden?

USA muß Unabhängigkeit Puerto Ricos anerkennen! US-Truppen raus aus Puerto Rico!



Das forderte der UN-Entkolonisierungsausschuß. Die Fischer in Vieques, dem Atomstützpunkt der USA, deren Fischereigründe teilweise schon zerstört worden sind, spielen eine führende Rolle im Unabhängigkeitskampf Puerto Ricos.

z.jük. **Genscher hat vor der UNO-Sondervollversammlung versucht, sich als Freund der Völker anzuschleichen, um dann zur Lösung der vorhandenen Wirtschaftsprobleme den Zugriff des BRD-Kapitals auf die Ressourcen der Dritten Welt anzupreisen.** Genscher sieht die „friedliche Entwicklung in der Welt durch die bedrohliche wirtschaftliche Lage in den Entwicklungsländern und durch eine neue Vorherrschaftspolitik der Sowjetunion gefährdet“, die mit der Invasion in Afghanistan einen „neuen ideologisch begründeten Kolonialismus“ praktiziere. Weiter griff Genscher, liberal verpackt, Forderungen der Dritten Welt auf, die auf verschiedenen internationalen Wirtschaftskonferenzen erhoben werden, so z.B. die Forderung, daß auch die RGW-Staaten Entwicklungshilfe zahlen müßten, eine Forderung, die zu unterstützen dem BRD-Imperialismus wahrlich keine Mühe macht. Im gleichen Atemzug stellte Genscher fest, daß „ein fruchtbarer Dialog nur dann erreicht werden kann, wenn jede Seite anerkennt, daß auch die Aussagen der anderen richtig seien.“ Was das nach Genschers Meinung für die Völker heißt, ist vor allem „Öffnung“ ihrer Märkte, wofür die BRD entschieden eintrete. Des weiteren „verstärkte Rückschleusung der Öldollars in die Entwicklungsländer, bessere Erschließung ihrer Energieressourcen (durch die Imperialisten, versteht sich), den Abbau ihrer Abhängigkeit von Nahrungsmitteleinfuhren durch die Anlage international koordinierter nationaler Getreidereserven (wobei Genscher die Frage der *Kontrolle* durch die Völker umschifft), sowie die Steigerung des öffentlichen und privaten Kapitaltransfers in die dritten Welt.“ Die dritte Welt braucht Entwicklungshilfe, auch ausländische Technologie, aber zu ihren Bedingungen und nicht denen der Imperialisten, die sie erneut in Abhängigkeit treiben.

z.anb. **Wichtigstes Ergebnis der nach 5 Wochen am 29.8. beendeten 9. Session der UNO-Seerechtskonferenz ist die Festlegung der Zusammensetzung der Internationalen Tiefseebergbaubehörde.** Das Gremium soll 36 Mitglieder umfassen, davon die Hälfte aus den 4 Weltregionen Afrika, Asien, Nord- und Lateinamerika, Europa. Von den restlichen 18 Vertretern sollen 4 auf die Länder entfallen, die die Hauptinvestoren im Tiefseebergbau sind, 4 auf die größten Verbraucherländer der darüber geförderten Rohstoffe, 4 auf die größten Produzentenländer der wichtigsten Metalle Kupfer, Mangan, Nickel und Kobalt, bezogen auf die Förderung an Land; die verbleibenden 6 Vertreter fallen ausschließlich der Dritten Welt zu. Nachdem die Imperialisten ihre offene Gegnerschaft gegen einen internationalen Kontrollrat aufgeben mußten, und die jetzige Verteilung auf etwa paritätische Besetzung zwischen der Dritten Welt und den imperialistischen Staaten hinausläuft, steht nun im Kreuzfeuer, mit welchem Abstimmungsquorum der Rat verbind-

Getreidereserven (wobei Genscher die Frage der *Kontrolle* durch die Völker umschifft), sowie die Steigerung des öffentlichen und privaten Kapitaltransfers in die dritten Welt.“ Die dritte Welt braucht Entwicklungshilfe, auch ausländische Technologie, aber zu ihren Bedingungen und nicht denen der Imperialisten, die sie erneut in Abhängigkeit treiben.

z.anb. **Wichtigstes Ergebnis der nach 5 Wochen am 29.8. beendeten 9. Session der UNO-Seerechtskonferenz ist die Festlegung der Zusammensetzung der Internationalen Tiefseebergbaubehörde.** Das Gremium soll 36 Mitglieder umfassen, davon die Hälfte aus den 4 Weltregionen Afrika, Asien, Nord- und Lateinamerika, Europa. Von den restlichen 18 Vertretern sollen 4 auf die Länder entfallen, die die Hauptinvestoren im Tiefseebergbau sind, 4 auf die größten Verbraucherländer der darüber geförderten Rohstoffe, 4 auf die größten Produzentenländer der wichtigsten Metalle Kupfer, Mangan, Nickel und Kobalt, bezogen auf die Förderung an Land; die verbleibenden 6 Vertreter fallen ausschließlich der Dritten Welt zu. Nachdem die Imperialisten ihre offene Gegnerschaft gegen einen internationalen Kontrollrat aufgeben mußten, und die jetzige Verteilung auf etwa paritätische Besetzung zwischen der Dritten Welt und den imperialistischen Staaten hinausläuft, steht nun im Kreuzfeuer, mit welchem Abstimmungsquorum der Rat verbind-liche Festlegungen treffen kann. Darüber wird die 10. und letzte Session 1981 im Rahmen der Abstimmung der gesamten Seerechtskonvention beschließen. Bis dahin wollen die Imperialisten versuchen, durch bilaterale Abkommen den Kompetenzbereich der Bergbaubehörde noch vor ihrer Installierung zu untergraben.

z.haw. **In der Dumpingklage der United States Steel Corp. gegen Stahlexporteure der EG läuft am 17. Oktober die gesetzliche Frist ab, zu der die US-Regierung entscheiden muß, ob die am 21. März eingereichte Klage berechtigt ist.** Eine Einigung auf dem Verhandlungswege ist nicht in Sicht, die US-Steel will die Klage weiterverfolgen, um so ihre Marktanteile auf dem US-Stahlmarkt zu sichern. An einer schnellen Entscheidung ist der US-Regierung nicht gelegen, zumal sich die US-Stahlherstellung auf dem niedrigsten Produktionsstand seit 1963 befindet. Ein Erfolg der Dumpingklage wäre mit größeren Einbrüchen für die europäischen Stahlkonzerne auf dem amerikanischen Markt verbunden. Die US-Importe sind bereits in den ersten 6 Monaten d. J. von 2,6 auf 2,3 Mio. t zurückgegangen. Beide Seiten haben ihre Regierungen als Vermittler eingeschaltet. Lambsdorff auf der Mitgliederversammlung der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl 1980: „Protektionismus führt letztlich nicht nur zu einer Arbeitslosigkeit beiderseits des Atlantiks, er droht auch auf Dauer die guten politischen Beziehungen zwischen den Bündnispartnern zu belasten.“ In Anbetracht der Lage schlägt Thyssenchef Spethmann vor, das Mindestpreissystem wieder einzuführen, um nicht ganz aus dem amerikanischen Markt herauszufliegen.

z.hew. **Am 18.8. wurde ein Uranliefervertrag zwischen der BRD und Australien abgeschlossen.** Durch den Vertrag wird die BRD der größte Abnehmer von Uran in Australien werden. Die Verträge, die mit westdeutschen und japanischen Energiegesellschaften geschlossen wurden, sehen Lieferungen von insgesamt 34000 t vor. Über 15 Jahre sollen in jährlichen Lieferungen die BRD 20500 und Japan 13500 t insgesamt erhalten. Durch diese Garantieabnahme erwarben sich die BRD-Imperialisten das Recht einer Beteiligung an der Energy Ressources of Australia Ltd., die bisher zu 50% dem australischen Staat gehörte. Die Lieferverträge haben einen Gesamtwert von 4,2 Mrd. DM. Das Uranvorkommen der Ranger-mine, die von der Energy Ressources of Australia betrieben wird, wird auf rund 111000 t Uran geschätzt. Die Jahresproduktion soll ab 1982 3000 t und später 6000 t betragen. Die Urangesellschaft mbH und die Saarberg-Interplan GmbH sind zusammen mit 15% an dieser Gesellschaft beteiligt. In Australien gibt es eine breite Bewegung gegen den Export von Uran.

z.doe. **Auf Initiative von Mitgliedern der IGM, ÖTV, Drupa-Jugend, Postgewerkschaft und IG Chemie hat am 29. August eine Solidaritätsveranstaltung mit dem Streik der polnischen Arbeiter im Frankfurter Gewerkschaftshaus mit fast 200 Teilnehmern stattgefunden.** Der DGB hatte zuvor abgelehnt, Träger einer solchen Veranstaltung zu sein, obwohl ihn viele Anrufe aus Betrieben erreicht hatten. Die Teilnehmer verabschiedeten eine Resolution, in der die 21 Forderungen der polnischen Arbeiter bedingungslos unterstützt werden und zur Solidarität aufgerufen wird. Am Antikriegstag soll die Resolution auf einer DGB-Veranstaltung erneut verabschiedet werden und wird eine Kundgebung und Demonstration im September in Frankfurt gefordert.

z.eve. **Am 25.8.80 fand in Hamburg eine Demonstration gegen den Kanzlerkandidaten Strauß statt, an der sich ca. 15000 Leute beteiligten.** Die Jugend der IG Druck hatte zu dieser Demonstration aufgerufen, wie viele andere Gruppen auch. Der Kern der Demonstration waren Gewerkschaftsgruppen, die sich gegen Reaktion, Faschismus und Krieg ausgesprochen haben. Die



funden. Der DGB hatte zuvor abgelehnt, Träger einer solchen Veranstaltung zu sein, obwohl ihn viele Anrufe aus Betrieben erreicht hatten. Die Teilnehmer verabschiedeten eine Resolution, in der die 21 Forderungen der polnischen Arbeiter bedingungslos unterstützt werden und zur Solidarität aufgerufen wird. Am Antikriegstag soll die Resolution auf einer DGB-Veranstaltung erneut verabschiedet werden und wird eine Kundgebung und Demonstration im September in Frankfurt gefordert.

z.eve. **Am 25.8.80 fand in Hamburg eine Demonstration gegen den Kanzlerkandidaten Strauß statt, an der sich ca. 15000 Leute beteiligten.** Die Jugend der IG Druck hatte zu dieser Demonstration aufgerufen, wie viele andere Gruppen auch. Der Kern der Demonstration waren Gewerkschaftsgruppen, die sich gegen Reaktion, Faschismus und Krieg ausgesprochen haben. Die



Arbeiter der HDW (Howaldt-Deutsche-Werft) auf der Demonstration

Betriebsgruppe des allgemeinen Krankenhauses Wandsbek hatte für die Demonstration zum Antikriegstag und für die Straußdemonstration unter der Forderung: Keine Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westdeutschland aufgerufen. Eine Demonstrationsroute, die zur Ernst-Merck-Halle angemeldet wurde, war von der Hamburger Innenbehörde verboten worden. Der Hamburger Senat hatte schon Tage vorher bekannt gegeben, daß sie Strauß mit einem Polizeiaufgebot von 3000 Polizisten schützen wollten. Diesem Auftrag kam die Polizei nach. Im S-Bahnhof Sternschanze trieb sie Gruppen von Demonstranten mit Schlagstöcken, Hunden und Tränengas durch den Bahnhof. Dabei wollten Jugendliche sich über die S-Bahn-Gleise in Sicherheit bringen. Ein Jugendlicher wurde von der Polizei vor die U-Bahn getrieben. Er ist am Freitag gestorben. Während des brutalen Polizeieinsatzes erklärte Strauß in der Ernst-Merck-Halle: „Wir stehen für eine Politik des Friedens in Freiheit. Wer den 2. Weltkrieg erlebt hat wie ich..., der kann nur Pazifist sein... Ich bin ein Verantwortungspazifist. Mir ist eine Sicherheitsgarantie der NATO wertvoller als ein Nicht-Angriffsversprechen von Breschnew.“

z.lup. **In einer bundesweiten Aktion hat die Polizei** am 28. August in zahlreichen Städten der BRD, u.a. Hannover, Düsseldorf, Frankfurt, Aschaffenburg, Regensburg und München Plakate der „Volksfront“ beschlagnahmt. Die Beschlagnahmung erfolgte auf Grund einer Anordnung des Amtsgerichts Dortmund, welches erklärte, das Plakat hätte beleidigenden und verleumderischen Charakter. Das Plakat zeigt F. J. Strauß als Kampfstier mit spitzen Hörnern und gespickt mit roten Pfeilen der „Volksfront.“.

z.gkr. **16000 Orden will der Bundesverteidigungsminister in Zukunft jährlich in der Bundeswehr verteilen.** Vier Stufen können bei diesem neu geschaffenen Orden erklommen werden: Die Plakette in Bronze gibt es für „treue Pflichterfüllung“, solange sie noch nicht wesentlich länger als 1 Jahr währt. Auf Gold hat Anspruch, wer schon 20 Jahre der Bourgeoisie treu gedient hat. Noch kurz bevor Apel diese Maßnahme bekannt gemacht hatte, legte der Verbindungsoffizier im Bundeskanzleramt eine Untersuchung über den Rückgang des Ansehens der SPD in der Bundeswehr vor. Bedenklich, wenn das Ansehen der politischen Führung innerhalb der imperialistischen Armee ramponiert ist. Nicht nur die Flut von Orden soll diesem Zustand abhelfen. Erst jetzt wurde wieder ein öffentliches Gelöbnis mit Stoltenberg in Eckernförde durchgeführt. Auch der Auftritt der Bundeswehr in Kalkar bei der 75-Jahres-Feier sollte die Herstellung der Kriegsfähigkeit der Bundeswehr sichern. Aber auf Grund des heftigen Protestes und der Ankündigung von Demonstrationen mußte Apel den Auftritt der Bundeswehr streichen. Wo bleibt da die Gelegenheit, den Orden auch auszuführen, fragt besorgt die „Welt am Sonntag“.

z.ebk. **Ausschluß der Öffentlichkeit, des Verteidigers und des Angeklagten ordnet der Bundesgerichtshof in einem Beschluß vom 28.5. (KVZ Jur. Entscheidungsdienst 1980, S. 473) an,** wenn ein als Zeuge zu vernehmender Spitzel von seiner Behörde anders keine Aussagegenehmigung erhält. Es reiche aus, wenn der Spitzel durch ein Mitglied des Gerichts vernommen werde. Der Verteidiger könne ja seine Fragen an den Zeugen dem Richter schriftlich vorbereitet mitgeben. In dem Berliner Prozeß um die Ermordung des früheren 2.-Juni-Mitglieds Schmücker war der Verfassungsschutz immer mehr in Schwierigkeiten geraten, weil schon nachgewiesen war, daß er seine Hände bei der als Hinrichtung bezeichneten Aktion jedenfalls mit im Spiel gehabt hat. Der Westberliner Innensenator hat den ihm vom BGH zugespielten Ball sofort aufgenommen und der Vernehmung eines seiner Spitzel zugestimmt, wenn die Vernehmung so stattfinde, wie vom BGH für zulässig erklärt: ohne Öffentlichkeit und ohne Verteidigung.

z.gas. **25% beträgt die Ausländerquote in Schichtbetrieben, in Nichtschichtbetrieben dagegen nur 8%.** Innerhalb der Schichtbetriebe sind 47% der ausländischen zu 39% der deutschen Arbeiter in Schichtarbeit eingesetzt. So teilt eine Anfang August im „Handelsblatt“ wiedergegebene Studie der Professoren Weber und Gangler mit. Weiter liege die Unfallquote mit 19,5% zu 11,4% bei den ausländischen Arbeitern wesentlich höher. Vor allem „risikoreichere Arbeitsplätze“ seien die Ursache. Denn ein Großteil der Ausländer wolle „möglichst schnell viel Geld verdienen“ und nehme deshalb „Arbeiten unter besonderen Erschwernissen für höhere Vergütung in Kauf“, empfehlen die Professoren. Von den rund 4 Mio. Ausländern sind 70% weniger als 10 Jahre in der BRD. Laut Bundesanstalt für Arbeit betrug der Durchschnittslohn ausländischer Arbeiter 1976 1885 DM zu 2004 DM deutscher Arbeiter. Zu untersuchen, wieweit es der westdeutschen Kapitalistenklasse gelungen ist, die ausländischen Arbeiter mittels Beschränkungen der Aufenthaltserlaubnis, der Arbeitserlaubnis usw. den miesesten Arbeitsbedingun-

Große Entschlossenheit der französischen Fischer

Kriegsmarine kann Kampf nicht brechen / Arbeiter verstärken Solidaritätsaktionen

z.pel.Paris. Bei Redaktionsschluß dieser Zeitung (Samstag 16 Uhr) waren die Vollversammlungen, auf denen die ca. 23000 französischen Fischer über die Fortsetzung ihres Kampfes berieten, noch nicht beendet, die Entscheidung über das „Wie“ der Fortsetzung der Aktionen noch nicht bekannt. Daß die Fischer aufgeben würden, konnten Kapitalisten und Regierung nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen Reedern und lohnabhängigen Fischern sowie der Ablehnung der Vorschläge des Transportministers durch das Zentrale Komitee für Fischerei am Donnerstag bzw. Freitag nicht mehr hoffen.

Am Mittwoch noch glaubte die Bourgeoisie zeitweilig an einen Sieg in den seit über vier Wochen andauernden harten Auseinandersetzungen. Kriegsmarine, teilweise mit Bereitschaftspolizei besetzt, hatte die 20 bzw. 40 Fischkutter, welche die Ölhäfen Fos/Marseille und Antifer/Le Havre blockierten, mit großer Brutalität angegriffen. Unter Einsatz von starken Wasserwerfern und Tränengasgranaten wurden die Fischer abgedrängt. Mehrere Kutter konnten den Rammversuchen der Kriegsschiffe nur mit waghalsigen Manövern ausweichen. Die endgültige Bilanz: über 20 zum Teil schwer beschädigte Schiffe – einige mit Schäden bis zu 100000 DM –, vier Verletzte. Die Fischer beschlossen Abbruch der Blockade, „um keine Menschenleben zu gefährden“.

Nach scheinbarer Zerschlagung der Kampffront stieß Industrieminister Theule sofort mit einem „Kompromißvorschlag“ nach. Er versprach Regierungshilfen für die Umrüstung auch der kleinen Kutter, Unterstützung bei der Verbesserung der Vermarktungsstrukturen und Maßnahmen gegen die Konkurrenz „wilder Fischerei“. Bei den entscheidenden Fragen der Erzeugerpreise, der Treibstoffkosten sah er keine Möglichkeit zu Angeboten, die Entlassungs- und Lohnsenkungspläne der Reeder der Industriefangschiffe wollte er nicht kritisieren. Dieser Versuch, nach massivem Einsatz der Staatsmacht die kleinen selbständigen Fischer über einige kleine Zugeständnisse von den streikenden Matrosen der Industriefangschiffe abzuspalten, erwies sich bald als Schlag ins Wasser. 23000 selbständige Fischer sind von den über 50000 Mitte der 50er Jahre übriggeblieben, niederkonkurriert von den Kapitalisten der Industriefangflotten, die von der Regierung massiv subventioniert wurden. Etliche der vorher Selbständigen schuften dort heute als Matrosen. Die kleinen Fischer haben die gleichen 18-Stunden-Arbeitstage und kämpfen heute um ihre Existenz. „Geben wir jetzt auf, ohne Erfolge bei den Preisen und beim Treibstoff, können wir gleich den Beruf aufgeben“, sagen die meisten.

Nach den Angriffen der Kriegsmarine hat die französische Arbeiterklasse ihre Unterstützung der Fischer vervielfacht. In Le Havre, Fos und St. Nazaire traten die Schlepperbesatzungen in den Streik. Werft- und Hafenarbeiter legten spontan die Arbeit nieder. Seit Mitte der Woche treffen haufenweise Solidaritätstelegramme von Lohnabhängigen aller Branchen ein; für den 3.9. ruft die CGT zum Streik bei der Handelsmarine auf.



Mit Wasserwerfern, Ramm- und Enterdrohungen greift die französische Kriegsmarine Fischerboote vor dem Hafen Antifer an.

Kredite an Polen oder nicht? Unterschiedliche Einmischungskonzepte von Strauß und Schmidt

z.lup. Er lehne es ab, Wirtschaftshilfe zu leisten, die einem „bankrotten und kaputten Regime hilft, über die Runden zu kommen“, hat Franz Josef Strauß seit den Streiks der polnischen Arbeiter wiederholt erklärt, wobei er hinzufügte, er wolle kein „hartes Nein“ sagen und „humanitäre und wirtschaftliche Hilfe“ verteidigen. Dies gibt Strauß als „Unterstützung“ der polnischen Arbeiter aus, deren Forderungen „das Mindeste“ seien, was man von einem Staat verlangen könne. Das „Mindeste“. In Wirklichkeit will Strauß nicht mehr, sondern anderes. Die Ausplünderung durch die sozialimperialistische Supermacht hat Polen zugleich in wachsende Abhängigkeit von westlichen imperialistischen Gläubigern und ihren Krediten gebracht. Daß in dieser Lage die Vorenthaltung von Krediten das beste Mittel sei, sich in Polen einzumischen und die polnische Regierung zu Maßnahmen zu zwingen, die Polen in tiefere

Lohnerhöhungen, Arbeiterrechte und politische Freiheiten vor allem durch eine sozialimperialistische Intervention bedroht sind, deren Kampf aber durch westliche Einmischungsdrohungen zusätzlich kompliziert wird.

H. Schmidt hat sich am vergangenen Donnerstag gegen die Einstellung von Krediten an Polen gewandt. Darin sei er sich mit der amerikanischen Regierung einig, hat er gesagt. Er sei entschieden gegen eine Einmischung des Westens in die Auseinandersetzung zwischen der polnischen Regierung und den streikenden Arbeitern. Ob Einmischung oder nicht, darum geht in Wirklichkeit der Streit mit der CDU nicht. Die Bundesregierung geht bloß davon aus, daß Osthandel und Kredite dem Interesse an Einmischung besser dienlich sind und daß die Streiks günstigere Bedingungen schaffen, der polnischen Regierung die entsprechenden Konditionen für die Kredite aufzuzwingen. Erst die Entspannungspolitik

den sozialimperialistischen Supermacht stets ein Element dieser Politik. Jeder verantwortliche Politiker müsse die Entwicklung in Polen mit großer Sorge beobachten, hat Herbert Wehner erklärt, der damit die Streiks zum Gefahrenherd erklärt, nicht etwa die Sowjetunion und die von ihr ausgehende Interventionsgefahr.

90 Abgeordnete der CDU/CSU haben vor kurzem den Abgeordneten des amerikanischen Kongresses einen Brief geschrieben, in dem sie vor „Kräften“ warnten, die einen Keil zwischen die USA und die BRD, ja Westeuropa insgesamt treiben wollten. Vom Ausgang der Wahlen in der BRD hinge ab, ob „weiterhin mit einer enormen Wirtschaftshilfe jenen Kräften, die jetzt den Westen ihren Wünschen gefügig machen wollen, die Möglichkeit gewährt werden soll, ihre gewaltige Rüstung mit unserem Geld zu finanzieren.“ Bezüglich des einzuschlagenden Kurses gegenüber der so-

ge mit Schäden bis zu 100000 DM –, vier Verletzte. Die Fischer beschlossen Abbruch der Blockade, „um keine Menschenleben zu gefährden“.

Nach scheinbarer Zerschlagung der Kampffront stieß Industrieminister Theule sofort mit einem „Kompromiß-



Mit Wasserwerfern, Ramm- und Enterdrohungen greift die französische Kriegsmarine Fischerboote vor dem Hafen Antifer an.

Kredite an Polen oder nicht? Unterschiedliche Einmischungskonzepte von Strauß und Schmidt

z.lup. Er lehne es ab, Wirtschaftshilfe zu leisten, die einem „bankrotten und kaputten Regime hilft, über die Runden zu kommen“, hat Franz Josef Strauß seit den Streiks der polnischen Arbeiter wiederholt erklärt, wobei er hinzufügte, er wolle kein „hartes Nein“ sagen und „humanitäre und wirtschaftliche Hilfe“ verteidigen. Dies gibt Strauß als „Unterstützung“ der polnischen Arbeiter aus, deren Forderungen „das Mindeste“ seien, was man von einem Staat verlangen könne. Das „Mindeste“. In Wirklichkeit will Strauß nicht mehr, sondern anderes. Die Ausplünderung durch die sozialimperialistische Supermacht hat Polen zugleich in wachsende Abhängigkeit von westlichen imperialistischen Gläubigern und ihren Krediten gebracht. Daß in dieser Lage die Vorenthaltung von Krediten das beste Mittel sei, sich in Polen einzumischen und die polnische Regierung zu Maßnahmen zu zwingen, die Polen in tiefere Abhängigkeit von den westlichen Gläubigern führen, ist das Konzept von Strauß. Die Gefahr eines sozialimperialistischen Einmarschs in Polen dient ihm als Anlaß für seine Interventionspropaganda. Beides ist direkt gegen die Streiks der polnischen Arbeiter gerichtet, die in ihrem Kampf für Lohnerhöhungen, Arbeiterrechte und politische Freiheiten vor allem durch eine sozialimperialistische Intervention bedroht sind, deren Kampf aber durch westliche Einmischungsdrohungen zusätzlich kompliziert wird.

H. Schmidt hat sich am vergangenen Donnerstag gegen die Einstellung von Krediten an Polen gewandt. Darin sei er sich mit der amerikanischen Regierung einig, hat er gesagt. Er sei entschieden gegen eine Einmischung des Westens in die Auseinandersetzung zwischen der polnischen Regierung und den streikenden Arbeitern. Ob Einmischung oder nicht, darum geht in Wirklichkeit der Streit mit der CDU nicht. Die Bundesregierung geht bloß davon aus, daß Osthandel und Kredite dem Interesse an Einmischung besser dienlich sind und daß die Streiks günstigere Bedingungen schaffen, der polnischen Regierung die entsprechenden Konditionen für die Kredite aufzuzwingen. Erst die Entspannungspolitik habe den „reformerischen Kräften“ Luft geschaffen, hat Horst Ehmke erklärt. Er hat offenbar bestimmte Leute im Auge. Einmischung war stets eine Absicht der Entspannungspolitik, die der Ausweitung des Osthandels den Rahmen geschaffen hat, Zugeständnisse gegenüber der weltweit vordringenden sozialimperialistischen Supermacht stets ein Element dieser Politik. Jeder verantwortliche Politiker müsse die Entwicklung in Polen mit großer Sorge beobachten, hat Herbert Wehner erklärt, der damit die Streiks zum Gefahrenherd erklärt, nicht etwa die Sowjetunion und die von ihr ausgehende Interventionsgefahr.

90 Abgeordnete der CDU/CSU haben vor kurzem den Abgeordneten des amerikanischen Kongresses einen Brief geschrieben, in dem sie vor „Kräften“ warnten, die einen Keil zwischen die USA und die BRD, ja Westeuropa insgesamt treiben wollten. Vom Ausgang der Wahlen in der BRD hinge ab, ob „weiterhin mit einer enormen Wirtschaftshilfe jenen Kräften, die jetzt den Westen ihren Wünschen gefügig machen wollen, die Möglichkeit gewährt werden soll, ihre gewaltige Rüstung mit unserem Geld zu finanzieren.“ Bezüglich des einzuschlagenden Kurses gegenüber der sozialimperialistischen Supermacht gibt es Widersprüche zwischen den bürgerlichen Parteien. Man darf darüber nicht vergessen, daß das Bündnis mit den USA und die Zugehörigkeit der BRD zur NATO ein wesentliches Element der Außenpolitik aller bürgerlichen Parteien bildet.

„Vietnam braucht eine neue Revolution“

Hoang Van Hoans Rede zum 35. Jahrestag der Augustrevolution und zur Gründung der Republik

... Nach etwa einem Jahrhundert harten Kampfes, insbesondere während der letzten 30 Jahre des bewaffneten Kampfes, hat das vietnamesische Volk unter der Leitung der Partei und des Präsidenten Ho Chi Minh den französischen und den amerikanischen Imperialismus und ihre Lakaien besiegt. Das ist ein historischer und in der Tat ein epochemachender Sieg, der das Volk des ganzen Landes begeistert und ermutigt hat. Der brennende Wunsch des Volkes war es nun, sich zu erholen, in Frieden zu leben und die Kriegswunden zu heilen und sich für immer vom Krieg zu verabschieden.

Heute gibt es in Vietnam keinen Frieden

Der Friede ist nicht nach Vietnam gekommen, obwohl nahezu fünf Jahre seit der Befreiung des ganzen Landes verstrichen sind. Das ist darauf zurückzuführen, daß Le Duan und Konsorten, aus chauvinistischen Ambitionen heraus, Truppen nach Laos entsandt, dieses Land unter ihre Kontrolle gebracht und dann die Aggression gegen Kampuchea unternommen haben. Ihre bewaffneten Provokationen in den vietnamesisch-chinesischen Grenzgebieten dienen ausländischen Interessen. Sie mobilisierten etwa eine Million junger Männer und Frauen, ihre Schulen zu verlassen oder ihre Arbeit einzustellen, sich militärisch auszubilden und Festungswerke zu bauen, einzig mit dem Ziel, etwas gegen China zu tun.

Warum kämpfen sie gegen China? Le Duan und Konsorten zufolge hat China seit langem die Absicht, Vietnam zu „annektieren“. Das ist eine gemeine Verleumdung!

Seit 30 Jahren ist China stets ein aufrichtiger und enger Freund Vietnams gewesen. Um Vietnam in seinem Kampf gegen den französischen und den amerikanischen Imperialismus und beim Wiederaufbau des Landes zu helfen, brachte China über 20 Milliarden US-Dollar in Bargeld oder für Hilfsmaterialien auf. Außerdem entsandte es Hunderttausende Menschen, die Schulter an Schulter mit dem vietnamesischen Volk kämpften und sich nicht vor Opfern fürchteten, nicht einmal vor dem Tod.

Heute arbeitet China mit aller Kraft an seiner Modernisierung und hat weder vor, Aggressionen gegen Vietnam zu unternehmen, noch Vietnam zu „annektieren“. Selbstverständlich, sollten Le Duan und Konsorten mit ihren Provokationen fortfahren, so wird China auch nicht untätig zusehen können und zurückschlagen müssen.

Es ist ganz klar, daß Vietnam und China, die einige Tausend Kilometer Land- und Seegrenze gemeinsam haben, aufrichtige Beziehungen unterhalten und in Freundschaft leben sollten. Le Duan und Konsorten fabrizieren jedoch weiter Konflikte mit China und haben wiederholt lauthals von einem „Sieg über China“ geredet. Ich möchte sie einmal fragen, wann sie China denn besiegen wollen? Sind sie bereit, einige Jahrzehnte, einige Jahrhunderte, von dieser Generation zur nächsten Generation zu kämpfen?

Heute gibt es in Vietnam keine echte Wiedervereinigung

Das vietnamesische Volk hat viele Jahre lang für die Wiedervereinigung seines Landes gekämpft. Heute ist das Land dem Schein nach wiedervereinigt, aber von einer wirklichen Wiedervereinigung ist es noch weit entfernt, und es muß noch eine Menge Arbeit geleistet werden. Seit mehr als zehn Jahren hat die sektiererische Linie Le Duans dazu geführt, daß es überall in Nordvietnam, von der zentralen bis zur örtlichen Ebene, zu heftigen Fraktionskämpfen kommt. Diese Kämpfe sind in manchen Abteilungen und Provinzen bis heute nicht beendet.

Seit der Befreiung ganz Vietnams hat sich dieser Kampf zu einem scharfen Widerspruch zwischen Nord und Süd entwickelt. Das war der Grund, warum viele Kader aus dem Norden, kurz nachdem sie zur Arbeit nach dem Süden entsandt worden waren, wieder in ihre Heimat im Norden zurückkehren wollten.

Heute gibt es im Süden eine ganz merkwürdige Erscheinung. Die lokalen Behörden haben in vielen Orten entlang der Verkehrslinien Kontrollposten eingerichtet, und solche Kontrollposten sind Hindernisse geworden für den Verkehr von Personen und Waren. Leute, die nur 20 bis 30 Kilometer von Saigon entfernt leben, füttern Hühner, Enten und Schweine mit Reis und machen Reiswein, während der Preis für Reis in Saigon sieben, acht, manchmal sogar mehr als zehn Dong (vietnamesische Währung) pro Kilo erreicht. Einige Kader, die es sich leisten konnten, auf dem Schwarzmarkt Reis zu kaufen, begaben sich zu ihren Eltern, Brüdern oder Verwandten auf dem Land und erhielten von ihnen einige Kilo Reis, den sie mit nach Saigon zurücknahmen. Dieser Reis wurde dann oft genug von Kontrollposten beschlagnahmt. Diejenigen, die ablehnten, ihren Reis auszuhändigen, wurden an Ort und Stelle erschossen.

Unsere Landsleute im Süden sind sehr patriotisch gesinnt und betrachten ihre Landsleute im Norden als Freunde und Verwandte. Sie bekämpfen aber entschieden die falsche Linie im Süden und den Despotismus von Le Duan und Konsorten in Hanoi. Viele Intellektuelle und andere Patrioten, die am Widerstandskampf gegen die amerikanische Aggression und zur Rettung der Nation teilgenommen haben, sind sich dessen bewußt, daß sie betrogen und diskriminiert worden sind. Eine große Anzahl von ihnen muß ihr Heimatland verlassen und ins Exil gehen.

Nationale Minderheiten im Süden wie die Khmer und Rades werden ungleich behandelt und leiden unter Rassendiskriminierung. Sie haben sich teils offen, teils versteckt zum Widerstand gegen Le Duan und Konsorten erhoben.

... Le Duan behauptet oft und gern, Vietnam sei die dritte Militärmacht in der Welt. In Wirklichkeit ist Vietnam von ausländischer Versorgung mit Munition, Nachschubgütern, Raketen, Panzern und Flugzeugen abhängig. Es muß Nahrungsmittel, Baumwollstoffe, Seife und sogar Nadel und Garn von anderen Ländern erbetteln und sich damit begnügen, was und wieviel andere ihm geben. Wirtschaftlich ist es bloßes Anhängsel einer fremden Macht.

In jeder Abteilung, sogar im Kabinett und Zentralkomitee der Partei, sitzen die Vertrauensleute dieser fremden Macht. Sie können die staatliche Verwaltung manipulieren und die Politik nach ihrer Interessenlage bestimmen.

Militärisch werden Vietnams Aggression gegen Laos und Kampuchea und sein Aufschrei über Führung eines Krieges gegen China von den strategischen Bedürfnissen einer fremden Macht diktiert, und man verläßt sich auf die Militärhilfe jener Macht.

Diplomatisch ist die Heuchelei von Le Duan und Konsorten, die früher noch von einigen Leuten geglaubt wurde, durch ihre Aggression und Okkupation von Kampuchea bloßgelegt. Jetzt können sie nur zu ihrer Lügenpropaganda Zuflucht nehmen und müssen mehr denn je nach der Pfeife jener fremden Macht tanzen.

Vietnams wichtigste Luftbasen und Häfen, vor allem Cam Ranh Bay, sind bereits jener fremden Macht zur Verfügung gestellt, so daß diese sie zur militärischen Bedrohung der Sicherheit Südostasiens benutzen kann.

... Unsere Landsleute daheim leben im eisernen Griff des Sicherheitsdienstes von Le Duan und Konsorten, dem Amt für öffentliche Sicherheit. Alle Regierungsämter, Parteikomitees und Massenorganisationen werden von den Agenten des Sicherheitsdienstes überwacht. Wer eine andere Meinung äußert, wird denunziert und verfolgt. Die Massen wagen es nicht, frei auszusprechen, was sie über die staatlichen Angelegenheiten und sogar über ihre Schwierigkeiten im Leben denken.

Unter der Herrschaft von Ngo Dinh Dien und später Nguyen Van Thieu wurden die Volksmassen im Süden brutal unterdrückt. Trotzdem konnten sie sich über dieses und jenes äußern. Heute leben sie jedoch unter absoluter Kontrolle der Sicherheitsbehörden von Le Duan und Konsorten. Sie sind mißtrauisch und fürchten sich vor Kontakten und Gesprächen mit anderen, da sie sich von Geheimagenten stets überwacht fühlen.

Das vietnamesische Volk hungert

Le Duan und Konsorten setzten eine Aggressions- und Kriegspolitik durch. Jetzt rufen sie das Volk auf, den Gürtel enger zu schnallen, und werfen den größten Teil der Ressourcen und menschlichen Kräfte an die Front. Land und Boden liegen brach. Die Erträge von Getreide und anderen Kulturen sind drastisch gesunken, und jedes Jahr fehlt es an mehr als einer Million t Getreide. Auch die Industrieproduktion ist stark zurückgegangen und die täglichen Bedarfsgüter sind knapp.

Abgesehen von den privilegierten Schichten, die der Le Duan-Clique angehören und durch Ausbeutung des Volkes und Raub des öffentlichen Vermögens ein Luxusleben führen, sind alle Menschen in Not und Elend geraten. Das Leben der einfachen Arbeiter, Bauern und der Funktionäre unterer Ebenen ist miserabel. Ihre Einkommen sind niedrig, aber die Preise für Artikel des täglichen Bedarfs hoch. Überhaupt sind sie nur auf dem Schwarzmarkt erhältlich. Betteln, Prostitution, Glückspiel, Diebstahl, Unterschlagung und Mord sind alltäglich. Zehntausende Menschen müssen ihr Heimatland, wo sie Generation für Generation gelebt haben, verlassen und auswandern. Ganz zu schweigen von Hunderttausenden Auslandschinesen, die von Le Duan und Konsorten verfolgt und aus Vietnam vertrieben wurden – eine Tragödie, die die Geschichte Vietnams bisher nicht kannte.

Ganz zu schweigen von Hunderttausenden Auslandschinesen, die von Le Duan und Konsorten verfolgt und aus Vietnam vertrieben wurden – eine Tragödie, die die Geschichte Vietnams bisher nicht kannte.

Offensichtlich hat das Volk im heutigen Vietnam unter der Herrschaft Le Duans und seiner Leute viel zu leiden, und das Leben ist unerträglich geworden. Unter diesen Umständen von einem gedeihenden und starken Vietnam zu prahlen, ist einfach lächerlich! Nahezu fünf Jahre sind seit dem Sieg des Krieges gegen die amerikanische Aggression zur Rettung des Vaterlandes vergangen. Unser Volk ist aber gezwungen, seine Söhne nach Laos und Kampuchea zu schicken, um das Volk dort zu massakrieren und selbst zu sterben. Deshalb lebt unser Volk unter großen Spannungen und leidet Hunger, Entbehrung und Erniedrigung wie in einem Gefängnis.

Wenn früher unser Volk volles Vertrauen in die Partei und den Präsidenten Ho Chi Minh hatte, so hegt es heute tiefen Haß gegen Le Duan und Konsorten. Mehr noch, es betrachtet die von ihnen kontrollierte Partei als ein bloßes Aushängeschild, mit dem im Namen der Kommunistischen Partei das Volk betrogen wird. Wenn früher Vietnam als Symbol von Gerechtigkeit und Gewissen unserer Zeit betrachtet wurde, so gilt es heute als ein kriegslüsterner, aggressiver und hegemonistischer Staat und ist in der Welt isoliert.

... Die wichtigsten Aufgaben der vietnamesischen Revolution heute sind, die korrupte Herrschaft von Le Duan und Konsorten zu stürzen und die freundschaftlichen und gutnachbarlichen Beziehungen mit dem chinesischen Volk wiederherzustellen. Nur mit einem solchen klaren und grundlegenden Verständnis können wir eine korrekte Haltung zur chinesischen und vietnamesischen Revolution einnehmen und die Aufgabe der patriotischen Auslandsvietnamesen erfüllen, die ein Bestandteil der vietnamesichen revolutionären Kräfte und des heldenhaften vietnamesischen Volkes sind.

(aus: Beijing-Rundschau, 26. August 1980, leicht gekürzt)







gebieten dienen ausländischen Interessen. Sie mobilisierten etwa eine Million junger Männer und Frauen, ihre Schulen zu verlassen oder ihre Arbeit einzustellen, sich militärisch auszubilden und Festungswerke zu bauen, einzig mit dem Ziel, etwas gegen China zu tun.

Warum kämpfen sie gegen China? Le Duan und Konsorten zufolge hat China seit langem die Absicht, Vietnam zu „annektieren“. Das ist eine gemeine Verleumdung!

Seit 30 Jahren ist China stets ein aufrichtiger und enger Freund Vietnams gewesen. Um Vietnam in seinem Kampf gegen den französischen und den amerikanischen Imperialismus und beim Wiederaufbau des Landes zu helfen, brachte China über 20 Milliarden US-Dollar in Bargeld oder für Hilfsmaterialien auf. Außerdem entsandte es Hunderttausende Menschen, die Schulter an Schulter mit dem vietnamesischen Volk kämpften und sich nicht vor Opfern fürchteten, nicht einmal vor dem Tod.

Heute arbeitet China mit aller Kraft an seiner Modernisierung und hat weder vor, Aggressionen gegen Vietnam

Jahren hat die sektiererische Linie Le Duans dazu geführt, daß es überall in Nordvietnam, von der zentralen bis zur örtlichen Ebene, zu heftigen Fraktionskämpfen kommt. Diese Kämpfe sind in manchen Abteilungen und Provinzen bis heute nicht beendet.

Seit der Befreiung ganz Vietnams hat sich dieser Kampf zu einem scharfen Widerspruch zwischen Nord und Süd entwickelt. Das war der Grund, warum viele Kader aus dem Norden, kurz nachdem sie zur Arbeit nach dem Süden entsandt worden waren, wieder in ihre Heimat im Norden zurückkehren wollten.

Heute gibt es im Süden eine ganz merkwürdige Erscheinung. Die lokalen Behörden haben in vielen Orten entlang der Verkehrslinien Kontrollposten eingerichtet, und solche Kontrollposten sind Hindernisse geworden für den Verkehr von Personen und Waren. Leute, die nur 20 bis 30 Kilometer von Saigon entfernt leben, füttern Hühner, Enten und Schweine mit Reis und machen Reiswein, während der Preis für Reis in Saigon sieben, acht, manchmal sogar mehr als zehn Dong (vietnamesische Währung) pro Kilo erreicht. Eini-

gegen Le Duan und Konsorten erhoben.

... Le Duan behauptet oft und gern, Vietnam sei die dritte Militärmacht in der Welt. In Wirklichkeit ist Vietnam von ausländischer Versorgung mit Munition, Nachschubgütern, Raketen, Panzern und Flugzeugen abhängig. Es muß Nahrungsmittel, Baumwollstoffe, Seife und sogar Nadel und Garn von anderen Ländern erbetteln und sich damit begnügen, was und wieviel andere ihm geben. Wirtschaftlich ist es bloßes Anhängsel einer fremden Macht.

In jeder Abteilung, sogar im Kabinett und Zentralkomitee der Partei, sitzen die Vertrauensleute dieser fremden Macht. Sie können die staatliche Verwaltung manipulieren und die Politik nach ihrer Interessenlage bestimmen.

Militärisch werden Vietnams Aggression gegen Laos und Kampuchea und sein Aufschrei über Führung eines Krieges gegen China von den strategischen Bedürfnissen einer fremden Macht diktiert, und man verläßt sich auf die Militärhilfe jener Macht.

Diplomatisch ist die Heuchelei von Le Duan und Konsorten, die früher

sie sich von Geheimagenten stets überwacht fühlen.

Das vietnamesische Volk hungert

Le Duan und Konsorten setzten eine Aggressions- und Kriegspolitik durch. Jetzt rufen sie das Volk auf, den Gürtel enger zu schnallen, und werfen den größten Teil der Ressourcen und menschlichen Kräfte an die Front. Land und Boden liegen brach. Die Erträge von Getreide und anderen Kulturen sind drastisch gesunken, und jedes Jahr fehlt es an mehr als einer Million t Getreide. Auch die Industrieproduktion ist stark zurückgegangen und die täglichen Bedarfsgüter sind knapp.

Abgesehen von den privilegierten Schichten, die der Le Duan-Clique angehören und durch Ausbeutung des Volkes und Raub des öffentlichen Vermögens ein Luxusleben führen, sind alle Menschen in Not und Elend geraten. Das Leben der einfachen Arbeiter, Bauern und der Funktionäre unterer Ebenen ist miserabel. Ihre Einkommen sind niedrig, aber die Preise für Artikel des täglichen Bedarfs hoch. Überhaupt sind sie nur auf dem Schwarzmarkt erhältlich. Betteln, Prostitution, Glück-

trauen in die Partei und den Präsidenten Ho Chi Minh hatte, so hegt es heute tiefen Haß gegen Le Duan und Konsorten. Mehr noch, es betrachtet die von ihnen kontrollierte Partei als ein bloßes Aushängeschild, mit dem im Namen der Kommunistischen Partei das Volk betrogen wird. Wenn früher Vietnam als Symbol von Gerechtigkeit und Gewissen unserer Zeit betrachtet wurde, so gilt es heute als ein kriegslüsterner, aggressiver und hegemonistischer Staat und ist in der Welt isoliert.

... Die wichtigsten Aufgaben der vietnamesischen Revolution heute sind, die korrupte Herrschaft von Le Duan und Konsorten zu stürzen und die freundschaftlichen und gutnachbarlichen Beziehungen mit dem chinesischen Volk wiederherzustellen. Nur mit einem solchen klaren und grundlegenden Verständnis können wir eine korrekte Haltung zur chinesischen und vietnamesischen Revolution einnehmen und die Aufgabe der patriotischen Auslandsvietnamesen erfüllen, die ein Bestandteil der vietnamesichen revolutionären Kräfte und des heldenhaften vietnamesischen Volkes sind.

(aus: Beijing-Rundschau, 26. August 1980, leicht gekürzt)



In den befreiten Gebieten des Demokratischen Kampuchea lernen die Kinder aus Büchern, die dort geschrieben sind.



Die Produktion aufrechterhalten und das Vaterland verteidigen, sind die entscheidende Aufgabe im Widerstandskrieg gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression.

gen bei niedrigem Lohn zu unterwerfen, war Zweck der Studie. Den Kapitalisten wird empfohlen, so Druck auf alle Arbeiter auszuüben.

z.doj. **Seit dem „Bayernvertrag“ zwischen bayerischen Krankenkassen und Kassenärztlicher Vereinigung Mitte 1979 sind die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) wesentlich geringer angestiegen.** Damals wurden die Ärzte über die bisherigen Einschränkungen hinaus verpflichtet, weniger Medikamente und Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen zu verschreiben, sowie die Zahl der Krankenhauseinweisungen zu verringern. Die Bayerische AOK macht dazu folgende Angaben: die Steigerung der Ausgaben für Medikamente wurde seither von 9,5 auf 2,3% gedrückt, gleichzeitig die Krankenhausüberweisungen von 6,9 auf 1,4%. Begleitende Heilbehandlungen wie Massage und dergleichen steigen praktisch gar nicht mehr an und die Zahl der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen wurde von 015,3% auf 01,2% gesenkt, gleichzeitig ihre Dauer verkürzt. Das bayerische Sozialministerium läßt das Projekt auf seine Brauchbarkeit für bundesweite Einführung überprüfen. Gleichzeitig hat ein Gutachten im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums ergeben, daß die Einführung von Wahltarifen ähnlich dem System der Privatversicherungen in die GKV voraussichtlich nicht den erwünschten Kostendämpfungseffekt hat.

z.hew. **In den letzten Jahren sind mehr als 17000 Sozialbauwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt worden.** Der Erfasssungszeitraum war bei den meisten Bundesländern 1977 bis Ende 1979. Hamburg und das Saarland erfaßten seit 1978, Baden-Württemberg seit 1975. Verkauft werden meist Sozialbauwohnungen, die vor etwa 20 bis 25 Jahren gebaut wurden. Die Qualität dieser Wohnungen ist inzwischen meist schlecht, Raparaturen und Renovierungen sind dringend erforderlich. Diese Kosten werden auf den Mieter abgewälzt, indem er als Eigentümer selbst verantwortlich wird. Entscheidungen über die baulichen Veränderungen können aber zumeist dennoch nicht ohne Zustimmung der Baugesellschaft getroffen werden, da diese das Gesamtbild des Hauses und oftmals auch die Mehrzahl der Wohnungen verwaltet. Durch diese Regelung über das einheitliche Bild des Hauses werden den noch verbliebenen Mietern dann Renovierungen mit erheblichen Eigenbelastungen aufgezwungen. Der Verkauf der Wohnungen ist oft durch eine einmalige Zahlung und erhöhte Mieten im Verlauf der nächsten Jahre geregelt. Die Wohnungsbaugesellschaft wird damit auch zum Kreditgeber.

z.jös. **Bundespräsident Carstens und Bürgermeister Stobbe eröffneten den XVIII. Kongreß des Internationalen Anwaltsverbandes (IBA) in Westberlin.** Die IBA vertritt 80 Anwaltsvereinigungen in 57 Ländern, sie besitzt beratenden Status bei der UNO. Hauptthemen dieses Kongresses sind: „Spezialisierung und Werbung im Bereich des Anwaltsberufes“ und „UN-Codex für multinationale Gesellschaften“. Letzteres Thema geht auf eine UNO-Resolution vom 5.12.74 zurück. Gefordert wird der Verhaltenskodex von den Ländern der 3.Welt, die in erster Linie rechtliche Garantien zur Respektierung ihrer nationalen Souveränität und Rechtsordnung gegenüber den Imperialisten durchsetzen wollen. Carstens glänzte vor den 2000 Teilnehmern mit dem Spruch: „Die Freiheit des Anwalts vor staatlicher Gängelei bei der Ausübung seines Berufs werde zu Recht als ein Gradmesser dafür angesehen, wie es in einem Staat um die Freiheit seiner Bürger bestellt sei.“ Stobbe verteidigte die BRD gegen Kritik aus dem Ausland an den gesetzlichen Eingriffen in die Rechte der Anwälte.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Lutz Plümer *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27–29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876–77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Häberlstraße 12, 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Dieter Liebig

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

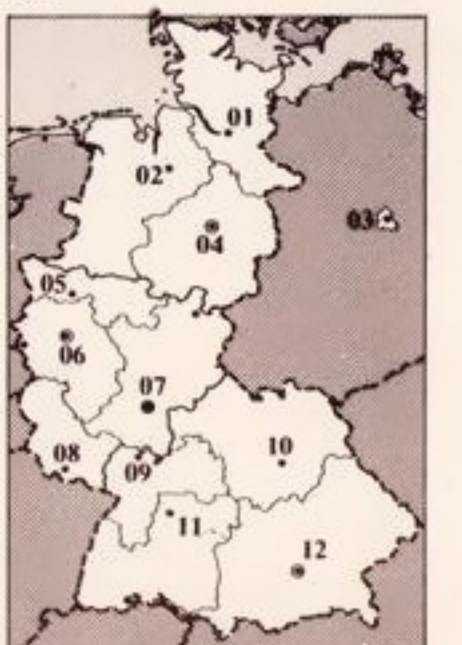
Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2),** Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3),** Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4),** Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5),** Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6),** Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7),** Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8),** Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9),** J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10),** Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11),** Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12),** Häberlstraße 12, 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.scm. **Remmers, niedersächsischer Kultusminister, warnt zu Schuljahresbeginn vor Streikaktionen der Lehrer.** In einem Brief ,,An alle Lehrerinnen und Lehrer in Niedersachsen" droht er mit weiteren Disziplinarmaßnahmen ,,bei einem Streik während der Unterrichtszeit, bei der Weigerung Zeugnisse auszuschreiben und schriftliche Arbeiten zu korrigieren oder bei der Verletzung sonstiger Dienstpflichten", dies auch angestellten Lehrern, da für sie ,,die Rechtslage aufgrund der Friedenspflicht für die Geltungsdauer des Bundes-Angestellten-Tarifvertrages im Ergebnis nicht anders" sei. Zu Beginn der Ferien hatte Remmers laut überlegt, die Teilnahme an Lehrerfortbildungsveranstaltungen durch Personalakteneintragungen zu erhöhen und somit die Arbeitszeit noch mehr zu verlängern.

r.edb. **Außertarifliche Mehrarbeitszulage durchgesetzt.** Dem Betriebsrat der Celler Maschinenfabrik, 150 Beschäftigte, ist es gelungen, eine 30%ige Mehrarbeitszulage durchzusetzen. Seit einer Reihe von Jahren sind in der Montage, jeweils mit Auslieferung der Bohrgeräte, Überstunden für die Schlosser auf der Tagesordnung gewesen. Seitdem die Mehrarbeit auch für die Dreherei überhand nahm, ging der Betriebsrat auf eine einheitliche Sondervergütung für die ständigen Überstunden. Ohne eine Extravergütung sind die Dreher nicht bereit gewesen, weitere Überstunden zu machen und haben sie verweigert. Als Begründung sind die hohen Belastungen der Gesundheit und der höhere Steuerabzug angeführt worden. So bekommen die Arbeiter für die ersten beiden Stunden jetzt 55% (nach Tarif 25%), für jede weitere 70% (nach Tarif 40%) Mehrarbeitszuschlag.

b.enn. **Die Fachgruppe Kirchliche Mitarbeiter in Hannover hat auf ihrer letzten Sitzung die Frage der Überstunden erörtert.** Das Problem ist, daß in kirchlichen Betrieben die Ausnutzung der Beschäftigten besonders groß ist. Es werden viele Überstunden gemacht, z.B. bummeln zur Zeit im Annastift oder im Birkenhof, Hannover, einige Kollegen ihre angehäuften Überstunden in Form von drei Wochen Urlaub ab. Diese Überstunden werden selten direkt angeordnet, der Dienstherr baut darauf, daß die Beschäftigten die anfallende Arbeit schon irgendwie schaffen, mittels Überstunden. Der Vorteil für den Dienstherrn ist, daß er bei angeordneten Überstunden einen Zeitzuschlag zahlen müßte, in den Vergütungsgruppen IXb – Vc 25% des Stundenlohns, bei ,,freiwillig" gemachten Überstunden hätten die Kollegen jedesmal den Streit, um die Anerkennung der Überstunden zu führen, um den Zeitzuschlag zu erhalten, zusätzlich zum Freizeitausgleich. Einige Kollegen scheuen diesen Streit, die meisten kennen aber die Überstundenvergütungsregelung gar nicht. Es wurde des-

haben sie verweigert. Als Begründung sind die hohen Belastungen der Gesundheit und der höhere Steuerabzug angeführt worden. So bekommen die Arbeiter für die ersten beiden Stunden jetzt 55% (nach Tarif 25%), für jede weitere 70% (nach Tarif 40%) Mehrarbeitszuschlag.

b.enn. **Die Fachgruppe Kirchliche Mitarbeiter in Hannover hat auf ihrer letzten Sitzung die Frage der Überstunden erörtert.** Das Problem ist, daß in kirchlichen Betrieben die Ausnutzung der Beschäftigten besonders groß ist. Es werden viele Überstunden gemacht, z.B. bummeln zur Zeit im Annastift oder im Birkenhof, Hannover, einige Kollegen ihre angehäuften Überstunden in Form von drei Wochen Urlaub ab. Diese Überstunden werden selten direkt angeordnet, der Dienstherr baut darauf, daß die Beschäftigten die anfallende Arbeit schon irgendwie schaffen, mittels Überstunden. Der Vorteil für den Dienstherrn ist, daß er bei angeordneten Überstunden einen Zeitzuschlag zahlen müßte, in den Vergütungsgruppen IXb – Vc 25% des Stundenlohns, bei ,,freiwillig" gemachten Überstunden hätten die Kollegen jedesmal den Streit, um die Anerkennung der Überstunden zu führen, um den Zeitzuschlag zu erhalten, zusätzlich zum Freizeitausgleich. Einige Kollegen scheuen diesen Streit, die meisten kennen aber die Überstundenvergütungsregelung gar nicht. Es wurde des-halb auf der Fachgruppensitzung beschlossen, diese Frage im nächsten Info zu behandeln und in den einzelnen Einrichtungen über die Mitarbeitervertretungen die Auseinandersetzung darum zu führen, daß jede geleistete Überstunde, ob angeordnet oder nicht, anerkannt und der Zuschlag bezahlt wird.

b.rog.Kiel **Betriebsversammlung bei Krupp MaK vom 20.8.:** Eine Rationalisierungsfirma wie Mac Kinsky, die eine Personaleinsparung bis zu 40% im ,,unproduktiven" Bereich als Ziel veranschlagt, will die Geschäftsführung in Anspruch nehmen. U.a. durch geschickte Ausfragung der Belegschaft durch eine Gruppe aus Abteilungsleitern, Meistern u. Leitenden Angestellten unter Anleitung dieser ,,Firma", soll dies erreicht werden. Weiter wurde bekanntgegeben, daß eine Betriebsvereinbarung über eine Gehaltsrahmenregelung für die Tarifangestellten abgeschlossen wurde, eine zur Überstundensenkung wird verhandelt.

b.kav. **Im vergangenen Schuljahr wurde an der Berufsschule 2/3 die Kürzung des Unterrichts für Berufsschüler eingeführt.** Die SV hatte dagegen protestiert und die sofortige Wiedereinführung von mindestens 8 Stunden Unterricht verlangt. Über ein Drittel der Unterstufenklassen hatten nur 6 Stunden pro Woche. Insgesamt 54 von 184 Klassen erhielten weniger als 8 Berufsschulstunden pro Woche. Als Grund wird Lehrermangel angegeben. In diesem Schuljahr hat sich die Situation weiter verschlechtert. Nicht nur fast alle Unterstufenklassen wurden auf 6 Stunden gesetzt, sondern auch alle Mittelstufenklassen. Selbst in der Oberstufe erhalten viele Klassen nur 7 Stunden Unterricht. Die GEW führt ab 11.10. eine Aktionswoche zur Berufsschulsituation durch. Hier soll der Lehrermangel, der Unterrichtsausfall, die Lehrmittelknappheit sowie der mangelnde Sportunterricht angegriffen werden. Die Lehrer streben zu dieser Aktionswoche die Zusammenarbeit mit den Schülervertretungen, Lehrlingen und Schülern an.

b.wiv. **Mit dem Genehmigungsbescheid vom 24.7.1980 für das KKW Brunsbüttel hat das Sozialministerium die Grenzwerte für das Jod 131 heraufgesetzt.** Die Werte, die der Sozialminister bereits 1979 vorgesehen hatte, lauteten: pro Jahr 260 Millicurie (mCi), pro Stunde 0,03 mCi, Kurzzeitabgabe 0,3 mCi. Dagegen wurde vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg Klage geführt, und das verlangte am 2.7.79: pro Jahr 85 mCi, pro Stunde 0,0 mCi, Kurzzeitabgabe 0,1 mCi. Die jetzt genehmigten Werte lauten: pro Jahr 250 mCi, pro Stunde 0,15 mCi, das 15fache des vom OVG geforderten Wertes!

b.bia. **Die Bewohner aus Maschen, Hörsten und Jesteburg kämpfen gegen den Lärm von der Bundesbahn.** ,,Die Bundesbahn bescheißt uns von vorn bis hinten. Auf demokratischem Wege ist hier überhaupt nichts mehr zu machen. Schon beim Bau des Bahnhofes hätte hier eine Chaotengruppe arbeiten müssen, dann wäre vieles anders gekommen." So griff Anliegersprecher Kerl in Maschen auf einer öffentlichen Veranstaltung die Bundestagsabgeordneten aus dem Landkreis Harburg, Neumann (SPD) und Helmrich (CDU), wegen des Lärms am Rangierbahnhof Maschen an. Seit Inbetriebnahme des Bahnhofes hat sich der Lärm noch vergrößert, denn die Aufprallgeschwindigkeit der Waggons wurde von 1,3 auf 1,5 Meter je Sekunde erhöht, und außerdem werden mehr Waggons zusammengestellt. Ähnlich in Hörsten, wo eine neue Fernstrecke entlanggeht. Seit Jahrzehnten kämpfen die Anwohner (500) um ausreichende Lärmschutzwälle. Noch nicht einmal Doppelscheiben werden von der DB bezahlt. Ebenso in Jesteburg, wo eine Güterverkehrsstrecke von Maschen aus hingeht. Dort gibt es ein Angebot der DB: die Gemeinde soll eine schalldämpfende Matte bekommen für 600 DM, die diese dann selbst einbauen lassen soll. Die Gemeinde Seevetal stellt in ihrem Gutachten Spitzenbelastungen von 88dB fest und schlägt die Überdachung des Rangierbahnhofes vor.

b.fam.Buxtehude. **Elbe-Obst will die Erzeugerpreise für Kirschen drücken.** Im März 1980 hat die Genossenschaft Elbe-Obst mit den Bauern des Alten Landes Verhandlungen geführt über die Abnahme von Steinobst (Kirschen). Die Elbe-Obst verpflichtet sich, für 100% der ausgehandelten Menge pro Pfund 1,05 DM zu zahlen. Jetzt nach der Kirschenernte ist die El-

Kerl in Maschen auf einer öffentlichen Veranstaltung die Bundestagsabgeordneten aus dem Landkreis Harburg, Neumann (SPD) und Helmrich (CDU), wegen des Lärms am Rangierbahnhof Maschen an. Seit Inbetriebnahme des Bahnhofes hat sich der Lärm noch vergrößert, denn die Aufprallgeschwindigkeit der Waggons wurde von 1,3 auf 1,5 Meter je Sekunde erhöht, und außerdem werden mehr Waggons zusammengestellt. Ähnlich in Hörsten, wo eine neue Fernstrecke entlanggeht. Seit Jahrzehnten kämpfen die Anwohner (500) um ausreichende Lärmschutzwälle. Noch nicht einmal Doppelscheiben werden von der DB bezahlt. Ebenso in Jesteburg, wo eine Güterverkehrsstrecke von Maschen aus hingeht. Dort gibt es ein Angebot der DB: die Gemeinde soll eine schalldämpfende Matte bekommen für 600 DM, die diese dann selbst einbauen lassen soll. Die Gemeinde Seevetal stellt in ihrem Gutachten Spitzenbelastungen von 88dB fest und schlägt die Überdachung des Rangierbahnhofes vor.

b.fam.Buxtehude. **Elbe-Obst will die Erzeugerpreise für Kirschen drücken.** Im März 1980 hat die Genossenschaft Elbe-Obst mit den Bauern des Alten Landes Verhandlungen geführt über die Abnahme von Steinobst (Kirschen). Die Elbe-Obst verpflichtet sich, für 100% der ausgehandelten Menge pro Pfund 1,05 DM zu zahlen. Jetzt nach der Kirschenernte ist die El-be-Obst nicht mehr bereit, für 100% der Menge 1,05 DM pro Pfund zu zahlen. ,,Die ausländische Konkurrenz hätte den Preis stark ins Schwanken gebracht, die Einfuhr von ausländischen Kirschen wäre erheblich billiger." Die Elbe-Obst ist bereit, für 75% der ausgehandelten Menge 1,05 DM pro Pfund zu zahlen, für die restlichen 25% der Menge Obst 0,40 DM pro Pfund für Pflückobst mit Stiel und 0,50 DM pro Pfund bei Zupfobst ohne Stiel.

b.obj.Lüneburg. **Durch Urteil des Bundesverwaltungsgerichts Berlin Bau- und Betriebsgenehmigung für Großflughafen Kaltenkirchen rechtskräftig.** Über mehr als 1 330 Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluß wird das Verwaltungsgericht Schleswig im November entscheiden.

b.dam. **Die bei Schießversuchen in der Meldorfer Bucht eingesetzte Hubinsel ,,Barbara" der Bundeswehrerprobungsstelle 71 wird in den nächsten Tagen von Brunsbüttel zu einem neuen Standort westlich der Nordseeinsel Amrum geschleppt.** Nach dem Kampf der Fischer gegen die Schießübungen in der Meldorfer Bucht und nach ihrem Streik, der jetzt beendet wurde, könnte die Bundeswehrführung bei einer abermaligen Stationierung der Hubinsel in der Meldorfer Bucht auch mit einigem rechnen. Auf Wunsch des schleswig-holsteinischen Innenministeriums, heißt es, ,,sollen künftig Positionen gewählt werden, die weniger Beeinträchtigung für die Bevölkerung, Schiffahrt und Fischerei mit sich bringen". Das ,,freie Seegebiet der Nordsee" soll mitgenutzt werden. Untersucht werden muß, welche Übungen und wann die Bundeswehr dort vor Amrum abhalten will.

Bürgerliche Versprechungen: der Zweck ist die Ablenkung vom Klassenkampf

Wie war es in der letzten Krise der Kapitalistenwirtschaft? – Ständige Sorge um den Arbeitsplatz. Entlassungen. Beschleunigung der Arbeitstempos. Abgruppierungen und Rationalisierungen. Und selbst in Betrieben mit guter gewerkschaftlicher Organisation: Fast keine wirksame Gegenwehr. Aus diesen bitteren Erfahrungen wollen die bürgerlichen Politiker allesamt Kapital schlagen. Aber wer will schon vergessen, wie es in der jetzt vergehenden Konjunktur den Arbeitern und Angestellten ergangen ist? – Rationalisierungsinvestitionen. Verstärktes Auspumpen lebendiger Arbeitskraft an den neuen Anlagen. Langwierige Streiks um den Lohn und doch nur schwache Ergebnisse. Wachsende Besteuerung des Bruttolohns, höhere indirekte Steuern. Und nach der Anhebung der Versicherungsbeiträge: Kürzung der Leistungen bei den Renten und im Gesundheitswesen. – Wenn das in der Konjunktur geschah, was wird die nächste Krise bringen? Eine Frage, die sich vielen stellt. Deswegen wird in den Gewerkschaften heute nicht nur von der Notwendigkeit des entschiedenen Lohnkampfs geredet, sondern es kommen auf breiter Front politische Forderungen zum Schutz vor der unmäßigen Ausbeutung und den Folgen der kommenden Krise auf.



Verbot der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit

Breuel: ,,Offensichtlich sind die Menschen... entschlossen, mehr zu arbeiten."

Deutlich zeigt das Schaubild, daß mit der erkämpften Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit die Kapitalisten die Überstunden ausgeweitet haben, nach 1975 wieder ansteigend. In der niedersächsischen Industrie machen die Arbeiter heute im Schnitt 100 Überstunden im Jahr = einem halben Jahresurlaub. Eine statistische Untersuchung zeigt: die Zahl der Überstunden pro Arbeiter ist umso höher je mehr Kinder er hat.

Für die Wirtschaftsministerin Breuel stellt sich das in ihrem letzten Buch so dar: ,,Interessant ist aber, daß schon heute diese Verkürzung der Erwerbstätigkeit zunehmend durch... freiwillige Ausweitung der Arbeitszeit ersetzt wird, und zwar in Form von Überstun-



Verbot der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit

Breuel: ,,Offensichtlich sind die Menschen... entschlossen, mehr zu arbeiten."

Deutlich zeigt das Schaubild, daß mit der erkämpften Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit die Kapitalisten die Überstunden ausgeweitet haben, nach 1975 wieder ansteigend. In der niedersächsischen Industrie machen die Arbeiter heute im Schnitt 100 Überstunden im Jahr = einem halben Jahresurlaub. Eine statistische Untersuchung zeigt: die Zahl der Überstunden pro Arbeiter ist umso höher je mehr Kinder er hat.

Für die Wirtschaftsministerin Breuel stellt sich das in ihrem letzten Buch so dar: ,,Interessant ist aber, daß schon heute diese Verkürzung der Erwerbstätigkeit zunehmend durch... freiwillige Ausweitung der Arbeitszeit ersetzt wird, und zwar in Form von Überstun-

Lohnabhängige in Schichtarbeit, Nachtarbeit und Sonn- und Feiertagsarbeit, Bundesrepublik (in 1000)

	1965 abs.	1965 %	1975 abs.	1975 %
Schichtarbeit	2613*	13,2	3664	17,2
Nachtarbeit	2381	11,2	2480	11,6
Sonn- und Feiertagsarbeit	2078	9,8	3224	15,1

* Zahlen von 1959, da 1965 keine Erhebung gemacht wurde.



Die CDU verspricht ein tüchtiges Wirtschaftswachstum:

CDU Wir werden das Wirtschaftswachstum durch Verstärkung der Investitionsbereitschaft und Investitionsfähigkeit fördern. Wir werden die Investitionskraft der Betriebe durch steuerliche Entlastung insbesondere bei den ertragsunabhängigen Steuern stärken und hierdurch einen Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze leisten. (Wahlprogramm)

Die Entlastung darf man ruhig glauben. Nur seit wann folgen aus neuen Maschinen oder Erweiterung der Produktion einfach neue Arbeitsplätze?

Vollbeschäftigung verspricht die SPD:

SPD Vollbeschäftigung bleibt das Ziel Nummer 1 unserer Wirtschaftspolitik. Der technische Wandel darf nicht zu Lasten der Arbeitnehmer gehen. Deshalb werden wir den Schutz und die Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmer ausweiten. (Wahlprogramm)

Man beachte, daß die Versprechungen der SPD an die Erlangung der Vollbeschäftigung geknüpft sind. Will noch jemand sich an alte Versprechungen erinnern und von Lüge reden? – Immerhin gab es ja auch die Vollbeschäftigung nicht.

Marktgerechtes Wirtschaftswachstum bei qualitativer Rahmensetzung durch den Staat; sagt die FDP:

F.D.P. ,,... den Wachstumspfad durch wachstumsfördernde... Rahmenbedingungen beeinflussen. Liberale Wirtschaftspolitik baut Wachstumshemnisse ab, beseitigt durch gezielte Investitionshilfen die Engpässe für den Wachstumsprozeß und fördert die privaten Investitionen durch wachstumspolitische Vorsorgeinvestitionen im öffentlichen Bereich." (Kieler Thesen)

Also: Rosen für die Kapitalisten auf dem Wachstumspfad, von den dornigen Steuern auf Arbeitslohn schweigt man vornehm.

den, Schwarzarbeit oder Hobbytätigkeit... Offensichtlich sind die Menschen also nicht nur bereit, sondern fest entschlossen, mehr zu arbeiten. Man muß ihnen nur die Chance geben... " Und das wollen sie. Wenn die Bourgeois von der Änderung der aus dem Faschismus stammenden Arbeitszeitordnung reden, dann meinen sie die Aufhebung des eh durchlöcherten Nachtarbeitsverbots für Frauen.

In einzelnen Tarifverträgen haben die Gewerkschaften in den letzten Jahren durchgesetzt z.B. verkürzte Arbeitszeiten bei Nachtschicht, bezahlte Pausen oder Regelungen, daß Überstunden nur durch Freizeit ausgeglichen werden dürfen (Deutsche Bundesbahn, Arbei-

bei qualitativer Rahmensetzung durch den Staat; sagt die FDP:

F.D.P. ,,... den Wachstumspfad durch wachstumsfördernde... Rahmenbedingungen beeinflussen. Liberale Wirtschaftspolitik baut Wachstumshemnisse ab, beseitigt durch gezielte Investitionshilfen die Engpässe für den Wachstumsprozeß und fördert die privaten Investitionen durch wachstumspolitische Vorsorgeinvestitionen im öffentlichen Bereich." (Kieler Thesen)

Also: Rosen für die Kapitalisten auf dem Wachstumspfad, von den dornigen Steuern auf Arbeitslohn schweigt man vornehm.

den, Schwarzarbeit oder Hobbytätigkeit... Offensichtlich sind die Menschen also nicht nur bereit, sondern fest entschlossen, mehr zu arbeiten. Man muß ihnen nur die Chance geben... " Und das wollen sie. Wenn die Bourgeois von der Änderung der aus dem Faschismus stammenden Arbeitszeitordnung reden, dann meinen sie die Aufhebung des eh durchlöcherten Nachtarbeitsverbots für Frauen.

In einzelnen Tarifverträgen haben die Gewerkschaften in den letzten Jahren durchgesetzt z.B. verkürzte Arbeitszeiten bei Nachtschicht, bezahlte Pausen oder Regelungen, daß Überstunden nur durch Freizeit ausgeglichen werden dürfen (Deutsche Bundesbahn, Arbei-ter und Angestellte) oder Überstunden und Kurzarbeit unvereinbar sind (Schuhindustrie). Notwendig ist ein gesetzliches Verbot der Überstunden, ein gesetzliches Verbot der Nacht- und Schichtarbeit mit Ausnahme der Bereiche, in denen sie aus technischen, von den Gewerkschaften gebilligten Gründen unbedingt notwendig ist, jedoch unter der Bedingung, daß die Nachtarbeit vier Stunden nicht übersteigt.

b.reb. **In einem jetzt veröffentlichten Bedarfsplan für die kassenärztliche Versorgung kommt die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein zu dem Ergebnis, daß in fast allen Teilen des Landes der Bedarf gedeckt bzw. überdeckt ist.** Kein Wunder, denn der ,,Bedarf" wurde 1977, in der Morgendämmerung der Kostendämpfung, vom Bundesausschuß der Ärzte und Krankenkassen festgestellt, indem man die Zahl der damals praktizierenden Ärzte durch die Einwohnerzahl teilte. 1 praktischer Arzt/Allgemeinarzt auf 2400 Einwohner kam dabei heraus. Diese Zahl wird auch heute noch als ,,Bedarfszahl" genommen. Gegen diese Milchmädchenrechnung gibt es selbst bei Berufsverbänden der Ärzte Widerstand – obwohl diese immer wieder betont haben, daß ,,zusätzliche Niederlassungen sich bei gegebenem Finanzvolumen nachteilig auf die Ärzteeinkommen und damit auf die Qualität der ambulanten ärztlichen Versorgung auswirken." (Nach ,,Arzt und Wirtschaft 9/80). So hat die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen in einer Umfrage bei niedergelassenen Ärzten festgestellt, daß im Durchschnitt 19% mehr Ärzte notwendig wären, damit sie die für Beratung und Behandlung erforderliche Zeit hätten. Berücksichtigt man noch den Stadt-Land-Unterschied im Zeitaufwand pro Patient, so wird sich für ländliche Gebiete ein Zusatzbedarf von – niedrig geschätzt – 30% ergeben.

b.güj. **Den Kündigungsschutzprozeß gegen die Firma Lumoprint hat der Vertrauensmann G. Jacob am 18.8. gewonnen.** Einen Tag vor dem 1. Mai wurde er per Hausverbot aus dem Betrieb geworfen und dann fristlos entlassen. Als Gründe nannten die Kapitalisten: Herausgabe der KVZ-Betriebsausgabe für Lumoprint, Agitation gegen Überstunden, Schuld am hohen Krankenstand, niedriger Arbeitsleistung und der Fluktuation. Viele Kollegen, die IGM-Mitgliederversammlung und die IGM-Ortsverwaltung forderten mit Unterschrift und in einem Flugblatt der Gewerkschaft die Wiedereinstellung und wiesen alle Angriffe auf gewerkschaftliche Rechte und Ziele zurück. Der Betriebsrat erhob Einspruch. Den weiteren Aufbau des Vertrauensleutekörpers konnte die Geschäftsleitung nicht verhindern mit dieser Kündigung. Einen Denunzianten und Provokateur gab die Firma umsonst preis. Noch liegt das Urteil den Kollegen nicht schriftlich vor und ist die Wiedereinstellung nicht durchgesetzt. Auf der Betriebsversammlung am 2. September ist Gelegenheit die Wiedereinstellung zu verlangen.

b.res. **Der Personalrat vom Harburger Krankenhaus wendet sich gegen untragbare Zustände.** In einem Rundschreiben vom 20. August hat der Personalrat des AK Harburg die Beschäftigten im Pflegedienst über die Lage im Krankenhaus informiert: Bei 490 Planstellen besteht eine Ausfallquote durch Krankheit, Mutterschutz, Urlaub und unbesetzte Stellen von 26 bis 33%. Das entspricht z.B. am 25.7. 165,5 nicht besetzten Stellen. Die praktische Ausbildung der Lernschwestern und -pfleger findet fast nicht mehr statt. Durch den fast totalen Ausfall der chirurgischen Intensivstation – hauptsächlich durch Kündigungen wegen der unerträglichen Arbeitsbedingungen – ohne aber das OP-Programm zu kürzen, trat eine enorme Mehrbelastung der chirurgischen Krankenstationen ein, statt 16 können nur noch 3 Intensivbetten bepflegt werden. 30 Überstunden die Woche sind auf vielen Stationen an der Tagesordnung, bis zu 60 müssen manchmal gemacht werden. Bis zu 6 Wochen mußte schon durchgearbeitet werden ohne einen freien Tag. Den Antrag des Personalrats, einige Statio-

Bürgerkriegsmanöver anläßlich der Demonstration gegen Strauß in Hamburg



r.eve. Am Freitag, den 29.8.80 ist der Tischlerlehrling Olaf Ritzmann an den Folgen eines Polizeiüberfalls auf Teilnehmer der Demonstration gegen Strauß gestorben. An der Demonstration hatten sich 15000 Leute beteiligt, die sich gegen Strauß als reaktionärsten und offensten Vertreter der westdeutschen Monopolbourgeoisie richteten. Viele Gewerkschaftsgruppen hatten zu dieser Demonstration aufgerufen. Der Hamburger Innensenator Staak hatte die Demonstrationsroute zur Ernst-Merck-Halle, wo Strauß sprechen wollte, gleich verbieten lassen. Ca. 6000 Demonstranten zogen nach Beendigung der Demonstration zur Ernst-Merck-Halle. Bei einem feigen Polizeiüberfall nach Abschluß dieser Demonstration wurde Olaf Ritzmann von der Polizei vor eine S-Bahn getrieben und ermordet.

In Hamburg hat sich ein Ermittlungsausschuß gebildet, der die Lügen der Polizeiführung über diesen Einsatz untersucht. Der Ermittlungsausschuß hat eine Presseerklärung herausgegeben, in der der Hergang des Polizeiüberfalls geschildert wird. Danach wurde die Demonstration mit einer offiziellen Lautsprecherdurchsage beendet. Ein Teil der Demonstranten ging in den S-Bahnhof, um nach Hause zu fahren. Als die Polizei den Bahnhof überfiel, befanden sich ca. 300 Leute im Bahnhof. Der Ermittlungsausschuß schreibt: „Gleichzeitig formierte sich kampfmäßig ausgerüstete Polizei vor beiden Bahnhofseingängen und sperrte diese ab. Ca. 30 Polizisten rückten keilförmig auf die Schilde schlagend in die Halle vor und begannen auf die Demonstranten loszurennen. Auf die Demonstranten, die mittlerweile panikartig die Flucht nach oben antraten, wurde geknüppelt, mindestens drei Tränengasgranaten wurden in die hochstürzende Menge geworfen... Als Reaktion setzte Gedränge und Geschiebe ein, die Leute stießen sich zum Teil gegenseitig um und rissen sich wieder hoch... In diesem Gedränge und in der Panik liefen ca. 50 Menschen auf den rückwärtigen Teil des Bahnsteigs, ca. 30 liefen auf die Gleise." Bei diesem Polizeieinsatz wurde Olaf Ritzmann vor die S-Bahn getrieben. Der Ermittlungsausschuß hat diesen Hergang aus vielen Zeugenaussagen zusammengestellt.

Die bürgerliche Presse hat nach der Demonstration am Montag ein großes Geschrei angestimmt, das darauf abzielt, daß Demonstrationsrecht weiter zu beschränken. Die Methode ist, erst Demonstrationen zu verbieten, und hinterher die Leute, die sich die Demonstrationsfreiheit nehmen, anzugreifen. Und dann nach der weiteren Einschränkung des Demonstrationsrechts zu schreien. Der Ermittlungsausschuß plant eine Demonstration an dem Tag, an dem Olaf Ritzmann beerdigt wird.





gen Polizeiüberfall nach Abschluß dieser Demonstration wurde Olaf Ritzmann von der Polizei vor eine S-Bahn getrieben und ermordet.

In Hamburg hat sich ein Ermittlungsausschuß gebildet, der die Lügen der Polizeiführung über diesen Einsatz untersucht. Der Ermittlungsausschuß hat eine Presseerklärung herausgegeben, in der der Hergang des Polizeiüberfalls geschildert wird. Danach wurde die Demonstration mit einer offiziellen Lautsprecherdurchsage beendet. Ein Teil der Demonstranten ging in den S-Bahnhof, um nach Hause zu fahren. Als die Polizei den Bahnhof überfiel, befanden sich ca. 300 Leute im Bahnhof. Der Ermittlungsausschuß schreibt: „Gleichzeitig formierte sich

sem Polizeieinsatz wurde Olaf Ritzmann vor die S-Bahn getrieben. Der Ermittlungsausschuß hat diesen Hergang aus vielen Zeugenaussagen zusammengestellt.

Die bürgerliche Presse hat nach der Demonstration am Montag ein großes Geschrei angestimmt, das darauf abzielt, daß Demonstrationsrecht weiter zu beschränken. Die Methode ist, erst Demonstrationen zu verbieten, und hinterher die Leute, die sich die Demonstrationsfreiheit nehmen, anzugreifen. Und dann nach der weiteren Einschränkung des Demonstrationsrechts zu schreien. Der Ermittlungsausschuß plant eine Demonstration an dem Tag, an dem Olaf Ritzmann beerdigt wird.







Am 24.10. Verhandlungen über Neuregelung der Bereitschaftsdienste durch die ÖTV

b.ols. Am 24. Oktober findet das erste Gespräch über eine Neuregelung der Bereitschaftsdienste für Krankenhauspflegepersonal und Krankenhausärzte zwischen der ÖTV, dem Marburger Bund und dem Dienstherrn im Öffentlichen Dienst statt. Zur Verhandlung stehen die Sonderregelungen (SR) 2a BAT (Angestellte im Pflegedienst, Angestellte im medizinisch-technischen Dienst) und 2c (Ärzte) über Bereitschaftsdienste.

Ein wichtiger Punkt, an dem die Vereinheitlichung der Beschäftigten auf diese Forderungen verhindert werden kann, sind drohende Einbußen der Lohnbestandteile, die aus der Zusatzarbeit kommen und für viele Beschäftigte kaum verzichtbar sind. Dem kann entgegengewirkt werden, wenn in den Verhandlungen gleichzeitig durchgesetzt wird, daß die Bereitschaftsdienste als *Arbeitsbereitschaft* anerkannt werden und wenn die Überstundenzuschläge erhöht werden.

Tatsache ist, daß gegenwärtig an einem Großteil der Krankenhäuser in der Bundesrepublik die Belastung durch Bereitschaftsdienste wesentlich höher liegt. Für den Bereich des Pflegepersonals im Operationssaal (OP) und der Ärzte sind Dienstbelastungen zwischen 10 und 15 Diensten keine Seltenheit. Vor allem an kleineren Krankenhäusern, wo sich 4 bis 5 oder auch 2 bis 3 Assistenzärzte einer Abteilung die Dienste teilen müssen, sind solche Belastungen die Regel. In der Urlaubszeit und bei Krankheit kann es noch schlimmer werden. Dabei beinhalten diese Dienste, daß von einem Tag morgens 8.00 Uhr bis zum nächsten Tag bis Feierabend, z.B. 16.00 Uhr, also 32 Stunden hintereinander gearbeitet wird. Dadurch werden oft zwischen 300 und 350 Stunden pro Monat am Arbeitsplatz, nämlich in der Klinik, zugebracht.
a2oed2a

Notwendigerweise leidet darunter die Gesundheit der Beschäftigten, klamme kalte Gliedmaßen, Reizbarkeit, Appetitstörungen, Magenbeschwerden nehmen zu. Gleichzeitig sinkt die für eine ordentliche Patientenversorgung nötige Leistungsfähigkeit.

Gegen diese Zustände stellt sich die ÖTV auf den Standpunkt, daß die Arbeitszeitordnung (AZO) von 1938, zuletzt geändert 1974, auch auf das Krankenhauspersonal anzuwenden ist. Der BAT enthält in seinen Sonderregelungen keinen Arbeitszeitschutz, sondern Vergütungsregelungen. Sie sind unter anderem Ausdruck der vor vielen Jahren auf möglichst hohe Vergütung abgestellten Tarifpolitik der Berufsvertretungen, was sich aus den damals sehr niedrigen Nachtdienstvergütungen erklärt. Heute sind jedoch die Arbeitsbelastungen so, daß unbedingt eine Begrenzung der Arbeitszeit stattfinden muß. Mit dem Bezug auf die gültige AZO, die einen 8-Stundentag, unter bestimmten Umständen auf 12 Stunden verlängerbar, nach der Tagesarbeitszeit eine mindestens 11-stündige Ruhepause und eine höchstens 48-stündige Wochenarbeitszeit vorsieht, stellen die gegenwärtigen Bereitschaftsdienste ständigen Verstoß gegen die gültigen Bestimmungen dar.

Im Kampf für die Einhaltung der 40-Stundenwoche und für die Verwirklichung des 7-Stundentages an 5 Arbeitstagen sind daher folgende Forderungen geeignet, gegen die übermäßige Vernutzung der Arbeitskraft eine Front aufzubauen:

– Anwendung der Arbeitszeitordnung, – Nicht mehr als ein Bereitschaftsdienst pro Woche, – nicht mehr als 24 Stunden zusammenhängende Arbeitszeit.

Ein wichtiger Punkt, an dem die Vereinheitlichung der Beschäftigten auf diese Forderungen verhindert werden kann, sind drohende Einbußen der Lohnbestandteile, die aus der Zusarzarbeit kommen und für viele Beschäftigte kaum verzichtbar sind. Dem kann entgegengewirkt werden, wenn in den Verhandlungen gleichzeitig durchgesetzt wird, daß die Bereitschaftsdienste als *Arbeitsbereitschaft* anerkannt werden und wenn die Überstundenzuschläge erhöht werden.

Unterstützung des Kampfes der polnischen Arbeiter

b.mak. Am 27.8.80 haben gewerkschaftliche Gremien bei Blohm und Voss und in der GEW Resolutionen zur Unterstützung der polnischen Arbeiter beschlossen. Der Vertrauensleutekörper bei Blohm und Voss hat mehrheitlich eine Resolution beschlossen, wo zur Unterstützung des Kampfes der polnischen Arbeiter und der bolivianischen Arbeiter aufgerufen wird. Bei der Unterstützung der polnischen Arbeiter wurde ausdrücklich ihr gesamtes Forderungsprogramm unterstützt. Für die bolivianischen Arbeiter wurden 132 DM gesammelt für ihren Kampf gegen die Militärjunta.

Die Schulkreiskonferenz 52 der GEW in Hamburg, auf der 12 Vertrauensleute und Delegierte als Vertreter ihrer Schulen im Kreis anwesend waren, hat die im folgenden abgedruckte Solidaritätsresolution mit den streikenden polnischen Arbeitern nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. In der Begründung des Antrages wurde

jubeln, als sie bessere Möglichkeiten der Einmischung in Polen wittern.

Wenn die Regierung und die SPD vorgeblich das Prinzip der Nichteinmischung verfolgen, und dies findet die uneingeschränkte und einhellige Unterstützung seitens der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung, so stellt der Antrag der Gewerkschaft die Aufgabe, für dieses richtige Prinzip auch die nötigen politischen Schritte zu fordern, die die Nichteinmischung absichern können: Die Beendigung jeglicher „Offenhaltung" der Grenzen des ehemaligen Deutschen Reiches, als dessen einzigen Rechtsnachfolger die westdeutsche Bourgeoisie immer noch sich selbst betrachtet, und die Auflösung der Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt. Die Kollegen waren sich einig, daß zur Klärung und Vereinheitlichung auf diesen Forderungen in der GEW noch ein längerer Weg zu gehen ist, daß die Zeit aber drängt, damit zu beginnen.

„Die polnischen Arbeiter streiken,

Diese Erfahrung ist keine prinzipiell andere als die der Arbeiterbewegung in den sog. westlichen Ländern. Die westdeutsche Reaktion in Gestalt der Unionsparteien und ihres Kanzlerkandidaten Strauß, die gegen Streiks in der BRD noch jedesmal ihre Hetze losgelassen hat, fordert heuchlerisch „Hilfe" für Polen, um das Land noch tiefer zu verschulden und eine Hintertür für zukünftige Interventionen zu eröffnen. Wir erklären uns angesichts dieser Lage solidarisch mit dem gerechten Kampf der polnischen Arbeiter. Die politische Unterstützung kann für uns vor allem darin bestehen, von der Regierung und den politischen Parteien der BRD die endgültige völkerrechtliche Anerkennung der bestehenden Grenzen in Osteuropa durch Abschluß eines Friedensvertrages zu fordern und für die Auflösung der Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt einzutreten. So erhält das Prinzip der Nichteinmischung für alle Seiten eine Grundlage und erfährt die polnische Arbeiter-

tenheit. Vor allem an kleineren Krankenhäusern, wo sich 4 bis 5 oder auch 2 bis 3 Assistenzärzte einer Abteilung die Dienste teilen müssen, sind solche Be-

erklärt. Heute sind jedoch die Arbeitsbelastungen so, daß unbedingt eine Begrenzung der Arbeitszeit stattfinden muß. Mit dem Bezug auf die gültige

setzt wird, daß die Bereitschaftsdienste als *Arbeitsbereitschaft* anerkannt werden und wenn die Überstundenzuschläge erhöht werden.

Unterstützung des Kampfes der polnischen Arbeiter

b.mak. Am 27.8.80 haben gewerkschaftliche Gremien bei Blohm und Voss und in der GEW Resolutionen zur Unterstützung der polnischen Arbeiter beschlossen. Der Vertrauensleutekörper bei Blohm und Voss hat mehrheitlich eine Resolution beschlossen, wo zur Unterstützung des Kampfes der polnischen Arbeiter und der bolivianischen Arbeiter aufgerufen wird. Bei der Unterstützung der polnischen Arbeiter wurde ausdrücklich ihr gesamtes Forderungsprogramm unterstützt. Für die bolivianischen Arbeiter wurden 132 DM gesammelt für ihren Kampf gegen die Militärjunta.

Die Schulkreiskonferenz 52 der GEW in Hamburg, auf der 12 Vertrauensleute und Delegierte als Vertreter ihrer Schulen im Kreis anwesend waren, hat die im folgenden abgedruckte Solidaritätsresolution mit den streikenden polnischen Arbeitern nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. In der Begründung des Antrages wurde die Notwendigkeit betont, gerade angesichts der Aufrufe zur „Solidarität mit Polen" seitens der westdeutschen Reaktionäre die gerechten Ziele der polnischen Arbeiter in den Gewerkschaften zu unterstützen; so kann Strauß und seinen Gefolgsleuten am besten der Boden entzogen werden, auf dem sie die Streiks der polnischen Arbeiter nur scheinbar und soweit bejubeln, als sie bessere Möglichkeiten der Einmischung in Polen wittern.

Wenn die Regierung und die SPD vorgeblich das Prinzip der Nichteinmischung verfolgen, und dies findet die uneingeschränkte und einhellige Unterstützung seitens der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung, so stellt der Antrag der Gewerkschaft die Aufgabe, für dieses richtige Prinzip auch die nötigen politischen Schritte zu fordern, die die Nichteinmischung absichern können: Die Beendigung jeglicher „Offenhaltung" der Grenzen des ehemaligen Deutschen Reiches, als dessen einzigen Rechtsnachfolger die westdeutsche Bourgeoisie immer noch sich selbst betrachtet, und die Auflösung der Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt. Die Kollegen waren sich einig, daß zur Klärung und Vereinheitlichung auf diesen Forderungen in der GEW noch ein längerer Weg zu gehen ist, daß die Zeit aber drängt, damit zu beginnen.

„Die polnischen Arbeiter streiken, um sich gegen die Verschlechterung ihrer Lage zu wehren und sie verlangen angesichts der Teuerungen Erhöhung ihrer Löhne. Sie verlangen gewerkschaftliche und politische Rechte, weil es ihren Erfahrungen der letzten Jahre entspricht, daß sie nur durch Kampf und gestützt auf eigene gewerkschaftliche Organisationen Verschlechterungen ihrer Lage verhindern können. Diese Erfahrung ist keine prinzipiell andere als die der Arbeiterbewegung in den sog. westlichen Ländern. Die westdeutsche Reaktion in Gestalt der Unionsparteien und ihres Kanzlerkandidaten Strauß, die gegen Streiks in der BRD noch jedesmal ihre Hetze losgelassen hat, fordert heuchlerisch „Hilfe" für Polen, um das Land noch tiefer zu verschulden und eine Hintertür für zukünftige Interventionen zu eröffnen. Wir erklären uns angesichts dieser Lage solidarisch mit dem gerechten Kampf der polnischen Arbeiter. Die politische Unterstützung kann für uns vor allem darin bestehen, von der Regierung und den politischen Parteien der BRD die endgültige völkerrechtliche Anerkennung der bestehenden Grenzen in Osteuropa durch Abschluß eines Friedensvertrages zu fordern und für die Auflösung der Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt einzutreten. So erhält das Prinzip der Nichteinmischung für alle Seiten eine Grundlage und erfährt die polnische Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung die nötige Unterstützung." (Die SKK 52 fordert den Vorstand der GEW in jedem Fall auf, diesen von der SKK 52 beschlossenen Antrag an den Vorstand für alle Betriebsgruppen im Informationsdienst zu veröffentlichen. Ein entsprechender Beschluß des Vorstands muß der Presse und Öffentlichkeit mitgeteilt werden.)"

nen zu schließen, bis ausreichend Pflegekräfte zur Verfügung gestellt werden, hat die Gesundheitsbehörde abgelehnt, weil sie „auf Betten nicht verzichten könne", obwohl 120 Betten bereits aus Personalmangel im AKH gesperrt sind. Der Personalrat wird am 3.9. über den Vorschlag beraten, eine außerordentliche Personalversammlung durchzuführen.

b.obj.Hamburg-Harburg. **Der Schülerrat des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums fordert die Abschaffung der Automaten mit Süßigkeiten und die Einrichtung einer Cafeteria mit gesünderen Eßsachen.** Damit wird ein altes Anliegen auch der Elternschaft wieder aufgegriffen.

b.chi. **Gegen das Gesetz des Landwirtschaftsministeriums in Kiel, das der Bevölkerung das Fischen im Meer verbietet,** hat die Gemeindevertretung von Rodenäs (Kreis Nordfriesland) beschlossen, ein Protestschreiben abzuschicken. Seit dem 1. August ist das Aufstellen von Reusen und Sinknetzen im Watt verboten, angeblich, weil damit die Berufsfischerei gefährdet würde. Die Gemeindevertretung Rodenäs verweist darauf, daß die Bevölkerung ihrer Gemeinde schon seit Generationen für den Eigenbedarf fischen würde. Zudem sei das „Sinken" und „Butten" beliebt bei Feriengästen, auf die viele Familien angewiesen sind.

r.thf. **Für die 80000 Beschäftigten in dem Chemiebereich Hohlglasveredelung und -verarbeitung ist seit dem 1.8. ein neuer Tarifvertrag in Kraft.** Erklärtes Ziel der Tarifkommission war es, die Effektivlöhne weitergehend tariflich abzusichern. Zwischen 30 und 50 Pfennig Vorweganhebung waren dazu gefordert worden. Durchgesetzt werden konnten nur 25 Pfennig für die oberen Lohngruppen und 15 Pfennig für die unteren. Die Löhne wurden um 6,9% erhöht. Die Absicherung der Effektivlöhne will die Gewerkschaft jetzt über eine Neufestlegung der Lohngruppen und ihrer Merkmale betreiben. Der wichtigste Betrieb in dieser Branche ist mit 650 Beschäftigten Bünder Glas, das vollständig dem amerikanischen Owens-Konzern gehört. Der Betrieb expandiert gerade zur Zeit, und die Belegschaft soll bis über 700 aufgestockt werden. Beschäftigt werden in der Produktion fast ausschließlich angelernte Arbeiter und viele Frauen in Wechselschicht und zum Teil in Dreischicht.

Veranstaltungskalender

Veranstaltungen zum Antikriegstag

Flensburg, 1.9.80, 17 Uhr, Südermarkt, Demonstration des Aktionsbündnisses gegen Kriegsvorbereitung Flensburg.
Kiel, 1.9.80, 19 Uhr Demonstration der DGB-Jugend ab dem Gewerkschaftshaus.
Hamburg, 1.9.80, 17 Uhr Demonstration des DGB ab dem Gewerkschaftshaus, Karl-Legien-Platz.
Hamburg, 2.9.80, 19 Uhr, Diskussionsveranstaltung des DGB im Gewerkschaftshaus. „Soziale und demokratische Rechte von Wehrpflichtigen".
Hamburg, 4.9.80, 19 Uhr, Diskussionsveranstaltung des DGB mit einem IGM-Vorstandsmitglied im Gewerkschaftshaus über Fragen der Abrüstung.
Hamburg, 5.9.80, 19 Uhr, „Friedensfest" in der Mensa der Uni Hamburg.

Wehrkraftzersetzungsprozeß in Hamburg gegen Thomas Wulf

Hamburg, 1.9.80, 9 Uhr, Strafjustizgebäude, Sievekingsplatz 3, Raum 237. Weiterer Termin um 9 Uhr, Raum 237: 2.9.

Revolutionäres Volksbildungsprogramm 1980

Nach der Zerschlagung des NAZI-Regimes durch die Alliierten Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag

Kreis Lauenburg, Mölln, 1.9. – 5.9.80, Gasthof zur Linde, Königsbergerstraße, 20 Uhr.

Die Unterdrückertätigkeit Friedrich des Großen und Preußens Rolle im Kampf um die Einheit der Nation Feudalismus und Bourgeoisie beginnen sich zu verschwägern

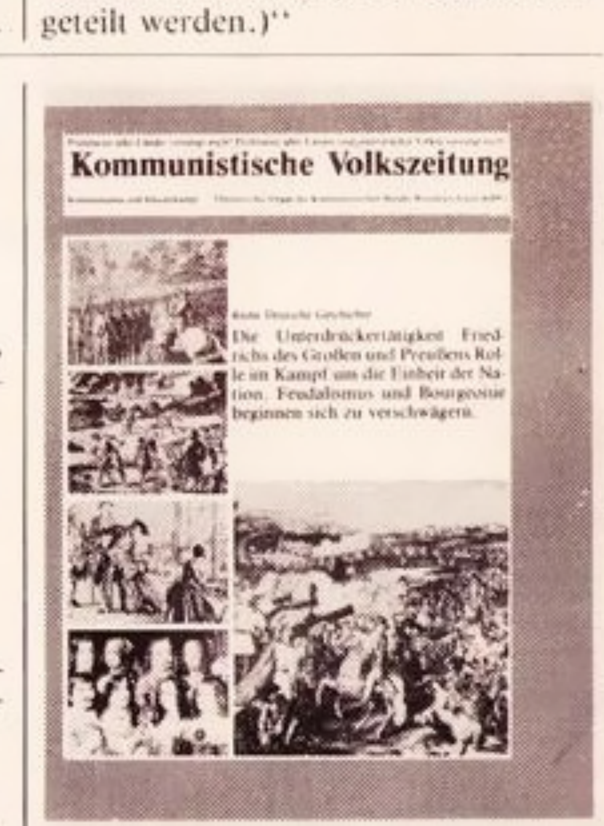
Neumünster, 1.9.-5.9.80, 20 Uhr, Hotel „Stadt Rendsburg", Rendsburger Landstraße.

Der 30jährige Krieg und die Vernichtung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Der Feudalismus verfault und siecht weiter. In Deutschland fehlt der Bourgeoisie der Hebel des Königtums

Flensburg, 1.9.-4.9.80, 20 Uhr, Appenrader Hof.

Friedrich Engels: Vom Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates

Kreis Plön, Schellhorn, 1.9. – 5.9.80, 20 Uhr, „Schellhorner Berg".



Kommunismus und Klassenkampf – Quellenheft – Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) Sekretariat, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2. Zu beziehen auch über jeden Verkäufer der Kommunistischen Volkszeitung.

Demonstration gegen öffentliches Gelöbnis in Eckernförde



b.chc. 50-60 Leute beteiligten sich an der Demonstration gegen das öffentliche Gelöbnis in Eckernförde, zu der die Initiative, die Grünen, Volksfront, KBW und die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden aufgerufen hatten. Bürgermeister Schulz, SPD, hob in seiner Rede an die Rekruten die Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft hervor, am gleichen Tag haben die Jusos aus Eckernförde in einem Leserbrief geschrieben, daß dies gerade durch öffentliche Vereidigungen, Säbelrasseln und Brimborium nicht zu erreichen sei.

Ausreichender Lohn ist grundlegend für den Kampf gegen die Kontischicht

b.ruo. 1979 ist eine Fallstudie herausgekommen, die die Arbeitszeitgestaltung am Hamburger Containerterminal Eurokai untersucht. Kernfrage der Studie ist: ,,Welche Probleme der Arbeitszeitplanung können sich ergeben, wenn man die Anforderungen der Containertechnologie mit den arbeitsrechtlichen, insbesondere mit den tarifrechtlichen Bestimmungen vergleicht?'' Was als technologische Anforderungen ausgegeben wird, sind die Interessen der Reeder und Hafenkapitalisten nach Profitmaximierung. Um das 44fache steigert der Containerumschlag die Leistung pro Mann und Schicht gegenüber herkömmlichem Stückgutumschlag. Der um ein vielfaches gewachsene Kapitalaufwand für Umschlagsmaschinerie stachelt die Kapitalisten ständig an, rund um die Uhr arbeiten zu lassen, um den jeweiligen Konkurrenzvorteil voll auszuschöpfen.

,,Das Geschäft läuft gut'', so K. Eckelmann, Gesellschafter am Eurokai auf der Aktionärsversammlung am 28.8., wo eine 7% Dividende zugesagt wurde. In Folge des schwedischen Hafenarbeiterstreiks konnte Eckelmann zusätzlich 15000 Container umschlagen und er hat festgestellt, daß am Eurokai ,,das Doppelte des heutigen

angeht. Das 1,5 bis 2fache des Normalschichtsolls ist üblich für die Arbeiter. Kristallisationspunkt der gegensätzlichen Interessen ist die Arbeitszeit im unittelbaren Containerumschlag. Containerpacken, Wartung etc. kann zeitlich von der Schiffsabfertigung abgekoppelt werden.

Folgerung der Studie: die Besetzung von Containerbrücken etc. muß vollkontinuierlich über das Jahr gesichert sein und die Bereitschaft zur Mehrarbeit muß gefördert werden. Konnten die Kapitalisten bisher Mehrarbeit insbesondere am Wochenende durch Lohnzuschläge auf freiwilliger Basis absichern, so ist ihnen dies für die Zukunft zu kostspielig und außerdem sinkt die ,,freiwillige'' Bereitschaft der Hafenarbeiter dazu spürbar.

Im konventionellen Stückgutbereich wird z.B. auf Schiffen der VR-China und der UdSSR samstags in der Regel nur noch eine Schicht gearbeitet, weil die Besetzung der 2. Schicht schwierig ist und der Wiederstand der Arbeiter sich in sinkender Umschlagsleistung ausdrückt. ,,Lohnsättigung erschwere die Sicherung einer durchlaufenden Arbeitsweise'', heißt es in der Studie. Lohnsenkung ist das Heilmittel für die

Ausreichender Lohn ist grundlegend für den Kampf gegen die Kontischicht

b.ruo. 1979 ist eine Fallstudie herausgekommen, die die Arbeitszeitgestaltung am Hamburger Containerterminal Eurokai untersucht. Kernfrage der Studie ist: ,,Welche Probleme der Arbeitszeitplanung können sich ergeben, wenn man die Anforderungen der Containertechnologie mit den arbeitsrechtlichen, insbesondere mit den tarifrechtlichen Bestimmungen vergleicht?'' Was als technologische Anforderungen ausgegeben wird, sind die Interessen der Reeder und Hafenkapitalisten nach Profitmaximierung. Um das 44fache steigert der Containerumschlag die Leistung pro Mann und Schicht gegenüber herkömmlichem Stückgutumschlag. Der um ein vielfaches gewachsene Kapitalaufwand für Umschlagsmaschinerie stachelt die Kapitalisten ständig an, rund um die Uhr arbeiten zu lassen, um den jeweiligen Konkurrenzvorteil voll auszuschöpfen.

,,Das Geschäft läuft gut'', so K. Eckelmann, Gesellschafter am Eurokai auf der Aktionärsversammlung am 28.8., wo eine 7% Dividende zugesagt wurde. In Folge des schwedischen Hafenarbeiterstreiks konnte Eckelmann zusätzlich 15000 Container umschlagen und er hat festgestellt, daß am Eurokai ,,das Doppelte des heutigen Durchschnittvolumens zu meistern ist''. Gewöhnlich sind demzufolge die Anlagen nur zur Hälfte ausgelastet durchschnittlich. Das ist Resultat des ungleichmäßigen Arbeitsanfalls, abhängig von Ankunft und Abfahrt der Containerschiffe. Darauf haben die Hafenkapitalisten keinen Einfluß. Ihr Problem ist, wie sie die menschliche Arbeitskraft diesem Rhytmus unterwerfen. Schon seit geraumer Zeit steht Eckelmann im Hafen mit an der Spitze, was das Abpressen von Mehrarbeit

angeht. Das 1,5 bis 2fache des Normalschichtsolls ist üblich für die Arbeiter. Kristallisationspunkt der gegensätzlichen Interessen ist die Arbeitszeit im unittelbaren Containerumschlag. Containerpacken, Wartung etc. kann zeitlich von der Schiffsabfertigung abgekoppelt werden.

Folgerung der Studie: die Besetzung von Containerbrücken etc. muß vollkontinuierlich über das Jahr gesichert sein und die Bereitschaft zur Mehrarbeit muß gefördert werden. Konnten die Kapitalisten bisher Mehrarbeit insbesondere am Wochenende durch Lohnzuschläge auf freiwilliger Basis absichern, so ist ihnen dies für die Zukunft zu kostspielig und außerdem sinkt die ,,freiwillige'' Bereitschaft der Hafenarbeiter dazu spürbar.

Im konventionellen Stückgutbereich wird z.B. auf Schiffen der VR-China und der UdSSR samstags in der Regel nur noch eine Schicht gearbeitet, weil die Besetzung der 2. Schicht schwierig ist und der Wiederstand der Arbeiter sich in sinkender Umschlagsleistung ausdrückt. ,,Lohnsättigung erschwere die Sicherung einer durchlaufenden Arbeitsweise'', heißt es in der Studie. Lohnsenkung ist das Heilmittel für die Kapitalisten, um Contischicht und flexiblere Arbeitszeit durchsetzen zu können. Aufgrund der Lohnsenkungen hoffen sie, tariflich erkämpfte Schranken einreißen zu können. Angesichts des von Jahr zu Jahr um rund 3% wachsenden Containeranteils am Stückgutumschlag sind sich die Hafenarbeiter über die Rationalisierungsabsichten der Kapitalisten bewußt. Bisher haben sie keinen Spielraum für Tarifverhandlungen zur Arbeitszeit am Containerterminal gelassen.

Eingehende Diskussion um die Forderung nach Austritt aus der NATO

b.ruo. Arbeiter der Stauerei Tiedemann haben anläßlich eines Artikels vom Kollegen Merten im Hauptvorstand der ÖTV (ÖTV-Magazin 8/80) zur Bremer Rekrutenvereidigung einen Leserbrief an das ÖTV-Magazin geschrieben. Sie befürworten darin ausdrücklich die Stellungnahme des Kollegen Merten, daß sich die Belegschaften der Großbetriebe in diesen Fragen zu Wort melden sollen und erheben folgende Forderungen: BRD raus aus der NATO, DDR raus aus dem Warschauer Pakt und Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages mit den Siegermächten des zweiten Weltkrieges.

In der Begründung heißt es zur Politik der Bundesregierung: ,,Ganz entschieden weisen wir die von der Bundesregierung betriebenen Aktionen der westdeutschen Zerstörer im indischen Ozean zurück. Derartige Manöver verschärfen direkt die Kriegsgefahr und bedrohen die Völker der 3. Welt, die den indischen Ozean zu einer Zone des Friedens erklärt haben...'' Einhellige Meinung unter den Schauerleuten war, daß es für die Arbeiter im indischen Ozean nichts zu verteidigen gibt, sondern offensichtlich um die Anlagesphären des westdeutschen Kapitals geht. ,,Ich habe nichts zu verteidigen, oder soll ich meine Schulden noch verteidigen,'' sagte ein älterer Arbeiter, als es um Bundeswehr und NATO ging. Angesichts der offenen Aggressionsabsichten der UdSSR wie auch dem unzweifelhaften Weltherrschaftsstreben der USA gab es viele Zweifel, ob eine Politik der Blockfreiheit den Appetit der Supermächte nicht noch anstachle. Am Beispiel Jugoslawiens und der VR China wurde diskutiert, daß die Verteidigung eigener Interessen tatsächlich untrennbar ist von der Frage, inwieweit die Interessen der Arbeiter auch die herrschenden sind im Staat. Gerade die mächtige Streikbewegung der polnischen Arbeiter ermutigte die Arbeiter, die Forderung nach Austritt aus der NATO zu erheben, weil sie den gemeinsamen Interessen entspricht und Interventionsabsichten der UdSSR wie auch der westlichen Imperialisten schwächt.

Schulbuch zum Friedensvertrag

b.eve. Die Gewerkschaftsjugend bereitet sich auf den Antikriegstag des DGB vor. Sie hat es schwer, sich über den tatsächlichen Verlauf der geschichtlichen Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg zu informieren. Die Schulbücher, die das leisten müßten, enthalten im wesentlichen Geschichtsfälschungen und Bourgeoisurteile. Wir haben nachgesehen, was die in Hamburg zugelassenen Geschichtsbücher zum Friedensvertrag schreiben. Auffällig ist, daß sich von sieben an den Volks- und Realschulen zugelassenen Büchern nur drei überhaupt mit diesem Thema befassen. Bei den Schulbüchern für die Gymnasien sind es immmerhin sechs von neun.

Wir haben uns den Text des Schulbuches ,,Geschichtliche Weltkunde'' Band 3 für Volks- und Realschulen genauer angesehen. Nur zum Friedensvertrag ist dabei folgende Gegenüberstellung herausgekommen:

Geschichtliche Weltkunde:

Die Potsdamer Konferenz. Die folgende Gipfelkonferenz der ,,Großen Drei'' in Potsdam (17. Juli bis 2. August 1945), an der Truman, Stalin, Churchill und – nach den Wahlen in England – dessen Nachfolger Attlee teilnahmen, führte noch einmal zu einer gemeinsamen Willenserklärung, brachte jedoch in wichtigen Einzelfragen nur Kompromißformeln, die bald unterschiedlich ausgelegt wurden. Die zwei Abkommen vom November 1944 wurden in das ,,Potsdamer Abkommen'' übernommen. Zusätzlich sollte nunmehr ein ,,Rat der Außenminister'', dem die 5 Großmächte angehörten, die Politik der Alliierten abstimmen. Im besetzten Deutschland sollten vier allgemeine Ziele verfolgt werden: Denazifizierung, Demilitarisierung, Demontage, Demokratisierung (die ,,4 Ds''). (Es folgen Zitate aus dem Potsdamer Abkommen, die sich allein auf die ,,4 Ds'' beziehen). Die allgemein gehaltenen Vereinbarungen blieben abhängig von den Vorstellungen und Absichten, die eine Besatzungsmacht damit verfolgte. Das gleiche galt für die Erklärung, Deutschland solle ,,als einheitliches wirtschaftliches Ganzes betrachtet werden.'' (S. 174/175).

Und 17 Seiten weiter: ,,Zwischen März und August 1952 schlug sie (die Sowjetunion) den Westmächten überraschend in mehreren Noten einen Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung, freie Wahlen und Abzug aller Besatzungsstreitkräfte vor. Die Westmächte wünschten jedoch eine unparteiische Untersuchungskommission, um vorher in beiden Teilen Deutschlands die Voraussetzungen für freie Wahlen zu klären. Hinzu kamen begriffliche Unklarheiten. Der Entwurf für diesen Friedensvertrag, der der sowjetischen Note vom 10. März 1952 beigegeben worden war, enthielt zwar alle Grundfreiheiten für das zukünftige Gesamtdeutschland, erwähnte jedoch in Punkt 5: ,,Auf dem Gebiet Deutschlands dürfen Organisationen, die der Demokratie und der Sache des Friedens feindlich sind, nicht bestehen.'' Mit Adenauer sahen viele Westdeutsche diese Formulierung als zweideutig an. ...'' (S. 192)

Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 (Auszüge):

II. Die Errichtung eines Rates der Außenminister

3. (I) Als eine vordringliche und wichtige Aufgabe des Rates wird ihm aufgetragen, Friedensverträge für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland aufzusetzen, um sie den Vereinten Nationen vorzulegen und Vorschläge zur Regelung der ungelösten territorialen Fragen, die in Verbindung mit der Beendigung des Krieges in Europa entstehen, auszuarbeiten. Der Rat wird zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird.

...

III. Deutschland

B. Wirtschaftliche Grundsätze

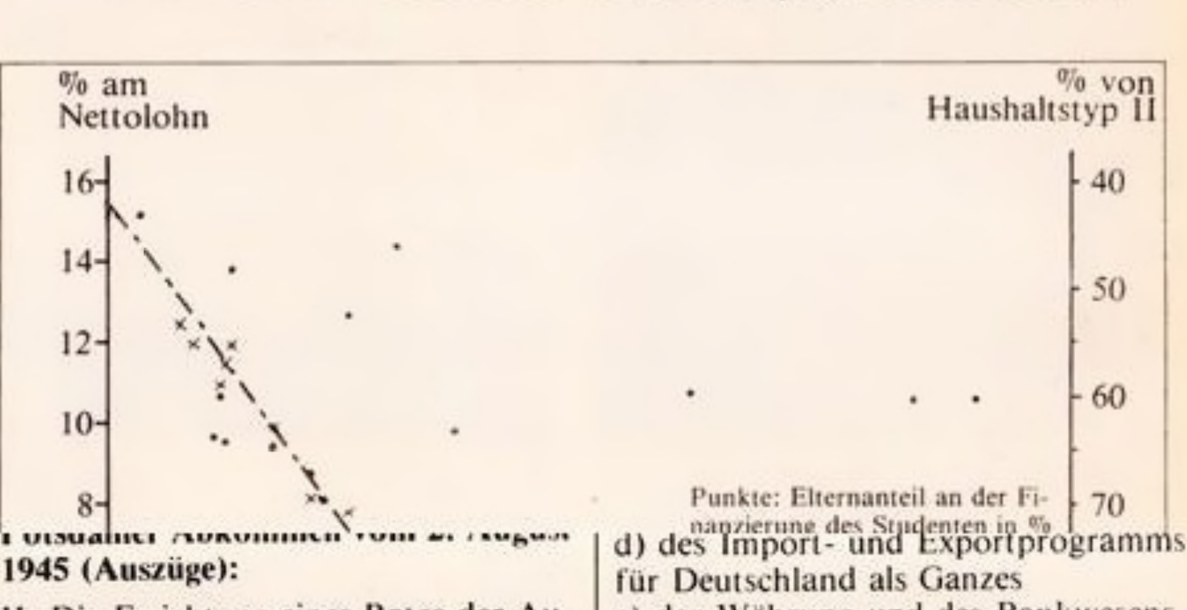
14. Während der Besatzungszeit ist Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu betrachten. Mit diesem Ziel sind gemeinsame Richtlinien aufzustellen hinsichtlich:
a) der Erzeugung und Verteilung der Produkte des Bergbaus- und der verarbeitenden Industrie
b) der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei
c) der Löhne, der Preise und der Rationierung
d) des Import- und Exportprogramms für Deutschland als Ganzes
e) der Währung und des Bankwesens, der zentralen Besteuerung und der Zölle
f) der Reparationen und der Beseitigung des militärischen Industriepotentials
g) des Transport- und Verkehrswesens
Bei der Durchführung dieser Richtlinien sind gegebenenfalls die verschiedenen öffentlichen Bedingungen zu berücksichtigen.

Im Lohn der Arbeiter sind die Kosten für ein studierendes Kind nicht enthalten

b.peb. Wir hatten in der KVZ 35 eine Untersuchung der Universität Hamburg zur finanziellen Lage der Studenten dargestellt (S.7). Anhand dieser Untersuchung wollen wir darstellen, wie der Elternanteil an den Einkommen der Studenten sich auf die Reproduktionsbedingungen der Familien auswirkt.

Wir haben die Durchschnittslöhne für die in KVZ 35 angegebenen Berufsbeispiele herausgesucht und berechnet, was der Elternanteil an den Nettolöhnen ausmacht. (Als Punkte dargestellt und auf der linken Skala abzulesen.) Wir haben den Elternanteil an der Finanzierung der Studenten für die jeweiligen Beispiele vom dazugehörigen durchschnittlichen Nettolohn abgezo-

verschiedenen Werte wurden zu einer Geraden zusammengefaßt, die ergab, daß für die von uns benutzten Beispiele ein Nettolohn von 2400 DM notwendig ist, um die Reproduktion auf dem Stand des Haushaltstyps II zu sichern, wenn ein studierendes Kind Elternzuschüsse in angegebener Höhe erhält.



kommen, die sich allein auf die ,,4 Ds'' beziehen). Die allgemein gehaltenen Vereinbarungen blieben abhängig von den Vorstellungen und Absichten, die eine Besatzungsmacht damit verfolgte. Das gleiche galt für die Erklärung, Deutschland solle ,,als einheitliches wirtschaftliches Ganzes betrachtet werden.'' (S. 174/175).
Und 17 Seiten weiter: ,,Zwischen März und August 1952 schlug sie (die Sowjetunion) den Westmächten überraschend in mehreren Noten einen Frie-

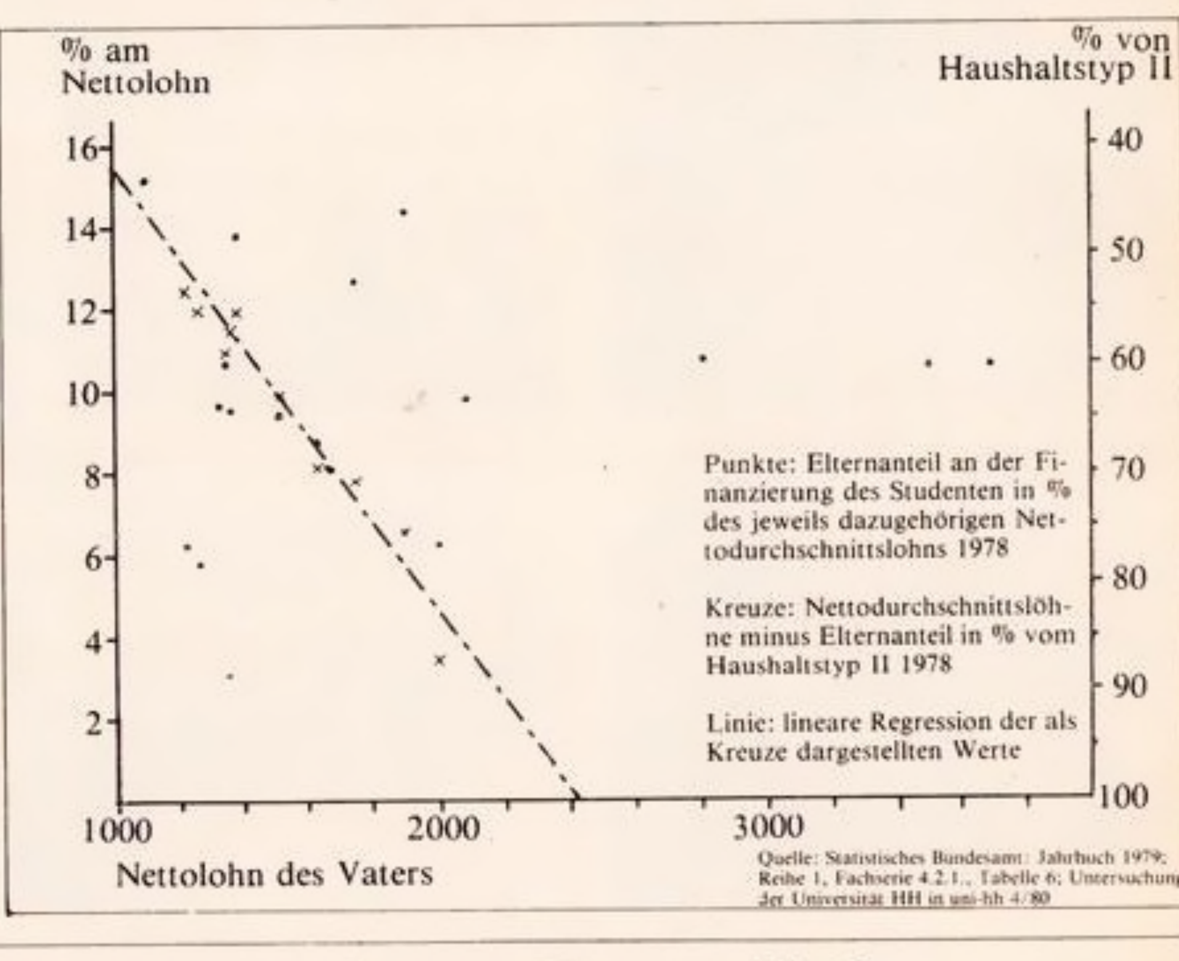
1945 (Auszüge):
II. Die Errichtung eines Rates der Außenminister
3. (I) Als eine vordringliche und wichtige Aufgabe des Rates wird ihm aufgetragen, Friedensverträge für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland aufzusetzen, um sie den Vereinten Nationen vorzulegen und Vorschläge zur Regelung der ungelösten territorialen Fragen, die in Verbindung mit der Beendigung des Krieges in Eu-

d) des Import- und Exportprogramms für Deutschland als Ganzes
e) der Währung und des Bankwesens, der zentralen Besteuerung und der Zölle
f) der Reparationen und der Beseitigung des militärischen Industriepotentials
g) des Transport- und Verkehrswesens
Bei der Durchführung dieser Richtlinien sind gegebenenfalls die verschiedenen öffentlichen Bedingungen zu berücksichtigen.

Im Lohn der Arbeiter sind die Kosten für ein studierendes Kind nicht enthalten

b.peb. Wir hatten in der KVZ 35 eine Untersuchung der Universität Hamburg zur finanziellen Lage der Studenten dargestellt (S.7). Anhand dieser Untersuchung wollen wir darstellen, wie der Elternanteil an den Einkommen der Studenten sich auf die Reproduktionsbedingungen der Familien auswirkt.

Wir haben die Durchschnittslöhne für die in KVZ 35 angegebenen Berufsbeispiele herausgesucht und berechnet, was der Elternanteil an den Nettolöhnen ausmacht. (Als Punkte dargestellt und auf der linken Skala abzulesen.) Wir haben den Elternanteil an der Finanzierung der Studenten für die jeweiligen Beispiele vom dazugehörigen durchschnittlichen Nettolohn abgezo-gen und erhielten so einen Restlohn, den wir in Prozent von den Lebenshaltungskosten des statistischen Haushaltstyps II (Arbeitnehmerhaushalt, alleinverdienender Vater, 3000 DM brutto, 2 Kinder) ausgedrückt. Dieser beträgt 2150 DM und soll uns als Maß für einen Mindestbedarf dienen, der notwendig ist, um eine 4-köpfige Familie zu erhalten. (Als Kreuze dargestellt und rechts abzulesen). Diese verschiedenen Werte wurden zu einer Geraden zusammengefaßt, die ergab, daß für die von uns benutzten Beispiele ein Nettolohn von 2400 DM notwendig ist, um die Reproduktion auf dem Stand des Haushaltstyps II zu sichern, wenn ein studierendes Kind Elternzuschüsse in angegebener Höhe erhält.



Wehrkraftzersetzungsprozeß gegen Thomas Wulf: Staatsanwalt konnte die Anklage nicht beweisen

b.wut. Weder mit der Anklageschrift, noch mit einem eingebrachten Beweisantrag am 3. Verhandlungstag, konnte der Staatsanwalt Detgen nachweisen, daß der Angeklagte in irgendeiner Form verantwortlich ist für den Inhalt oder die Herausgabe der Zeitung, bzw. überhaupt deren Inhalt kennt. Die ganze Anklageschrift benennt als einzige Beweismaterialien für die Verantwortlichkeit von Th. Wulf für die ,,Volksmiliz'', daß er in den entsprechenden Ausgaben der Zeitung im Impressum als ,,Verantwortlicher im Sinne des Pressegesetzes'' steht. Die Verteidigung hat dazu bereits am ersten Verhandlungstag in einem Antrag auf Abladung der Zeugen, Nichtvorlesen dieser Beweisstücke und Schließen der Beweisaufnahme Stellung genommen: ,,Auf die Erhebung vorbenannter Beweise wird es jedoch nicht ankommen, da selbst für den Fall des Nachweises von Verbreitungsvorgängen die wiederholte Angabe des Namens des Angeklagten im Impressum als presserechtlich Verantwortlicher nicht ausreicht, um ihm eine vorsätzliche Mitwirkung an der Konzipierung, Herstellung und/oder der Verbreitung der fraglichen Druckwerke, insbesondere auch Kenntnis von den konkreten Inhalten nachzuweisen. ,,Nachgewiesen werden muß ihm die tatsächliche Innehabe der Stellung und Funktion eines verantwortlichen Redakteurs.'' Dieser Antrag wird belegt mit einer Vielzahl von Rechtsurteilen zu ähnlichen Fällen.

Das Gericht, unter Vorsitz des Richters am Landgericht Schenk, ist am ersten und zweiten Verhandlungstag nicht der Linie der Staatsanwaltschaft gefolgt, sondern hat nach Beratung über diesen Antrag, in einem Rechtsgespräch bekanntgegeben, daß es eine Verurteilung für unwahrscheinlich halten würde, und aufgrund der Aktenlage auch keine Möglichkeit sähe, neue Beweismittel heranzuschaffen. Die Zeugen hätten sie deshalb zunächst abgeladen.

Die neuen Beweise aber wollte der Staatsanwalt am 3. Tag liefern: Eine weitere Reihe von Zeitungen des SRK, in denen der Angeklagte im Impressum stand, sowie belegt wurde, daß der Angeklagte für den KBW zum Bundestag und zur Bürgerschaft kandidiert hatte. Bezüglich der Beweislage hat sich damit aber überhaupt nichts geändert, und es wäre an der Zeit gewesen, daß das Gericht dem Antrag der Verteidigung nachkommt und dann Gelegenheit zu den Schlußplädoyers gibt.

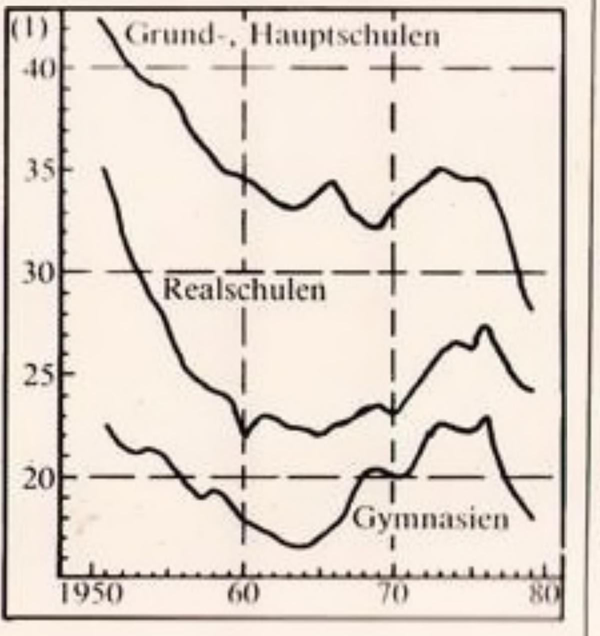
Das Gericht hat das nicht getan, sondern stattdessen dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf Verlesung der Urkunden stattgegeben. Erst am Montag will es den Beschluß über den Beweisantrag der Staatsanwaltschaft und über die erneute Ladung oder Nichtladung der Zeugen bekannt geben. Über die Marschroute des Gerichts besteht Uneinigkeit. Uneinigkeit zwischen dem Gericht und anderen Abteilungen des Staatsapparates; vielleicht dem Territorialkommando Nord der Bundeswehr als Betreiber der Anklage. Uneinigkeit besteht auch im Gericht selber. Der Vorsitzende der Staatsschutzkammer jedenfalls mag diesen Prozeß im Moment überhaupt nicht, wo die Bewegung im Volk gegen den imperialistischen Krieg wächst, und jetzt gerade in den Gewerkschaften der Antikriegstag vorbereitet und durchgeführt wird, gleichzeitig die bürgerlichen Parteien die Friedenssicherung auf ihre Wahlkampffahne geschrieben haben.

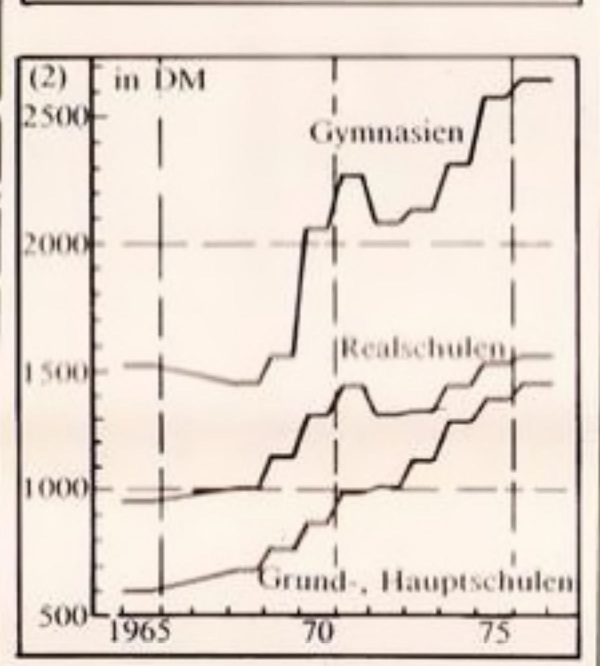
Ausstattung der Grund- und Hauptschulen auf das Niveau der Gymnasien!

b.row. Größere Kämpfe der Schüler richteten sich bisher hauptsächlich gegen konkrete Unterdrückungsmaßnahmen des Kultusministeriums. 1978 streikten 4000 Schüler gegen den Schulgesetzentwurf. Im Dezember 79 demonstrierten über 2000 Schüler in Kiel, 600 in Flensburg und 500 in Lübeck gegen die Oberstufenverordnung. Der Protest richtete sich gegen die Verschärfung der Unterdrückungsmittel in der gymnasialen Oberstufe: Hochschrauben der Wochenstundenzahl, Einschränkung der Wahlmöglichkeiten, Abschaffung des Prüfungssemesters waren einige der Mittel. Im März wurde von den SV'en und der Gewerkschaftsjugend eine Demonstration gegen die Verschlechterung der Ausbildung organisiert, zu der 1500 Schüler nach Kiel kamen. Was zeigte, daß die Schüler an ihren Forderungen festhalten und sich nicht nur damit zufrieden geben, kurzfristig vor jedem Angriff des Kultusministeriums auf die Straße zu gehen.

An vielen Schulen und Orten haben sich Auseinandersetzungen entwickelt um die Ausstattung der Schulen. Dem bürgerlichen Staat ist es schnurzegal, in welchem Zustand sich die Klassen, Gebäude oder Bücher befinden. Oder ob die Kapazitäten der Schulen ausreichend sind. An der Gewerblichen Beruflichen Schule in Flensburg muß an 20 Außenstellen unterrichtet werden. Weiterhin sind die unterschiedlichen Schularten in einem völlig unterschiedlichen Niveau ausgestattet. Im Schaubild (1) haben wir die Entwicklung des Schüler-Lehrer Verhältnisses dargestellt und im Schaubild (2) die Entwicklung der Ausgaben des Kultusministeriums pro Schüler und Jahr. In beiden Schaubildern ist deutlich zu sehen, daß die Gymnasien am besten ausgestattet sind und die Grund- und Hauptschulen am schlechtesten. Gleiches läßt sich aus der Tabelle über Stundenausfall in Schleswig-Holstein entnehmen. Weiterhin aus der Tabelle über Einstellung von Lehrkräften in diesem Sommer, wo erstens sich die Einstellungsquoten von den Gymnasien abwärts entwickelt, zweitens davon ausgehend, daß pro Schüler gleich viele Lehrer neu eingestellt werden und das Verhältnis an den Gymnasien als Berechnungsgrundlage genommen würde, so müßten an den Grund- und Hauptschulen in diesem Schuljahr statt 299 615 neue Lehrkräfte eingestellt werden. Dies ist sogar noch zu gut gerechnet, weil der Unterrichtsausfall an den Gymnasien niedriger als an den Grund- und Hauptschulen ist. Es ist aus diesen Tatsachen heraus fast schon lächerlich, wenn sich die CDU in ihrem Wahlprogramm gegen die „Diskriminierung" der Hauptschüler ausspricht.

Dagegen ist es notwendig, die Ausstattung aller Schulen erstmal mindestens auf das Niveau der Gymnasien zu fordern, sowie das 10. Pflichtschuljahr durchzusetzen und das 11. Schuljahr als BGJ für alle Schüler, bei Erfüllung der Forderungen der Gewerkschaften und Schülervertretungen nach Abschluß eines Ausbildungsvertrages vor Beginn des BGJ und Bezahlung aller Kosten durch die Kapitalisten. Der Kampf um das BGJ wird sich weiter zuspitzen, bisher war es dem Kultusministerium nicht möglich, das BGJ im größeren Umfang einzuführen.





An den Berufsschulen nimmt dadurch die Auseinandersetzung eine andere Qualität an, bisher wurde mit der Forderung nach zwei mal sechs Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen in der Woche für eine bessere Qualifikation in der Ausbildung gekämpft. Jetzt geht es darum, den Abbau der Facharbeiterausbildung und eine breite Hilfsarbeiterproduktion zu verhindern. Dazu ist unbedingt die Unterstützung der Gewerkschaften notwendig, um zu verhindern, daß das Lohnniveau der Arbeiterklasse gesenkt werden kann.

An den Gymnasien ist weiterhin ein breiter Zusammenschluß für Stoffbegrenzung, Herabsetzung der Stundenzahl auf höchstens 28 Stunden wöchentlich, sowie gegen die Aussiebung über das Punktesystem und der Abiturprüfungsordnung, für ein Einspruchsrecht der Schüler- und Elternvertretungen bei allen Zensuren und Versetzungsangelegenheiten, möglich. Dies ist untenstehend in den Ergebnissen einer Fragebogenaktion der Landesschülervertretung der berufsbildenden Schulen, die an 11 Fachgymnasien durchgeführt wurde, dokumentiert.

I. Findest du die Stoffülle am Fachgymnasium zu groß?

	ja	nein	Teilw.
Schüler	633	125	8
in %	82,6	16,3	1,1

II. Kann man aufgrund der Stoffülle die Lehrinhalte nicht mehr kritisch beleuchten?

	ja	nein	teilw.
Schüler	507	181	47
in %	69,0	24,6	6,4

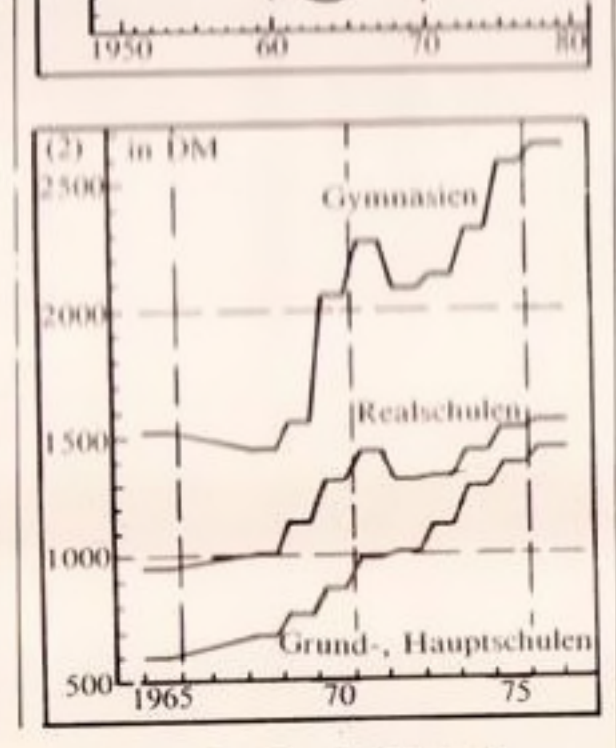
III. Lernt man nur noch auf Klausuren hin und vergißt das Gelernte danach größtenteils wieder?

	ja	nein	teilw.
Schüler	618	79	45
in %	83,3	10,7	6,0

Einstellungen von Lehrkräften 980/81 in Schleswig-Holstein

	Grund- und Haupt-schulen	Realschulen	Gymnasien
Bewerbungen	631	510	396
Eingestellte	299	263	236
Einstell.quote in %	47,4	51,6	59,6

Schularten in einem völlig unterschiedlichen Niveau ausgestattet. Im Schaubild (1) haben wir die Entwicklung des Schüler-Lehrer Verhältnisses dargestellt und im Schaubild (2) die Entwicklung der Ausgaben des Kultusministeriums pro Schüler und Jahr. In beiden Schaubildern ist deutlich zu sehen, daß die Gymnasien am besten ausgestattet sind und die Grund- und Hauptschulen am schlechtesten. Gleiches läßt sich aus der Tabelle über Stundenausfall in Schleswig-Holstein entnehmen. Weiterhin aus der Tabelle über Einstellung von Lehrkräften in diesem Sommer, wo erstens sich die Einstellungsquoten von den Gymnasien abwärts entwickelt, zweitens davon ausgehend, daß pro Schüler gleich viele Lehrer neu eingestellt werden und das Verhältnis an den Gymnasien als



den Schulen, die an 11 Fachgymnasien durchgeführt wurde, dokumentiert.

I. Findest du die Stoffülle am Fachgymnasium zu groß?

	ja	nein	Teilw.
Schüler	633	125	8
in %	82,6	16,3	1,1

II. Kann man aufgrund der Stoffülle die Lehrinhalte nicht mehr kritisch beleuchten?

	ja	nein	teilw.
Schüler	507	181	47
in %	69,0	24,6	6,4

III. Lernt man nur noch auf Klausuren hin und vergißt das Gelernte danach größtenteils wieder?

	ja	nein	teilw.
Schüler	618	79	45
in %	83,3	10,7	6,0

Einstellungen von Lehrkräften 980/81 in Schleswig-Holstein

	Grund- und Haupt-schulen	Realschulen	Gymnasien
Bewerbungen	631	510	396
Eingestellte	299	263	236
Einstell.quote in %	47,4	51,6	59,6

IV. Meinst du, daß die Wahlmöglichkeiten insbesondere im Leistungskursbereich erweitert werden müßten?

	ja	nein	teilw.
Schüler	654	71	/
in %	90,2	9,8	/

Stundenausfall in Schleswig-Holstein in %

Schul-jahr	Grund-schule	Haupt-schule	Sonder-schule	Real-schule	Gym-nasium	im Durch-schnitt
1978/79	13,0	13,2	11,1	7,8	8,3	10,7
1979/80	9,0	12,2	9,6	8,7	6,9	9,2

Die Abwässerableitungen des Texaco-Konzerns haben zwei Kühe in der Nähe vergiftet

b.sal. Vor zehn Tagen wiesen zwei Kühe, die sich auf einer Weide in der Nähe der Texaco, Hemmingstedt, Erdölraffinerie, befanden, Vergiftungserscheinungen auf. Eine von ihnen mußte notgeschlachtet werden. Die betroffene Bäuerin hat Anzeige erstattet, da die Kühe offensichtlich dadurch vergiftet wurden, daß sie aus einem Graben getrunken hatten, der mit zwei Klärbecken der Texaco verbunden ist. Wasser- und Gewebeproben wurden an die Tierärztliche Hochschule Hannover gebracht. Der Kreisveterinär, die Wasserschutzbehörde, das Gewerbeaufsichtsamt und die Staatsanwaltschaft mußten ebenso eingeschaltet werden, um eine Gewässerverunreinigung nachzuweisen.

Der Schadstoff wird vermutlich krebsförderndes Phenol sein, das beim Cracken, wobei schweres Heizöl in Benzin umgewandelt wird, entsteht. Der Texxaco-Konzern versucht seit eineinhalb Jahren eine neu beantragte Abwässereinleitungserlaubnis vollständig genehmigt zu bekommen. Die Gemeindevertretung Büsum, die Fischer und Einzelpersonen haben Einwände geltend gemacht. Die Gemeindevertretung wurde gesondert behandelt, ihr wurde angeblich bewiesen, daß die Abwasseraufbereitungsanlagen in der Lage sind, die Rückstände zu beseitigen, so daß der Einwand zurückgezogen worden ist. Die Schwierigkeit der Einwohner bestand darin, den wissenschaftlichen Nachweis zu erbringen, daß die Abwässer der Texaco noch gefährliche Stoffe enthalten und sich nachhaltig auf die Wasserqualität sowie auf die Pflanzen und Tiere auswirken. Einzeleinwender haben Untersuchungen dazu einreichen können. Trotzdem darf die Texaco vor dem „Badestrand Christianskoog" ihren Dreck in die Nordsee leiten.

Um Schadensersatzansprüche stellen zu können und auch die Einleitung von Schadstoffen in die Nordsee unterbinden zu können, ist die Untersuchung der Gewebeteile nützlich. Das Problem besteht jetzt darin, die richtigen Ergebnisse herauszubekommen, da die Tierärztliche Hochschule staatlich kontrolliert ist und die staatlichen Institutionen verhindern werden, der Texaco etwas anzulasten. Günstig wäre, wenn Texaco-Arbeiter über die Gewerkschaft Näheres über die ölhaltigen Prozeßabwässer herausließen und den Kampf gegen die Verschmutzung unterstützen würden.

Laboeer „Ehrenmal": Am Ort der „inneren Einkehr" Propaganda für neue Großtaten

b.kav. Empört reagierte Stoltenberg auf das Vorhaben des Juso-Landesverbandes Schleswig-Holstein, am Laboeer „Ehrenmal" anläßlich des Antikriegstages eine Demonstration durchzuführen. Es sei eines Demokraten unwürdig, an einer Stätte der Erinnerung und Mahnung eine derartige Veranstaltung durchzuführen. Die Behauptung der Jusos, das „Ehrenmal" wäre eine Verherrlichung beider Weltkriege als spannendes Abenteuerspiel ist richtig. Statt aber seinen imperialistischen Charakter und den Chauvinismus, der den Besuchern in die Köpfe getrichtert werden soll, anzugreifen, fordern sie, Schluß zu machen mit der militärischen Aufrüstung der Länder der 3. und 4. Welt, wo doch gerade diese mit ihren Kämpfen gegen Imperialismus und Hegemonismus die Hauptkraft gegen eine kriegerische Auseinandersetzung um die Neuaufteilung der Welt darstellen.

Ausgehend von den Wikingerfeldzügen und der Ostkolonisation, bei der ganze Volksstämme im Interesse der deutschen Hanse ausgerottet wurden, werden die beiden Weltkriege anschaulich als Interesse des deutschen Volkes dargestellt. Erkennen läßt sich die Interessenlage an der Stirnwand der „Historischen Halle". Dort hängt eine Weltkarte mit den Einflußgebieten der imperialistischen Länder von 1914. Darunter ist dann ein 7m-Torpedo aufgebaut, welches wohl den friedlichen Charakter der deutschen Handelsbeziehungen kennzeichnen soll.



bandes Schleswig-Holstein, am Laboeer „Ehrenmal" anläßlich des Antikriegstages eine Demonstration durchzuführen. Es sei eines Demokraten unwürdig, an einer Stätte der Erinnerung und Mahnung eine derartige Veranstaltung durchzuführen. Die Behauptung der Jusos, das „Ehrenmal" wäre eine Verherrlichung beider Weltkriege als spannendes Abenteuerspiel ist richtig. Statt aber seinen imperialistischen Charakter und den Chauvinismus, der den Besuchern in die Köpfe getrichtert werden soll, anzugreifen, fordern sie, Schluß zu machen mit der militärischen Aufrüstung der Länder der 3. und 4. Welt, wo doch gerade diese mit ihren Kämpfen gegen Imperialismus zung um die Neuaufteilung der Welt darstellen.

Ausgehend von den Wikingerfeldzügen und der Ostkolonisation, bei der ganze Volksstämme im Interesse der deutschen Hanse ausgerottet wurden, werden die beiden Weltkriege anschaulich als Interesse des deutschen Volkes dargestellt. Erkennen läßt sich die Interessenlage an der Stirnwand der „Historischen Halle". Dort hängt eine Weltkarte mit den Einflußgebieten der imperialistischen Länder von 1914. Darunter ist dann ein 7m-Torpedo aufgebaut, welches wohl den friedlichen Charakter der deutschen Handelsbeziehungen kennzeichnen soll.



Das U-Boot U 995 wurde 1972 als weiteres „Mahnmal für den Frieden" vor dem „Ehrenmal" aufgebockt. Es war seinerzeit, vorwiegend in norwegischen Gewässern, damit beschäftigt, Handelsschiffe zu versenken. Sein Kommandant hat 1945 dafür das Ritterkreuz erhalten.

Fusion von General Foods und HAAG AG – „Andere Angebote und Marktstrukturen" auf dem Rücken der Kollegen

b.uwb. Ab Januar sollen auf Beschluß der General Foods Corporation die Töchter General Foods Elmshorn (Maxwell, Reis-Fit, Cefrisch) und die am 27. September 79 aufgekaufte Bremer HAAG AG endgültig fusioniert werden. Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende David E. Soffe führte auf einer Pressekonferenz im Hamburger Atlantic Hotel aus: „Mit dieser Fusion soll ein leistungsfähiges Unternehmen geschaffen werden, daß den Anforderungen eines härter werdenden Wettbewerbs auf dem deutschen Lebensmittelmarkt gewachsen ist und Expansionen für die Zukunft ermöglicht."

Bereits einige Wochen nach dem Aufkauf der HAAG AG der Kapitalistenfamilie Roselius wurde bekannt, daß in Elmshorn 140 Kollegen entlassen werden müßten. Es verließen aber mehr als 140 GF in Elmshorn freiwillig mit Abfindungen zwischen 3 und 18 Monatsgehältern. Lohnendstes Rationalisierungsobjekt ist jetzt der Außendienst, da dann die Vertreter die Produkte beider Firmen zu verkaufen haben.

Im Bereich der Produktion soll sich in Elmshorn laut Aussage von Soffe nichts ändern. Auch konkrete Zahlen für die Entlassungen sind bisher noch nicht bekannt. Im Werk weiß man aber schon von 200 bis 250 Kollegen, die es weniger werden sollen. Der Betriebsrat in Elmshorn steht vor einer schwierigen Aufgabe. Beim Ankauf der HAAG und jetzt bei der Fusion hat ihn der Vorstand zweimal umgangen. Jetzt versucht er, für die Kollegen eine möglichst hohe Abfindung durchzusetzen. Das Ende wird dies nicht sein. Man kann davon ausgehen, daß man GF Elmshorn langfristig ganz ausbluten läßt, da die Produktionskapazitäten in Bremen vorhanden sind, die profitabler zu nutzen sind.



GF Elmshorn soll zugunsten HAAG Bremen ausgeblutet werden.

Heizkostenbeihilfe für Sozialhilfeempfänger – unzureichend und Mittel zur Spaltung

b.ros. In der Rundverfügung Nr. 45/80 legt das Kreissozialamt Rendsburg-Eckernförde für alle Sozialämter im Kreis fest, daß der Regelbedarf an Heizungshilfe für das Winterhalbjahr 80/81 475 DM beträgt. Das sei „angemessen und notwendig". 380 DM sollen sofort an die Anspruchsberechtigten ausgezahlt werden, da im September die Kohlenpreise erhöht werden. Dafür bekommt ein Sozialhilfeempfänger z.Zt. in Eckernförde nicht einmal 10 Ztr. Brikett (1 Ztr. 16,66 DM) und 10 Ztr. Eierkohlen (1 Ztr. 25,84 DM). Reichen soll das bis Januar, dann wird der Rest von 95 DM ausgezahlt und, wenn erforderlich, ein Mehrbedarf. Das Kreissozialamt hat die Gemeinden an eine „sorgfältige Prüfung aller Anträge" gemahnt und auf die „angespannte finanzielle Situation" verwiesen. Man kann sich denken, was da noch an Mehrbedarf anerkannt werden wird!

Familie M. aus Eckernförde verbrauchte im Winter 79/80 für ihre 3-Zimmer-Wohnung (52 qm) ca. 80 Ztr. Kohlen und Briketts. Für eine Bevorratung der etwas billigeren Sommerkohlen (60 Ztr. Brikett, 20 Ztr. Eierkohlen) müßte sie jetzt 1432,80 DM ausgeben.

Einschränkung der grundlegenden Reproduktionsbedürfnisse oder hohe Verschuldung bei den Kohlenhändlern ist die Alternative. Den wirklichen Energiebedarf in feuchten, zugigen Altbauwohnungen zahlt der Staat bewußt nicht, sondern verfolgt sein Interesse an Senkung der Reproduktionskosten unter das Existenzminimum und Spaltung im Volk. So zahlt er z.B. Sozialhilfeempfängern in Neubauwohnungen mit Fernheizung die gesamten monatlichen Vorauszahlungen, dazu auch noch die Nachzahlung. Hier wiederum werden die Grenzen zu den schlechtestbezahlten Teilen der Arbeiterklasse fließend, die ihre Arbeitskraft in Überstunden, Akkord usw. verschleißen müssen, um die grundlegenden Reproduktionskosten decken zu können. Eine einheitliche Versicherung gegen die Folgen der kapitalistischen Produktion, bezahlt durch die Kapitalisten und verwaltet durch die Versicherten, sowie der Kampf um einen ausreichenden Lohn könnten diese Spaltung einschränken.

Rechenschaftsbericht des Mitgliedes der Gefangenenmitverantwortung Helga Rosenbaum gegenüber den Gefangenen der Abteilung II der JVA Vechta (Frauen) über ihre Tätigkeit vom 29.2. bis 23.5.1980. Auszüge

Als drei wesentliche Teile der Behandlung der Gefangenen kann man ansehen
– die Verpflichtung zur Arbeit, wo wir auch die meiste Zeit verbringen
– die persönlichen Einzelprobleme, Möglichkeiten seine Angelegenheiten draußen zu regeln, Voraussetzungen zu schaffen, daß, wenn man entlassen ist, man nicht gleich wieder im Dreck landet
– die Wohn- und Lebensbedingungen in der Anstalt, die Freizeitgestaltung.
Neben der rechtlosen Stellung der Gefangenen ist auffällig, daß man uns versucht, möglichst unwissend zu halten, auch über die wenigen Rechte, die uns zustehen. Als erstes habe ich daher versucht, diese Situation zu verbessern. So sollte jetzt eigentlich in jeder Zelle eine Hausordnung sein. Der Gesetzestext sollte uns ebenfalls zugänglich sein.

Als weiteres war mir aufgefallen, daß ständig dieselben Punkte erneut geklärt werden mußten. Dazu haben wir jetzt eine Verbesserung erreicht, indem die Ergebnisse der Besprechungen in einem Protokoll zusammengefaßt werden, das der Anstaltsleiter abzeichnet, d.h., daß die Ergebnisse auch verbindlich festgehalten werden können, was aber trotzdem heißt, daß doch versucht wird, gemachte Zusagen zu unterlaufen (z.B. Streichung der Zelle 15, Badelatschen). Ihr seht schon, man braucht viel Geduld, bis man etwas durchgesetzt hat. Deshalb müssen wir zäh an unseren Forderungen festhalten, denn daß wir aufgeben, weil es uns zu dumm wird, würde nur der Anstaltsleitung nützen und letztlich wären wir die Dummen.

Verpflichtung zur Arbeit: Festsetzungen des Pensums, Eingruppierung, Berechnung von Leistungszulagen etc., das alles sollen böhmische Dörfer für uns bleiben, damit man uns bei den paar Pfennigen, die wir hier als Almosen für acht Stunden Arbeit erhalten, auch noch bescheißen kann und uns darüberhinaus auch noch aufhetzen kann gegeneinander. Es gibt auch Gefangene, die vor anderen ihre Arbeitsentgeltabrechnung verstecken, damit man nicht sehen soll, ob sie ein paar Pfennige mehr haben als die anderen. Damit werden wir überhaupt nichts erreichen. Da ich in den Tüten arbeite, habe ich mich hauptsächlich nur darum kümmern können. Wir haben da erst einmal etwas Ordnung geschaffen. Daß das Pensum heruntergesetzt wurde, war dabei wohl ein wesentlicher Punkt.

Sodann mußten wir uns gefallen lassen, daß, wenn wir das von der Arbeitsbeamtin festgesetzte Pensum nicht erreichten, uns Tage einfach nicht bezahlt wurden. Ich habe Antrag auf Bezahlung gestellt – abgelehnt. Beschwerde dagegen – abgelehnt. Widerspruch: Nun müssen mir die Tage nachgezahlt werden. Ich habe jetzt Antrag gestellt als Gruppensprecherin, daß allen Gefangenen die eingeklammerten Tage bezahlt werden.

Wir können uns nicht darauf beschränken, was sozusagen unser Recht ist, sondern wir müssen davon ausgehen, was wir in unserem Interesse für richtig und notwendig halten. Z.B. richtig und notwendig ist es, daß wir den selben Lohn erhalten für unsere Arbeit wie er draußen auch gezahlt wird. Fordern wir das nicht, wird es uns keiner freiwillig geben. Wir müssen uns neben den Forderungen des Tages auch um längerfristige Forderungen kümmern und dies auch in Beschlüssen und Abstimmungen auf den Gruppenversammlungen dokumentieren. So wie wir auch die Protestresolution gegen die Anwendung von Gewalt gegen Gefangene verabschiedet haben. Kein Mensch soll denken, daß wir vor der Schikane und Unmenschlichkeit die Augen verschließen oder sie etwa nicht als entwürdigend empfinden. Hier sollen wir auch Wege an die Öffentlichkeit finden.

Auch bei den persönlichen Einzelproblemen muß die GMV wachsam sein und müssen sich die Gefangenen über ihre Rechte informieren. Ein Beispiel: Eine Gefangene sollte am 27.5. (Tag nach Pfingsten) entlassen werden. Hier gibt es eine gesetzliche Bestimmung, wonach man am letzten Tag vor dem Feiertag entlassen werden soll. Der Antrag der Gefangenen hierzu wurde abgelehnt. Erst nach unserem Widerspruch wurde die Gefangene am Tag vor Pfingsten entlassen.

Ein großer Komplex, wo wir auch noch nicht viel erreicht haben, sind die ungeschriebenen Verhaltensvorschriften im Hause. Die werden nach Bedarf, Laune und um welche Gefangenen es sich handelt aus dem Ärmel gezaubert. Überprüfbar in rechtlicher Hinsicht sind sie kaum. Hier können die Gefangenen hauptsächlich nur etwas erreichen, wenn wir unter uns einig sind, aber das wird durch die Anstaltsleitung oft besonders schwer gemacht. Unwürdige Wohn- und Aufenthaltsbedingungen, unwürdige Behandlung bei anstrengender Verpflichtung zur Arbeit – das ist der Strafvollzug, obwohl uns doch schon die Freiheit genommen ist. Fordern wir menschenwürdige Behandlung und menschenwürdige Bedingungen, wir haben das Recht dazu, ob es im Gesetz steht oder nicht. Deshalb müssen wir uns bemühen, großzügig zu sein gegenüber den anderen Gefangenen, wenn sie aufgrund der menschenunwürdigen Behandlung einmal ausflippen oder versuchen, sich an anderen Gefange-

beamtin festgesetzte Pensum nicht erreichten, uns Tage einfach nicht bezahlt wurden. Ich habe Antrag auf Bezahlung gestellt – abgelehnt. Beschwerde dagegen – abgelehnt. Widerspruch: Nun müssen mir die Tage nachgezahlt werden. Ich habe jetzt Antrag gestellt als Gruppensprecherin, daß allen Gefangenen die eingeklammerten Tage bezahlt werden.

Wir können uns nicht darauf beschränken, was sozusagen unser Recht ist, sondern wir müssen davon ausgehen, was wir in unserem Interesse für richtig und notwendig halten. Z.B. richtig und notwendig ist es, daß wir den selben Lohn erhalten für unsere Arbeit wie er draußen auch gezahlt wird. Fordern wir das nicht, wird es uns keiner freiwillig geben. Wir müssen uns neben den Forderungen des Tages auch um längerfristige Forderungen kümmern und dies auch in Beschlüssen und Abstimmungen auf den Gruppenversammlungen dokumentieren. So wie wir auch die Protestresolution gegen die Anwendung von Gewalt gegen Gefangene verabschiedet haben. Kein Mensch soll denken, daß wir vor der Schikane und Unmenschlichkeit die Augen verschließen oder sie etwa nicht als entwürdigend empfinden. Hier sollen wir auch Wege an die Öffentlichkeit finden.

Auch bei den persönlichen Einzelproblemen muß die GMV wachsam sein und müssen sich die Gefangenen über ihre Rechte informieren. Ein Beispiel: Eine Gefangene sollte am 27.5. (Tag nach Pfingsten) entlassen werden. Hier gibt es eine gesetzliche Bestimmung, wonach man am letzten Tag vor dem Feiertag entlassen werden soll. Der Antrag der Gefangenen hierzu wurde abgelehnt. Erst nach unserem Widerspruch wurde die Gefangene am Tag vor Pfingsten entlassen.

Ein großer Komplex, wo wir auch noch nicht viel erreicht haben, sind die ungeschriebenen Verhaltensvorschriften im Hause. Die werden nach Bedarf, Laune und um welche Gefangenen es sich handelt aus dem Ärmel gezaubert. Überprüfbar in rechtlicher Hinsicht sind sie kaum. Hier können die Gefangenen hauptsächlich nur etwas erreichen, wenn wir unter uns einig sind, aber das wird durch die Anstaltsleitung oft besonders schwer gemacht. Unwürdige Wohn- und Aufenthaltsbedingungen, unwürdige Behandlung bei anstrengender Verpflichtung zur Arbeit – das ist der Strafvollzug, obwohl uns doch schon die Freiheit genommen ist. Fordern wir menschenwürdige Behandlung und menschenwürdige Bedingungen, wir haben das Recht dazu, ob es im Gesetz steht oder nicht. Deshalb müssen wir uns bemühen, großzügig zu sein gegenüber den anderen Gefangenen, wenn sie aufgrund der menschenunwürdigen Behandlung einmal ausflippen oder versuchen, sich an anderen Gefange-

nen auszulassen. All solche Angelegenheiten sollten wir versuchen, unter uns zu klären und zu regeln. Man sollte aber auch Geduld gegenüber solchen Gefangenen zeigen, die das zunächst nicht einsehen und sie für solche Lösungen zu gewinnen suchen, die im In,eresse aller Gefangenen sind.

Berechtigte Forderungen einzelner Gefangener sollten wir wenn es notwendig wird gemeinsam unterstützen.

Gegenüber der Anstaltsleitung aber sollten wir relativ kleinlich sein und mehr als bisher unsere Antrags- und Beschwerderechte nutzen.





Das alte Vechtaer Franziskanerkloster ist das Frauengefängnis in Niedersachsen. Insgesamt 134 Haftplätze sind verfügbar, durchschnittliche Belegung 110 – 120 Gefangene.

Frauengefängnis Vechta: Zusammenschluß gegen kleinlichst gehässigen Verwahrvollzug

r.hep. In der Justizvollzugsanstalt Vechta, Abteilung Frauen, will die Anstaltsleitung unter Führung des Leiters Steege die Gefangenenmitverantwortung beseitigen. Seit dem 12.8.1980 lehnt die Anstalt die wöchentlichen Besprechungen mit der GMV ab, seit 22.8.1980 läßt sie auch Gespräche von Mitgliedern der GMV mit einzelnen Gefangenen nicht mehr zu. Vorausgegangen war eine Protestresolution der GMV vom 2.8.1980 gegen die Isolation einer Gefangenen, die dort schmerzhaft gefesselt und zwangsweise nackt ausgezogen wurde. Dies wurde als Mißhandlung bezeichnet, aufgezeigt, daß systematisch verhindert wird, daß andere Gefangene bei solchen Vorfällen Zeuge sind, damit solche Vorfälle nicht verfolgt werden können. Darüber wurde in der KVZ berichtet. Sie ist einer von vielen Angriffen der GMV aus den letzten Monaten gegen die Verhältnisse in der Anstalt. Wie geht es da zu?

Zunächst Beispiele täglicher kleinlichst gehässiger Unterdrückung: Die gefangenen Frauen dürfen in der Zelle und im Arbeitsraum Hausschuhe tragen, in den Gefängnisgängen nicht. Vom Weg von der Zelle zur Arbeit müssen sie Straßenschuhe tragen, die Hausschuhe in der Hand. Eine Gefangene behielt auf dem Flur die Hausschuhe an und trug die Straßenschuhe in der Hand. Die nächste Beamtin schickt sie zurück. Oder: die Frauen müssen ihren Zellenstuhl jeweils zu Versammlungen mitschleppen. Eine Frau vergaß ihn. Abends war sie dann ohne Stuhl. Am nächsten Tag war der Stuhl weg. Sie haftet für den Preis. Die Frau suchte den Stuhl im ganzen Haus. Eine Beamtin kam, was sie mache. Sie erklärte das. Die Beamtin: sie könne da doch keine Wurzeln schlagen, sie solle auf die Zelle gehen, sie hätte eben den Stuhl nicht aus der Hand lassen dürfen. Oder: insgesamt wird eine niederträchtige Schikane mit der Kleidung getrieben. So darf bei der Arbeit ein Privatpulli getragen werden, wenn man einen Anstaltskittel überzieht, oder einen Anstaltspulli und darüber einen Privatkittel. Zum Fernsehen dür-

andere Gefangene bei solchen Vorfällen Zeuge sind, damit solche Vorfälle nicht verfolgt werden können. Darüber wurde in der KVZ berichtet. Sie ist einer von vielen Angriffen der GMV aus den letzten Monaten gegen die Verhältnisse in der Anstalt. Wie geht es da zu?

Zunächst Beispiele täglicher kleinlichst gehässiger Unterdrückung: Die gefangenen Frauen dürfen in der Zelle und im Arbeitsraum Hausschuhe tragen, in den Gefängnisgängen nicht. Vom Weg von der Zelle zur Arbeit müssen sie Straßenschuhe tragen, die Hausschuhe in der Hand. Eine Gefangene behielt auf dem Flur die Hausschuhe an und trug die Straßenschuhe in der Hand. Die nächste Beamtin schickt sie zurück. Oder: die Frauen müssen ihren Zellenstuhl jeweils zu Versammlungen mitschleppen. Eine Frau vergaß ihn. Abends war sie dann ohne Stuhl. Am nächsten Tag war der Stuhl weg. Sie haftet für den Preis. Die Frau suchte den Stuhl im ganzen Haus. Eine Beamtin kam, was sie mache. Sie erklärte das. Die Beamtin: sie könne da doch keine Wurzeln schlagen, sie solle auf die Zelle gehen, sie hätte eben den Stuhl nicht aus der Hand lassen dürfen. Oder: insgesamt wird eine niederträchtige Schikane mit der Kleidung getrieben. So darf bei der Arbeit ein Privatpulli getragen werden, wenn man einen Anstaltskittel überzieht, oder einen Anstaltspulli und darüber einen Privatkittel. Zum Fernsehen dür-

fen die Frauen nicht mit Lockenwicklern gehen, sie würden draußen ja auch nicht mit Lockenwicklern ins Kino gehen – das ist, die Gefangenen ,,darauf auszurichten, sich in das Leben in Freiheit einzugliedern'', § 3 Abs. 3 Strafvollzugsgesetz.

Diese Beispiele kennzeichnen den Frauenstrafvollzug in Niedersachsen. Dieser findet fast ausschließlich in Vechta statt, dort sitzen regelmäßig etwa 135 Frauen ein, Jugendliche bis alte Frauen, Straflängen von wenigen Monaten bis lebenslänglich. Die Anstalt selber ist alt und verrottet, ein ehemaliges Franziskanerkloster, eine hohe Mauer drumherum. Sogenannten Offenen Vollzug, Arbeit außerhalb der Anstalt, nur ein kleiner Zaun, wie für Männer, gibt es für Frauen überhaupt nicht. In dem Festbau gibt es dazu nur ein paar Zellen in einer abgesonderten Abteilung, von wo aus ca. 15 Frauen außerhalb der Anstalt arbeiten, außerdem gibt es die Mutter/Kind-Station mit ein paar Plätzen. Neben der Möglichkeit von Haupt- und Handelsschulabschluß gibt es als Arbeit: Plastiktüten falten, Gewürze sortieren, Plastikteile entgraten, Küchen- und Putzdienst, Maschinennäharbeiten; Ausbildung: im Herbst 1981 besteht Aussicht, daß weibliche Gefangene an einer Metallausbildung zum Teilezurichter teilnehmen können, im Frühjahr 1981 an einer Ausbildung zu Lackierer – die einzige häufigere Ausbildungsmöglichkeit: 3 Monate Serviererinnenlehrgang, der nächste ab 3.11.1980.

Sonst gibt es: 1 Stunde Besuch im Monat, Briefzensur, Ausgang und Urlaub nach Willkür der Anstalt als entscheidendes Druckmittel neben der Reststrafengewährung, in der Woche 5,5 Stunden offene Tür – in anderen Anstalten bis zu jeden Abend und etliche Stunden am Wochenende –, ferner 7,5 Stunden, wo man sich mit anderen Gefangenen einschließen lassen kann oder fernsehen, dazu einige Gruppen je einmal die Woche für Werken, Gesprächskreis, Sport, Handarbeit, Stopfen, Bibelstunde, Tanzabend, Kosmetik.

Der Frauenstrafvollzug in Vechta ist nicht einfach besonderer Frauenvollzug. Es ist normaler Strafvollzug, aber besonders stumpf und niederträchtig. Wissenschaftlich wird das so umgelogen: unter inhaftierten Frauen scheine der Prozentsatz abnormer Persönlichkeiten besonders groß, deshalb sei Behandlung vorrangig, Aus- und Fortbildung träten zurück, wegen Arbeitsun-

lichkeit von Haupt- und Handelsschulabschluß gibt es als Arbeit: Plastiktüten falten, Gewürze sortieren, Plastikteile entgraten, Küchen- und Putzdienst, Maschinennäharbeiten; Ausbildung: im Herbst 1981 besteht Aussicht, daß weibliche Gefangene an einer Metallausbildung zum Teilezurichter teilnehmen können, im Frühjahr 1981 an einer Ausbildung zu Lackierer – die einzige häufigere Ausbildungsmöglichkeit: 3 Monate Serviererinnenlehrgang, der nächste ab 3.11.1980.

Sonst gibt es: 1 Stunde Besuch im Monat, Briefzensur, Ausgang und Urlaub nach Willkür der Anstalt als entscheidendes Druckmittel neben der Reststrafengewährung, in der Woche 5,5 Stunden offene Tür – in anderen Anstalten bis zu jeden Abend und etliche Stunden am Wochenende –, ferner 7,5 Stunden, wo man sich mit anderen Gefangenen einschließen lassen kann oder fernsehen, dazu einige Gruppen je einmal die Woche für Werken, Gesprächskreis, Sport, Handarbeit, Stopfen, Bibelstunde, Tanzabend, Kosmetik.

Der Frauenstrafvollzug in Vechta ist nicht einfach besonderer Frauenvollzug. Es ist normaler Strafvollzug, aber besonders stumpf und niederträchtig. Wissenschaftlich wird das so umgelogen: unter inhaftierten Frauen scheine der Prozentsatz abnormer Persönlichkeiten besonders groß, deshalb sei Behandlung vorrangig, Aus- und Fortbildung träten zurück, wegen Arbeitsun-

gewohnheit der Frauen müßte am Anfang Arbeits- und Beschäftigungstherapie stehen (Helga Einsele, die Vollzugswissenschaftlerin, in ,,Strafvollzug in der Praxis'', Mitherausgeber Schwind, Justizminister Niedersachsen).

In den letzen Monaten hat sich unter Führung der GMV ein zäher Kleinkrieg der Frauen gegen diese Verhältnisse entwickelt. Woche um Woche haben fünf Gruppensprecherinnen auf den Konferenzen mit der Leitung ihre Forderungen vorgetragen und immer wieder nachgesetzt. Zunächst wurde durchgesetzt, daß die Ergebnisse festgehalten wurden. Durchgesetzt wurde, daß der Lohn richtig abgerechnet wird, daß jeder eine Hausordnung bekommt; in Einzelfällen wurde Frauen zu Rechten verholfen; es wird um heißes Wasser, Badelatschen, Schamwände, Zellenstreichen, Hofgang und Aufschlußzeiten gekämpft; daß die Gefangenen mit einer Mitgefangenen sprechen können, wenn die ausflippt, bevor sie isoliert wird; Beschwerden gegen Unverschämtheiten von Beamtinnen mußten stattgegeben werden; mit dem Arbeitsinspektor wurde über Lohn, Arbeit und Ausbildung gesprochen, mit dem Küchenverwalter über das Essen; ein Landtagsabgeordneter kam angereist, es gab ein Gespräch mit der ÖTV; es gab auch ein Grillfest für die Gefangenen usw. Schon Pfingsten wurden 50 Unterschriften gegen die Isolation einer Gefangenen gesammelt.

Auch in der Gefängnisisolation ist Zusammenschluß möglich. Das geht derzeit nur über die GMV. Nach Gesetz und Verordnungen hat diese keinerlei Rechte. Ersichtlich kann sie gegen solche Verhältnisse dennoch was ausrichten. Die Leitung will die GMV durch Nichtachtung nutzlos machen und dann beseitigen. Sie will dies über die Gefängnisisolation durch Zeitablauf erreichen. Bisher ist das nicht gelungen. Am 22.8.1980 war eine Gesamtversammlung mit Leitung und allen Gefangenen. Der Leiter machte Helga Rosenbaum das Recht, als GMV-Vorsitzende zu sprechen, streitig. Darüber gab es eine heftige Auseinandersetzung. Andere Gefangene verteidigten die Resolution gegen Mißhandlung und Isolation mit weiteren Berichten oder griffen wegen anderer Verhältnisse die Anstaltsleitung an. Steege wollte hier in offener Feldschlacht die GMV isolieren, das ist mißlungen. Unterstützung von außerhalb tut not. Die Anstalt muß die ge-

vor sie isoliert wird; Beschwerden gegen Unverschämtheiten von Beamtinnen mußten stattgegeben werden; mit dem Arbeitsinspektor wurde über Lohn, Arbeit und Ausbildung gesprochen, mit dem Küchenverwalter über das Essen; ein Landtagsabgeordneter kam angereist, es gab ein Gespräch mit der ÖTV; es gab auch ein Grillfest für die Gefangenen usw. Schon Pfingsten wurden 50 Unterschriften gegen die Isolation einer Gefangenen gesammelt.

Auch in der Gefängnisisolation ist Zusammenschluß möglich. Das geht derzeit nur über die GMV. Nach Gesetz und Verordnungen hat diese keinerlei Rechte. Ersichtlich kann sie gegen solche Verhältnisse dennoch was ausrichten. Die Leitung will die GMV durch Nichtachtung nutzlos machen und dann beseitigen. Sie will dies über die Gefängnisisolation durch Zeitablauf erreichen. Bisher ist das nicht gelungen. Am 22.8.1980 war eine Gesamtversammlung mit Leitung und allen Gefangenen. Der Leiter machte Helga Rosenbaum das Recht, als GMV-Vorsitzende zu sprechen, streitig. Darüber gab es eine heftige Auseinandersetzung. Andere Gefangene verteidigten die Resolution gegen Mißhandlung und Isolation mit weiteren Berichten oder griffen wegen anderer Verhältnisse die Anstaltsleitung an. Steege wollte hier in offener Feldschlacht die GMV isolieren, das ist mißlungen. Unterstützung von außerhalb tut not. Die Anstalt muß die ge-

wählte GMV anerkennen. Die GMV-Mitglieder müssen das Recht haben, mit jeder Gefangenen jederzeit zu sprechen, auch in der Absonderung. Vor jeder Disziplinarmaßnahme und jeder Absonderung muß dem zuständigen GMV-Mitglied Gelegenheit gegeben werden, mit der Gefangenen zu sprechen, vor Verhängung der Maßnahme ist es zu hören.

SPD-Wahlkampfplanung in der ,,heißen'' Phase

r.gea. Insgesamt 450 Wahlveranstaltungen werden die SPD-Spitzenpolitiker aus Bund und Ländern in der ,,heißen'' Phase des Bundestagswahlkampfes im September und Oktober in Niedersachsen abhalten. So will Bundeskanzler Helmut Schmidt viermal auftreten – in Cuxhaven (8.9.), Osnabrück (9.9.), Braunschweig (12.9.) und Hannover (30.9.). Der SPD-Parteivorsitzende Willy Brandt bringt es auf sechs Einsätze in Niedersachsen, sein Stellvertreter Wischnewski auf 11 und Bundesverteidigungsminister Hans Apel auf 13. Die Spitze der Einsätze hält natürlich SPD-Spitzenkandiedat Herbert Ehrenberg, Wilhelmshaven, der bei 70 Veranstaltungen in Niedersachsen sprechen will. An zweiter Stelle der Landespolitiker, für die die SPD insgesamt 113 Wahleinsätze vorgesehen hat, steht der SPD-Landesvorsitzende und Oppositionsführer im Landtag, Karl Ravens, mit 51 Einsätzen. Wie der SPD-Landesgeschäftsführer Hans-Joachim Stief dazu mitteilte, sei es das Wahlziel der niedersächsischen SPD, stärkste Partei in Niedersachsen zu werden. Den hauchdünnen Vorsprung von 359 Stimmen bei der letzten Bundestagswahl in Niedersachsen auszubauen, sei deshalb ein realistisches Ziel. Der SPD-Wahlkampf werden ,,gegen die CDU und Strauß und für die Kandidaten der SPD'' geführt.

Bewohner der Gemeinde Büttel fordern höhere Entschädigungen

r.chb. Bis 1983 soll die Gemeinde Büttel aufgelöst werden, alle Bewohner vertrieben sein, um dem Industriegebiet Brunsbüttel Platz zu machen. Die ,,Umstrukturierung'' der Gemeinde stelle eine ,,vorsorgliche Maßnahme im Interesse der Bütteler Bevölkerung dar'', niemand werde gezwungen aus Büttel wegzuziehen, erklärte Dr. Christiansen, bisheriger Geschäftsführer der Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel, um den Kampf der Bütteler Bürger für höhere Entschädigungen zu zerschlagen. Für ein acht Jahre altes Haus z.B. soll dem Besitzer 157110 DM Entschädigung gezahlt werden, eine Baufirma machte einen Kostenvoranschlag für ein entsprechendes Haus von 268000 DM. Seit 1973 besteht die Interessengemeinschaft Bütteler Bürger, die gemeinsam versuchen, sich gegen den Staat zu wehren. Auf einer CDU-Veranstaltung am 12.8. in Büttel mußte der Bundestagskandidat Austermann und der Kreisvorsitzende der CDU zusagen, daß sie sich für höhere Entschädigungen einsetzen werden.

Der Bürgermeister der Gemeinde Büttel stellte fest, daß der Gemeinde mit der Entwicklungsbereichsverordnung alle Mitspracheregelungen bei der Regelegung der Entschädigung genommen worden sind. Austermann empfahl einer Frau, ihn wegen der Entschädigungsangebote anzurufen. ,,Im 8-Minuten-Takt dürfte das zu erledigen sein'', sagte er.

Wiederinbetriebnahme des KKW Brunsbüttel / Aktionen gegen Weiterbau in Brokdorf beschlossen

r.chb. Nach 2-jährigem Stillstand ist das KKW Brunsbüttel wieder in Betrieb genommen worden. Die Klagen auf einstweilige Versagung des Betriebs sind abgelehnt worden. Die Kapitalisten sitzen dem bürgerlichen Staat im Nacken. In der 2. Betriebsgenehmigung schrieb das schleswig-holsteinische Sozialministerium: ,,...daß für sie (HEW) mit jedem weiteren Zeitverlust bei der Wiederinbetriebnahme erhebliche wirtschaftliche Nachteile verbun-



den sind... Durch den Stillstand des KKW Brunsbüttel sind Mehrkosten aufgrund des derzeitigen Fremdbezuges in Höhe von 44000 DM pro Tag zu erwarten.'' In der 2. Betriebsgenehmigung sind neue Grenzwerte und Abgaberaten festgesetzt worden, z.T. sind sie herabgesetzt worden, neu aufgenommen ist ein Grenzwert für die Weidezeit. Für Jod 131 darf die Gesamtabgabe pro Jahr 250 mCi betragen, während der Weidezeit jedoch nur ein Drittel, nämlich 85 mCi. Das muß man als Zugeständnis an den Kampf der Bauern gegen Brokdorf und Brunsbüttel sehen. Zugleich ist der HEW genehmigt worden, beim Uran in den Brennstäben den gesamten physikalisch möglichen Abbrand von 12000 bis 13000 MW Tagen je Tonne zu nutzen (vorher 11000 MW Tage je Tonne), wodurch die Brennelementschäden rapide zunehmen werden. Brennelementwechsel ist sowieso im Frühjahr 81 fällig. Auf Druck der Kapitalisten schlägt der bürgerliche Staat eine schärfere Gangart ein. Nachdem im Brokdorf-Urteil das Gericht den klagenden Gemeinden jegliches Recht auf Klage abgesprochen hat, wird jetzt gefordert, daß die Kläger Schadensersatz für die Unkosten der HEW durch Stillstand des KKW leisten sollen. Das sind vorbereitende Drohungen, den Kampf gegen den Baubeginn in Brokdorf weiterzuführen. Auf dem Treffen norddeutscher Bürgerinitiativen wird am 30. 8. über eine erneute Demonstration Ende September Beschluß gefaßt.

„Hilfsprogramm“ für Krabbenfischer

Ertel empfiehlt „gemeinsame Absatzorganisationen“ zwischen Fischern und Vermarktern

r.vob. Drei Wochen lief keiner der 133 Krabbenkutter an der schleswig-holsteinischen Westküste zum Fang aus. Die Oldenburger und ostfriesischen Fischer hatten begonnen, sich dem Fangboykott anzuschließen, der durch einen Verfall des Krabbenpreises neben der ständig gestiegenen Treibstoffkosten ausgelöst wurde. Unter diesem Druck hatte das Bundesernährungsministerium am Mittwoch, 27.8., Zusagen für Hilfsmaßnahmen gemacht, so daß die Fischer sich entschlossen, wieder auszulaufen. Die ersten gefangenen Krabben erzielten einen Kilopreis von 2,50 DM (vorheriger Tiefststand 1,90 bis 2,20 DM).

Den Erfolg ihrer Boykottmaßnahmen haben die Fischer noch nicht in der Tasche. Ihre Hauptforderung bei den Verhandlungen am Mittwoch waren: Mindestpreise für ihre Fänge, Einfuhrschutz vor Konkurrenzprodukten (Shrimps aus Malaysia, Krabben aus Holland), Treibstoffverbilligung und Stillegeprämien (wie z.B. in der Hochseefischerei). Ertl erklärte sich zu folgenden Hilfsmaßnahmen bereit: Eine Bund-Länderhilfe als Entschädigung für Fangbeschränkungen in Hauptfangzeiten (Stillegeprämien), finanzielle Hilfe für die Absatzverbesserung von Krabben (Werbung im Inland), weiter will sich die Bundesregierung im Rahmen der EG-Fischereiverhandlungen für eine Verbesserung der EG-Fischmarktordnung einsetzen.

Ein dürres „Hilfsprogramm“. Treibstoffverbilligung lehnte das Ministerium aus grundsätzlichen Erwägungen ab, zu Mindestpreisen äußerte er sich gar nicht, jedenfalls nicht laut Presse. Dazu kommt, daß die Höhe der Stillegeprämie „vor allem von einer Beteiligung der Länder abhängig gemacht wird“ und das ganze „Hilfsprogramm“ zudem noch von der Erfüllung zweier Bedingungen abhängt: 1. Die Fischer müssen sich über eine gemeinsame marktgerechte Fangplanung verständigen und 2. eine schlagkräftige Absatzorganisation aufbauen.

Wie Landwirtschaftsminister Flessner aus Schleswig-Holstein die Beteiligung der Länder an der Stillegeprämie sieht, wird aus einem kollegialen Hinweis von ihm an Minister Ertl deutlich: „... Stillegeprämien sind Sache des Bundes wie schon bei den Ostsee-Fischern“ (Kieler Nachrichten, 28.8.) Doch er hat über das „Hilfsprogramm“ hinaus noch weitere Lösungsvorschläge: Bezuschussung energiesparender Maßnahmen an Bord der Kutter, Einrichtung eines Exportkontors zusammen mit den Vermarktern und den Bau von Tiefkühlhäusern, um die Krabben das ganze Jahr über auf den Markt zu bringen.

Ähnlich Hasselmann, stellvertretender Ministerpräsident von Niedersachsen, der unter anderem die Wettbewerbsverzerrungen gegenüber der holländischen Konkurrenz beseitigen möchte. Er appelliert an die Fischer, flexibel auf die jeweilige Marktlage zu reagieren und „das bewährte marktwirtschaftliche Prinzip der Preisbindung nach Angebot und Nachfrage nicht außer Acht zu lassen.“

Welche Rolle spielt die EG. Minister Flessner hatte die Treibstoffsubventionen, eine zentrale Forderung der Fischer, mit bestehenden EG-Vereinbarungen abgelehnt. Das ist falsch, laut Auskunft von zuständigen EG-Beamten gibt es keine ausdrücklichen Richtlinien, die den einzelnen Regierungen die Subventionierung des Gasölpreises verbieten. Subventioniert wird von Frankreich seit kurzem mit 10,5 Centimes pro Liter (ca. 5 Pf), von Italien seit 1980 mit 87 Lira pro kg (18 Pf). Außerdem gibt es einen EG-Mindestpreis für Krabben dessen Anwendung freiwillig ist. Die Niederlande wenden ihn an, sinkt dort der Kilopreis unter 2,04 hfl (1,86 DM), bekommen die holländischen Fischer Unterstützung aus einem EG-Fond. Darauf bezog sich Hasselmann wohl mit seiner Forderung nach Beseitigung der Wettbewerbsverzerrung.

Bis zum Redaktionsschluß der Zeitung waren die Westküstenfischer in Büsum noch bei der Beratung, ob sie die Ergebnisse der Verhandlungen überhaupt annehmen sollen oder wieder den Fangboykott aufnehmen. Sie stehen in Verbindung mit den ostfriesischen und Weser-Ems Fischern. Mit der vorgeschlagenen Fangplanung jedenfalls haben sie schon im letzten Jahr Erfahrungen gemacht. Obwohl sie sich Fangbeschränkungen aufgelegt hatten, konnten sie den Krabbenpreis nur eine gewisse Zeit bei 3 DM pro Kilo halten, danach sank er tiefer als zuvor (1,50 DM). Eine Absatzgenossenschaft der Fischer, wo sie den Vertrieb, die Lagerung und die Verarbeitung selbst organisieren, würde tatsächlich nützen, wenn sie sie unter ihrer Kontrolle hätten. Die Landes- und Bundesregierung sehen Einflußmöglichkeiten in der Vermarktung der westdeutschen Vermarkter bei größerem Kapitaleinsatz gegenüber den holländischen – aber nicht zugunsten der Fischer.

Niedersächsiche Fischer unterstützen die Westküstenfischer



Die schlechte wirtschaftliche Lage der Kutterfischerei wurde am 20. August vom Vorstand des Landesfischereiverbandes Weser-Ems beraten. Bei der Beratung anwesend war eine Delegation der streikenden schleswig-holsteinischen Krabbenfischer. Die Lage drängt die Fischer auf Zusammenschluß. Seit dem 19.8. war die gesamte Kutterflotte (42 Boote) zwischen Elbe und Weser nicht mehr ausgelaufen, obwohl Ende August ein Kilopreis von Krabben von 3 DM, vorher 2,20 DM, erzielt wurde – es fehlte die Anlandung der Westküstenfischer. Die Fischer ließen sich also nicht spalten. Am 30.8. werden die Westküstenfischer das Verhandlungsergebnis aus Bonn auf einer Versammlung bekannt geben, die weitere Zusammenarbeit aller Krabbenfischer ist geplant.

Andalusische Landarbeiter und Bauern kämpfen für Agrarreform

z.pel. „Entweder Agrarreform oder Hunger“, unter diesen Rufen beendeten über 600 Einwohner des Dorfes Marinaleda in Andalusien, Südspanien, vorläufig ihren seit elf Tagen andauernden Hungerstreik. Wie in Marinaleda, wo sich 60% der Dorfbevölkerung an der Hungerstreikaktion beteiligten, kämpfen die Volksmassen in zahlreichen andalusischen Orten seit Wochen in vielfältiger Form gegen die Gefährdung der Reproduktion durch die immer stärker steigende Arbeitslosigkeit. Streiks, Demonstrationen, Sperren von Autobahn und Nationalstraßen ereignen sich täglich. Zumeist werden sie von der Gewerkschaft der Landarbeiter (SOC) geführt, häufig auch von Dorfbürgermeistern, die auf der „Einheitsliste der Arbeiter“ (CUT) gewählt worden waren, unterstützt. 40% der Erwerbsbevölkerung Andalusiens sind Bauern und Landarbeiter. Dabei stehen bei insgesamt 41 100 Betrieben 27 000 Betriebe von unter 10 ha Größe und zumeist kargem Boden 152 Plantagen von Großgrundbesitzern mit je über 1 000 ha gegenüber. Diese beuten die Masse der Landarbeiter saisonweise zu Löhnen von durchschnittlich 31 DM/Tag aus. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit auf jetzt 15% (allein 12 000 Landarbeiter) hat die gegenwärtigen Kämpfe ausgelöst. An Direktmaßnahmen werden Bewässerungsprojekte und Aufbau einer Nahrungsmittelindustrie gefordert.

Schottische Gewerkschaften unterstützen Fischer

z.hef.London. Der schottische Gewerkschaftsbund (STUC) beschloß am 22. August, die Fischer in ihrem Kampf für höhere Erzeugerpreise und mehr Regierungszuschüsse zu unterstützen. Die Fischer sind empört über den Beschluß der Regierung, einen „einmaligen Zuschuß“ von nur 14 Mio. Pfund (etwa 60 Mio. DM) zu zahlen. Entgegen den Forderungen von Organisationen selbständiger Fischer wird dieses Geld nicht den Fischervereinigungen für Preisstützungsmaßnahmen gegeben, sondern direkt an Bootsinhaber gezahlt. Fischer mit Booten unter 40 Fuß Länge (etwa 12 m) bekommen gar nichts. Das trifft die kleinsten Fischer, die oft nur noch Teilzeitfischer sind. Für Boote über 40 Fuß zahlt die Regierung diesen einmaligen Zuschuß je nach Größe. Selbständige Fischer mit einem Boot von 55 Fuß (16,5 m) z.B. bekommen nicht mehr als 2500 Pfund (etwa 10000 DM). Ein Fischereikapitalist mit einem Gefriertrawler von 140 Fuß Länge (etwa 40 m) streicht dagegen 24000 Pfund (etwa 100000 DM) ein. Für die kleinen Fischer bedeuten 2500 Pfund nicht mehr als die Einnahme einer Woche. Die Erzeugerpreise für Fisch sind jetzt weniger als die Hälfte der Preise vom Vorjahr (siehe KVZ 34, S. 9). Dazu kommen die sprunghaft gestiegenen

Einige imperialistische Konzerne beherrschen den Nahrungsmittelmarkt

z.brb. Das Direktorium für Wissenschaft, Technologie und Industrie der OECD hat eine ca. 600 Seiten umfassende Studie über die „Auswirkungen multinationaler Unternehmen auf nationale wissenschaftliche und technische Kapazitäten – Nahrungsmittelindustrie“ veröffentlicht. Die Studie gibt Aufschluß über die Entwicklungsgeschichte der imperialistischen Nah-

dern und einem Auslandsumsatzanteil von 54%, Coca Cola hat zwar nur in 14 Ländern Niederlassungen, verfügt aber über 900 Abfüllanlagen in 140 Ländern und erzielt damit einen Umsatzanteil von 42%, um nur einige zu nennen.

Die beiden größten Konzerne, Unilever und Nestlé, entstanden durch Zusammenschluß von ehemaligen Kon-

ren Branchen, insbesondere in der Chemie. 1977 schlüsseln sich die Umsatzanteile folgendermaßen auf: 32% Lebens- und Futtermittel, 20% Wasch- und Körperpflegemittel, 7% chemische Produkte, Verpackung, Haushaltswaren etc., weitere 15% des Umsatzes werden in den Ländern der Dritten Welt mit den verschiedenartigsten Produkten erzielt.

wurde. Während die US-Nahrungsmittelkonzerne 1957 noch weniger als 30% ihres Umsatzes in Europa erzielten, konnten sie diesen Anteil bis 1976 bereits auf 43% steigern. Durch diesen Vorstoß stellen die USA mittlerweile die Hälfte der 100 umsatzstärksten Nahrungsmittelkonzerne der Welt, gefolgt von Großbritannien mit 20%, Japan mit 9 und Frankreich mit 7%.

Rahmen der EG-Fischereiverhandlungen für eine Verbesserung der EG-Fischmarktordnung einsetzen.

Ein dürres „Hilfsprogramm“. Treibstoffverbilligung lehnte das Ministerium aus grundsätzlichen Erwägungen ab, zu Mindestpreisen äußerte er sich gar nicht, jedenfalls nicht laut Presse. Dazu kommt, daß die Höhe der Stillegeprämie „vor allem von einer Beteiligung der Länder abhängig gemacht wird“ und das ganze „Hilfsprogramm“ zudem noch von der Erfüllung zweier Bedingungen abhängt: 1. Die Fischer müssen sich über eine gemeinsame marktgerechte Fangplanung verständigen und 2. eine schlagkräftige Absatzorganisation aufbauen.

rungen abgelehnt. Das ist falsch, laut Auskunft von zuständigen EG-Beamten gibt es keine ausdrücklichen Richtlinien, die den einzelnen Regierungen die Subventionierung des Gasölpreises verbieten. Subventioniert wird von Frankreich seit kurzem mit 10,5 Centimes pro Liter (ca. 5 Pf), von Italien seit 1980 mit 87 Lira pro kg (18 Pf). Außerdem gibt es einen EG-Mindestpreis für Krabben dessen Anwendung freiwillig ist. Die Niederlande wenden ihn an, sinkt dort der Kilopreis unter 2,04 hfl (1,86 DM), bekommen die holländischen Fischer Unterstützung aus einem EG-Fond. Darauf bezog sich Hasselmann wohl mit seiner Forderung nach Beseitigung der Wettbewerbsverzerrung.



Die schlechte wirtschaftliche Lage der Kutterfischerei wurde am 20. August vom Vorstand des Landesfischereiverbandes Weser-Ems beraten. Bei der Beratung anwesend war eine Delegation der streikenden schleswig-holsteinischen Krabbenfischer. Die Lage drängt die Fischer auf Zusammenschluß. Seit dem 19.8. war die gesamte Kutterflotte (42 Boote) zwischen Elbe und Weser nicht mehr ausgelaufen, obwohl Ende August ein Kilopreis von Krabben von 3 DM, vorher 2,20 DM, erzielt wurde – es fehlte die Anlandung der Westküstenfischer. Die Fischer ließen sich also nicht spalten. Am 30.8. werden die Westküstenfischer das Verhandlungsergebnis aus Bonn auf einer Versammlung bekannt geben, die weitere Zusammenarbeit aller Krabbenfischer ist geplant.

Schottische Gewerkschaften unterstützen Fischer

z.hef.London. Der schottische Gewerkschaftsbund (STUC) beschloß am 22. August, die Fischer in ihrem Kampf für höhere Erzeugerpreise und mehr Regierungszuschüsse zu unterstützen. Die Fischer sind empört über den Beschluß der Regierung, einen „einmaligen Zuschuß“ von nur 14 Mio. Pfund (etwa 60 Mio. DM) zu zahlen. Entgegen den Forderungen von Organisationen selbständiger Fischer wird dieses Geld nicht den Fischervereinigungen für Preisstützungsmaßnahmen gegeben, sondern direkt an Bootsinhaber gezahlt. Fischer mit Booten unter 40 Fuß Länge (etwa 12 m) bekommen gar nichts. Das trifft die kleinsten Fischer, die oft nur noch Teilzeitfischer sind. Für Boote über 40 Fuß zahlt die Regierung diesen einmaligen Zuschuß je nach Größe. Selbständige Fischer mit einem Boot von 55 Fuß (16,5 m) z.B. bekommen nicht mehr als 2500 Pfund (etwa 10000 DM). Ein Fischereikapitalist mit einem Gefriertrawler von 140 Fuß Länge (etwa 40 m) streicht dagegen 24000 Pfund (etwa 100000 DM) ein. Für die kleinen Fischer bedeuten 2500 Pfund nicht mehr als die Einnahme einer Woche. Die Erzeugerpreise für Fisch sind jetzt weniger als die Hälfte der Preise vom Vorjahr (siehe KVZ 34, S. 9). Dazu kommen die sprunghaft gestiegenen Preise für Boote, Diesel, Netze, Versicherung usw. Die Fischer planen neue Protestaktionen.

Einige imperialistische Konzerne beherrschen den Nahrungsmittelmarkt

z.brb. Das Direktorium für Wissenschaft, Technologie und Industrie der OECD hat eine ca. 600 Seiten umfassende Studie über die „Auswirkungen multinationaler Unternehmen auf nationale wissenschaftliche und technische Kapazitäten – Nahrungsmittelindustrie“ veröffentlicht. Die Studie gibt Aufschluß über die Entwicklungsgeschichte der imperialistischen Nahrungsmittelkonzerne und ihre Markt- und Kapitalanteile in den wichtigsten OECD-Ländern.

In den OECD-Staaten hält die Nahrungsmittelindustrie einen Anteil zwischen 8 (BRD) und 26% (Dänemark) am Bruttoproduktionswert, in Italien liegt er bei 10%, in Schweden bei 12%, den USA bei 14% und in Frankreich bei 17%. Unter den Industriebranchen hält die Nahrungsmittelindustrie in fast allen Staaten den ersten oder zweiten Rang, eine Ausnahme bildet die BRD, in der die Nahrungsmittelindustrie lediglich den sechsten Rang einnimmt.

Beherrscht wird der internationale Nahrungsmittelmarkt durch zwei Großkonzerne, der englisch-niederländischen Unilever und der schweizer Nestlé, die zu den größten Industrieunternehmen der Welt gehören. In der Reihenfolge der umsatzstärksten Monopole der Welt (aufgestellt von der Zeitschrift Fortune) nahm Unilever 1979 Platz 12 und Nestlé Platz 30 ein. Bei den Umsätzen im Nahrungsmittelbereich halten sie die Spitze, gefolgt von acht US-amerikanischen Konzernen. Beide Konzerne sind ebenfalls führend in der Höhe der Auslandsumsätze und bei der Anzahl der ausländischen Niederlassungen. Nestlé erzielte 1977 95% seines Umsatzes im Ausland und bei Unilever betrug dieser Anteil zwischen 65 und 70%. Unilever führt mit 70 ausländischen Firmen die Reihe der Nahrungsmittelkonzerne gefolgt von Nestlé mit 47 Auslandstöchtern. Auch hier schließen sich bis auf einzelne Ausnahmen die US-amerikanischen Konzerne direkt an, wie C.P.C. International mit Vertretungen in 41 Ländern und einem Auslandsumsatzanteil von 54%, Coca Cola hat zwar nur in 14 Ländern Niederlassungen, verfügt aber über 900 Abfüllanlagen in 140 Ländern und erzielt damit einen Umsatzanteil von 42%, um nur einige zu nennen.

Die beiden größten Konzerne, Unilever und Nestlé, entstanden durch Zusammenschluß von ehemaligen Konkurrenzunternehmen. Nestlé wurde 1905 aus der Kondensmilchfirma Anglos Swiss Condensed Milk Co. und der Milchpulverfirma Henri Nestlé gebildet, vergrößerte sich durch den Aufkauf weiterer kleinerer Firmen zielstrebig und baute Vertriebs- und Produktionsfirmen in den Exportländern auf. Heute entfallen die Anteile am Umsatz auf die Produkte: Kaffee, Tee, Kakao etc. 36%, Nahrungsmittel, einschließlich Babynahrung etc. 26%, Schokolade 10%, Pharmazeutika und Körperpflegemittel halten die restlichen Anteile.

Über die Länder der Dritten Welt versucht Nestlé verstärkt zu expandieren, 1977 setzte er einen Anteil von ca. 21% in diesen Ländern um. Dieses Vordringen wurde 1976 durch die schweizer Aktion „Nestlé tötet Babys“ öffentlich verurteilt. Ärzte und Wissenschaftler hatten damit aufgezeigt, wie Nestlé einen Markt in den unterentwickelten Ländern für Milchprodukte und Babynahrung zu schaffen suchte, indem sie Mütter vom Stillen abhielten. Sie hatten nachgewiesen, daß die Flaschenernährung unter den in diesen Ländern herrschenden hygienischen Bedingungen zur erhöhten Sterbequote unter den Säuglingen führte.

Unilever wurde 1929 durch den Zusammenschluß der niederländisch/französischen Margarinefabrik Jurgens Van den Berg und der britischen Seifenfabrik Lever Brothers Ltd. gegründet. Unilever stützte sich bei seiner Expansion auf die ehemaligen Kolonien, die sie als Rohstofflieferanten benutzte, Plantagen etc. aufbaute und beteiligte sich schon sehr bald in anderen Branchen, insbesondere in der Chemie. 1977 schlüsseln sich die Umsatzanteile folgendermaßen auf: 32% Lebens- und Futtermittel, 20% Wasch- und Körperpflegemittel, 7% chemische Produkte, Verpackung, Haushaltswaren etc., weitere 15% des Umsatzes werden in den Ländern der Dritten Welt mit den verschiedenartigsten Produkten erzielt.

Nach dem zweiten Weltkrieg drangen die US-amerikanischen Lebensmittelkonzerne verstärkt auf den europäischen Markt vor. Der nach der Umsatzhöhe siebtgrößte Nahrungsmittelkonzern Borden, USA, in dem etwa gleichzeitig wie bei Nestlé die Kondensmilch entwickelt wurde, beseitigte zu diesem Zeitpunkt endgültig seine Absprache, die Nestlé seit Anfang des Jahrhunderts den europäischen Markt gesichert hatte.

Die Expansion der amerikanischen Konzerne in Europa wurde durch den Aufkauf lokaler mittlerer Firmen vorangetrieben, was durch die im Krieg über öffentliche Aufträge angesammelten Kapitalreserven beschleunigt wurde. Während die US-Nahrungsmittelkonzerne 1957 noch weniger als 30% ihres Umsatzes in Europa erzielten, konnten sie diesen Anteil bis 1976 bereits auf 43% steigern. Durch diesen Vorstoß stellen die USA mittlerweile die Hälfte der 100 umsatzstärksten Nahrungsmittelkonzerne der Welt, gefolgt von Großbritannien mit 20%, Japan mit 9 und Frankreich mit 7%.

Gegen die verstärkte Konkurrenz haben z.B. die französischen Imperialisten den Staat eingeschaltet. Der Ausschuß für Auslandsinvestitionen muß alle Beteiligungen über 20% begutachten und das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen muß sie bewilligen. So wurde eine Mehrheitsbeteiligung des belgischen General-Biscuits-Konzerns an der französischen Backwarenfirma Lu-Brun 1975 verhindert und die Beteiligung des französischen Konzerns Aliment essentiel gefördert. General Biscuits wurde kurze Zeit später von Aliment essentiel geschluckt, dieser nennt sich heute Générale Biscuits und ist der drittgrößte französische Backwarenkonzern.



Margarineabfüll- und Verpackungsanlage der deutschen Unilever-Tochter, Deutsche Lebensmittelwerke GmbH in Hamburg-Bahrenfeld

Rübenbauern und Lkw-Fahrer kämpfen für Kollektivvertrag

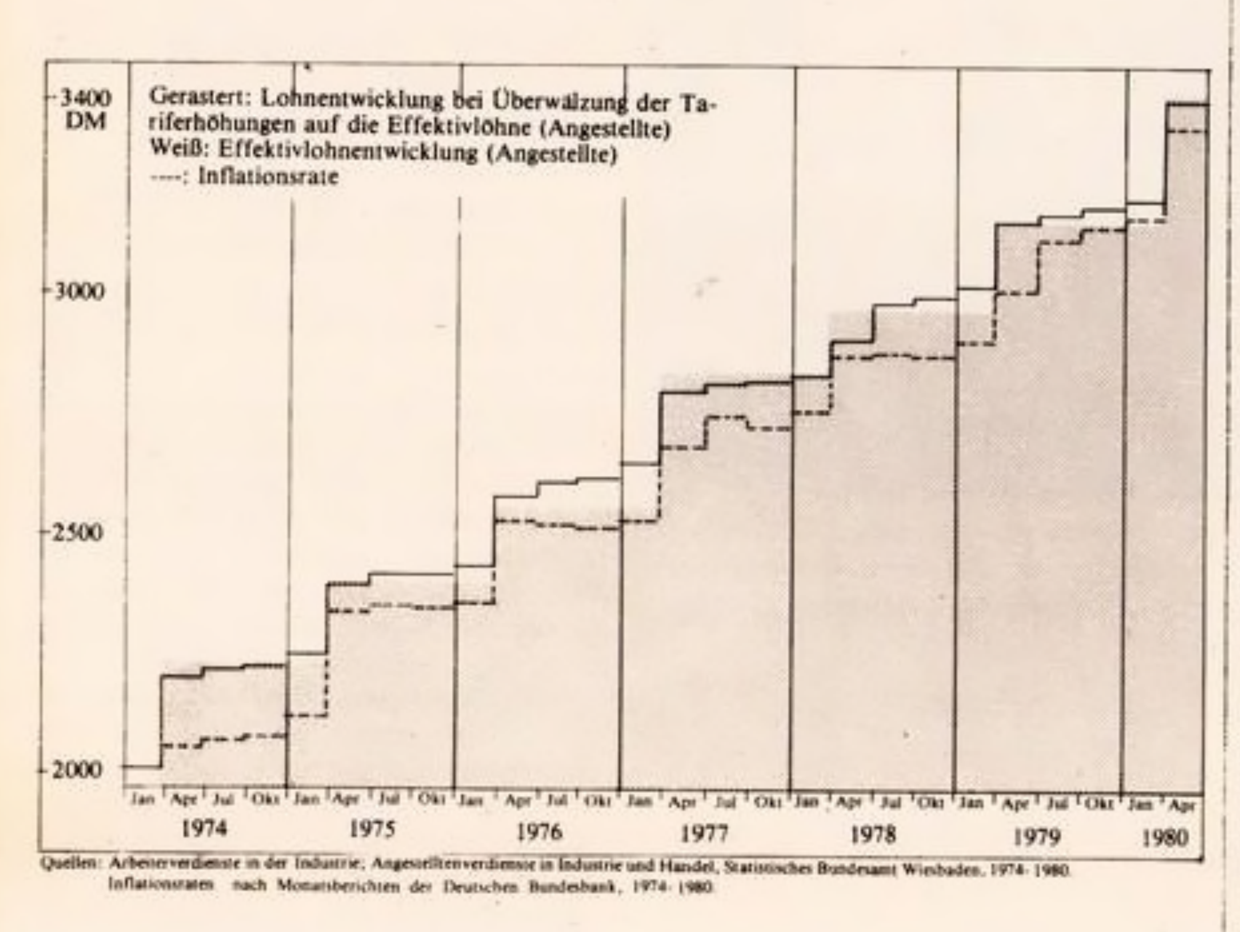
z.ulg.Rom. Auch in diesem Jahr müssen die italienischen Zuckerrübenbauern die Ernte an die Zuckerindustrie abliefern, ohne zu wissen, welchen Preis sie dafür kriegen werden. Bereits 1979 hatten die Bauernverbände erst im Oktober mit den Kapitalisten den Kollektivvertrag über die Aufkaufbedingungen abschließen können. Nachdem die Ernte einmal abgeliefert ist, verfügen die Bauern kaum noch über Druckmittel. Der Abschluß im letzten Jahr hat den Anstieg der Produktionskosten nicht gedeckt. Jetzt haben die Zuckerindustriellen die Verhandlungen erneut abgebrochen. Die Zuckerrübenbauern fordern 16% Preiserhöhung. Die Kapitalisten lehnen ab, obwohl die Regierung erst im Juli eine Zuckerpreiserhöhung verfügt hat, nach der der Abgabepreis ab Fabrik um 22% gestiegen ist. Zusammen mit den Bauernverbänden kämpfen die selbständigen Lkw-Fahrer, die die Rüben in die Zuckermühlen bringen, für den neuen Kollektivvertrag, der auch den Transporttarif einschließen soll. Die Zuckerkonzerne wollen höchstens 20% mehr zahlen, obwohl der Benzinpreis seit dem Vorjahr um 50% gestiegen ist. Vom 14. bis 20.8. haben die Lkw-Fahrer daraufhin die Mühlen des wichtigsten Zuckermonopols Eridania nicht beliefert. Die Bauern bereiten ihrerseits Kampfmaßnahmen vor. Die drei Gewerkschaftsbünde haben Unterstützung zugesagt.

Überwälzung der Tariferhöhungen auf die Effektivverdienste

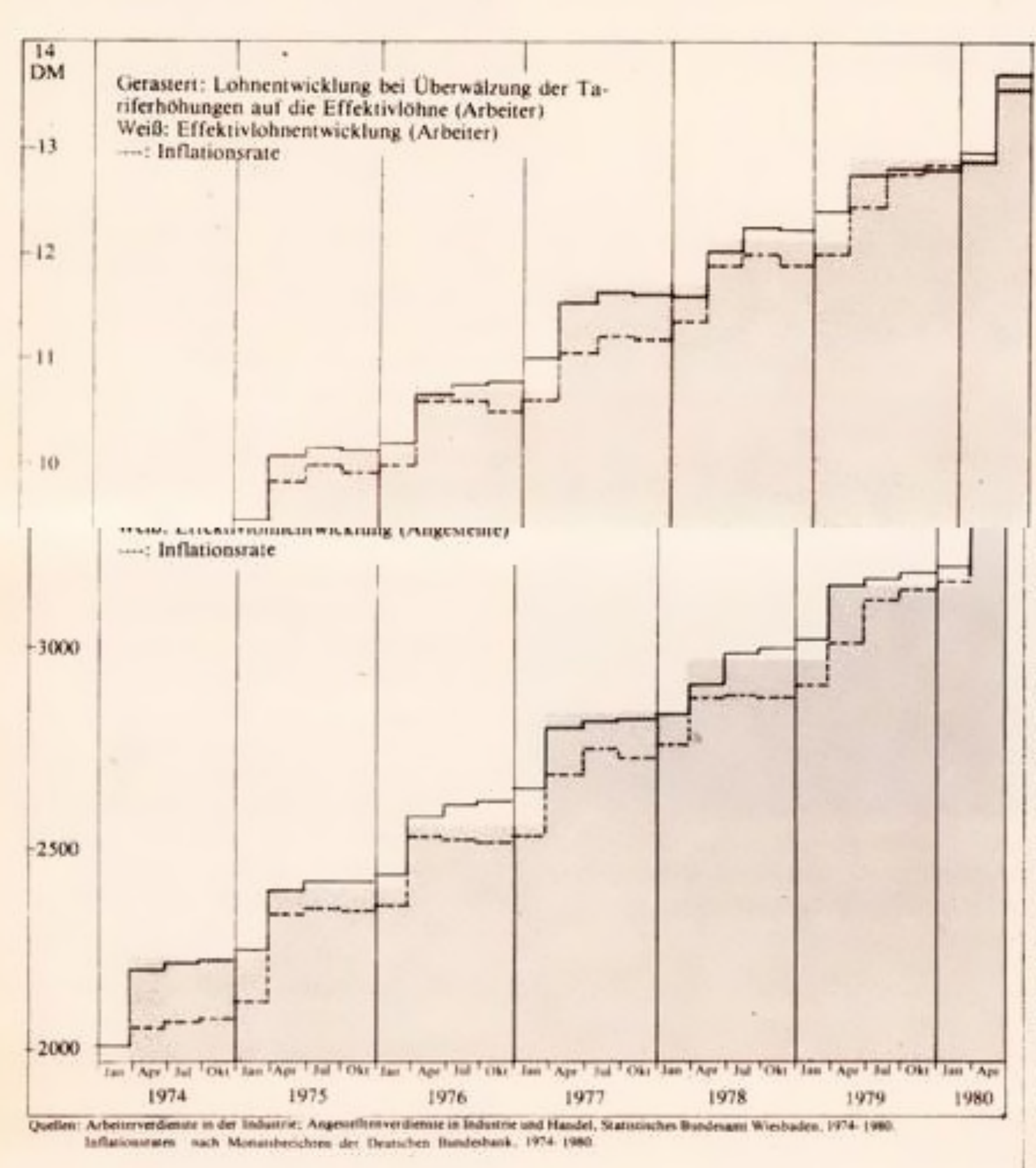
z.smm. Die niedrigen Tariflöhne machen es den Kapitalisten leicht, außertarifliche Zulagen zu zahlen. Die Differenz der Tariflöhne zu den tatsächlich gezahlten Löhnen benutzen sie als Instrument, der Spaltung und Lohndrückerei. Die außertariflichen Bestandteile des Lohnes und Gehalts sind notwendige Bestandteile der Bezahlung der Arbeitskraft zu ihrem Wert. Jedes Jahr beginnt darum der Kampf um die Überwälzung der Tariferhöhungen auf die Effektivlöhne. Die Schaubilder zeigen diese jährlich nach den Tarifabschlüssen stattfindende Aufholjagd. 1977 ist es den Kapitalisten gelungen, eine Überwälzung der Tariferhöhung auf die Effektivlöhne über das ganze Jahr zu verhindern. 1979 über ein ¾ Jahr ebenfalls. 1980 ist die Tariferhöhung auch noch nicht übergewälzt.

Die Bewegung der Effektivlöhne als Ausdruck der Überwälzung der Tariferhöhungen auf die Effektivlöhne, zeigt die Abhängigkeit des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterbewegung von dem zyklischen Verlauf der kapitalistischen Produktionsweise. Nach der Krise 1974 und der Phase der Stagnation 1974/75 hat die kapitalistische Produktion in der BRD 1976 mit einer realen Steigerung des Bruttosozialprodukts von 5,3% einen Aufschwung genommen. 1977 ist das Wachstum auf real 2,6% zurückgegangen. 1976 erhöhten sich die Löhne um 5,4% bei einer Inflationsrate von 4,5%. 1977 bei einem Sinken des Bruttosozialproduktes und der Inflationsrate auf 3,6% setzten die Gewerkschaften eine Lohnerhöhung von 6,9% durch. In demselben Jahr verhinderten die Kapitalisten eine Überwälzung der Tariferhöhung auf die Effektivlöhne. Ein Jahr vorher waren die Tariferhöhungen effektiv überwälzt. Allerdings bei einer für die Kapialisten wesentlich günstigeren Lohnentwicklung.

Die wirtschaftliche Krise zeichnet sich ab. Die Kapitalisten werden dann besonders daran gehen, sowohl eine Überwälzung der Tariferhöhungen auf die Effektivlöhne zu verhindern, als auch direkt die außertariflichen Zulagen zu kürzen. Dagegen ist ein Mittel eine tarifvertragliche Regelung, die die Effektivlöhne zur Grundlage einer jeden Tariferhöhung macht.



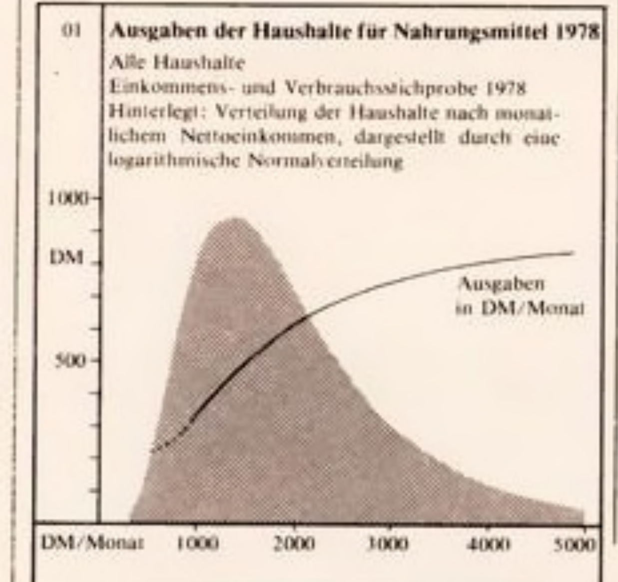
Quellen: Arbeiterverdienste in der Industrie; Angestelltenverdienste in Industrie und Handel, Statistisches Bundesamt Wiesbaden, 1974–1980. Inflationsraten nach Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, 1974–1980.

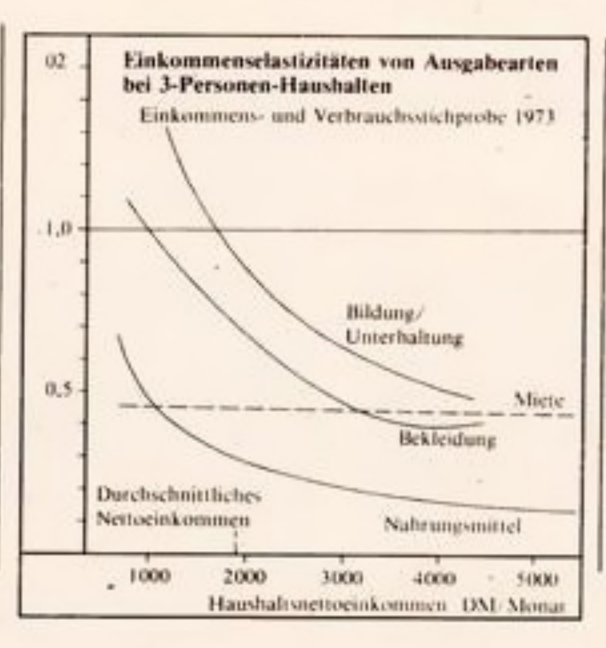


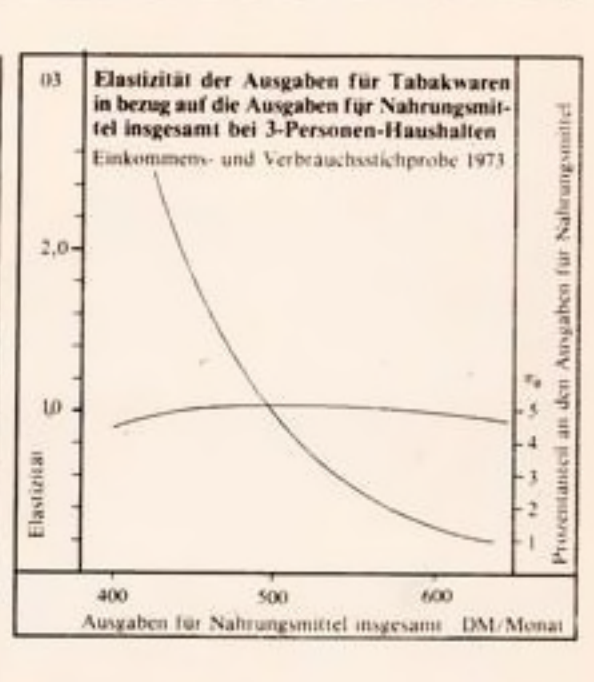
Quellen: Arbeiterverdienste in der Industrie; Angestelltenverdienste in Industrie und Handel, Statistisches Bundesamt Wiesbaden, 1974–1980. Inflationsraten nach Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, 1974–1980.



Quellen: Arbeiterverdienste in der Industrie; Angestelltenverdienste in Industrie und Handel, Statistisches Bundesamt Wiesbaden, 1974–1980. Inflationsraten nach Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, 1974–1980.







Lohnhöhe und Reproduktion (VI)

z.gör. Kann man einen genauen Zusammenhang herstellen zwischen der Höhe des Lohns (bzw. der Höhe des Haushaltseinkommens) und dem Lebensstandard? Es gibt zahlreiche Versuche von Ökonomen und Statistikern, das Problem zu lösen. Als einer der ersten hat 1857 Ernst Engel aufgrund einer Untersuchung von Haushaltsrechnungen herausgefunden: „daß je ärmer eine Familie ist, ein desto größerer Anteil von der Gesamtausgabe muß zur Beschaffung von Nahrung aufgewendet werden". Für den Lebensstandard wurde daraus folgende Schlußfolgerung gezogen: dieser hängt ab von dem Teil des Einkommens, der nicht für die lebensnotwendigen Dinge (Nahrungsmittel) aufgewendet werden muß; der Lebensstandard steigt daher nicht gleichmäßig mit der Höhe des Einkommens, sondern um so mehr, je höher das Einkommen bereits ist.

Dies „Engelsche Gesetz" gilt heute noch (vgl. Schaubild 1). Der Einwand, daß nicht nur die Nahrungsmittel lebensnotwendig sind, stellt sich indessen sofort. Es wurde versucht, dem Einwand dadurch zu begegnen, daß der Umkreis der lebensnotwendigen Ausgaben weiter gezogen wurde, etwa durch Einbeziehung von Ausgaben für Wohnung und Bekleidung. Da man in jedem Fall diese Ausgaben (wie sich schon in Schaubild 1 zeigt) in ihrer Abhängigkeit vom Einkommen gut durch eine logarithmische Funktion annähern kann, gewinnen viele Ökonomen daraus die Auffassung, daß daher auch eine logarithmische Beziehung zwischen Lebensstandard und Einkommenshöhe besteht. Das wäre ein zusätzliches Argument für die logarithmische Darstellung von Einkommensverteilungen (vgl. Teil I dieser Serie).

Man kann das eingangs genannte Problem auf diese Weise jedoch überhaupt nicht lösen. Denn in Wirklichkeit sind *alle* Ausgaben für die Reproduktion *mehr oder minder lebensnotwendig*. Der Zusammenhang zwischen Höhe des Einkommens und Lebensstandard ließe sich daher nur dann genauer beschreiben, wenn es gelänge, die Bedürfnisse bzw. die Ausgaben für ihre Befriedigung nach dem Grad ihrer Dringlichkeit zu unterscheiden.

Hieraus folgt allerdings schon, daß es nicht möglich ist, die *historische* Entwicklung des Lebensstandards anhand der Entwicklung der Höhe der Realeinkommen zu beurteilen. Das ist eine Methode der bürgerlichen Propaganda der „Wohlstandsgesellschaft", aber keine wissenschaftliche Methode. Denn durch die historischen Veränderungen in den Lebens- und Arbeitsbedingungen verändern sich die Bedürfnisse, ihr Umkreis, ihre Dringlichkeit. Jeder weiß, wie aus Luxusgütern notwendige Lebensmittel werden können. Lenin sprach davon, daß es im Kapitalismus ein „Gesetz vom Anwachsen der Bedürfnisse" gibt (Werke, Band 1, S.98).

In jeder bestimmten historischen Situation – die ja durch einen bestimmten Entwicklungsstand der Produktivkräfte und gesellschaftlich erzeugten Bedürfnisse gekennzeichnet ist – erscheint es aber durchaus möglich, die verschiedenen Bedürfnisse nach dem Grad ihrer Dringlichkeit zu unterscheiden. Man kann sagen: Eine Sache ist um so lebensnotwendiger (das durch sie zu befriedigende Bedürfnis um so dringlicher), je weniger ihr Verbrauch bei sinkendem Einkommen eingeschränkt wird.

Das geht jeweils nur auf Kosten anderer Bedürfnisse. Sinkt z.B. durch Inflation oder Arbeitslosigkeit das Einkommen eines Haushalts um 6%, dann wird, von Ersparnissen abgesehen, auch die Summe seiner Konsumausgaben um 6% sinken. Aber der Haushalt wird nicht alle verschiedenen Ausgabearten gleichermaßen um 6% einschränken. Z.B. werden Nahrungsmittel nur um 2%, dafür aber der Verbrauch anderer Dinge überproportional eingeschränkt. Daraus läßt sich schließen, daß Nahrungsmittel verhältnismäßig dringlicher sind.

Zur Präzisierung dient der Begriff der Einkommenselastizität der Verbrauchsausgaben. Darunter ist folgendes zu verstehen: Verändert sich das Einkommen um X% und verändern sich die Ausgaben für ein bestimmtes Lebensmittel (oder eine Gruppe von Lebensmitteln) um Y%, dann ist die Einkommenselastizität dieses Lebensmittels *Y% geteilt durch X%. In Schaubild 2 sind solche Einkommenselastizitäten für vier verschiedene Gruppen von Lebensmitteln illustriert (so wie sie sich aufgrund von zunächst rohen Schätzungen aus Haushaltserhebungen des Statistischen Bundesamtes ergeben haben). Beim durchschnittlichen Nettoeinkommen von 1900 Mark beträgt z.B. die Einkommenselastizität der Nahrungsmittel 0,3. Das heißt: Steigt oder sinkt das Einkommen in diesem Fall um 1%, dann steigen oder sinken die Nahrungsmittelausgaben um 0,3%. In allen Fällen werden die Nahrungsmittelausgaben um einen geringeren Prozentsatz eingeschränkt oder ausgedehnt als der, um den sich das Einkommen verändert. Anders bei den Ausgaben für Bildung und Unterhaltung. Die Haushalte mit unterdurchschnittlichem Einkommen müssen diese Ausgaben bei sinkendem Einkommen überproportional einschränken. Sie müssen das, gerade um die Befriedigung dringlicherer Bedürfnisse weniger einschränken zu müssen.*

Der Begriff der Elastizität ermöglicht es also, eine gewisse Ordnung nach der Dringlichkeit herzustellen. Z.B. zeigt die steile Kurve in Schaubild 3, daß die 3-Personenhaushalte ihre Ausgaben für Tabakwaren überproportional einschränken müssen, wenn sie für Nahrungsmittel insgesamt weniger als 500 Mark zur Verfügung haben. Dies wie alle entsprechenden Aussagen gilt im statistischen Durchschnitt, von individuellen, nicht systematisch gesellschaftlich erzeugten Unterschieden ist dabei abstrahiert.

Diese Definition für den Grad der Dringlichkeit von Bedürfnissen ist nicht absolut. Sie drückt vielmehr Reproduktionsstrukturen aus, wie sie durch die jeweils herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse erzwungen werden. Die Frage nach einem Maßtab für den Lebensstandard muss noch näher untersucht werden.

Zwei wesentliche Schlußfolgerungen kann man indessen bereits ziehen: Erstens, je niedriger das Einkommen ist, desto mehr muß für relativ dringlichere Lebensmittel ausgegeben werden. Zweitens, je steiler eine Elastizitätskurve verläuft, desto größere Unterschiede im Konsum werden durch Einkommensunterschiede hervorgerufen.

Man kann dann auch die Unterschiede in der Wirkung von Preissteigerungen für Haushalte unterschiedlicher Einkommenshöhe besser verstehen. Zunächst verhält es sich ja so. Steigen die Preise wie zur Zeit um 6%, dann hat man bei 1000 Mark Einkommen 60 Mark, bei 3000 Mark Einkommen 180 Mark Kaufkraftverlust, in beiden Fällen ist die Einbuße am Realeinkommen gemessen gleich groß. Aber warum werden dann die niedrigen Einkommen viel härter von den steigenden Preisen betroffen als die höheren? Teilweise kann man das darauf zurückführen, daß die in ihren Konsum eingehenden Lebensmittel überdurchschnittliche Preissteigerungen aufweisen. Aber dies trifft keineswegs durchgängig zu. Wesentlich ist vielmehr, daß derselbe realtive Kaufkraftverlust die niedrigen Einkommensbezieher zwingt, an dringlicheren Lebensmitteln zu sparen.

nicht gleichmäßig mit der Höhe des Einkommens, sondern um so mehr, je höher das Einkommen bereits ist.

Dies „Engelsche Gesetz" gilt heute noch (vgl. Schaubild 1). Der Einwand, daß nicht nur die Nahrungsmittel lebensnotwendig sind, stellt sich indessen sofort. Es wurde versucht, dem Einwand dadurch zu begegnen, daß der Umkreis der lebensnotwendigen Ausgaben weiter gezogen wurde, etwa durch Einbeziehung von Ausgaben für Wohnung und Bekleidung. Da man in jedem Fall diese Ausgaben (wie sich schon in Schaubild 1 zeigt) in ihrer Abhängigkeit vom Einkommen gut durch eine logarithmische Funktion annähern kann, gewinnen viele Ökonomen daraus die Auffassung, daß daher auch eine logarithmische Beziehung zwischen Lebensstandard und Einkommenshöhe besteht. Das wäre ein zusätzliches Argument für die logarithmische Darstellung von Einkommensverteilungen (vgl. Teil I dieser Serie).

Man kann das eingangs genannte Problem auf diese Weise jedoch überhaupt nicht lösen. Denn in Wirklichkeit sind *alle* Ausgaben für die Reproduktion *mehr oder minder lebensnotwendig*. Der Zusammenhang zwischen Höhe des Einkommens und Lebensstandard ließe sich daher nur dann genauer beschreiben, wenn es gelänge, die Bedürfnisse bzw. die Ausgaben für ihre Befriedigung nach dem Grad ihrer Dringlichkeit zu unterscheiden.

Hieraus folgt allerdings schon, daß

dringlicher), je weniger ihr Verbrauch bei sinkendem Einkommen eingeschränkt wird.

Das geht jeweils nur auf Kosten anderer Bedürfnisse. Sinkt z.B. durch Inflation oder Arbeitslosigkeit das Einkommen eines Haushalts um 6%, dann wird, von Ersparnissen abgesehen, auch die Summe seiner Konsumausgaben um 6% sinken. Aber der Haushalt wird nicht alle verschiedenen Ausgabearten gleichermaßen um 6% einschränken. Z.B. werden Nahrungsmittel nur um 2%, dafür aber der Verbrauch anderer Dinge überproportional eingeschränkt. Daraus läßt sich schließen, daß Nahrungsmittel verhältnismäßig dringlicher sind.

Zur Präzisierung dient der Begriff der Einkommenselastizität der Verbrauchsausgaben. Darunter ist folgendes zu verstehen: Verändert sich das Einkommen um X% und verändern sich die Ausgaben für ein bestimmtes Lebensmittel (oder eine Gruppe von Lebensmitteln) um Y%, dann ist die Einkommenselastizität dieses Lebensmittels *Y% geteilt durch X%. In Schaubild 2 sind solche Einkommenselastizitäten für vier verschiedene Gruppen von Lebensmitteln illustriert (so wie sie sich aufgrund von zunächst rohen Schätzungen aus Haushaltserhebungen des Statistischen Bundesamtes ergeben haben). Beim durchschnittlichen Nettoeinkommen von 1900 Mark beträgt z.B. die Einkommenselastizität*

individuellen, nicht systematisch gesellschaftlich erzeugten Unterschieden ist dabei abstrahiert.

Diese Definition für den Grad der Dringlichkeit von Bedürfnissen ist nicht absolut. Sie drückt vielmehr Reproduktionsstrukturen aus, wie sie durch die jeweils herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse erzwungen werden. Die Frage nach einem Maßtab für den Lebensstandard muss noch näher untersucht werden.

Zwei wesentliche Schlußfolgerungen kann man indessen bereits ziehen: Erstens, je niedriger das Einkommen ist, desto mehr muß für relativ dringlichere Lebensmittel ausgegeben werden. Zweitens, je steiler eine Elastizitätskurve verläuft, desto größere Unterschiede im Konsum werden durch Einkommensunterschiede hervorgerufen.

Man kann dann auch die Unterschiede in der Wirkung von Preissteigerungen für Haushalte unterschiedlicher Einkommenshöhe besser verstehen. Zunächst verhält es sich ja so. Steigen die Preise wie zur Zeit um 6%, dann hat man bei 1000 Mark Einkommen 60 Mark, bei 3000 Mark Einkommen 180 Mark Kaufkraftverlust, in beiden Fällen ist die Einbuße am Realeinkommen gemessen gleich groß. Aber warum werden dann die niedrigen Einkommen viel härter von den steigenden Preisen betroffen als die höheren? Teilweise kann man das darauf zurückführen, daß die in ihren Kon-



z.ans.Rom. **In den süditalienischen Provinzen Salerno und Neapel haben die Lebensmittelkapitalisten die Zahl der zur Herstellung von Tomatenkonserven beschäftigten Saisonarbeiter drastisch gesenkt.** In vielen Fabriken arbeiten in diesem Sommer rund 50% weniger als im Vorjahr. Über 5000 Arbeiter, vorwiegend Frauen, finden damit nicht einmal in den wenigen Monaten während der Tomatenernte Arbeit. Dreist behaupten die Kapitalisten, die Tomatenproduktion sei zurückgegangen. Tatsächlich werden aber Berge von Tomaten bei den staatlichen Interventionsstellen zur Vernichtung angeliefert. Worum es den Kapitalisten geht, stellt die Nahrungsmittelarbeitergewerkschaft FILIA klar: „Man versucht mit allen Mitteln, die Überstunden und auch die Akkordarbeit zu erhöhen. In einigen Fällen ist sogar das Phänomen der Schwarzarbeit wieder aufgetaucht." Aus weniger Arbeitern wollen die Kapitalisten mehr herausschinden. Durch Umgehung der Arbeitsämter bei der Einstellung soll Zahlung unter Tariflohn durchgedrückt werden. Auf Demonstrationen und Kundgebungen fordern die Arbeiter Einstellung über die Arbeitsämter und Rücknahme der Beschäftigungssenkung. In vielen Orten haben sie Arbeitsämter und Rathäuser besetzt. In Battipaglia haben Arbeiter kürzlich die Zufuhr zu einer Konservenfabrik unterbunden. Über 200 Saisonarbeiter haben für zwei Stunden eine wichtige Zubringerstraße zur Autobahn blockiert.

z.rül. **15% Lohnerhöhungen im ersten Jahr, „beträchtliche" Lohnerhöhungen in den beiden folgenden Jahren, höhere „Inflationsanpassungszahlungen" sowie eine Erhöhung der betrieblichen Rentenzahlungen:** Diese Forderungen hat die US-Gewerkschaft IAM für die kürzlich begonnenen Lohnverhandlungen mit den Flugzeugmonopolen Boeing, Lockheed und McDonnell Douglas aufgestellt. Anfang Oktober laufen die Verträge von über 90000 Flugzeugbauarbeitern aus. Die IAM vertritt 78500 Arbeiter: 41000 bei Boeing, 31000 bei Lockheed, 6500 bei McDonnell Douglas. Weitere 15000 Arbeiter bei McDonnell Douglas werden durch die Gewerkschaft UAW vertreten, die ihr Vorgehen im Tarifkampf eng mit der IAM koordiniert. Die IAM hatte ihre Forderungen auf einer Konferenz von 300 Delegierten im April dieses Jahres beschlossen. Auf der gleichen Konferenz hatte sie die Lohnleitlinien der Carter-Regierung zurückgewiesen.

z.hef.London. **Einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen die Journalisten bei der Tageszeitung „Times" am Freitag die Beendigung ihres einwöchigen Streiks.** Das neue Angebot der Kapitalisten entspricht ihren Hauptbedingungen. Sie erhalten nachträglich ab Juli Gehaltserhöhungen von 1000 Pfund im Jahr (etwa 4000 DM), ab dem 1. Oktober 1980 12,5% auf die Gehälter vor Juli und ab 1. Juli 1981 noch einmal 675 Pfund. Allerdings läuft der Tarifvertrag 18 Monate. Ursprünglich hatten die 280 Journalisten Erhöhungen von 10% plus 2000 Pfund gefordert. Diese Forderung richtete sich gegen die große Spreizung der Gehälter zwischen den einfachen Journalisten und einigen „Stars". Die Kapitalisten wollten nicht mehr als 12,5% und 600 Pfund zahlen und auch einen Schlichtungsspruch von 12,5% und 1000 Pfund nicht anerkennen. Dabei waren sie es, die den Gewerkschaften im letzten Jahr die Schlichtungsordnung aufgezwungen hatten. Der Streik für den Schlichtungsspruch war der erste Journalistenstreik bei der „Times" seit der Gründung 1785. Das Durchschnittsgehalt der Journalisten betrug bisher 11571 Pfund im Jahr (etwa 4000 DM im Monat). Ab Oktober wird dasselbe Gehalt 14018 Pfund betragen (etwa 4850 DM im Monat).

z.hku. **Mit Geldstrafen werden die Betriebskader in der DDR gehalten, dem Druck der Arbeiter nicht nachzugeben.** Die Gerichtsurteile, die derzeit in der DDR-Presse veröffentlicht werden, geben einigen Einblick in die sozialen Widersprüche. So sollte der Personalchef eines Betriebes in Neubrandenburg Arbeitskräfte für einen neuen Betriebsteil ankaufen; um überhaupt Arbeitskräfte zu kriegen, gruppierte er die Tätigkeiten höher ein, als im Rahmenkollektivvertrag vorgesehen. Bei den Einstellungsgesprächen legte er dann nochmals zu. Beides ist verboten. Zum „Schutz des sozialistischen Eigentums" erkannten Konfliktkommission und Bezirksgericht auf „materielle Verantwortung" in Höhe von 1000 Mark – der Schaden habe 5000 Mark betragen („Die Konfliktkommission" 33/80).

z.hef. **Die mexikanischen Bankbeschäftigten wollen eine Kampagne zur Legalisierung ihrer Gewerkschaften durchführen.** Das beschlossen die Delegierten von 140000 Bankangestellten in der vorletzten Woche in Mexiko City. Seit 1937 ist Bankbeschäftigten per Regierungsdekret jegliche gewerkschaftliche Organisierung verboten. Die damalige Regierung begründete das mit dem „Interesse der Nation" an den Banken, von denen sie einige aus imperialistischem Besitz enteignet hatte. Die jetzige Regierung hat offiziell noch keine Stellungnahme zu der Forderung abgegeben, aber hintenherum erklären lassen, sie werde das Verbot nicht aufheben und die gewerkschaftliche Organisierung weiterhin verhindern. Der Gewerkschaftsbund Congreso de Trabajo unterstützt die Forde-

Vorstoß zur Fortsetzung der Dienstrechtsreform im öffentlichen Dienst

z.vol. „Um die Radikalenfrage in Griff zu bekommen" hat der SPD-MdB Emmerlich einen Vorstoß zur Änderung des Beamtenrechts gemacht: die Klausel, daß nur der Beamter sein darf, der jederzeit Gewähr bietet, für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten, sei abzuschaffen. Allein wer „die freiheitlich-demokratische Grundordnung in strafbarer Weise bekämpft", soll rausgeschmissen werden. Da das Bundesverfassungsgericht die Gewährbieteklausel in den Rang eines Verfassungsguts erhoben hat, kann nur eine Neufassung des Beamtenrechts sie beseitigen.

CDU-Geißler hat Emmerlichs Vorschlag als Angriff auf das Grundgesetz und Öffnung des Staatsapparates für Extremisten angegriffen. Für die CDU reicht die Mitgliedschaft oder die Unterstützung einer verfassungsfeindlichen Organisation zum Ausschluß vom öffentlichen Dienst.

Das Bundesinnenministerium hat eine Stellungnahme abgelehnt. Die FDP hat das Verfassungsgerichtsurteil in ihr Wahlprogramm übernommen. Andererseits wird sich Baum schmerzlich erinnern, daß sein NRW-Kollege Hirsch unter anderem für die Bespitzelung im öffentlichen Dienst mit dem Verlust parlamentarischer Diäten bezahlte.

Der Vorschlag der „Liberalisierrung" des Beamtenrechts trifft nicht zufällig mit einer entscheidenden Phase in der Durchführung des „Aktionsprogramms der Bundesregierung zur Dienstrechtsreform" von 1976 zusammen. Mit der Laufbahnverordnung, die 1979 in Kraft trat, ist der Weg zur Einführung der analytischen Arbeitsplatzbewertung und leistungsbezogenen Beurteilung der Beamten freigemacht. Die Teilzeitarbeit ist erst einmal für Lehrer gesetzlich geregelt, „die Schichtarbeit wird sicher nicht abgeschafft oder wesentlich eingeschränkt werden" (Baum 10.3. vor dem DGB). Mit dem 3. Vereinheitlichungsgesetz, das für 1981 ansteht, sollen die Beurteilungskriterien für die analytische Arbeitsplatzbewertung und die Leistungsbeurteilung, deren Erprobung im Sommer '80 abgeschlossen ist, verbindlich für alle Länder eingeführt werden.

Auf dem 9. Gewerkschaftstag sind diese Vorhaben Baums abgelehnt worden. Die Forderung nach einem einheitlichen Dienstrecht auf tarifvertraglicher Basis ist bekräftigt worden, vom DGB ist eine Taktik für den Kampf dafür eingefordert. Die Beurteilung im öffentlichen Dienst und die analytische Arbeitsplatzbewertung sind grundsätzlich zurückgewiesen worden. Gegen die scheinbare Liberalisierung des Beamtenrechts à la Emmerlich kann mit den Forderungen nach Aufhebung des Ministerpräsidenterlasses und jeder Verpflichtung auf die freiheitlich demokratische Grundordnung der Kampf für politische und gewerkschaftliche Rechte im öffentlichen Dienst organisiert werden.

Rationalisierung bei Busfahrern – Überführung des Post- und Bahnreisedienst

z.brp. Die Postreisedienste werden eingestellt, die Sachmittel an die Bahnreisedienste überführt, bei der Bundesbahn wird der neue Reisedienst in einer öffentlich-rechtlichen Organisationsform zentralisiert. Der Postverwaltungsrat stimmte bereits am 10. Juli einem entsprechenden Kabinettsbeschluß der Bundesregierung vom 25. Juni zu. Der Vorstand der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands begrüßte die jetzige Regelung, die Personalvertreter der Deutschen Postgewerkschaft stimmten im Postverwaltungsrat gegen die Auflösung, sehen aber ihre Hauptforderung durch die öffentlich-rechtliche Organisationsform erfüllt. Die Haltung der Gewerkschaften zu den über 20 Jahre alten Versuchen der Zusammenlegung von Post- und Bahnreisediensten war schwankend.

Die Bundesregierung beabsichtigte stets Einsparung von Kosten, durch Rationalisierung bei den Beschäftigten, Streckenzusammenlegungen, Senkung der Materialkosten usw. Von 1955 bis 1967 gab es Absprachen zwischen Post und Bahn über Linienerrichtungen. 1968 beauftrage die Bundesregierung Post und Bahn, alle Rationalisierungsmöglichkeiten auszuschöpfen, 1971 gründeten Bahn und Post die Omnibusgesellschaft, Betriebsgestaltung und -durchführung blieben jedoch getrennt. 1973 plante die Bundesregierung, den Postreisedienst aufzulösen. Aufgrund der heftigen Proteste der DPG und GdED mußte sie 1975 den Beschluß aufheben. Gleichzeitig wurden vier selbständige privatrechtlich organisierte Regionalgesellschaften von Bahn und Post gebildet zu „Versuchszwecken"; DPG und GdED setzten Besitzstandswahrung durch. Als 1977 die Bundesregierung beschloß, bis Ende 1978 die gesamten Post- und Bahndienste in privatrechtliche gemeinsame Regionalgesellschaften umzuwandeln, fordern die Hauptvorstände beider Gewerkschaften keine Privatisierung, sondern Zusammenlegung in einer öffentlich-rechtlichen Organisationsform. 7000 demonstrieren im März 1978; ihre Forderungen waren: keine Rationaliserung, gegen Streckenstreichungen. Die Hauptvorstände kritisierten vor allem die Privatisierung, das machte sie schwach gegenüber den weiteren Maßnahmen.

Knapp 6000 Beschäftigte bei der Post sind von der Auflösung betroffen. Sie sollen jetzt befragt werden, ob sie zur Bahn überwechseln oder innerhalb der Post versetzt werden wollen. Keinesfalls ist sicher, ob sie bei der Bahn auf Dauer als Busfahrer beschäftigt sein werden, denn die Bahn plant die Überprüfung des „Bahnmodells" auf Wirtschaftlichkeit. Bei der Post werden die meisten Lohneinbußen durch andere Tätigkeiten, Versetzungen, weiter entfernte Arbeitsstätten hinnehmen müssen. Deshalb fordern die Post-Busfahrer stärkeren Einsatz der DPG gegen die Rationalisierungen.

Arbeiterkomitees, Gewerkschaften in Zimbabwe

Aus Gesprächen mit dem Minister für Arbeit und einem Gewerkschaftsvertreter

z.aml. In der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 30 vom 21. Juli hatten wir über Bestrebungen berichtet, eine einheitliche Gewerkschaft in Zimbabwe zu bilden. Diese Bemühungen haben jetzt dazu geführt, daß ein aus 20 Mitgliedern verschiedener Gewerkschaften bestehendes Komitee zur Bildung des Zimbabwe Congress of Trade Unions gebildet wurde. Wir hatten Gelegenheit, über Fragen der Arbeiterbewegung in Zimbabwe mit dem Minister für Arbeit, K.M. Kangai, und dem Sekretär für Öffentlichkeitsarbeit des oben genannten Komitees und stellvertretenden Sekretär der Textilarbeitergewerkschaft, E.C. Soko, zu sprechen.

Über die *Stärkung der Gewerkschaftsbewegung* sagte Minister Kangai uns: „Es wäre ein Widerspruch in sich, wenn wir als Arbeiterregierung nicht die Position des Arbeiters stärken würden. Immer wenn es etwas auszuhandeln gilt zwischen den Arbeitern als Kollektiv auf der einen Seite und den Arbeitgebern auf der anderen, muß die Seite der Arbeiter stark sein. Bisher war in diesem Land die Arbeiterseite sehr schwach. Die Gewerkschaften waren zusammengesetzt aus Leuten, die von den Arbeitgebern gekauft waren, sie waren geschmiert und nahmen in den Verhandlungen die Position der Kapitalisten ein …

Wir haben jetzt eine Körperschaft gebildet und sie beauftragt, den Arbeiter an der Basis zu organisieren. Laß die Arbeiter dann ihre Repräsentanten bestimmen, und diese Repräsentanten sollen dann das führende Gremium bilden."

Wie E.C. Soko uns mitteilte, werden in den einzelnen Industriezweigen im Oktober die ersten Gewerkschaftskongresse stattfinden, um dort zunächst einheitliche Industriegewerkschaften zu gründen.

Nachdem die Regierung das Mindestlohngesetz im Parlament hat verabschieden lassen, würde sie jetzt überprüfen, ändern und bzw. außer Kraft setzen das Industrieschlichtungsgesetz und das Herr-und-Diener-Gesetz, erklärte K.M. Kangai. Außerdem sei eine Kommission für Preise, Löhne und Arbeitsbedingungen eingesetzt worden, mit der Gewerkschaftsvertreter zusammenarbeiten sollen und auch schon zusammenarbeiten, wie E.C. Soko uns sagte.

Was die Organisierung der Arbeiter angeht, so seien zuerst überall *Arbeiterkomitees* gebildet worden. Minister Kangai: „Diese Komitees sind jetzt überall, wo Arbeiter arbeiten … Sie repräsentieren die Interessen der Arbeiter in der Fabrik, an Ort und Stelle, wo die Menschen arbeiten. Sie tragen die Beschwerden der Belegschaft der Geschäftsleitung vor und diskutieren sie mit ihr. Dann, wenn Gewerkschaften gebildet sind, jetzt haben wir keine Gewerkschaften, sie sind schwach, dann werden diese die Arbeiter auf der Ebene einer Branche vertreten. Angelegenheiten, die aber den Arbeiter direkt in seiner Fabrik angehen, um diese Angelegenheiten wird sich das Arbeiterkomitee direkt kümmern. Arbeiterkomitees und Gewerkschaften stehen nicht in Gegensatz zueinander, sie haben unterschiedliche Aufgaben … Ein Gewerkschafter z.B. braucht später bloß die Vorsitzenden der Arbeiterkomitees seiner Branche zusammenzurufen und hat einen klaren Überblick, was auf der Ebene der Fabriken in seiner Branche passiert …"

Über Streiks und das Streikrecht äußerte sich Minister Kangai so: „Das Streikrecht ist ein unveräußerliches Recht … Wenn der Arbeiter streikt, hat er sich wirklich zu beklagen. Die Arbeiter werden ausgebeutet, und bei der in diesem Land herrschenden Ausbeutung wäre der Arbeiter berechtigt, jederzeit zu streiken. Aber was wir jetzt von den Arbeitern verlangen, hat realistisch zu sein … Wir sagen nicht, keine Streiks mehr. Wir sagen, gebt der Regierung Zeit, Euch zu helfen und mit Euch zusammenzuarbeiten und die Gesetze und Vorschriften zu ändern, die Euch die ganze Zeit unterdrückt haben."

Zum selben Punkt der Sekretär für Öffentlichkeitsarbeit: „Das Streikrecht gibt es in allen Ländern, wir brauchen es auch. Wenn Diskussionen und Verhandlungen gescheitert sind, dann Streik, aber nicht Streik einfach so."

Und über die Streikwelle während der Übergangsperiode zur Unabhängigkeit des Landes, K.M. Kangai: „Sie hat große Vorteile für die Arbeiter gebracht, zum einen, weil sie es für mich ermöglichte, ihre Arbeitsbedingungen an Ort und Stelle kennenzulernen. Ich konnte mit den Arbeitern sprechen … Und was sie jetzt verstehen ist, daß sie eine Regierung haben, die ihre eigene ist, die ihre Interessen vertritt. Sie sagen jetzt, gut, laßt uns zunächst den niedrigen Lohn akzeptieren, laßt uns unsere Wirtschaft gut organisieren und dann werden wir sehen, was passiert." Der Gewerkschaftsführer: „Wir haben alle mit den Streikenden sympathisiert. Wir wußten, daß die Regierung die Streiks nicht wünschte. Die Streiks haben positive Effekte gehabt. Früher war es nicht möglich, mit den Kapitalisten zu verhandeln. Aber jetzt hatten wir eine Regierung, die uns unterstützte, die die unsere war. Also haben wir gestreikt, um unsere Beschwerden ans Tageslicht zu bringen. Z.B. in der Textilindustrie, wo ich arbeite, wurde schon im April der Mindestlohn von 70 Rh Dollar gezahlt. In unserer Branche verdienen die meisten jetzt 77,94 Dollar im Monat, der niedrigste Lohn liegt bei 70,41 Dollar und der höchste Lohn, den Afrikaner verdienen, liegt bei 259,80 Dollar."

Welche Aufgaben werden die Gewerkschaften gegenüber den *Bauern und gegenüber den Befreiungsbewegungen in Namibia und Azania* haben? Dazu E.C. Soko: „Wir müssen zunächst unsere eigenen Gewerkschaften aufbauen, dann ist da viel zu tun, um sich mit den Bauern zu verständigen; denn Afrika hat zwei Beine, eines in den Vorstädten und eines in den Stammesgebieten. Wir alle stimmen dem zu, was der Premierminister gesagt hat: Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes der Völker von Namibia und Azania."





zufällig mit einer entscheidenden Phase in der Durchführung des „Aktionsprogramms der Bundesregierung zur Kampf für politische und gewerkschaftliche Rechte im öffentlichen Dienst organisiert werden.

Rationalisierung bei Busfahrern – Überführung des Post- und Bahnreisedienst

z.brp. Die Postreisedienste werden eingestellt, die Sachmittel an die Bahnreisedienste überführt, bei der Bundesbahn wird der neue Reisedienst in einer öffentlich-rechtlichen Organisationsform zentralisiert. Der Postverwaltungsrat stimmte bereits am 10. Juli einem entsprechenden Kabinettsbeschluß der Bundesregierung vom 25. Juni zu. Der Vorstand der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands begrüßte die jetzige Regelung, die Personalvertreter der Deutschen Postgewerkschaft stimmten im Postverwaltungsrat gegen die Auflösung, sehen aber ihre Hauptforderung durch die öffentlich-rechtliche Organisationsform erfüllt. Die Haltung der Gewerkschaften zu den über 20 Jahre alten Versuchen der Zusammenlegung von Post- und Bahnreisediensten war schwankend.

Die Bundesregierung beabsichtigte stets Einsparung von Kosten, durch Rationalisierung bei den Beschäftigten, Streckenzusammenlegungen, Senkung der Materialkosten usw. Von 1955 bis 1967 gab es Absprachen zwischen Post und Bahn über Linienerrichtungen. 1968 beauftrage die Bundesregierung Post und Bahn, alle Rationalisierungsmöglichkeiten auszuschöpfen, 1971 gründeten Bahn und Post die Omnibusgesellschaft, Betriebsgestaltung und -durchführung blieben jedoch getrennt. 1973 plante die Bundesregierung, den Postreisedienst aufzulösen. Aufgrund der heftigen Proteste der DPG und GdED mußte sie 1975 den Beschluß aufheben. Gleichzeitig wurden vier selbständige privatrechtlich organisierte Regionalgesellschaften von Bahn und Post gebildet zu „Versuchszwecken"; DPG und GdED setzten Besitzstandswahrung durch. Als 1977 die Bundesregierung beschloß, bis Ende 1978 die gesamten Post- und Bahndienste in privatrechtliche gemeinsame Regionalgesellschaften umzuwandeln, fordern die Hauptvorstände beider Gewerkschaften keine Privatisierung, sondern Zusammenlegung in einer öffentlich-rechtlichen Organisationsform. 7000 demonstrieren im März 1978; ihre Forderungen waren: keine Rationaliserung, gegen Streckenstreichungen. Die Hauptvorstände kritisierten vor allem die Privatisierung, das machte sie schwach gegenüber den weiteren Maßnahmen.

Knapp 6000 Beschäftigte bei der Post sind von der Auflösung betroffen. Sie sollen jetzt befragt werden, ob sie zur Bahn überwechseln oder innerhalb der Post versetzt werden wollen. Keinesfalls ist sicher, ob sie bei der Bahn auf Dauer als Busfahrer beschäftigt sein werden, denn die Bahn plant die Überprüfung des „Bahnmodells" auf Wirtschaftlichkeit. Bei der Post werden die meisten Lohneinbußen durch andere Tätigkeiten, Versetzungen, weiter entfernte Arbeitsstätten hinnehmen müssen. Deshalb fordern die Post-Busfahrer stärkeren Einsatz der DPG gegen die Rationalisierungen.

Wir haben jetzt eine Körperschaft gebildet und sie beauftragt, den Arbeiter an der Basis zu organisieren. Laß die Arbeiter dann ihre Repräsentanten bestimmen, und diese Repräsentanten sollen dann das führende Gremium bilden."

Wie E.C. Soko uns mitteilte, werden in den einzelnen Industriezweigen im Oktober die ersten Gewerkschaftskongresse stattfinden, um dort zunächst einheitliche Industriegewerkschaften zu gründen.

Nachdem die Regierung das Mindestlohngesetz im Parlament hat verabschieden lassen, würde sie jetzt überprüfen, ändern und bzw. außer Kraft setzen das Industrieschlichtungsgesetz und das Herr-und-Diener-Gesetz, er-

Über Streiks und das Streikrecht äußerte sich Minister Kangai so: „Das Streikrecht ist ein unveräußerliches Recht … Wenn der Arbeiter streikt, hat er sich wirklich zu beklagen. Die Arbeiter werden ausgebeutet, und bei der in diesem Land herrschenden Ausbeutung wäre der Arbeiter berechtigt, jederzeit zu streiken. Aber was wir jetzt von den Arbeitern verlangen, hat realistisch zu sein … Wir sagen nicht, keine Streiks mehr. Wir sagen, gebt der Regierung Zeit, Euch zu helfen und mit Euch zusammenzuarbeiten und die Gesetze und Vorschriften zu ändern, die Euch die ganze Zeit unterdrückt haben."

Zum selben Punkt der Sekretär für Öffentlichkeitsarbeit: „Das Streik-

lar im Monat, der niedrigste Lohn liegt bei 70,41 Dollar und der höchste Lohn, den Afrikaner verdienen, liegt bei 259,80 Dollar."

Welche Aufgaben werden die Gewerkschaften gegenüber den Bauern und gegenüber den Befreiungsbewegungen in Namibia und Azania haben? Dazu E.C. Soko: „Wir müssen zunächst unsere eigenen Gewerkschaften aufbauen, dann ist da viel zu tun, um sich mit den Bauern zu verständigen; denn Afrika hat zwei Beine, eines in den Vorstädten und eines in den Stammesgebieten. Wir alle stimmen dem zu, was der Premierminister gesagt hat: Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes der Völker von Namibia und Azania."



Links: Arbeiter in einer Elektronikfabrik in Salisbury. Niedrige Löhne erlauben den Kapitalisten, die Arbeit bei geringer Produktivkraft auszubeuten. *Rechts:* Minister für Arbeit, Kumbirai Manyika Kangai

---

rung nach gewerkschaftlichen Freiheiten für die Arbeiter und Angestellten im Bankbereich und hat im Kongreß eine entsprechende Gesetzesvorlage eingebracht. – Die Delegierten der Bankbeschäftigten beschlossen außerdem eine Lohnforderung von 30%. Die Inflationsrate in Mexiko beträgt nach Regierungsangaben zur Zeit 15,5% und wird im Laufe des Jahres auf mindestens 30% steigen.

z.hef.London. **350 Angestellte der irischen Niederlassungen der englischen Norwich-Versicherung streiken seit dem 15. August.** Die Firma hatte sich geweigert, über den am 1. Juli ausgelaufenen Haustarif auf Grundlage eines Vergleichs mit den Löhnen bei anderen irischen Versicherungen zu verhandeln. Norwich zahlt deutlich niedrigere Löhne. Als Protestaktion gegen die Ablehnung von Verhandlungen verweigerten die Mitglieder der Gewerkschaft ASTMS die Arbeit auf Grundlage handgeschriebener Anweisungen und akzeptierten nur noch maschinegeschriebene Anweisungen. Die Kapitalisten suspendierten deshalb 25 Angestellte in Dublin und 5 in Cork, d.h. sie wurden nicht entlassen, erhielten aber keinen Lohn mehr. Alle 350 ASTMS-Mitglieder traten als Antwort in den Streik. Die Gewerkschaftsmitglieder in der Konzernzentrale in England beschlossen, keinerlei Streikbrucharbeiten zuzulassen.

z.hku. **Erst bei einer offensichtlichen Straftat endet die Gehorsamspflicht für die Arbeiter der DDR.** Die FDGB-Zeitung „Tribüne" berichtet über folgendes Gerichtsverfahren: Ein Busfahrer im städtischen Nahverkehr hatte sich geweigert, im Einmannbetrieb neben dem Fahren auch noch zu kassieren, da dafür in dem Fahrzeug die technischen Voraussetzungen nicht gegeben waren. Er fuhr zwar seine Tour, kassierte aber nicht. Gegen den Verweis der Betriebsleitung, der darauf folgte, rief der Busfahrer die Konfliktkommission an und bekam Recht, da der Betrieb die technischen Vorschriften nicht erfüllt habe. Das Bezirksgericht hob das auf: der Fahrer hätte sich nur dann weigern dürfen, wenn die Durchführung der Weisung eine *Straftat* bedeutet hätte. Eine Geldstrafe wegen „materieller Verantwortlichkeit" sei zu prüfen.

z.pel.Paris. **Der Solidaritätsstreik, den die 12000 Schienenleger der ganzen Branche am 21.8. durchführten, hat die Arbeiter der Firma Desquenne & Giral ermutigt, den Kampf fortzusetzen.** Seit 2.6. verweigern 400 der 600 Lohnabhängigen die Arbeit und fordern Lohnerhöhungen sowie Verbesserung der Arbeitsbedingungen (s. KVZ 34, S. 10). Gegenwärtig sind etwa ¾ der Baustellen geschlossen. Der Kapitalist kommt in ernsthafte Schwierigkeiten, da die staatliche Eisenbahngesellschaft SNCF beginnt, bereits vergebene Aufträge wegen der eingetretenen Verzögerungen an die Konkurrenz zu verteilen. Vier Firmen beherrschen weitgehend den Markt für Gleisbau und Reparatur, die Konkurrenz ist groß. Entsprechend sind Lohn und Arbeitsbedingungen, die die Kapitalisten aufzuzwingen suchen. Bei Ausbesserungsarbeiten wird fast nur nachts gearbeitet, die Sicherheitsvorkehrungen sind minimal, vier Arbeiter wurden 1979 von Zügen erfaßt. Gegessen wird auf den Schienen, gewohnt in Blechhütten. Sanitäre Anlagen fehlen oft vollständig. Gründe genug für Streik.

z.ref. **Das norwegische Krankenpflegepersonal ist im Tarifkampf auf Streik eingestellt.** Gefordert wird eine kräftige Anhebung des Grundlohns von Stufe 9 auf Stufe 13, d.h. des Bruttojahreslohnes von ca. 61 000 auf 73 000 NKr. Dadurch werden vor allem die unteren Lohngruppen gestützt. Bereits im Sommer hatten Krankenschwestern in Oslo sich mit Warnstreiks und Straßenagitation für diese Forderungen eingesetzt. – Der Streik soll schwerpunktmäßig an den fünf größten Krankenhäusern Norwegens, in Oslo, Bergen, Stavanger, Trondheim und Tromsö durchgeführt werden. Beginnen sollte der Streik bereits am 20. August, aber inzwischen haben die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsspitze die Verhandlungen in die Länge gezogen. Eine Versammlung der Gewerkschaftsmitglieder am Aker-Krankenhaus in Oslo hat sich scharf gegen eine Zwangsschlichtung ausgesprochen und für einen solchen Fall zu einer zentralen Demonstration aufgerufen.

z.wos. **Auf den in der vergangenen Woche begonnenen diesjährigen Gewerkschaftstagen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Japan ist eine heftige Debatte über die „Einheit der Arbeiterfront" im Gange.** Anlaß hierfür ist die Politik der KPJ, in den Gewerkschaften eine Mehrheit für die Mitgliedschaft in der von ihr initiierten „Gewerkschaftskonferenz für die vereinte (Arbeiter-)Front" zustandezubringen. Die KPJ wirft dem Dachverband SOHYO, der sich wesentlich auf die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst stützt, vor, unter dem Einfluß der Sozialistischen Partei eine „Rechtswendung" zu vollziehen. Da die SPJ vor und nach den letzten Wahlen das Konzept einer Koalitionsregierung aus ihr, der neubuddhistischen Komei-Partei und vielleicht anderen Parteien vertritt, die KPJ daraus aber ausschließt, geht diese *in* den Gewerkschaften zum Gegenangriff über. Der stark ausgeprägte Charakter als Richtungsgewerkschaft macht sich jetzt, wo SPJ und KPJ jeweils die Gewerkschaften auf ihren Kurs verpflichten wollen, voll bemerkbar – zu Lasten der Kampfziele der Gewerkschaftsbewegung. Die bürgerliche Presse schlachtet diese Gegensätze natürlich weidlich aus. – Immerhin hat der Vorsitzende der Lehrergewerkschaft erklärt: „Die Liberaldemokratische Partei will mit der in den letzten Wahlen erlangten stabilen Mehrheit im Rücken den Weg der Reaktion und des Militärstaates beschreiten", wie sich u.a. in der Aufwertung eines Schreines für Kriegshelden durch Ministerbesucher, Kritik an Lehrbüchern und Erhöhung der Militärausgaben ausdrücke. Dagegen will die Lehrergewerkschaft kämpfen.

Schulpflicht für ausländische Jugendliche nach „MBSE"-Kursen gestrichen

z.scm. Mit zwei Erlassen, die am 1.8. in Kraft traten, hat der niedersächsische Kultusminister Remmers die Beendigung der Schulpflicht angeordnet für jugendliche Ausländer, die an einer „Maßnahme zur beruflichen und sozialen Eingliederung" (MBSE) teilgenommen haben. Der Westberliner Senat hat in seiner Änderungsvorlage zum Schulgesetz ebenfalls für solche Jugendliche die Pflicht zur Teilnahme an den bisher vorgeschriebenen zweijährigen Eingliederungslehrgängen *im Rahmen* der Sekundarstufe fallengelassen.

Die MSBE sind *außerschulische* Lehrgänge, die von nichtstaatlichen Bildungseinrichtungen wie Volkshochschulen, dem Sprachverband „Deutsch für ausländische Arbeitnehmer e.V.", „Arbeit und Leben" und der Caritas durchgeführt werden und dafür von den Arbeitsämtern ca. 9000 DM je Teilnehmer erhalten (25% bringen Bundes- und Landesregierungen auf). Sie sind für ausländische Jugendliche im Alter zwischen 15 und 20 Jahren gedacht, die sich erst kurz in der BRD bzw. Westberlin aufhalten, also etwa von ihren hier arbeitenden Eltern nachgeholt worden sind. Nach den bisherigen Bestimmungen erhalten solche Jugendliche erst zwei Jahre nach der Einreise eine Arbeitserlaubnis, diese Sperre entfällt nunmehr nach Absolvierung des MBSE-Lehrgangs. Asylsuchende Jugendliche sind zur Teilnahme erst berechtigt, wenn der Asylantrag positiv beschieden ist.

Das Landesarbeitsamt Niedersachsen-Bremen erwartet für die am 1.9. beginnenden Kurse in seinem Bereich 900–1000 Teilnehmer. Sie sollen ein Jahr dauern mit theoretischem und werkpraktischem Teil. Die Jugendlichen erhalten zum Lebensunterhalt auf besonderen Antrag hin maximal 375 DM Berufsausbildungsbeihilfe sowie Fahrkostenerstattung u.ä., wobei dies vom Einkommen der Eltern abhängig gemacht wird.

Vorläufer des MBSE-Programms sind die „Maßnahmen zur sozialen Eingliederung", die kürzer waren und nur einen theoretischen Unterricht umfaßten, der im wesentlichen in einem Sprachkurs bestand.

Mit den MBSE sucht die Bourgeoisie offenbar einen Weg, die ausländischen Jugendlichen rasch dem Arbeitsmarkt zuzuführen, ohne der mit dem Anwerbestopp verfolgten Absicht – der Beschränkung des Ausländeranteils an der Bevölkerung – entgegenzuwirken, wie es bei der sofortigen Arbeitserlaubnis der Fall wäre. Zudem bietet sich für sie der Vorteil, die Arbeitslosenkassen für die Finanzierung heranzuziehen.

1 Mio. ausländische Kinder und Jugendliche leben hier, noch einmal 700000 Kinder von hier lebenden ausländischen Eltern leben in ihren Heimatländern, von denen jährlich 100000 nachgeholt werden. Dem Abbau der Schulpflicht und damit auch der Spaltung der Jugend in Ausländer und Deutsche muß man entgegentreten.

Tarifvertrag für studentische Beschäftigte!

r.mir. Seit gut drei Jahren befinden sich die 3000 studentischen Beschäftigten an den Westberliner Hochschulen und die ÖTV mit dem Westberliner Senat in Auseinandersetzung um den Abschluß eines Tarifvertrages. Seit zwei Jahren wird verhandelt. Der Senat konnte durch die Kämpfe der studentisch Beschäftigten an den Verhandlungstisch gezwungen werden. Aber dem Senat ist es auch gelungen, die Verhandlungen dauernd zu verschleppen. Einerseits wird versucht eine Situation zu schaffen, um vor einem Tarifvertrag davonzukommen und so die Beschäftigungsbedingungen weiterhin einseitig regeln zu können, auf der anderen Seite sollen auf alle Fälle durch Verschlechterung der Beschäftigungsbedingungen vollendete Tatsachen geschaffen werden.

Das Beschäftigungsverhältnis der studentischen Mitarbeiter, Hilfskräfte und Tutoren ist auf zwei Jahre in der Regel befristet. Die Regelverträge belaufen sich auf 80Std./Monat, sind aber ca. zur Hälfte auf 40Std./Monatsverträge gesplittet. Der Kanzler der Freien Universität Berlin versuchte in letzter Zeit, die Vertragsdauer bis auf halbjährliche Verträge zu kürzen und

dentische Hilfskraft selbst Rechnung zu tragen und möglichst viele Studenten ... in den Genuß der entsprechenden Möglichkeiten kommen zu lassen." Womit einiges getan ist, ein Beschäftigungsverhältnis in ein Ausbildungsverhältnis zu verwandeln. Der Zweck der Maßnahmen ist es, eine schnellere Umwälzung der Belegschaft im Bereich studentische Beschäftigte zu erreichen, sowie deren Arbeitskraft intensiver auszunutzen. So geht der Versuch der Einführung von z.B. 20 und 30Std.-Verträgen einher mit Versuchen, denen in der Lehre tätigen Tutoren die Präsenzzeit durch Verkürzung der anrechenbaren Vorbereitungszeit zu verlängern. Um diese Maßnahmen mit Erfolg durchsetzen zu können, hofft der Dienstherr auf die Wirkung der Konkurrenz unter den Beschäftigten. Die Beschäftigung als Student an der Hochschule ist geregelt, derzeit mit 11,24DM bis 15,20 DM/Std. relativ gut bezahlt und findet zumeist in gewissem Zusammenhang mit dem Studium statt, was Wunder, daß bei sinkenden Förderquoten nach BAföG zum Teil auf eine Stelle 30 Bewerber kommen. Mit einem entsprechenden Tarifvertrag kann den Ab-

vierung des MBSE-Lehrgangs. Asylsuchende Jugendliche sind zur Teilnahme erst berechtigt, wenn der Asylantrag positiv beschieden ist.

bau der Schulpflicht und damit auch der Spaltung der Jugend in Ausländer und Deutsche muß man entgegentreten.

Tarifvertrag für studentische Beschäftigte!

r.mir. Seit gut drei Jahren befinden sich die 3000 studentischen Beschäftigten an den Westberliner Hochschulen und die ÖTV mit dem Westberliner Senat in Auseinandersetzung um den Abschluß eines Tarifvertrages. Seit zwei Jahren wird verhandelt. Der Senat konnte durch die Kämpfe der studentisch Beschäftigten an den Verhandlungstisch gezwungen werden. Aber dem Senat ist es auch gelungen, die Verhandlungen dauernd zu verschleppen. Einerseits wird versucht eine Situation zu schaffen, um vor einem Tarifvertrag davonzukommen und so die Beschäftigungsbedingungen weiterhin einseitig regeln zu können, auf der anderen Seite sollen auf alle Fälle durch Verschlechterung der Beschäftigungsbedingungen vollendete Tatsachen geschaffen werden.

Das Beschäftigungsverhältnis der studentischen Mitarbeiter, Hilfskräfte und Tutoren ist auf zwei Jahre in der Regel befristet. Die Regelverträge belaufen sich auf 80Std./Monat, sind aber ca. zur Hälfte auf 40Std./Monatsverträge gesplittet. Der Kanzler der Freien Universität Berlin versuchte in letzter Zeit, die Vertragsdauer bis auf halbjährliche Verträge zu kürzen und
die 80Std.-Stellen bis auf 20 Std./Monat hin zu splitten. Die Begründung liest sich so: „Damit ist es im übrigen möglich, auch dem Ausbildungswert von Tutorien für die stu-

dentische Hilfskraft selbst Rechnung zu tragen und möglichst viele Studenten ... in den Genuß der entsprechenden Möglichkeiten kommen zu lassen." Womit einiges getan ist, ein Beschäftigungsverhältnis in ein Ausbildungsverhältnis zu verwandeln. Der Zweck der Maßnahmen ist es, eine schnellere Umwälzung der Belegschaft im Bereich studentische Beschäftigte zu erreichen, sowie deren Arbeitskraft intensiver auszunutzen. So geht der Versuch der Einführung von z.B. 20 und 30Std.-Verträgen einher mit Versuchen, denen in der Lehre tätigen Tutoren die Präsenzzeit durch Verkürzung der anrechenbaren Vorbereitungszeit zu verlängern. Um diese Maßnahmen mit Erfolg durchsetzen zu können, hofft der Dienstherr auf die Wirkung der Konkurrenz unter den Beschäftigten. Die Beschäftigung als Student an der Hochschule ist geregelt, derzeit mit 11,24DM bis 15,20 DM/Std. relativ gut bezahlt und findet zumeist in gewissem Zusammenhang mit dem Studium statt, was Wunder, daß bei sinkenden Förderquoten nach BAföG zum Teil auf eine Stelle 30 Bewerber kommen. Mit einem entsprechenden Tarifvertrag kann den Ab-
sichten des Dienstherren ein Riegel vorgeschoben werden. Daß die studentisch Beschäftigten bereit sind dafür zu kämpfen, haben sie mehrfach bewiesen.

Landkreis Stade kürzt Ausgaben für Lehr- und Lernmittel

r.hem. In den beiden Buxtehuder Schulzentren sowie an dem Halepaghengymnasium muß demnächst drastisch an Lehr- und Lernmitteln gespart werden. Der Landkreis will aus „Kostendämpfungsgründen" ab sofort nur noch bis zur Höhe von 79,71 DM pro Jahr und Schüler für die entstandenen Schulkosten zahlen – statt wie bisher 70% der tatsächlichen Ausgaben zu ersetzen. Von dieser Regelung ist die Sekundarstufe 1, d.h. Orientierungsstufen, Hauptschule, Realschule sowie Gymnasium bis zur 10. Klasse, betroffen.

Die Sparmaßnahmen gelten für folgenden Bereich:

– Ausstattung der Schulen mit Lehr- und Lernmitteln, Bäckereien, Mediotheken, Sprachlabors, Sportgeräten und anderen Hilfsmitteln für den Unterricht sowie der Unterhalt dieser Einrichtungen.

– Förderung der Teilnahme von Schülern an Klassenwanderungen, Studienfahrten, Schullandheimaufenthalten, Schulsportveranstaltungen, Betriebsbesichtigungen und Lehrausflügen.

– Geschäftsbedarf der Schulen (z.B. Sekretariat), der Eltern- und Schülervertreter.

– Fahrten der Eltern- und Schülervertreter zu Konferenzen.

Schon zur Zeit werden über sogenannte „Schulvereine" ein Teil der Kosten von einigen Eltern übernommen. In der Elternschaft gibt es schon länger die Debatte, statt zur Selbsthilfe zu greifen und wichtige Lernmittel zu finanzieren, die Lehr- und Lernmittelfreiheit zu fordern. Gerade jetzt zu Schuljahrbeginn wird der Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Besuch des Kindes einer höheren Schule wieder besonders deutlich. So kosten die Schulbücher für die 8. Klasse Gymnasium rund 250 DM und da ist noch kein Heft und kein Bleistift berücksichtigt. Dazu kommen gerade am Anfang des Schuljahres die Klassenfahrten, noch mal rund 150 DM. Immer mehr Eltern sind auf die geringen Zuschüsse zu Schulbüchern und Fahrten aus „Bedürftigkeit" angewiesen. Das bedeutet jedoch, der Schule genaueste Auskunft über die Finanzlage der Familie zu geben und wer will das schon. Nach diesem Entschluß des Landkreises, die ohnehin schon geringen Mittel, die überhaupt gestellt werden, noch weiter einzuschränken, werden die Elternvertreter erneut über die Lehr- und Lernmittelfreiheit beraten und ihre Durchsetzung gemeinsam mit den Lehrern fordern müssen.

„Materialien – nicht nur zum Antikriegstag"

Buch des DGB-Vorstand, Abteilung Jugend / reformistische Friedenspolitik

z.hew. Unter dem Titel „Materialien – nicht nur zum Antikriegstag" hat der DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend, ein Buch herausgebracht. Im Vorwort von Karl Schwab heißt es: „Die alte Forderung der Gewerkschaften nach Ächtung des Krieges und allgemeiner, kontrollierter Abrüstung in Ost und West hat nicht nur nach wie vor ihre Bedeutung – sondern gerade heute Aktualität ... Die hier vorgelegten Arbeitsmaterialien sollen eine erste Hilfestellung sein, um sich mit der vielschichtigen Problematik von Krieg, Abrüstung, Faschismus und alltäglicher Gewalt auseinanderzusetzen."

Das Buch ist eine Sammlung von Quellen und Kommentaren zu beiden Weltkriegen und zu verschiedenen Bewegungen der Völker gegen Imperialismus und Reaktion. Die Verbrechen der Faschisten und die Unterdrückung der Massen im Faschismus werden mit Quellen belegt. Dabei wird besonderes Gewicht auf die Geschichte der Gewerkschaften und ihre Stellung zu Faschismus und Krieg gelegt.

In zwei Kapiteln setzt sich das Buch anhand von Zeitungsberichten, historischen Quellen und Berichten mit den Auswirkungen von Atom- und Neutronenbomben sowie mit den ideologischen Kriegsvorbereitungen vor dem zweiten Weltkrieg und durch Bundeswehr-Fan-Clubs und „Sozialistische Wehrerziehung" in der DDR auseinander. Im Kapitel „Die alltägliche Gewalt" wird dann auch die „menschliche Eigenschaft" gewürdigt: Brutalität in Schule, Filmen, durch Kriegsspielzeug und anderes mehr werden dokumentiert.

Eingeleitet wird das Buch mit Problemen, denen viele Jugendliche gegenüberstehen: Der Lehrling Rolf bekommt seinen Musterungsbescheid und denkt über Bundeswehr und Verweigerung nach. Darüber gerät er in ein Gespräch mit seinem Großvater, den er nach den Ursachen von Faschismus und Krieg fragt. Darauf die Erklärung: „... schwerwiegende Interessengegensätze kann es nicht nur innerhalb der Gesellschaft geben, sondern auch zwischen Nationen. Konflikte werden dann kriegerisch gelöst." Und auf die Frage, weshalb die Arbeiterbewegung den Krieg nicht verhindern konnte: „Während die Rechten marschierten, waren Arbeiterklasse und Gewerkschaft von der Krise gelähmt." und „Die Gewerkschaftsführung unterschätzte lange Zeit den wahren Charakter des Nazismus." Hat der Bundesvorstand den Großvater zu Anfang noch feststellen lassen, „daß die Geschichte ... nicht nur eine Geschichte von Kriegen ist, sondern auch (!) eine Geschichte von Klassenauseinandersetzungen", so schlagen sich diese „Auch-Klassenauseinandersetzungen" in den Ursachen des Krieges nicht nieder. Hier gibt es nur noch Nationen, die sich auseinandersetzen.

Entsprechend wird auch der Krieg in dem zweiten Kapitel „Was ist Krieg?" behandelt. Eingangs wird nochmals seine Scheußlichkeit mit einem Auszug aus E. M. Remarque „Im Westen nichts Neues" dokumentiert. Sodann wird von den Ursachen für Kriege ganz abgesehen und gleich die Verhinderung von Kriegen behandelt. Es wird die Frage erörtert, ob der SPD zu recht Verrat an der Arbeiterbewegung durch ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 vorgeworfen wird. Zur Rechtfertigung dieser Politik muß dem Verfasser erst einmal die II. Internationale herhalten: Er stellt fest, daß „keinerlei konkrete Aktionen gegen einen drohenden imperialistischen Krieg festgelegt wurden." Der – von der Internationale angenommene – Vorschlag Lenins, Martows und Rosa Luxemburgs auf der Konferenz von Suttgart 1907 sei zwar inhaltlich radikal, jedoch unverbindlich gewesen: „jede Richtung konnte die Beschlüsse ... als ihren Sieg betrachten." Diese „keinerlei Aktionen", die der Verfasser unterschlägt, lauten in der Resolution: „Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."

Ist die Revolution schon „keinerlei Aktion", so finden sich weitere Entschuldigungen für den Farbwechsel der SPD: Man habe sich schließlich gegen den Vorwurf „vaterlandslose Gesellen" wehren müssen. Im übrigen sei die SPD bis kurz vor Kriegsausbruch noch von der Friedfertigkeit des deutschen Imperialismus ausgegangen. Die von der SPD noch bis kurz vor Ausbruch des Krieges organisierten Massendemonstrationen gegen die Kriegsvorbereitungen sprechen da eine andere Sprache.

So kommt schließlich auch nichts anderes zur Widerlegung der Tatsachen heraus, als daß die Massen ohnehin chauvinistisch gewesen seien: „Eine Kritik an der sozialdemokratischen Führung hat demnach davon auszugehen, daß diese im August 1914 nicht mehr in der Lage war, gegen den Strom der Massen zu schwimmen." Die „chauvinistischen" Massen hatten dann nichts besseres zu tun, als ausgerechnet unter der Führung desjenigen, der gegen ihren Strom schwamm und gegen die Kriegskredite stimmte, den Kampf gegen den Krieg aufzunehmen; welch Frevel an der SPD!

Sagt noch am Anfang des Buches der Großvater: „Aber, Gewalt und Krieg abzuschaffen, wird nicht nur durch Gebete und Träume ereicht, sondern die Ursachen müssen beseitigt werden", so bemüht sich die Geschichtsschreibung des Buches gerade nicht um die Aufklärung dieser Ursachen. Am Ende wird dann die Wirkung der Kriegsvorbereitungen, die Rüstung, zu ihrer Ursache erklärt. In Reden und Dokumenten am Schluß des Buches propagiert der DGB-Bundesvorstand den Kampf für Abrüstung als Mittel gegen die Kriegsvorbereitungen.



November-Revolution 1918: Die Arbeiterklasse nutzt die Niederlage der Deutschen Bourgeoisie zum bewaffneten Aufstand

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung

teilung von den dort Aktiven selbst sorgfältig abgewogen werden, ob unter diesen Bedingungen an den Wahlen

schen Kriegsvorbereitungen vor dem zweiten Weltkrieg und durch Bundeswehr-Fan-Clubs und „Sozialistische Wehrerziehung" in der DDR auseinander. Im Kapitel „Die alltägliche Gewalt" wird dann auch die „menschliche Eigenschaft" gewürdigt: Brutalität in Schule, Filmen, durch Kriegsspielzeug und anderes mehr werden dokumentiert.

Eingeleitet wird das Buch mit Problemen, denen viele Jugendliche gegenüberstehen: Der Lehrling Rolf bekommt seinen Musterungsbescheid und denkt über Bundeswehr und Verweigerung nach. Darüber gerät er in ein Gespräch mit seinem Großvater, den er nach den Ursachen von Faschismus und Krieg fragt. Darauf die Erklärung: „... schwerwiegende Interessengegensätze kann es nicht nur innerhalb der Gesellschaft geben, sondern auch zwischen Nationen. Konflikte werden dann kriegerisch gelöst." Und auf die Frage, weshalb die Arbeiterbewegung den Krieg nicht verhindern konnte: „Während die Rechten marschierten, waren Arbeiterklasse und Gewerkschaft von der Krise gelähmt." und „Die Gewerkschaftsführung unterschätzte lange Zeit den wahren Charakter des Nazismus." Hat der Bundesvorstand den Großvater zu Anfang

unverbindlich gewesen: „jede Richtung konnte die Beschlüsse ... als ihren Sieg betrachten." Diese „keinerlei Aktionen", die der Verfasser unterschlägt, lauten in der Resolution: „Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."

der Großvater: „Aber, Gewalt und Krieg abzuschaffen, wird nicht nur durch Gebete und Träume ereicht, sondern die Ursachen müssen beseitigt werden", so bemüht sich die Geschichtsschreibung des Buches gerade nicht um die Aufklärung dieser Ursachen. Am Ende wird dann die Wirkung der Kriegsvorbereitungen, die Rüstung, zu ihrer Ursache erklärt. In Reden und Dokumenten am Schluß des Buches propagiert der DGB-Bundesvorstand den Kampf für Abrüstung als Mittel gegen die Kriegsvorbereitungen.



November-Revolution 1918: Die Arbeiterklasse nutzt die Niederlage der Deutschen Bourgeoisie zum bewaffneten Aufstand

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Essen, Sibyllastraße 15, Tel. 25 23 53
Zelle Universität
Dortmund
18. August 1980
34e1f0300p

Weiteres Abwarten bei den WissHG-Wahlen wird die Arbeit der Fachschaftsräte zunehmend lähmen

Die Lage der Fachschaftsräte an der Ruhr-Universität Bochum sieht z.Z. folgendermaßen aus: nach Ablauf des Ultimatums des Rektors an die Fachschaftsräte, bis zum 4.7.1980 Fachschaftsräte entsprechend dem Wissenschaftlichen Hochschulgesetz (Wiss HG) und der Teilsatzung/Wahlordnung des Rektors zu wählen, hat das Rektorat allen auf Vollversammlungen im SS gewählten Fachschaftsräten die Legitimation abgesprochen, als Vertretungsorgane der Studenten der einzelnen Fachschaften zu handeln. Das Rektorat beauftragte nur die Fachschaftsräte Kath. Theologie, Maschinenbau, Bauingenieure und Archäologie als Vertretungsorgane bis zu Neuwahlen im WS, weil diese zusätzlich zu Vollversammlungen Urnen für die Wahl der Fachschaftsräte aufgestellt hatten. Damit sind nur 4 von 35 gewählten Fachschaftsräten (FR) an der Ruhruniversität Bochum vom Rektorat anerkannt.

An einigen Abteilungen hat das Konsequenzen für die FR gezeitigt: Geographie und Psychologie wurde des Telefon gesperrt; bei Physik hat der Dekan Kamke es erst mit Amoklauf versucht und dann das Schloß des FR-Büros auswechseln lassen: Schlüssel für den Raum des FR haben nur die Fakultätsvertreter erhalten; der Dekan Geowissenschaften hat die Schlüssel des FR-Raum Geographie eingezogen und sie an die Fakultätsvertreter ausgegeben, der Dekan Biologie, Esser, hat das FR-Büro ganz geschlossen. Für andere FR hat sich bisher nichts geändert, doch das kann nach den Ferien und bei entsprechenden Dienstanweisungen des Rektors an die Dekane schon anders aussehen.

In den FR und in der Fachschaftsvertreterkonferenz (FSVK) wird diskutiert, ob in den einzelnen Fachschaften abgewartet werden soll, bis die Reaktionäre von SLH und RCDS wie an der Abteilung Jura einen Wahlausschuß bilden und ob man sich dann zur Wahl stellen oder die WissHG-Wahlen boykottieren soll. Auf der FSVK am 4.8. haben Mitglieder des FR Geschichte einen offenen Brief an den AStA vorgelegt mit den Forderungen:
1. Stellungnahme des AStA zu Wiss HG-Wahlen, 2. Aufruf des ASTA zum Boykott von WissHG-Wahlen und 3. Organisierung des Boykotts.

Mit der Einladung zur FSVK am 18.8. um 18 Uhr GB 4/31 wurde dem FR eine (persönliche) Stellungnahme des AStA-Vorsitzenden Münstermann auf den offenen Brief zugestellt. Der AStA-Vorsitzende sieht im Augenblick keine Möglichkeit eines AStA-Beschlusses zu den WissHG-Wahlen, weil unter den FR und im AStA keine Einheit über das Vorgehen besteht; vielmehr müßte „an jeder betroffenen Abteilung von den dort Aktiven selbst sorgfältig abgewogen werden, ob unter diesen Bedingungen an den Wahlen teilgenommen werden soll, oder ob ein Boykott möglich erscheint." Weiterhin weist er auf die Notwendigkeit hin, „die inhaltliche Seite von Fachschaftsarbeit wieder stärker zu betonen" und schlägt ein „Wochenendseminar der Fachschaftsräte" zum Beginn des WS vor.

Man muß die Betonung der inhaltlichen Seite der Fachschaftsarbeit" durch den AStA-Vorsitzenden Münstermann unbedingt unterstützen: es geht im WissHG nicht in erster Linie um das Wahlverfahren zu den Fachschaftsräten, sondern um die Einschnürung und Entrechtung der Fachschaftsräte, weil diese, wie auch die ASten, in den vergangenen Jahren eine entscheidende Rolle gespielt haben für die Organisierung der Kämpfe der Studentenbewegung. Nach wie vor sind die Vertretungsorgane der Studenten weitgehend rechtlos wie z.B. in den Fragen der Studien- und Prüfungsbedingungen an den einzelnen Abteilungen. Gerade die Fachschaftsräte beginnen sich über die Fachtagungen der vds bundesweit zusammenzuschließen; allein im SS 1980 haben Fachtagungen von 21 Bereichen stattgefunden.

Die Fachschaftsräte haben in erster Linie die Aufgabe, die Vertretung der Interessen der Studenten wahrzunehmen und Kämpfe für die Durchsetzung dieser Forderungen zu organisieren. Das Wahlverfahren für die Fachschaftsräte ist dem untergeordnet. Alle sind sich einig, daß langfristig die Front der FR-Wahlen nicht zu ist. Weiteres Abwarten wird zunehmend die Arbeit der Fachschaftsräte lähmen und weitere Schikanen des Rektors erleichtern.

Neue Nuklearstrategie der USA auf Grundlage technologischen Vorsprungs gegenüber der SU

z.hev. Am 25. Juli unterzeichnete US-Präsident Carter die „Direktive 59", deren Inhalt der höchsten Geheimhaltungsstufe unterliegt. Daß nun trotzdem in aller Öffentlichkeit über ihren wesentlichen Kern – die Änderung der Nuklearstrategie der US-Supermacht – verhandelt wird, mag wahltaktische Gründe haben. Der Präsidentschaftskandidat der Republikaner Reagan hatte sich in letzter Zeit besonders in der Kritik der Militärpolitik der Carter-Regierung geübt und war als Einpeitscher für Amerikas Größe aufgetreten. Carter sieht sich deshalb gezwungen, sich als der eigentliche Sachwalter der imperialistischen Interessen zu profilieren.

Bisher galt die Doktrin, daß das Arsenal an Atomwaffen der USA so groß und der Sowjetunion überlegen sein müsse, daß diese aus Furcht vor weitgehender Zerstörung ihrer industriellen Zentren es nicht wagen würde, die USA anzugreifen. Aber die Sowjetunion hat inzwischen fast gleichgezogen und bedroht nun ihrerseits die Nervenzentren der gegnerischen Supermacht. Während die beiden Supermächte in den letzten Jahren auf annähernd gleichem technologischen Standard sich quantitativ zu überbieten suchten, scheint jetzt den USA auf mehreren Feldern ein technologischer Vorsprung gelungen zu sein, der die Grundlage für die Direktive 59 abgibt: 1. eine sehr große Zielgenauigkeit der verschiedenen Trägerraketen für atomare Sprengköpfe und 2. die Möglichkeit, die gegnerischen Radareinrichtungen praktisch unwirksam zu machen.

Den USA ist es jetzt möglich, atomare Sprengsätze ganz gezielt auf die Abschußrampen sowjetischer Atomraketen und andere militärische Einrichtungen sowie militärische und politische Kommandozentralen abzufeuern, und das sind die Ziele, die die Direktive 59 nennt. Als Trägerraketen ist die Interkontinentalrakete Minuteman wegen nicht ausreichender Zielgenaugikeit nur bedingt einsetzbar, während die von B52-Bombern oder Bodenrampen abgefeuerten Cruise Missiles und die noch in Entwicklung befindlichen Mobile Missiles MX (von ständig in Bewegung befindlichen Bodenabschußrampen aus) die erforderlichen Kriterien der Zielgenauigkeit erfüllen. Spezielle elektronische Einrichtungen in den Trägerraketen und eine neue Haut machen Raketen und Bomber zu für Radar unsichtbaren Flugkörpern. Abwehrraketen können so ihre Ziele nicht mehr treffen. Aus diesem Grund hielt es Carter nicht mehr für dringend erforderlich, das Programm für den neuen B1-Bomber vorrangig weiterzutreiben und ließ es vorerst einstellen. „Unsichtbar" sind auch die 30 Jahre alten B52-Bomber, von denen jeder 20 Cruise Missiles transportieren kann, noch einsetzbar. Kongreß und Ronald Reagan hielten zumindestens bis zum Bekanntwerden der Direktive 59 am B1-Programm fest, das sie für die konventionelle Kriegführung für erforderlich hielten.

US-Verteidigungsminister Brown erklärte zur neuen Strategie, daß die Vereinigten Staaten über Streitkräfte verfügen müßten, welche die Sowjetführung überzeugten, daß kein von ihr ausgelöster Krieg mit Nuklearwaffen zu einem Sieg führen könnte, „wie immer sie auch den Sieg definieren mögen." Die NATO-Verbündeten könnten mit der neuen Strategie vermehrten Schutz erwarten, weil im Falle eines sowjetischen Angriffs durch selektive Nuklearschläge für die Sowjetführung ein unannehmbar hoher Preis zu zahlen wäre. Die Verbündeten waren im Juni auf der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO in Norwegen unterrichtet worden und hatten zugestimmt. Die Reaktion der Sowjetunion, die sich, was Nuklearwaffen angeht, jetzt wieder etwas zurückgeworfen sieht, ist typisch für die Konkurrenz der beiden Supermächte um die Weltherrschaft. Breschnew schrieb mit Datum vom 21. August einen Brief an Bundeskanzler Schmidt, in dem er erneut die Wiederaufnahme der SALT II-Verhandlungen ohne die Vorbedingung der Rücknahme des Beschlusses der NATO über die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Europa vorschlägt. Breschnew hofft, die europäischen Verbündeten der USA herauszubrechen und mit weiteren SALT-Gesprächen Zeit zu gewinnen, um mit den USA wieder gleichziehen zu können. Deren Außenminister Muskie konferierte wenig später mit Außenminister Genscher über die Vorschläge Breschnews, die Lage in Polen und die Auswirkungen der sowjetischen Afghanistanbesetzung auf die Lage im Nahen Osten.

Dort gilt nach wie vor die „Carter-Doktrin", nach der jedes weitere Vordringen der Sowjetunion am Golf mit dem direkten militärischen Eingreifen der USA beantwortet wird. In jüngster Zeit haben die USA Benutzungs-, nicht Stützpunktrechte in Ägypten (Ras Banas), Oman (Masirah), Kenia (Mombasa) und zuletzt in Somalia (Berbera) erhalten, allesamt unter Ausnutzung der Bedrohung durch die sozialimperialistische Supermacht, die ihrerseits Stützpunkte in Südjemen (Aden) und Äthiopien (Massawa) unterhält.

Demonstration gegen die Herbstmanöver am 20.9. in Hildesheim

r.mid. Am nächsten Montag eröffnet der Oberbefehlshaber der NATO Europa, der amerikanische General Rogers, eine der größten Manöverserien der NATO auf dem Militärflughafen Gütersloh. Schon seit Wochen werden die Manöver in den Landkreisen durch Truppenbewegungen vorbereitet. Die „Hannoversche Allgemeine" schrieb am 29. August: „In wenigen Tagen werden wieder Panzer durch die Dörfer rasseln, Jagdbomber über die Köpfe der Bauern dröhnen, und hinter Scheunen werden Männer in Uniform in Stellung gehen. Es ist Manöverzeit. Soweit wie gehabt. Wie gehabt? Die diesjährigen Herbstdemonstrationen des Militärs wird wohl vorübergehend vergessen lassen, daß sich Enttäuschung und Selbstzweifel in der Armee breitgemacht haben. (...) Staatsbürger in Uniform in den Kasernen unter Verschluß zu halten, weil man nicht weiß, in welcher Form sie sich, von den Manövern einmal abgesehen, der Öffentlichkeit darstellen sollen – das ist in der Tat ein unerträglicher Gedanke." Der Widerstand gegen die wachsenden Kriegsvorbereitungen hat die bürgerliche Presse aufgeschreckt.

Nicht nur die Demonstrationen gegen öffentliche Gelöbnisse, sondern vor allem auch der Kampf gegen die Zerstörung der landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Kulturen macht den Besatzern und der Bundeswehr zunehmend Schwierigkeiten. In der Lüneburger Heide haben sich kürzlich mehrere Förster und ein Forstdirektor an die Öffentlichkeit gewandt, weil die Briten ihren Truppenübungsplatz ausdehnen wollen, obwohl sie schon auf ihrem bisherigen Platz große Zerstörungen angerichtet haben. Die Förster schreiben: „Der Privatwald wird in 15 Jahren verschwunden sein." Die Ausdehnung des Truppenübungsplatzes dürfte auf keinen Fall genehmigt werden.

In Hannover trafen sich am 22. – 24. August Initiativen aus über 10 Städten und über 150 Leute zu einem Arbeitstreffen gegen die Manöver. In mehreren Arbeitsgruppen wurden folgende Themen behandelt:
„NATO-Aufbau – Apparat der Unterdrückung gegen die Völker"
„Öffentlichkeitsarbeit während des Manövers"
„Die Militärdoktrin der NATO – Vorneverteidigung oder Vorwärtsstrategie"
„Die Nukleare Konzeption der NATO"
Auf dem Treffen einigte sich die Mehrheit auf eine Demonstration am 20. September in Hildesheim unter den Forderungen „Keine Herbstmanöver 80! Keine imperialistischen Kriegsvorbereitungen!" Die einzelnen Gruppen wollen in örtlichen Aktionen und Veranstaltungen die Demonstration vorbereiten.

Über verschiedene Fragen, wie z.B. die Einschätzung der Sowjetunion oder die Frage, ob die BRD nur ein Satellit der USA ist, konnte keine Einigung erzielt werden. Um die Auseinandersetzung über diese und andere Fragen fortzusetzen, soll nach Abschluß der Manöver ein weiteres Arbeitstreffen durchgeführt werden.



Die Militärdenkmäler in Hildesheim wurden schon vor dem Manöver etwas verschönert.

Gerichtliche Prüfung der Preisbindung für Grundsortiment in Bundeswehrkantinen

z.ulw. Gegen die bestehende Preisbindung für ein Grundsortiment von Waren in den Kantinen der Bundeswehrkasernen ist ein Kantinenpächter vor Gericht zu Felde gezogen. Nachdem der Bundesgerichtshof zunächst entschieden hatte, daß die Klage in die Zuständigkeit der Zivilgerichte falle, haben das Landgericht (LG) Köln und das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf festgestellt, daß diese Preisbindung tatsächlich rechtswidrig sei. Sie verstoße gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Das OLG Düsseldorf erklärte darüber hinaus, daß auch die Bindung der Kantinenpächter an vorgeschriebene Lieferanten rechtswidrig sei. Damit ist die gesamte Kantinenreform, die 1975/76 als Reaktion auf die Kämpfe der wehrpflichtigen Soldaten gegen die Plünderung durch die Kantinenpächter durchgeführt wurde, in Frage gestellt. Wenn das Ergebnis der damaligen Reform für die Soldaten auch äußerst mickrig war, so hat die Regierung doch Sorge, daß die Beseitigung der Preisbindung ihr erneut Kämpfe der Soldaten einbringen könnte. Sie hat deswegen über die Heimbetriebsgesellschaft – Kernstück der Reform – Revision gegen die Gerichtsurteile eingelegt.

1975 hatte es in fast allen Kasernen Kämpfe der Soldaten gegen das Kantinenwesen gegeben. In zahlreichen Kasernen organisierten die Soldaten Kantinenboykotts. Die Bewegung erhielt einige Sprengkraft, weil sie sich auf die gute und billige Versorgung der Offiziere und teilweise auch der Unteroffiziere in gesonderten Kantinen bezog, im Gegensatz zur Versorgung der Wehrpflichtigen.

Die Pächter nutzen ihre Monopolstellung in den Kasernen bei der Festsetzung der Preise nach Kräften aus. 20 bis 30 Prozent höhere Preise als außerhalb der Kasernen sind die Regel. An den Essensplänen der Bundeswehrküchen können die Pächter zudem in schönster Regelmäßigkeit ablesen, wann es sich wieder lohnt, eine größere Anzahl halber Hähnchen und ähnliches vorzubereiten, um den Andrang der Soldaten zu befriedigen; mit gesalzenen Preisen als Beigabe.

Daran hatte auch die Kantinenreform nichts Wesentliches geändert. Sie bestand vor allem in der Schaffung einer zentralen Einkaufsorganisation für die über 600 Mannschaftsheime und der Festlegung eines Grundsortiments, für das die Preise zentral bestimmt werden. Das Grundsortiment umfaßt 21 Artikel: Neben Bier und einigen alkoholfreien Getränken, Kaffee, Brötchen, Bratwurst auch Seifen u.ä. und Briefpapier. Letztere Artikel bringen sich die meisten Soldaten eh von zu Hause mit. Sie machen die Liste nur länger. Alles, was als Alternative zur Bundeswehrverpflegung gelten kann, wird von der Preisbindung nicht erfaßt. Es sei denn, man sieht die Alternative zum monatlichen Senfei mit Kartoffeln in Bratwurst mit Brot. Dafür, daß auch billiges Bier ins Grundsortiment kam, müssen die Soldaten den Einkauf für die Mannschaftskeller in den Kompanien jetzt auch über den Heimbetriebsleiter abwickeln. Um entsprechende Forderungen der Soldaten aufzufangen, wurden Kantinenausschüsse geschaffen, in denen auch die Vertrauensleute der Mannschaften vertreten sind, und die Einfluß auf die Verwendung der zwei Prozent Abgabe der Pächter für die Ausgestaltung der Kantinen oder Verbesserung der Bewirtschaftung haben.

Neben Forderungen nach direkten Preissenkungen hatte sich in den Kämpfen immer mehr die Forderung nach Übernahme der Kantinenbetriebe durch die Bundeswehr und Verwaltung durch die Soldaten, die sie benutzen, herausgebildet.

ber vorrangig weiterzutreiben und ließ es vorerst einstellen. „Unsichtbar" sind auch die 30 Jahre alten B52-Bomber, von denen jeder 20 Cruise Missiles transportieren kann, noch einsetzbar. Kongreß und Ronald Reagan hielten zumindestens bis zum Bekanntwerden der Direktive 59 am B1-Programm fest, das sie für die konventionelle Kriegführung für erforderlich hielten.

US-Verteidigungsminister Brown erklärte zur neuen Strategie, daß die Vereinigten Staaten über Streitkräfte verfügen müßten, welche die Sowjetführung überzeugten, daß kein von ihr ausgelöster Krieg mit Nuklearwaffen zu einem Sieg führen könnte, „wie immer sie auch den Sieg definieren mögen." Die NATO-Verbündeten könnten mit der neuen Strategie vermehrten Schutz erwarten, weil im Falle eines sowjetischen Angriffs durch selektive Nuklearschläge für die Sowjetführung ein unannehmbar hoher Preis zu zahlen wäre. Die Verbündeten waren im Juni auf der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO in Norwegen unterrichtet worden und hatten zugestimmt. Die Reaktion der Sowjetunion, die sich, was Nuklearwaffen angeht, jetzt wieder etwas zurückgeworfen sieht, ist typisch für die Konkurrenz der beiden Supermächte um die Weltherrschaft. Breschnew schrieb mit Datum vom 21. August einen Brief an Bundeskanzler Schmidt, in dem er erneut die Wiederaufnahme der SALT II-Verhandlungen ohne die Vorbedingung der Rücknahme des Beschlusses der NATO über die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Europa vorschlägt. Breschnew hofft, die europäischen Verbündeten der USA herauszubrechen und mit weiteren SALT-Gesprächen Zeit zu gewinnen, um mit den USA wieder gleichziehen zu können. Deren Außenminister Muskie konferierte wenig später mit Außenminister Genscher über die Vorschläge Breschnews, die Lage in Polen und die Auswirkungen der sowjetischen Afghanistanbesetzung auf die Lage im Nahen Osten.

Dort gilt nach wie vor die „Carter-Doktrin", nach der jedes weitere Vordringen der Sowjetunion am Golf mit dem direkten militärischen Eingreifen der USA beantwortet wird. In jüngster Zeit haben die USA Benutzungs-, nicht Stützpunktrechte in Ägypten (Ras Banas), Oman (Masirah), Kenia (Mombasa) und zuletzt in Somalia (Berbera) erhalten, allesamt unter Ausnutzung der Bedrohung durch die sozialimperialistische Supermacht, die ihrerseits Stützpunkte in Südjemen (Aden) und Äthiopien (Massawa) unterhält.

Grundsortiment in Bundeswehrkantinen

z.ulw. Gegen die bestehende Preisbindung für ein Grundsortiment von Waren in den Kantinen der Bundeswehrkasernen ist ein Kantinenpächter vor Gericht zu Felde gezogen. Nachdem der Bundesgerichtshof zunächst entschieden hatte, daß die Klage in die Zuständigkeit der Zivilgerichte falle, haben das Landgericht (LG) Köln und das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf festgestellt, daß diese Preisbindung tatsächlich rechtswidrig sei. Sie verstoße gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Das OLG Düsseldorf erklärte darüber hinaus, daß auch die Bindung der Kantinenpächter an vorgeschriebene Lieferanten rechtswidrig sei. Damit ist die gesamte Kantinenreform, die 1975/76 als Reaktion auf die Kämpfe der wehrpflichtigen Soldaten gegen die Plünderung durch die Kantinenpächter durchgeführt wurde, in Frage gestellt. Wenn das Ergebnis der damaligen Reform für die Soldaten auch äußerst mickrig war, so hat die Regierung doch Sorge, daß die Beseitigung der Preisbindung ihr erneut Kämpfe der Soldaten einbringen könnte. Sie hat deswegen über die Heimbetriebsgesellschaft – Kernstück der Reform – Revision gegen die Gerichtsurteile eingelegt.

1975 hatte es in fast allen Kasernen Kämpfe der Soldaten gegen das Kantinenwesen gegeben. In zahlreichen Kasernen organisierten die Soldaten Kantinenboykotts. Die Bewegung erhielt einige Sprengkraft, weil sie sich auf die gute und billige Versorgung der Offiziere und teilweise auch der Unteroffiziere in gesonderten Kantinen bezog, im Gegensatz zur Versorgung der Wehrpflichtigen.

Die Pächter nutzen ihre Monopolstellung in den Kasernen bei der Festsetzung der Preise nach Kräften aus. 20 bis 30 Prozent höhere Preise als außerhalb der Kasernen sind die Regel. An den Essensplänen der Bundeswehrküchen können die Pächter zudem in schönster Regelmäßigkeit ablesen, wann es sich wieder lohnt, eine größere Anzahl halber Hähnchen und ähnliches vorzubereiten, um den Andrang der Soldaten zu befriedigen; mit gesalzenen Preisen als Beigabe.

Daran hatte auch die Kantinenreform nichts Wesentliches geändert. Sie bestand vor allem in der Schaffung einer zentralen Einkaufsorganisation für die über 600 Mannschaftsheime und der Festlegung eines Grundsortiments, für das die Preise zentral bestimmt werden. Das Grundsortiment umfaßt 21 Artikel: Neben Bier und einigen alkoholfreien Getränken, Kaffee, Brötchen, Bratwurst auch Seifen u.ä. und Briefpapier. Letztere Artikel bringen sich die meisten Soldaten eh von zu Hause mit. Sie machen die Liste nur länger. Alles, was als Alternative zur Bundeswehrverpflegung gelten kann, wird von der Preisbindung nicht erfaßt. Es sei denn, man sieht die Alternative zum monatlichen Senfei mit Kartoffeln in Bratwurst mit Brot. Dafür, daß auch billiges Bier ins Grundsortiment kam, müssen die Soldaten den Einkauf für die Mannschaftskeller in den Kompanien jetzt auch über den Heimbetriebsleiter abwickeln. Um entsprechende Forderungen der Soldaten aufzufangen, wurden Kantinenausschüsse geschaffen, in denen auch die Vertrauensleute der Mannschaften vertreten sind, und die Einfluß auf die Verwendung der zwei Prozent Abgabe der Pächter für die Ausgestaltung der Kantinen oder Verbesserung der Bewirtschaftung haben.

Neben Forderungen nach direkten Preissenkungen hatte sich in den Kämpfen immer mehr die Forderung nach Übernahme der Kantinenbetriebe durch die Bundeswehr und Verwaltung durch die Soldaten, die sie benutzen, herausgebildet.

Warschauer-Pakt-Manöver „Waffenbrüderschaft 80" angerollt

Übungsziel ist die Vereinheitlichung und Zentralisierung unter sowjetischem Kommando

z.krk. „Truppen der Nationalen Volksarmee der DDR, die am Manöver ‚Waffenbrüderschaft 80' teilnehmen, haben am Donnerstag die Ausgangsräume ihrer militärischen Handlungen bezogen. Am gleichen Tag wurde im Mittelabschnitt der DDR ein gemeinsames Truppenlager der NVA, der Sowjetarmee und der Tschechoslowakischen Volksarmee eröffnet. Auf dem Appellplatz, einem vor wenigen Tagen abgeernteten Getreidefeld, wehten die Fahnen der verbündeten sozialistischen Staaten. Auf einem Transparent war die Losung des Manövers zu sehen: ‚Waffenbrüder – vereint für Frieden und Sozialismus – dem Feind keine Chance!' " – Seit mehreren Tagen widmet das „Neue Deutschland" seinen zweiten Leitartikel auf Seite 1 ähnlich idyllischen Darstellungen über das seit 10 Jahren größte Manöver des Warschauer Pakts. Weitere Artikel folgen auf den Innenseiten.

Im Geiste Helsinkis kündigte die Regierung der DDR am 19.8. an, daß „in der ersten Hälften des Septembers auf dem Territorium der DDR und im angrenzenden Seegebiet (Ostsee) Land-, Luft- und Amphibienstreitkräfte des Warschauer Vertrages mit etwa 40 000 Mann die Übung ‚Waffenbrüderschaft 80' veranstalten werden." Truppen aller Mitgliedsstaaten mit Ausnahme Rumäniens nehmen teil, Rumänien ist nur auf Stabsebene vertreten.

Heute wie vor 10 Jahren (damals hieß das mit 120 000 Mann veranstaltete Großmanöver ebenfalls Waffenbrüderschaft) verfolgt der wirkliche Veranstalter, die Sowjetunion, zwei Hauptziele: Vom Militärischen her soll das gemeinsame Oberkommando auf seine Funktionsfähigkeit geprüft werden, der Ausbildungsstand der einzelnen nationalen Armeen dem sowjetischen Standard angepaßt und auf den Stand hin geprüft werden. Die Armeen müssen unter sowjetischem Kommando gegeneinander austauschbar und universell einsetzbar sein.

Das politische Ziel ist die große Propaganda für diese „gemeinsame Armee". Es muß eben erreicht werden, daß die Soldaten sich dem fremden Kommando fügen, sich untereinander vertragen; die Bevölkerung der osteuropäischen Länder, in diesem Fall vor allem der DDR, soll sich an fremde schießende Soldaten auf ihrem Boden gewöhnen, so erfordern es die Weltherrschaftspläne der SU.

So wurde denn auch jede der eintreffenden Armeen mit fahnenschwenkenden Kinderscharen empfangen und kaum einer der etwas unbeholfen und unwillig dreinblickenden ausländischen Soldaten ging ohne einen Freundschaftskuß, aber mindestens einer roten Nelke aus. Dies alles im Fernsehen übertragen, die Sendezeiten der Nachrichtensendung „Aktuelle Kamera" zum Thema Freundschaft unter den Soldaten, Freundschaft mit der Bevölkerung, Verehrung der vorbildlichen Sowjetarmee („Von der Sowjetarmee lernen heißt siegen lernen") werden von Tag zu Tag länger.

Die DDR ist vom militärischen wie politischen Gesichtspunkt der geeignetste Ort für die Austragung eines solchen Manövers. Denn die NVA ist die einzige osteuropäische Armee, die vollständig dem Gemeinsamen Oberkommando des Warschauer Paktes unterstellt ist. Und hier hat diese sozialimperialistische Art der Waffenbrüderschaft die ältesten Traditionen: gemeinsame Übungen von NVA und GSSD unter sowjetischem Kommando mit russischer Befehlssprache sind alltägliche Routine.

Seit 1970 hat die SU wichtige Schritte unternommen, die militärische und politische Führung des Warschauer Paktes unter ihrem Kommando zu vereinheitlichen und zu zentralisieren. So wurde zur Vereinheitlichung der Außenpolitik 1976 als Organ des Politischen Beratenden Ausschusses ein Komitee der Außenminister gegründet, und gleichzeitig unternahm die SU den Versuch, die Bündnispartner auf die Formel der „koordinierten Politik" zu verpflichten. Dies scheiterte an der Ablehnung Rumäniens. Zugleich hatte die SU in diesem Zeitraum über bilaterale Bündnisverträge den Wirkungsbereich des Warschauer Paktes von Europa auf die ganze Welt ausgedehnt. Nur die Verträge mit Rumännien und Polen enthalten eine solche Klausel nicht: der Freundschaftsvertrag mit Polen sieht eine Beistandspflicht nur im Falle eines revanchistischen Angriffs von seiten der BRD auf die Grenzen Polens vor.

Daß der Warschauer Pakt sich neben dem imperialistischen Konkurrenten auch gegen die Mitgliedstaaten richtet, wurde auch diesmal, trotz großer Verbrüderung, offensichtlich. Der DDR-Oberst Kahsnitz machte sich auf einer militärpolitischen Großveranstaltung zum Sprecher sozialimperialistischer Aggressionsdrohungen, die wohl an die Addresse der polnischen Arbeiterklasse gingen. Er sagte wörtlich: „Wir wissen, daß sie (die Soldaten, d.Verf.) sich gewissenhaft auf diese internationalistische Aufgabe vorbereitet haben und bereit sind, gemeinsam mit der NVA, Schulter an Schulter mit der Sowjetarmee und den anderen Bruderarmeen, *gegenüber Freund und Feind* die unzerbrechliche Geschlossenheit unserer sozialistischen Streitkräfte und ihre hohe Bereitschaft zur Verteidigung des Friedens und des Sozialismus zu demonstrieren."



Auswertung einer gemeinsamen Schießübung der NVA und GSSD. Foto aus dem Propagandaarsenal der Deutsch-Sowjetischen Freundschaftsgesellschaft.

El Salvador: Frontorganisation legt als Taktik Abnutzungskrieg fest / SPD will mitmischen

z.mif. Sechs Tage nach dem verlorenen Generalstreik haben die 1500 Arbeiter in den Kraftwerken von El Salvador einen Streik begonnen und die Kraftwerke besetzt, um ihre Forderung nach Wiedereinstellung von 60 Arbeitern, die wegen Beteiligung an dem Generalstreik entlassen worden waren, durchzusetzen. Sie legten 95% der Industrie und die Wasserversorgung der Hauptstadt lahm. 20 Stunden konnten sie die Besetzung halten. Einige Unterstationen sind weiter besetzt. Die Nationalgarde wagte kein Gemetzel, konnte aber acht Gewerkschaftsführer verhaften, darunter den Generalsekretär des Nationalen Gewerkschaftsbundes Héctor Recinos.

Die Einheitsfrontorganisation Demokratisch-Revolutionäre Front (FDR), deren Vorstand aus drei Vertretern der Bourgeoisie und vier Vertretern der Bauern und Gewerkschaften sowie der Guerillaorganisationen besteht, hat festgelegt, daß das Hauptmittel des Kampfes in der nächsten Zeit nicht die Massenmobilisierung in den Städten sein soll, sondern die Verstärkung des Abnutzungskrieges durch die Guerillaorganisationen. Die Junta hat bereits 350 Mann Verluste seit Januar zugeben müssen.

Die US-Imperialisten, die die Junta militärisch und wirtschaftlich an der Macht halten, haben der westdeutschen Sozialdemokratie „massive finanzielle Unterstützung" der Einheitsfront FDR vorgeworfen. Das SPD-Vorstandsmitglied Wischnewski wurde kürzlich fünf Tage von den US-Ministern Muskie und Brown sowie von Sicherheitsberater Brzezinski in die Mangel genommen. Ohne Erfolg, nicht einmal zur Wiederentsendung des abgezogenen BRD-Botschafters erklärte er sich bereit. Die Hartnäckigkeit beruht auf Interessen, die von denen der Arbeiter und Bauern El Salvadors ganz verschieden sind. Seit den 60er Jahren ist die BRD-Bourgeoisie Hauptkäufer des Kaffees aus El Salvador.



Volksrepublik China: Industrialisierung des flachen Landes in Angriff genommen

z.jon.Beijing. Wie kann China das Problem seiner ländlichen Überbevölkerung lösen? Bekanntlich leben 80% der fast eine Milliarde Chinesen auf dem Land. Nur ein verschwindend kleiner Teil dieser ländlichen Bevölkerung lebt von handwerklicher oder industrieller Arbeit. Die chinesische Landwirtschaft muß in allererster Linie die eigene riesige bäuerliche Bevölkerung ernähren, eine Schranke sowohl für die Industrialisierung und die bessere Versorgung der Städte wie für den Fortschritt der landwirtschaftlichen Produktion selbst, die so nie die Fesseln der Kleinproduktion abstreifen kann. In allen kapitalistischen und vom Imperialismus beherrschten Ländern werden die Bauern aus den Schranken der Kleinproduktion durch brutale Vertreibung vom Land und Verwandlung in eine besitzlose, elende Proletarierreserve für das Kapital „befreit".

Um die hunderte Millionen ländlicher Arbeitskräfte, die die junge staatliche Industrie nicht absorbieren kann, am Aufbau des Landes zu beteiligen, fördern die Kommunistische Partei und die Regierung Chinas seit einem Jahr verstärkt die Industrialisierung des flachen Landes nach den Prinzipien: Vertrauen auf die eigene Kraft, Nutzung des vorhandenen Produktionspotentials, gegenseitige Hilfe von Stadt und Land. Folgende Hauptformen wurden dabei entwickelt: 1. Zusammenarbeit von Industriegebieten und schwachindustrialisierten Provinzen. Die drei Hauptindustriezentren Shanghai, Tianjin und Beijing haben jeweils Kooperationsverträge mit Xinjiang und Henan, Gansu und der Inneren Mongolei zur Entwicklung einer Industrie für die Rohstoffe dieser Gebiete abgeschlossen. 2. Staatliche Industrie und Handelsgesellschaften arbeiten mit Volkskommunen zusammen. So hat die staatliche Außenhandelsgesellschaft über 100 Kommunen im Raum Shanghai geholfen, Fabriken für die Verarbeitung ihrer Produkte für den Export aufzubauen. 3. Volkskommunen und Staatsfarmen schließen sich zur Gründung von agroindustriellen Kombinaten zusammen, die die Produktion, Verarbeitung und den Vertrieb bestimmter Produkte betreiben. In Sichuan, wo diese Form am weitesten erprobt ist, sind so u.a. bisher 30 Seidenfabriken entstanden. – Allen diesen Gemeinschaftsunternehmen ist gemeinsam, daß sich die beteiligten Einheiten und Kollektive Investitionen und Gewinne teilen.

Volksrepublik China: Industrialisierung des flachen Landes in Angriff genommen

z.jon.Beijing. Wie kann China das Problem seiner ländlichen Überbevölkerung lösen? Bekanntlich leben 80% der fast eine Milliarde Chinesen auf dem Land. Nur ein verschwindend kleiner Teil dieser ländlichen Bevölkerung lebt von handwerklicher oder industrieller Arbeit. Die chinesische Landwirtschaft muß in allererster Linie die eigene riesige bäuerliche Bevölkerung ernähren, eine Schranke sowohl für die Industrialisierung und die bessere Versorgung der Städte wie für den Fortschritt der landwirtschaftlichen Produktion selbst, die so nie die Fesseln der Kleinproduktion abstreifen kann. In allen kapitalistischen und vom Imperialismus beherrschten Ländern werden die Bauern aus den Schranken der Kleinproduktion durch brutale Vertreibung vom Land und Verwandlung in eine besitzlose, elende Proletarierreserve für das Kapital „befreit".

Um die hunderte Millionen ländlicher Arbeitskräfte, die die junge staatliche Industrie nicht absorbieren kann, am Aufbau des Landes zu beteiligen, fördern die Kommunistische Partei und die Regierung Chinas seit einem Jahr verstärkt die Industrialisierung des flachen Landes nach den Prinzipien: Vertrauen auf die eigene Kraft, Nutzung des vorhandenen Produktionspotentials, gegenseitige Hilfe von Stadt und Land. Folgende Hauptformen wurden dabei entwickelt: 1. Zusammenarbeit von Industriegebieten und schwachindustrialisierten Provinzen. Die drei Hauptindustriezentren Shanghai, Tianjin und Beijing haben jeweils Kooperationsverträge mit Xinjiang und Henan, Gansu und der Inneren Mongolei zur Entwicklung einer Industrie für die Rohstoffe dieser Gebiete abgeschlossen. 2. Staatliche Industrie und Handelsgesellschaften arbeiten mit Volkskommunen zusammen. So hat die staatliche Außenhandelsgesellschaft über 100 Kommunen im Raum Shanghai geholfen, Fabriken für die Verarbeitung ihrer Produkte für den Export aufzubauen. 3. Volkskommunen und Staatsfarmen schließen sich zur Gründung von agroindustriellen Kombinaten zusammen, die die Produktion, Verarbeitung und den Vertrieb bestimmter Produkte betreiben. In Sichuan, wo diese Form am weitesten erprobt ist, sind so u.a. bisher 30 Seidenfabriken entstanden. – Allen diesen Gemeinschaftsunternehmen ist gemeinsam, daß sich die beteiligten Einheiten und Kollektive Investitionen und Gewinne teilen.

Aufschwung der Kämpfe der senegalesischen Arbeiterklasse – Imperialisten raus!

z.pel.Paris. Am 21. Mai dieses Jahres traten die 6000 Arbeiter der Zuckerfabrik Richard Toll in der senegalesischen Hauptstadt Dakar in den Streik. Zum ersten Mal in der Geschichte des Betriebes legten alle Lohnabhängigen einheitlich die Arbeit nieder. Die Arbeiter forderten die Entlassung zweier wegen ihrer rassistischen Unterdrückungsmethoden besonders verhaßter französischer Abteilungsleiter, Absetzung der der gelben Gewerkschaft CNTS angehörenden Belegschaftsvertreter im Betriebskomitee (Mitbestimmungsorgan) und Neuwahl der Delegierten, Gewährung einer Transportprämie. Sie wählten gegen heftige Spaltungsversuche der CNTS-Vertreter eine achtköpfige Kommission zur Führung des Streiks und etwaiger Verhandlungen. Am 22. Mai ließ der französische Kapitalist Polizeieinsatz befehlen, die Arbeiter verbarrikadierten sich, der Streik hielt trotz der Verhaftung einiger Streikführer. Der Kapitalist mußte verhandeln. Am 23.5. wurde die Arbeit wiederaufgenommen, nachdem die Geschäftsleitung die Entlassung der Antreiber und Delegiertenneuwahlen zugesagt hatte.

Anfang des Jahres hatten die Eisenbahnarbeiter die Kampfbewegung mit viertägigem Streik zur Wiedereinstellung eines entlassenen Lokführers und mit Massenübertritten zur verbotenen Gewerkschaft UTLS begonnen. Im März streikten die 300 Arbeiter der Ölraffinerie SAR für Inflationsausgleich und 13. Monatslohn. Im Mai und Juni traten Taxifahrer und Lehrer in den Lohnkampf. Seit Anfang Juli fordern die 5000 Lohnabhängigen der ONCAD, der staatlichen Ankaufs- und Vertriebsgesellschaft für Agrargüter, in Kurzstreiks und Demonstrationen Offenlegung der Entlassungs- und Lohnsenkungspläne.

Senegal ist mit 2,4 Mrd. FF, 25% seiner Exporte, bei den Imperialisten verschuldet, 75% der Industrie (ca. 80000 Arbeiter) ist in ihrem – weitgehend französischem – Besitz. Die Masse der 1,6 Mio. Bauern hungert. Die Regierung hat jetzt beim IWF um Kredit nachgesucht. Zwangsläufig richten sich die Kämpfe der Arbeiterklasse um die elementaren Reproduktionsbedingungen auch immer gegen die imperialistische Plünderung und die Polizeifunktion der „Staats"gewerkschaft. Erfolge wie bei Richard Toll treiben auch die Spaltung in der Bourgeoisie Senegals voran.



1. Mai 80: Kampf gegen Lohnsenkung

Dokumente der Danziger Werftarbeiter

Katalog der 21 Forderungen des Überbetrieblichen Streikkomitees / Artikel der Streikzeitung

1. Die Akzeptierung von der Partei und den Arbeitgebern unabhängigen freien Gewerkschaften, die sich aus der von der VR Polen ratifizierten Konvention Nummer 87 der Internationalen Arbeitsorganisation ergeben, die die Gewerkschaftsfreiheit betrifft.
2. Garantie des Rechts auf Streik sowie die Sicherheit der Streikenden und der sie unterstützenden Personen.
3. Einhaltung der von der Verfassung der Volksrepublik Polen garantierten Freiheit auf das Wort, Druck und Publikation. Damit dürfen auch nicht die unabhängigen Zeitschriften unterdrückt werden. Zugang der Vertreter aller Glaubensbekenntnisse zu den Massenmedien.
4. Wiedereinstellung auf ihren vorherigen Arbeitsplatz. a) Personen, die wegen der Verteidigung der Rechte der Arbeiter entlassen wurden, vor allem die Teilnehmer der Streiks von 1970 und 1976, die Studenten, die wegen ihrer Überzeugungen von der Universität verwiesen wurden. b) Freilassung aller politischen Häftlinge. c) Aufhebung aller Verfolgung wegen Überzeugung.
5. Veröffentlichung in den Massenmedien von Informationen über die Gründung des überbetrieblichen Streikkomitees und Veröffentlichung der Forderungen.
6. Reale Schritte zu unternehmen mit dem Ziel, das Land aus der Krisensituation zu bringen durch a) völlige Veröffentlichung von Informationen über die gesellschaftlich-wirtschaftliche Situation und b) Ermöglichung der Teilnahme an der Diskussion über das Reformprogramm für alle Gesellschaftskreise und für alle Schichten.
7. Lohnweiterzahlung für alle Arbeiter, die an dem Streik teilnehmen, für den Zeitraum des Streiks wie für den Urlaub aus Fonds des Zentralen Gewerkschaftsrates.
8. Anhebung des Grundlohns für einen jeden Arbeiter um 2000 Zloty im Monat als Ausgleich für die bisherigen Preissteigerungen.
9. Garantie eines automatischen Lohnanstiegs parallel zum Anstieg der Preise und zum Absinken des Geldwerts.
10. Eine Sicherstellung einer besseren Versorgung des Marktes mit Lebensmitteln und Export nur von Überschüssen.
11. Einführung von Lebensmittelkarten für Fleisch und Fleischprodukte, bis die Situation am Markt normal ist.
12. Aufhebung der kommerziellen Preise und Beendigung des Verkaufs für Devisen im sog. inneren Export.
13. Einführung von Grundsätzen zur Einstellung von Führungskräften nach dem Prinzip der Qualifikation und nicht nach der Parteizugehörigkeit sowie Abschaffung von Privilegien für die Miliz, den Sicherheitsdienst und den Parteiapparat durch a) Gleichstellung der Familienzuschläge b) Abschaffung von speziellem Verkauf von Waren (in besonderen Läden).
14. Senkung des Rentenalters für Frauen auf 50 und für Männer auf 55 Jahre sowie der erforderlichen gearbeiteten Zeit in Volkspolen auf 30 für Frauen und 35 Jahre für Männer, ohne Berücksichtigung des Alters.
15. Stellung der Altrenten auf die Ebene der gegenwärtig gezahlten Renten.
16. Verbesserung der Arbeit des Gesundheitsdienstes und Sicherung einer vollen medizinischen Fürsorge für die arbeitende Bevölkerung.
17. Sicherstellung einer ausreichenden Anzahl von Plätzen in den Krippen und in den Vorschulen für die Kinder der arbeitenden Frauen.
18. Einführung eines bezahlten Mutterschaftsurlaubs in den ersten drei Jahren für die Erziehung der Kinder.
19. Verkürzung der Wartezeit auf Wohnungen.
20. Anhebung der Tagegelder von 40 Zl. auf 100 Zl. sowie ein Teuerungszuschlag.
21. Einführung von allen freien Samstagen für die Arbeiter im Schichtdienst und ununterbrochenen Dienst, wenn ein freier Samstag nicht gewährt wird, Kompensierung durch mehr Urlaub oder andere freie Tage.

Überbetriebliches Streikkomitee mit dem Sitz auf der Werft in Gdansk.
16. August 1980

Was fordern – wie streiken?

Die erfolgreichste Methode des Widerstandes der Arbeiter ist der Streik. Vor dem Beschluß, in den Streik zu treten, muß man sich jedoch darüber klar sein, welche Forderungen der Direktion vorgelegt werden müssen. In den vergangenen Streiks waren diese Forderungen ökonomische. Die Lohnerhöhungen waren, sind, und werden in Zukunft wegen der ständigen Preissteigerungen unter den wichtigsten und grundlegendsten Forderungen der Arbeiter sein.

Wichtig dabei ist, daß man die Erhöhung des Lohnes verlangt, und nicht z.B. die der Prämie, die dann nach ein,


„Laßt freie Gewerkschaften zu", fordern die jungen Werftarbeiter

zwei Monaten von der Direktion unter

Zukunft wegen der ständigen Preissteigerungen unter den wichtigsten und grundlegendsten Forderungen der Arbeiter sein.

Wichtig dabei ist, daß man die Erhöhung des Lohnes verlangt, und nicht z.B. die der Prämie, die dann nach ein,


„Laßt freie Gewerkschaften zu", fordern die jungen Werftarbeiter

zwei Monaten von der Direktion unter
irgend einem Vorwand wieder zurückgenommen werden kann. Man sollte Erhöhungen in bestimmten Summen verlangen, z.B. 1000 Zloty und nicht in Prozenten, denn die nützen nur denen, die sowieso viel verdienen. Man sollte einen Teuerungsausgleich verlangen, der den Anstieg der Preise ausgleicht. Der sollte auf das Familiengeld anteilig aufgerechnet werden. Wenn man Geldforderungen aufstellt, muß man auf das komplizierte Lohnsystem zu sprechen kommen. Es gibt so viele verschiedene Tabellen, Gruppen, Spezialzuschläge, Meisterzuschläge usw., daß es schwer ist, alles zu verstehen, wieviel und wofür bezahlt wird. Dies ermöglicht der Regierung, die Arbeiter zu betrügen.

Das Lohnsystem sollte einheitlich sein, einfach und verständlich für alle. Aus der Untersuchung der bisherigen Streiks folgt, daß bei den Forderungen meistens die Probleme der Wohnungen, der Arbeitsbedingungen und der Transportverbindungen zum Arbeitsplatz nicht angesprochen wurden. Dies, obwohl es sehr lästige Probleme, aber auch nicht schwer zu lösende Dinge sind. ... Man sollte z.B. verlangen: Regelung des Transports von und zum Betrieb, denn die Zeiten von Bus und Bahn entsprechen nicht dem Arbeitsbeginn und dem Arbeitsschluß. Ständig gibt es Verspätungen bei Bussen und Bahnen. Man soll weiter die Verbesserung der hygienischen Verhältnisse, der Arbeitsschutzbedingungen und der sozialen Dienste verlangen; man soll der Direktion die Termine für die Lösung dieser Probleme setzen, wie z.B. schlecht organisierter Transport, fehlende Lüftungsanlagen, fehlender Schutz gegen Vibrationen und Erschütterungen, schlechter Lärmschutz, schlechter Zustand der sanitären Anlagen, fehlende Spinde, keine Verpflegung, wenn diese zugesagt wurde. Bei den Forderungen sollte man verlangen, daß die Direktion sich schriftlich verpflichtet, niemanden wegen Teilnahme an Streiks zu belangen.

Die Kollegen, die sich zum Handeln entschlossen haben, sollten ihre Forderungen schriftlich niederlegen und dann mit den Forderungen alle Arbeitsplätze aufsuchen. Wenn die ganze

sein, einfach und verständlich für alle. Aus der Untersuchung der bisherigen Streiks folgt, daß bei den Forderungen meistens die Probleme der Wohnungen, der Arbeitsbedingungen und der Transportverbindungen zum Arbeitsplatz nicht angesprochen wurden. Dies, obwohl es sehr lästige Probleme, aber auch nicht schwer zu lösende Dinge sind. ... Man sollte z.B. verlangen: Regelung des Transports von und zum Betrieb, denn die Zeiten von Bus und Bahn entsprechen nicht dem Arbeitsbeginn und dem Arbeitsschluß. Ständig gibt es Verspätungen bei Bussen und Bahnen. Man soll weiter die Verbesserung der hygienischen Verhältnisse, der Arbeitsschutzbedingungen und der sozialen Dienste verlangen; man soll der Direktion die Termine für die Lösung dieser Probleme setzen, wie z.B. schlecht organisierter Transport, fehlende Lüftungsanlagen, fehlender Schutz gegen Vibrationen und Erschütterungen, schlechter Lärmschutz, schlechter Zustand der sanitären Anlagen, fehlende Spinde, keine Verpflegung, wenn diese zugesagt wurde. Bei den Forderungen sollte man verlangen, daß die Direktion sich schriftlich verpflichtet, niemanden wegen Teilnahme an Streiks zu belangen.

Die Kollegen, die sich zum Handeln entschlossen haben, sollten ihre Forderungen schriftlich niederlegen und dann mit den Forderungen alle Arbeitsplätze aufsuchen. Wenn die ganze
Belegschaft mit dem Streik einverstanden ist, soll man zur Direktion gehen und jede Abteilung soll ihre Vertreter delegieren. Die so gewählten Delegierten gehen zur Direktion und stellen ihre schriftlichen Forderungen vor. Sie verlangen eine Stellungnahme der Direktion. Wenn die Direktion mit den Forderungen nicht einverstanden ist, oder eine Stellungnahme verweigert, dann hängt alles weitere von dem ab, was die Direktion macht. Die beste Lösung ist es, wenn die Direktion mit den Forderungen der Belegschaft einverstanden ist ... Dann ist Streik nicht mehr nötig. Im anderen Fall wird die Delegation zum Streikkomitee und die Belegschaft legt die Arbeit nieder. Die Arbeit soll aber fortgesetzt werden an den Arbeitsplätzen, wo eine Arbeitsniederlegung riesige Verluste verursachen würde, wie z.B. an den Stahlöfen im Stahlwerk, oder wo die Bewohner der Stadt benachteiligt würden, wie z.B. bei einem Elektrizitätswerk. Der Streik dauert bis zur Erfüllung der Forderungen. Die Arbeiter kommen pünktlich in den Betrieb, aber nehmen nicht die Arbeit auf. Die ganze Belegschaft wird in der Zeit vom Streikkomitee vertreten. Es muß für die Ordnung im Betrieb sorgen, Sabotageakte vermeiden und Alkoholgenuß unterbinden.

Letzten Endes wird die Regierung gezwungen, mit den Streikenden zu verhandeln. Meistens lassen die Streikenden mit sich reden, sind mit der Beschränkung einiger Forderungen einverstanden und so ist der Streik zu Ende. Am Ende der Verhandlungen mit dem Streikkomitee wird die Liste der von der Regierung angenommenen Forderungen und der Termine zu ihrer Realisierung angefertigt. Alles muß schriftlich gefaßt werden und der Belegschaft vorgestellt werden; die Regierung hat schon so oft die ganze Gesellschaft belogen, so daß man es kontrollieren sollte, ob sie die Forderungen gemäß ihren Versprechungen erfüllt. Daher wandelt sich nach dem Streik das Streikkomitee in eine Arbeiterkommission um, die dafür Sorge trägt, daß die Belegschaft das bekommt, was ihr versprochen wurde. Für den Fall, daß die Forderungen nicht erfüllt werden, oder

chen würde, wie z.B. an den Stahlöfen im Stahlwerk, oder wo die Bewohner der Stadt benachteiligt würden, wie z.B. bei einem Elektrizitätswerk. Der Streik dauert bis zur Erfüllung der Forderungen. Die Arbeiter kommen pünktlich in den Betrieb, aber nehmen nicht die Arbeit auf. Die ganze Belegschaft wird in der Zeit vom Streikkomitee vertreten. Es muß für die Ordnung im Betrieb sorgen, Sabotageakte vermeiden und Alkoholgenuß unterbinden.

Letzten Endes wird die Regierung gezwungen, mit den Streikenden zu verhandeln. Meistens lassen die Streikenden mit sich reden, sind mit der Beschränkung einiger Forderungen einverstanden und so ist der Streik zu Ende. Am Ende der Verhandlungen mit dem Streikkomitee wird die Liste der von der Regierung angenommenen Forderungen und der Termine zu ihrer Realisierung angefertigt. Alles muß schriftlich gefaßt werden und der Belegschaft vorgestellt werden; die Regierung hat schon so oft die ganze Gesellschaft belogen, so daß man es kontrollieren sollte, ob sie die Forderungen gemäß ihren Versprechungen erfüllt. Daher wandelt sich nach dem Streik das Streikkomitee in eine Arbeiterkommission um, die dafür Sorge trägt, daß die Belegschaft das bekommt, was ihr versprochen wurde. Für den Fall, daß die Forderungen nicht erfüllt werden, oder
irgendwelche Repressionsmaßnahmen unternommen werden, soll die Kommission im Namen der Belegschaft protestieren. Und man kann dann mit dem nächsten Streik drohen.

Aus: SOLIDARNOŚC – Informations-Streikbulletin der Werft von Gdansk, 23. August 1980, Nr. 1. – Gedruckt in der freien Druckerei der Gdansker Werft.

General Chun Präsident, Urteil gegen Kim Dae-Jung um den 15.9.

z.wos. Letzten Mittwoch hat sich Ex-General Chun Du-hwan zum neuen Präsidenten „wählen" lassen. Er war der einzige Kandidat. Der Mann, der den Volksaufstand von Kwangju durch Militärstiefel niedertrampeln ließ, tritt jetzt mit der Parole vom „sozialen Wohlfahrtsstaat" auf und will eine „gesunde soziale Atmosphäre" schaffen. Wie soll das gehen, wo die Lasten, die wegen der sich verschlimmernden Wirtschaftskrise auf die Volksmassen drücken, täglich schwerer werden? Chun glaubt: nur mit politischer Friedhofsruhe. Im Militärprozeß gegen Kim Dae-jung und 23 andere konzentrieren sich seine Bemühungen. Deshalb hat dieser Prozeß umgekehrt für das Volk von Südkorea in seinem Kampf um politische Rechte jetzt die größte Bedeutung. Wegen der Bedingungen der faschistischen Diktatur im Inland ist die Unterstützung durch die Völker der Welt umso dringender. – In Westberlin hat der Deutsch-Koreanische Freundschaftskreis schon 10000 Unterschriften für die Rettung Kims gesammelt. In der BRD sammelt das Korea-Komitee bis Anfang September. Am 14.8. führten Auslandskoreaner aus aller Welt in Tokio eine Sonderkonferenz durch, auf der auch japanische Abgeordnete verschiedenster Richtung ihre Unterstützung erklärten. Am 27.8. haben 476 japanische Intellektuelle von der südkoreanischen Regierung die Freilassung der Angeklagten, und von der japanischen die Einstellung jeglicher Hilfe für die Militärjunta gefordert. Neben der Carter-Regierung ist es die japanische, die Chun am meisten den Rücken stärkt.

Aufbau der medizinischen Versorgung in Zimbabwe

z.dml. Die medizinische Versorgung des Volkes findet in Zimbabwe hauptsächlich über staatliche Klinken und Gesundheitszentren statt. Im Zuge des Aufbaus eines nationalen Gesundheitswesens hat das Gesundheitsministerium beschlossen, die medizinische Behandlung für alle, die weniger als 150 Rh$ (ca. 400 DM) im Monat verdienen, ab 1.9. gebührenfrei zu machen. Für die Arbeitslosen und armen Bauern wird damit ärztliche Betreuung erst möglich. Der nächste Schritt wird sein, die Einrichtung von Erste Hilfe Stationen, Dienst von Praktischen Ärzten und Ausbau der Kliniken. Die Finanzierung des Nationalen Gesundheitswesens soll sowohl aus den allgemeinen Steuern geschehen als auch durch eine nationale Krankenversicherung, in die die Arbeiter und die Kapitalisten einzahlen müssen.

Frankreich: Zersetzung in der Polizei-Elitetruppe CRS

z.inl.Paris. Vorletztes Wochenende verteilten Polizisten der CRS, der „Republikanischen Sicherheitskompanien", in ganz Frankreich Hunderttausende von Flugblättern, überschrieben „Diese CRS, die man SS nennt". Die beiden stärksten Polizeigewerkschaften hatten zu der Aktion aufgerufen. Anlaß war die Entlassung von sechs CRSlern aus Avignon, die beim Festival von Cannes zusammen mit über hundert Kollegen die Einquartierung in einem zu kleinen Gebäude verweigert hatten. Der Innenminister Bonnet will die Rausschmisse auf keinen Fall zurücknehmen: „Im Bemühen, die Würde der Elitetruppe CRS zu wahren, ha-

UNO berät über „3. Entwicklungsjahrzehnt“

Dritte Welt fordert vertragliche Festlegungen / Rohstoffverhandlungen stocken

z.ulg. Seit letzten Montag tagt in New York die UNO-Sondergeneralversammlung, um die Strategie für das „3. Entwicklungsjahrzehnt“ festzulegen. Vorverhandlungen zur Vorbereitung der Sondergeneralversammlung hatten die Imperialisten im Juni platzen lassen. Bislang haben sie sich noch nie an die in den UNO-„Strategien“ festgelegten Zielsetzungen gehalten. Für die 70er Jahre war z.B. beschlossen worden, daß die Imperialisten für die von ihnen angerichtete Verwüstung der Produktivkräfte in der Dritten Welt Reparationen in Höhe von 0,7% des Bruttosozialprodukts zu zahlen hätten. Tatsächlich betrug die „Entwicklungshilfe“ – oft genug ohnehin nur Mittel zu weiterer wirtschaftlicher Unterwerfung und Einmischung – 1979 gerade die Hälfte des festgelegten Satzes. Die USA haben nur 0,19% gezahlt, die sozialimperialistische Supermacht noch weniger.

Die in der „Gruppe der 77“ zusammengeschlossenen Länder der Dritten Welt drängen daher jetzt auf völkerrechtlich verbindliche Vereinbarungen, die von den Parlamenten der imperialistischen Länder ratifiziert werden müßten. Wie ein französisches Neokolonial-Fachblatt dazu lakonisch anmerkt, sind „die westlichen Industrieländer natürlich“ dagegen. Im kommenden Jahr sollen darüber globale Verhandlungen beginnen. Die wichtigsten, bereits 1974 im „Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung“ von der UNO verabschiedeten Forderungen der Länder der Dritten Welt sind unverändert. Die Fortschritte bei der Durchsetzung dieser Forderungen sind höchst beschränkt, und soweit überhaupt welche gemacht wurden, dann nur auf Grund der selbständigen Zusammenarbeit der Länder der Dritten Welt.

Schaubild 2 zeigt die Entwicklung des vom IWF berechneten Rohstoffpreisindex und der Preise von 15 der 18 im Integrierten Rohstoffprogramm der UNCTAD vorgesehenen Rohstoffe, jeweils gemessen an den Exportpreisen für Maschinen der wichtigsten westlichen imperialistischen Länder. Die Austauschverhältnisse 1975, wo die Preise für Exportprodukte der Dritten Welt auf Grund der von den Imperialisten aufgezwungenen internationalen Arbeitsteilung ja bereits weit unter ihren Wert gedrückt waren, sind hier gleich 100 gesetzt. Bis zum 1. Quartal haben sie sich gegenüber 1975 im Durchschnitt nur geringfügig verbessert, für fünf der aufgeführten Rohstoffe sogar direkt, zum Teil erheblich, verschlechtert. Seit dem Frühjahr sind die meisten Rohstoffpreise weiter gesunken.

Ende Juni ist nach vierjährigen Verhandlungen der Gemeinsame Rohstoffonds gegründet worden. Das „erste Konto“ von 400 Mio. Dollar soll der Finanzierung von internationalen Ausgleichslagern für die wichtigsten Rohstoffe dienen; aus dem „zweiten Konto“ von 350 Mio. Dollar werden die Länder der Dritten Welt beim Aufbau eigener Weiterverarbeitungsanlagen und neuer Exportbranchen (um die Abhängigkeit von der Ausfuhr nur eines Rohstoffs zu mindern) unterstützt. Die Länder der Dritten Welt hatten je 1 Mrd. Dollar für jedes „Konto“, aufzubringen durch Pflichtbeiträge der Imperialisten, gefordert. Jetzt betragen die Pflichtbeiträge nur 470 Mio. Dollar, von denen 15% von den Ländern der Dritten Welt selbst aufzubringen sind. Die restlichen 280 Mio. Dollar sind „freiwillig“, und beide Supermächte haben bereits angekündigt, daß sie *nichts* zahlen werden. Immerhin konnten die Länder der Dritten Welt erreichen, daß das Stimmrecht sich erstmals nicht nach den Einzahlungen richtet und sie selbst über 50% der Stimmen verfügen.

Von den einzelnen Rohstoffabkommen, die aus dem Fonds finanziert werden sollen, sind bislang nur drei zustandegekommen: für Zucker, Kautschuk und Zinn. Nur im Kautschukabkommen konnten die Imperialisten verpflichtet werden, wenigstens die Hälfte der Mittel für die Ausgleichslager selbst aufzubringen. Auch dort haben die imperialistischen Verbraucherländer aber einen Schwellenpreis, ab dem die Ausgleichslager zur Preisstützung Kautschuk aufkaufen, durchsetzen können, der weit unter dem jetzigen Marktpreis liegt.

Das internationale Kakao-Abkommen ist Ende März ausgelaufen. Darin war ein Fonds vorgesehen, für den – aus Abgaben auf jedes Pfund exportierten Kakaos – im Laufe der Jahre 230 Mio. Dollar angesammelt worden sind. Der Mindestpreis war aber so lächerlich niedrig angesetzt, daß aus dem Fonds noch nie ein einziges Gramm Kakao aufgekauft worden ist. Die Forderung der Produzentenländer nach Erhöhung des Mindestpreises haben die Imperialisten abgelehnt und darüber das Abkommen platzen lassen. Im letzten Herbst hat die Elfenbeinküste, mit Ghana wichtigster Produzent, den Kakaoexport vorübergehend eingestellt, um den Preis zu stützen.

Auch das internationale Kaffee-Abkommen haben die Imperialisten praktisch zum Platzen gebracht. Die lateinamerikanischen kaffeeproduzierenden Länder haben daraufhin aus eigenen Mitteln einen Fonds von 500 Mio. Dollar gebildet, der an den Warenbörsen zur Preisstützung eingreift. Den Fall der Preise haben sie trotzdem nur bremsen, nicht aufhalten können.

Auf der UNCTAD-Konferenz 1979 in Manila haben die Imperialisten einer Resolution zustimmen müssen, nach der die Preisspannen in den Rohstoffabkommen regelmäßig „unter Berücksichtigung u.a. der Preisbewegungen für importierte Industrieprodukte“ revidiert werden sollen. Zur Einhaltung dieser Verpflichtung müssen sie gezwungen werden.

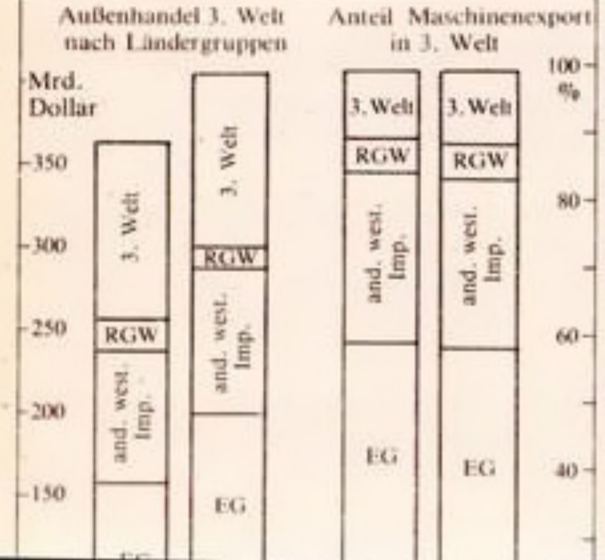
Über den ungleichen Tausch von Rohstoffen gegen Industrieprodukte rauben die Imperialisten den Ländern der Dritten Welt fortwährend die zum Aufbau einer nationalen Wirtschaft nötigen Ressourcen. Allein 1979 ist daher die Verschuldung der Dritten Welt um 47 Mrd. Dollar auf 335 Mrd. Dollar gestiegen, das ist mehr als ihr gesamter Jahresexport in imperialistische Länder (304 Mrd. Dollar). Für den Schuldendienst wird mittlerweile jährlich der Exporterlös von zwei vollen Monaten weggeplündert. Die „Gruppe der 77“ fordert dagegen die Streichung wenigstens eines Teils der Schulden und Reform des Internationalen Währungsfonds, während die Imperialisten sich bestenfalls zur Streichung von Schulden der allerärmsten Länder, verbunden mit allerlei Erpressungen, bereitfinden wollen.

Wie aus Schaubild 3 zu ersehen ist, nehmen die BRD-Imperialisten im Vergleich zu ihren Hauptkonkurrenten bei der Verschlechterung der Austauschverhältnisse zuungunsten der Dritten Welt eine wahre Weltmeisterstellung ein. Die Abwertung des Dollars, in dem die meisten Rohstoffpreise ausgedrückt werden, hat ihnen dabei geholfen. Insofern hat die Dollaraggression das Bündnis mit der Supermacht profitlich „gefestigt“.

Um so bemerkenswerter ist, daß die EG-Imperialisten ihren Anteil am Maschinenexport (wie auch am Gesamtexport) in die Dritte Welt auf Kosten der USA ausdehnen konnten (Schaubild 1). Nach wie vor konzentriert diese Supermacht aber ein Fünftel des gesamten Außenhandels der Länder der Dritten Welt auf sich allein. Das relative Gewicht dieses Handels im Gesamtaußenhandel der USA ist zudem mit 33,8% der Exporte und 45,3% der Importe erheblich höher als bei der anderen Supermacht (19,9 und 14,6%) und bei der EG (16,6 und 18,5%). Die US-Imperialisten sind die erbittertsten Gegner der Forderungen nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung. Immer häufiger tritt dabei die andere Supermacht, die sich als „natürlichen Verbündeten“ der Dritten Welt ausgibt, bei internationalen Verhandlungen wie kürzlich über den Gemeinsamen Fonds direkt an der Seite der USA auf.

Der Anteil der Sozialimperialisten und ihrer Verbündeten an den ungleichen Austauschbeziehungen mit den Ländern der Dritten Welt erscheint gering. Tatsächlich konzentriert er sich auf einige wenige Länder. Allein auf Kuba, Indien und Irak entfielen 1979 47% des gesamten Außenhandels der Sowjetunion mit der Dritten Welt. Um das Ausmaß der Plünderung dabei zu verschleiern, wirft die sowjetische Außenhandelsstatistik in allen Tabellen, die Rückschlüsse auf die Austauschverhältnisse zulassen würden, die westlichen Imperialisten und die Länder der Dritten Welt zusammen.

Auf der UNO-Generalversammlung fordern die Länder der Dritten Welt vertraglich gesicherte Verpflichtungen der Imperialisten. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie ist dagegen. Die Arbeiterklasse kann dazu beitragen, sie zu zwingen.



Gewerkschaften unterstützen australische Aboriginals im Kampf um Landrechte

z.mat.Sydney. In dieser Woche ist eine Delegation der National Aboriginal Conference, der gewählten Vertretung der australischen Aboriginals, in Genf, um bei den Vereinten Nationen Unterstützung zu erhalten für den Kampf gegen die Plünderung ihres Landes. Brennpunkt der Auseinandersetzung ist der entschlossene Kampf der Yungngora gegen Ölbohrungen in Noonkanbah, der die Unterstützung der gesamten Gewerkschaftsbewegung gewonnen hat. Das Gesetz, das den Imperialisten das Recht auf Abbau von Mineralien in Aboriginalland gibt, haben die Aboriginals trotz jahrzehntelangem Kampf nicht beseitigen können, doch mußten die Regierungen den Schutz der heiligen Stätten vor Eingriffen zugestehen. Das Recht festzustellen, was eine heilige Stätte ist, übertrugen sie den Einrichtungen ihres Staates. Die wachsende Unterstützung des Kampfes der Aboriginals hat dieses Instrument aber stumpf gemacht: Das westaustralische Museum hat den Bohrplatz in Noonkanbah als heilige Stätte ausgewiesen.

Die Yungngora, die Noonkanbah seit 1976 als Viehfarm betreiben, kämpfen gegen Mineralienabbau auf ihrem Land, weil er ihre Existenzgrundlage zerstören würde. Als vorläufigen Schritt fordern sie ein dreijähriges Moratorium und den Schutz der heiligen Stätten. Die Imperialisten sind entschlossen, auch dieses Recht wieder zu beseitigen. Nachdem der US-Konzern AMAX sein Bohrgerät am 3. April unter dem Druck des Widerstands zurückgezogen hatte, hat die Regierung Westaustraliens es jetzt am 10. August nachts um 2 Uhr in Perth auf 33 Lastzüge mit falschen Nummernschildern laden und unter Polizeischutz die 2200 km nach Noonkanbah fahren lassen. Mehrere Straßensperren der Aboriginals und der Gewerkschaften wurden gewaltsam aufgelöst, Hunderte verhaftet. Als der Konvoi nach drei Tagen am Ziel ankam, fand sich kein AMAX-Arbeiter, der bereit war, das Gerät zu bedienen. Der Gewerkschaftsbund ACTU hat einen Boykott über die Bohrstelle verhängt, bis eine vollständige Aufnahme aller heiligen Stätten von Noonkanbah vorliegt. Heute (Freitag, 29.8.) hat die Regierung die Bohrungen durch eine von ihr gegründete Firma aufnehmen lassen. Eine Stellungnahme von ACTU dazu lag wenige Stunden nach Bohrbeginn noch nicht vor.



menden Jahr sollen darüber globale Verhandlungen beginnen. Die wichtigsten, bereits 1974 im „Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung“ von der UNO verabschiedeten Forderungen der Länder der Dritten Welt sind unverändert. Die Fortschritte bei der Durchsetzung dieser Forderungen sind höchst beschränkt, und soweit überhaupt welche gemacht wurden, dann nur auf Grund der selbständigen Zusammenarbeit der Länder der Dritten Welt.

Schaubild 2 zeigt die Entwicklung des vom IWF berechneten Rohstoffpreisindex und der Preise von 15 der 18 im Integrierten Rohstoffprogramm der UNCTAD vorgesehenen Rohstoffe, jeweils gemessen an den Exportpreisen für Maschinen der wichtigsten westlichen imperialistischen Länder. Die

gen sind. Die restlichen 280 Mio. Dollar sind „freiwillig“, und beide Supermächte haben bereits angekündigt, daß sie *nichts* zahlen werden. Immerhin konnten die Länder der Dritten Welt erreichen, daß das Stimmrecht sich erstmals nicht nach den Einzahlungen richtet und sie selbst über 50% der Stimmen verfügen.

Von den einzelnen Rohstoffabkommen, die aus dem Fonds finanziert werden sollen, sind bislang nur drei zustandegekommen: für Zucker, Kautschuk und Zinn. Nur im Kautschukabkommen konnten die Imperialisten verpflichtet werden, wenigstens die Hälfte der Mittel für die Ausgleichslager selbst aufzubringen. Auch dort haben die imperialistischen Verbraucherländer aber einen Schwellenpreis, ab dem die Ausgleichslager zur Preisstützung Kautschuk aufkaufen, durchset-

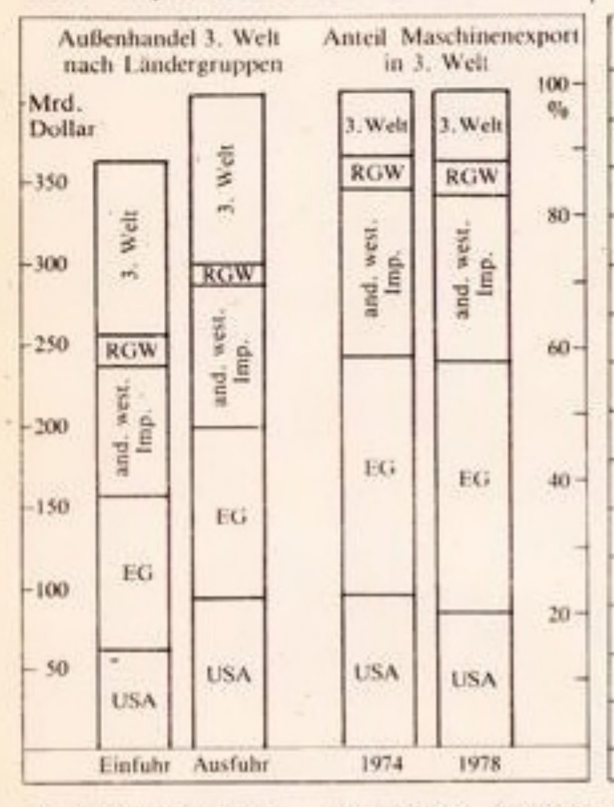
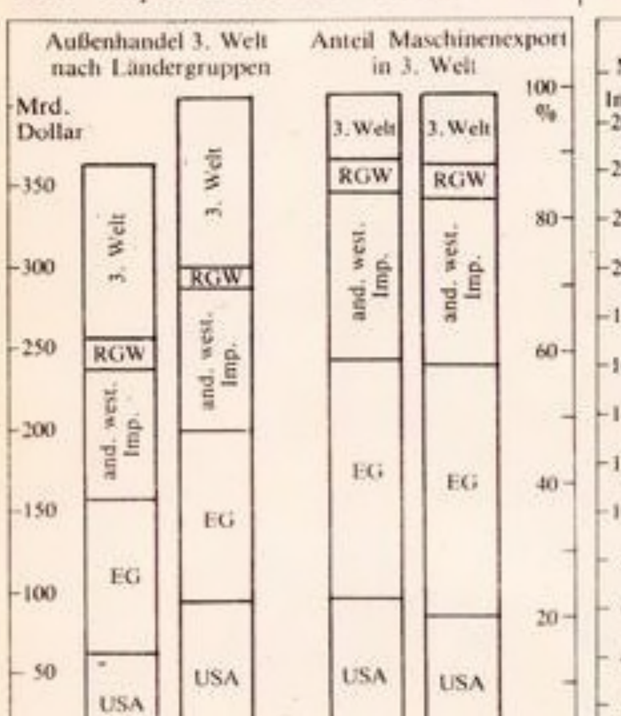
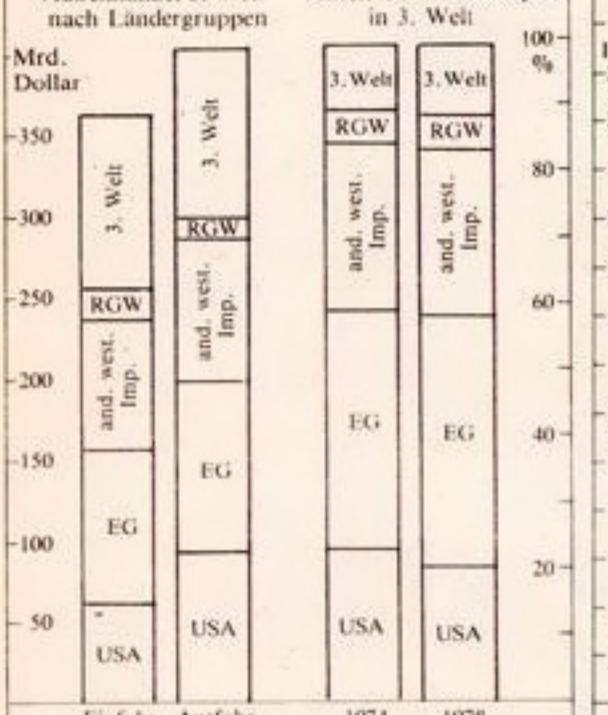
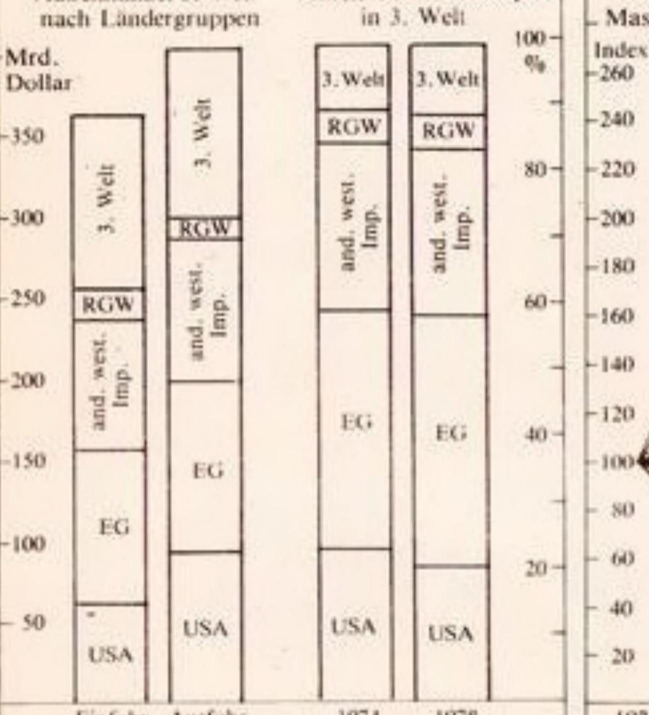
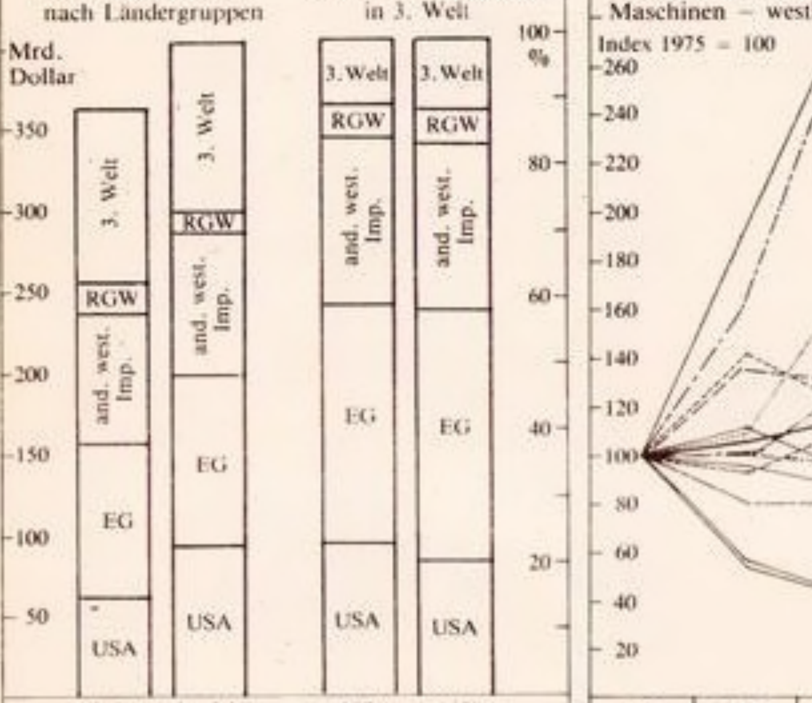
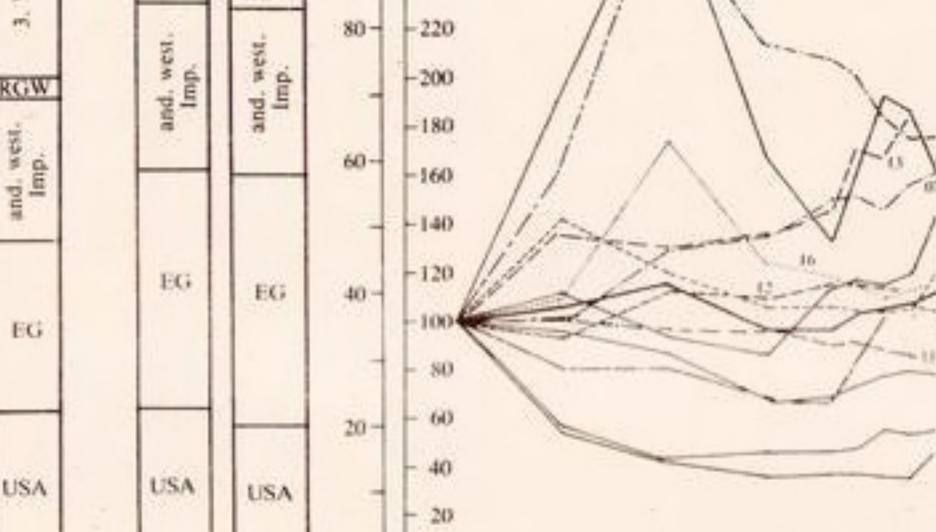
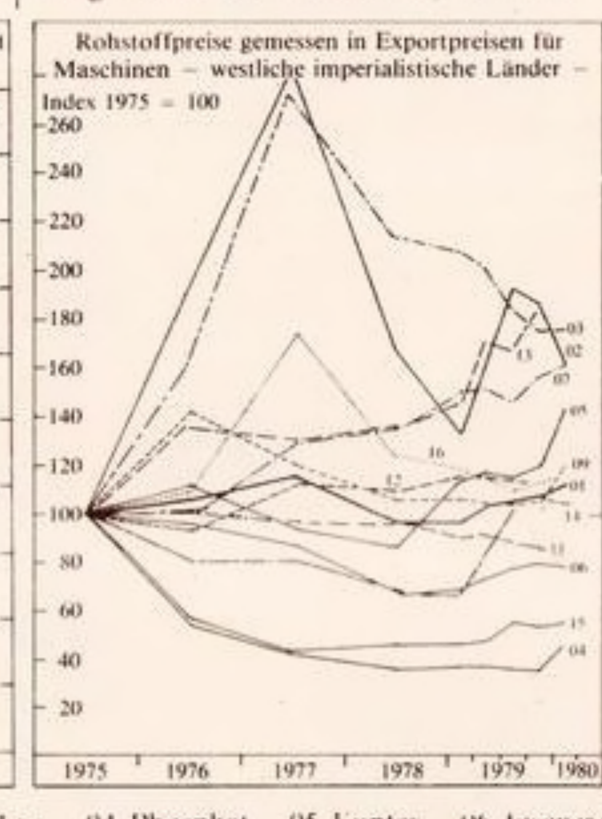
abkommen regelmäßig „unter Berücksichtigung u.a. der Preisbewegungen für importierte Industrieprodukte“ revidiert werden sollen. Zur Einhaltung dieser Verpflichtung müssen sie gezwungen werden.

Über den ungleichen Tausch von Rohstoffen gegen Industrieprodukte rauben die Imperialisten den Ländern der Dritten Welt fortwährend die zum Aufbau einer nationalen Wirtschaft nötigen Ressourcen. Allein 1979 ist daher die Verschuldung der Dritten Welt um 47 Mrd. Dollar auf 335 Mrd. Dollar gestiegen, das ist mehr als ihr gesamter Jahresexport in imperialistische Länder (304 Mrd. Dollar). Für den Schuldendienst wird mittlerweile jährlich der Exporterlös von zwei vollen Monaten weggeplündert. Die „Gruppe der 77“ fordert dagegen die Streichung wenigstens eines Teils der Schulden

Delegation der National Aboriginal Conference, der gewählten Vertretung der australischen Aboriginals, in Genf, um bei den Vereinten Nationen Unterstützung zu erhalten für den Kampf gegen die Plünderung ihres Landes. Brennpunkt der Auseinandersetzung ist der entschlossene Kampf der Yungngora gegen Ölbohrungen in Noonkanbah, der die Unterstützung der gesamten Gewerkschaftsbewegung gewonnen hat. Das Gesetz, das den Imperialisten das Recht auf Abbau von Mineralien in Aboriginalland gibt, haben die Aboriginals trotz jahrzehntelangem Kampf nicht beseitigen können, doch mußten die Regierungen den Schutz der heiligen Stätten vor Eingriffen zugestehen. Das Recht festzustellen, was eine heilige Stätte ist, übertrugen sie den Einrichtungen ihres Staates. Die wachsende Unterstützung des Kampfes der Aboriginals hat dieses Instrument aber stumpf gemacht: Das westaustralische Museum hat den Bohrplatz in Noonkanbah als heilige Stätte ausgewiesen.

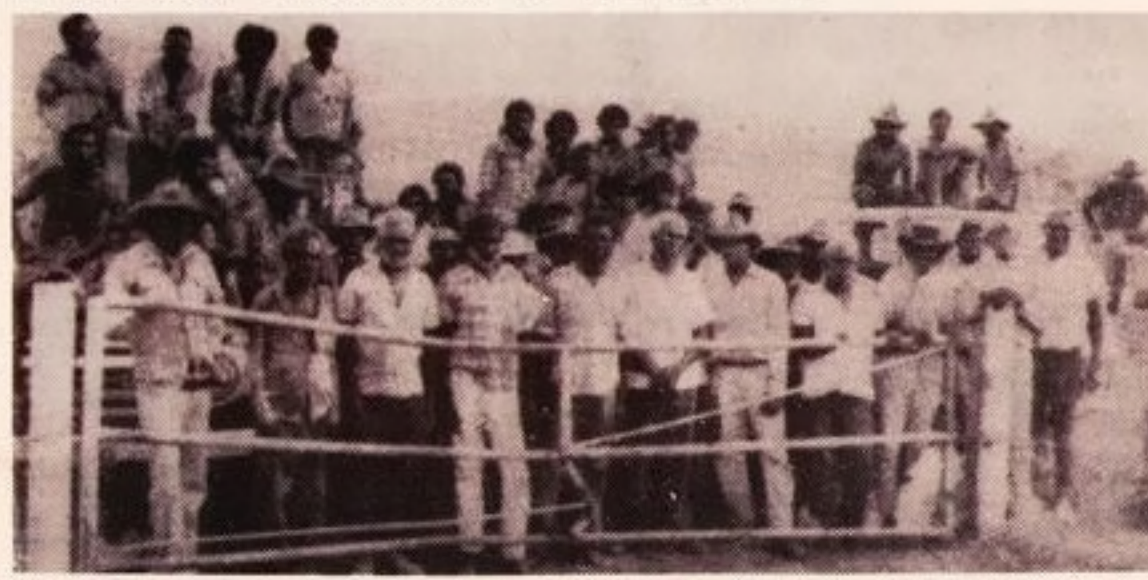
Die Yungngora, die Noonkanbah seit 1976 als Viehfarm betreiben, kämpfen gegen Mineralienabbau auf

grundlage zerstören würde. Als vorläufigen Schritt fordern sie ein dreijähriges Moratorium und den Schutz der heiligen Stätten. Die Imperialisten sind entschlossen, auch dieses Recht wieder zu beseitigen. Nachdem der US-Konzern AMAX sein Bohrgerät am 3. April unter dem Druck des Widerstands zurückgezogen hatte, hat die Regierung Westaustraliens es jetzt am 10. August nachts um 2 Uhr in Perth auf 33 Lastzüge mit falschen Nummernschildern laden und unter Polizeischutz die 2200 km nach Noonkanbah fahren lassen. Mehrere Straßensperren der Aboriginals und der Gewerkschaften wurden gewaltsam aufgelöst, Hunderte verhaftet. Als der Konvoi nach drei Tagen am Ziel ankam, fand sich kein AMAX-Arbeiter, der bereit war, das Gerät zu bedienen. Der Gewerkschaftsbund ACTU hat einen Boykott über die Bohrstelle verhängt, bis eine vollständige Aufnahme aller heiligen Stätten von Noonkanbah vorliegt. Heute (Freitag, 29.8.) hat die Regierung die Bohrungen durch eine von ihr gegründete Firma aufnehmen lassen. Eine Stellungnahme von ACTU dazu lag wenige Stunden nach Bohrbeginn noch nicht vor.

01 Rohstoffe insges., 02 Kaffee, 03 Kakao, 04 Phosphat, 05 Kupfer, 06 Eisenerz, 07 Zinn, 08 Bananen, 09 Baumwolle, 10 Jute, 11 Mangan, 12 Palmöl, 13 Kautschuk, 14 Sisal, 15 Zucker, 16 Tee

RGW, ohne Kuba und Vietnam. Quellen: UNO, Monthly Bulletin of Statistics. IWF, International Financial Statistics.



Yungngora versperren Amax die Einfahrt zu Noonkabah, März 1980

be ich die Polizisten und Offiziere bestraft, die in Cannes das schlechte Beispiel von Ungehorsam gegeben haben.“ Der Ungehorsam besteht in der Ausübung gewerkschaftlicher Rechte in dieser paramilitärischen Polizeieinheit; den Zusammenschluß dafür unterdrückt die Bourgeoisie scharf. Die Polizisten sind es leid, immer „zum Prügeln“ in die vorderste Linie geschickt zu werden und von der Regierung benutzt zu werden „für den Schutz der besonderen Interessen des Kapitals und um die sozialen Konflikte zu unterdrücken“ (Flugblatt), wie jetzt gerade beim Einsatz gegen die Fischer oder jüngst bei Renault-Billancourt. Ihre offizielle Aufgabe ist der Personen- und Objektschutz.

Betrügerische Steuersenkungsprogramme vor den US-Wahlen

z.rül. Knapp zwei Monate vor den Präsidentschaftswahlen am 4.11. hat die US-Finanzbourgeoisie die Kandidaten für die Präsidentschaft für wuchtige Steuererleichterungen zu ihren Gunsten und betrügerische Steuer„senkungs“programme für die Volksmassen auf Trab gebracht. Bereits Ende Juni hatte Reagan sein Programm vorgelegt: Senkung der Steuern auf Kapital und Vermögen, drastische Abschreibungserleichterungen und eine „Senkung“ der Einkommenssteuer, die vor allem Bezieher von Einkommen über 30000 $ im Jahr entlastet (s. KVZ 28, S.15). Ende letzter Woche folgte dann Carter mit seinem Programm „Für die Re-Industrialisierung Amerikas“. Alle Einkommenssteuerzahler sollen die bereits beschlossene Erhöhung der Sozialversicherungssteuern von ihrer Einkommensteuer abziehen können. Das zielt stärker als der Reagan-Vorschlag auf die unteren Lohneinkommensgruppen, aber: Die elendesten Teile der Volksmassen, die gar keine Einkommenssteuer zahlen, bekommen keinen Pfennig zurück! Die Kapitalisten dagegen sollen 14 Mrd. $ Steuersenkungen bekommen: Durch Erhöhung der Abschreibungsmöglichkeiten um 40%, Steuernachlässe bei Investitionen in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit und für Ausgaben in Forschung und Entwicklung. Zusätzlich sollen für 3,6 Mrd. $ Zwangsarbeitsprogramme fortgesetzt und staatliche Infrastrukturprogramme beschleunigt werden. Der angebliche Steuer„nachlaß“ für die Volksmassen: 13 Mrd. $. Tatsächlich würde dadurch der Steuer*zuwachs* für die Volksmassen nach den bisherigen Schätzungen lediglich von plus 86 Mrd. $ auf plus 73 Mrd. $ vermindert.

Maßnahmen Mauretaniens und der DARS gegen Raubfischerei

z.pel. Der mauretanische Ministerrat hat Mitte August beschlossen, alle innerhalb der 200 Meilenzone vor Mauretaniens Küsten angetroffenen, illegal fischenden Schiffe zu konfiszieren. Er hat damit die Konsequenzen aus der andauernden Raubfischerei gezogen. Allein in den letzten vier Wochen sind mehrere spanische Fischereischiffe bei illegalem Fischfang aufgebracht worden. Schon vor zwei Jahren hatte die mauretanische Regierung wegen der übermäßigen Ausplünderung der nationalen Fischressourcen das Fischen gegen Lizenzgebühren abgeschafft und den betroffenen Staaten bzw. Kapitalisten angeboten, sich an der Gründung von gemischten Gesellschaften zu beteiligen, denen der Fischfang wie die Verarbeitung der Meeresprodukte Mauretaniens übertragen werden sollte. Die Reeder der spanischen Hochseefangflotte, die hauptsächlich auf den Kanarischen Inseln gegenüber dem Territorium der Demokratischen Arabischen Republik Sahara stationiert ist, lehnten ab und setzten die Raubfischerei fort. Vor drei Monaten nahm die FPolisario die Besatzung eines in den Hoheitsgewässern der DARS fischenden spanischen Schiffes gefangen. Bis heute verweigert die spanische Regierung formelle Verhandlungen über deren Freilassung und bestreitet weiter die nationale Souveränität des saharauischen Volkes.

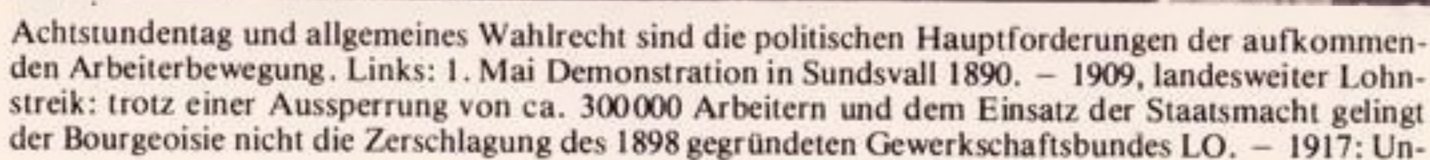
Kampf gegen 11% Inselzuschlag für Strom in Schottland

z.mif.London. Seit April verlangen die Nordschottischen Elektrizitätswerke von den Inselbewohnern Schottlands 11% mehr für den Strom. Die Begründung: Der Strom werde auf den Inseln mit Dieselgeneratoren produziert und sei daher teurer. Der Vorsitzende der Elektrizitätswerke, Lord Kirkhill, der für seine als Nebenbeschäftigung honorierte Tätigkeit jährlich 8545 Pfund (über 34000 DM) einstreicht, erklärte zur Begründung: Dies sei „eine Kostenbotschaft an die Verbraucher, um ihnen die Notwendigkeit sparsamen Umgangs (mit dem Strom) zu verdeutlichen“. Die Inseln Orkney und Shetland, die nördlich der nordöstlichen Spitze Schottlands liegen, haben zusammen etwa 40000 Einwohner. Die Hebriden mit etwa 30000 Einwohnern sind westlich des schottischen Hochlands gelegen. Die Arbeiter, Bauern und Fischer dieser Inseln kämpfen dagegen, daß über den Strompreis ihr Lebensstandard weiter gedrückt wird. Ohnehin müssen sie höhere Preise für die Waren vom Festland zahlen, erhalten aber keine höheren Löhne oder Preise für ihre Produkte. Den 11%-Zuschlag zahlt niemand. Auch die Krankenhäuser und die Bezirksverwaltung der Shetland-Inseln haben sich der Zahlungsverweigerung angeschlossen. Die Abgeordneten der beiden Wahlkreise Orkney/Shetland und Hebriden, Mitglieder der Labour-Partei bzw. der Schottischen Nationalistischen Partei, unterstützen den Kampf und empfehlen ebenfalls Nichtzahlung. Letzten Freitag mußten die Elektrizitätswerke nachgeben und den Zuschlag zurücknehmen.



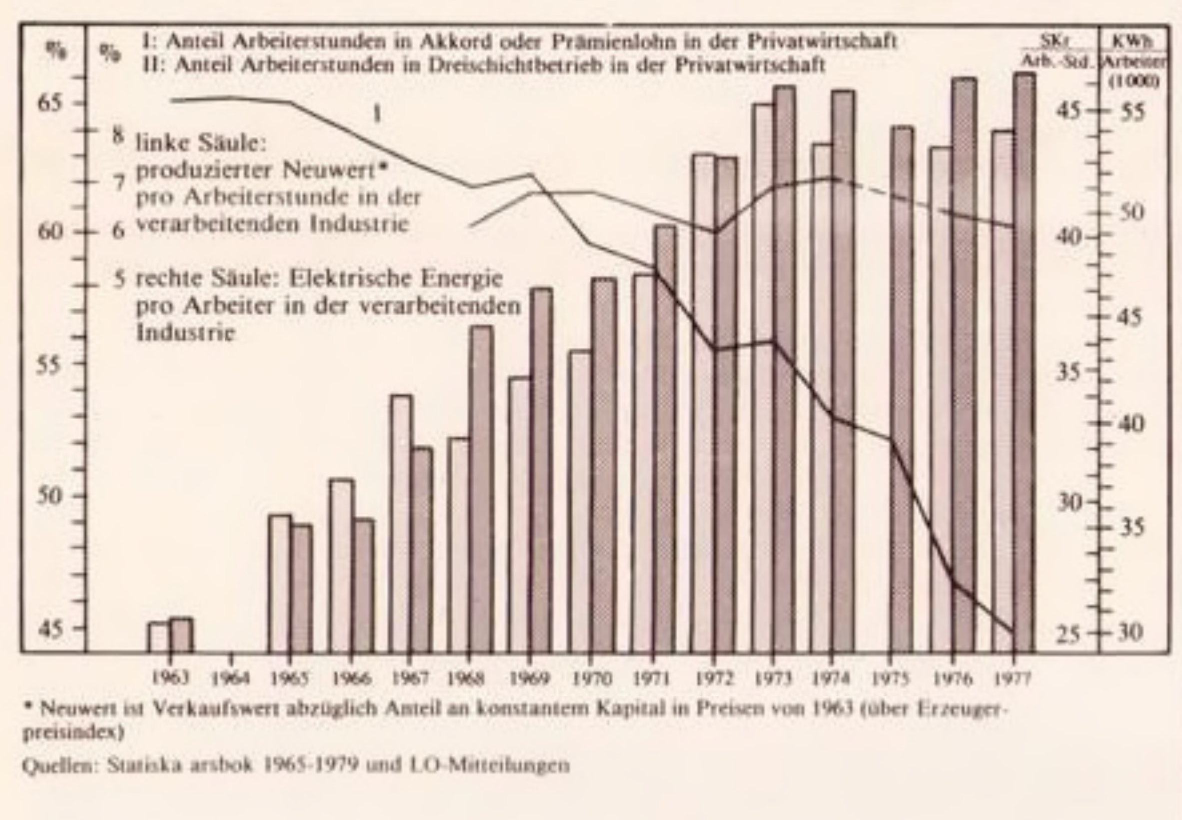





Achtstundentag und allgemeines Wahlrecht sind die politischen Hauptforderungen der aufkommenden Arbeiterbewegung. Links: 1. Mai Demonstration in Sundsvall 1890. – 1909, landesweiter Lohnstreik: trotz einer Aussperrung von ca. 300000 Arbeitern und dem Einsatz der Staatsmacht gelingt der Bourgeoisie nicht die Zerschlagung des 1898 gegründeten Gewerkschaftsbundes LO. – 1917: Unter dem Eindruck der Oktoverrevolution und angesichts wachsenden Elends brechen revolutionäre Kämpfe aus: Hungerrevolten, Soldaten schließen sich an, Bildung von Soldaten- und Arbeiterkomitees, Abspaltung der linkssozialdemokratischen Partei, die 1921 die Schwedische Kommunistische Partei (SKP) gründet. 1919 wird der Achtstundentag und das allgemeine Wahlrecht durchgesetzt. –

% 75 70 65 60 55 50 45 40 35 30 25
Anteil Frauen (16-64 Jahre) in Lohnarbeit
Anteil Lohnabhängige an Gesamtbevölkerung
Säulen: Anteil Frauen mit Kindern unter 17 Jahren in Lohnarbeit
Anteil Frauen (16-64 Jahre) in Teilzeitarbeit*
1967 1968 1969 1970 1971 1972 1973 1974 1975 1976 1977

* Für 1971 und 1972 keine Daten
Quellen: Siffror om män och krinnor 1979, nämnden för jämställdhet i arbetslivet; statistiska arsbok 1965-1975



* Neuwert ist Verkaufswert abzüglich Anteil an konstantem Kapital in Preisen von 1963 (über Erzeugerpreisindex)
Quellen: Statiska arsbok 1965-1979 und LO-Mitteilungen

Die Arbeiterbewegung Schwedens muß jetzt um die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen kämpfen

z.coi.Stockholm. Der imperialistische Glanz noch gar nicht so lang vergangener Tage strahlt nur noch matt. Der schwedische Imperialismus, noch 1970 mit 2,5% am Welt-Kapitalexport (gleichauf mit Japan) und hohen Warenexportüberschüssen zwar relativ klein, aber schlagkräftig, hat in den letzten Jahren ein steigendes Handelsbilanzdefizit aufzuweisen gehabt und ist in seiner Bedeutung als Kapitalexporteur zurückgefallen. Der Staatsapparat ist mit 205 Mrd. Skr. verschuldet, mit 36 Mrd. Skr. davon bei den größeren Imperialisten.

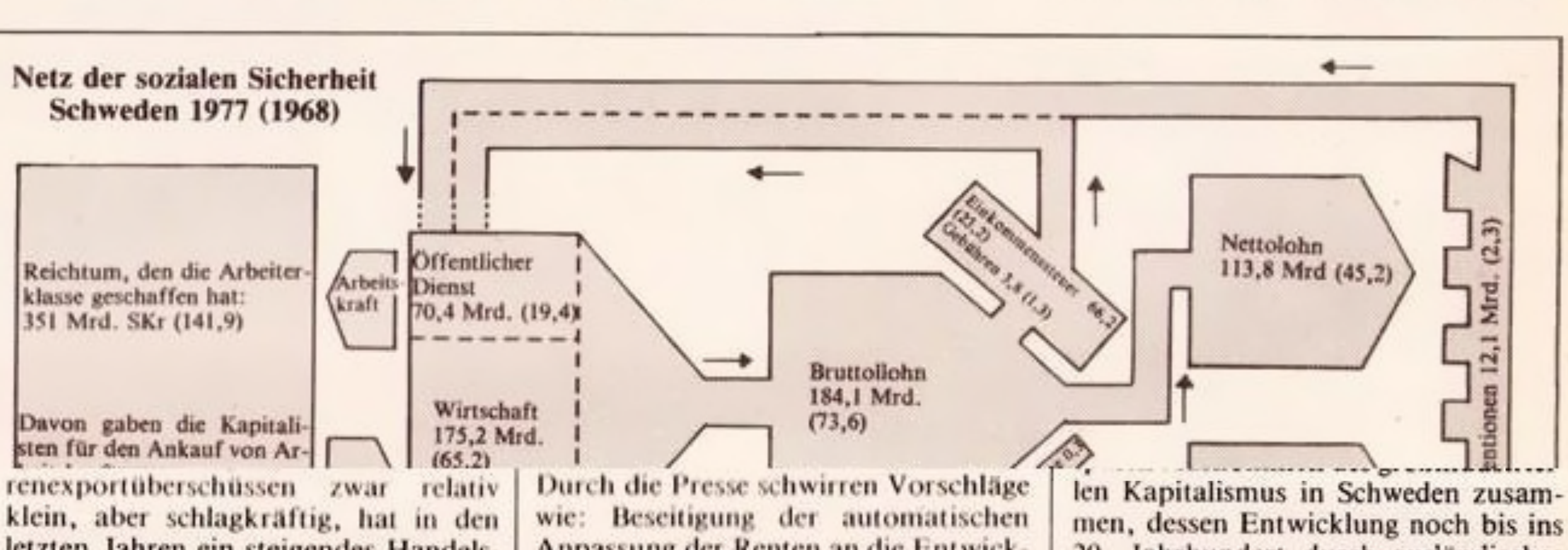
Angesichts dieser Lage erklärte jetzt Staatsminister Fälldin, das schwedische Volk konsumiere zuviel im Verhältnis zu dem, was es produziere. Es käme jetzt darauf an, die Konsumtion zu drosseln und die Produktion zu steigern. Als ersten Schritt hat die Regierung eine Mehrwertsteuererhöhung auf 23,46% sowie die Erhöhung der Alkohol-, Tabak-, Benzin- und Heizölsteuer beschlossen, so daß im Ergebnis 5 Mrd. Skr. aus Lohn mehr in den Fängen des Staates hängen bleiben sollen.

Zwecks Spaltung wird das Kindergeld um 200 Skr. auf 3000 Skr. jährlich erhöht. Für Oktober hat die Regierung ein Sparprogramm zur „Dämpfung der kollektiven Konsumtion" um mindestens 7 Mrd. Skr. angekündigt. Durch die Presse schwirren Vorschläge wie: Beseitigung der automatischen Anpassung der Renten an die Entwicklung des Konsumentenpreisindex; Senkung der Nahrungsmittelsubventionen sowie des Wohngeldes; und Erhöhung der Abgaben für Arztbesuche sowie Medikamente. Im Gespräch ist, die Auszahlung des Krankengeldes in der ersten Krankheitswoche den Kapitalisten zu übertragen und damit gleichzeitig das Kontrollrecht über die kranken Arbeiter. Das soll den Krankenstand senken und 2 Mrd. hergeben.

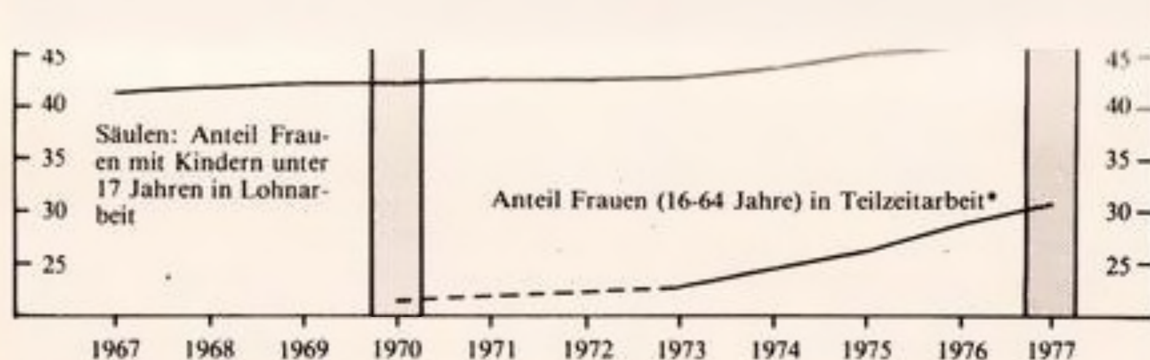
Mit diesen Lohnsenkungen sowie der Unterhöhlung des Sozialversicherungsschutzes will die Regierung Ausbeutungsschranken, die die schwedische Arbeiterklasse in jahrzehntelangen Kämpfen errichtet hat, einreißen und der Finanzbourgeoisie den Zugriff auf Sozialversicherungsgelder sowie Lohnsteuergelder erweitern.

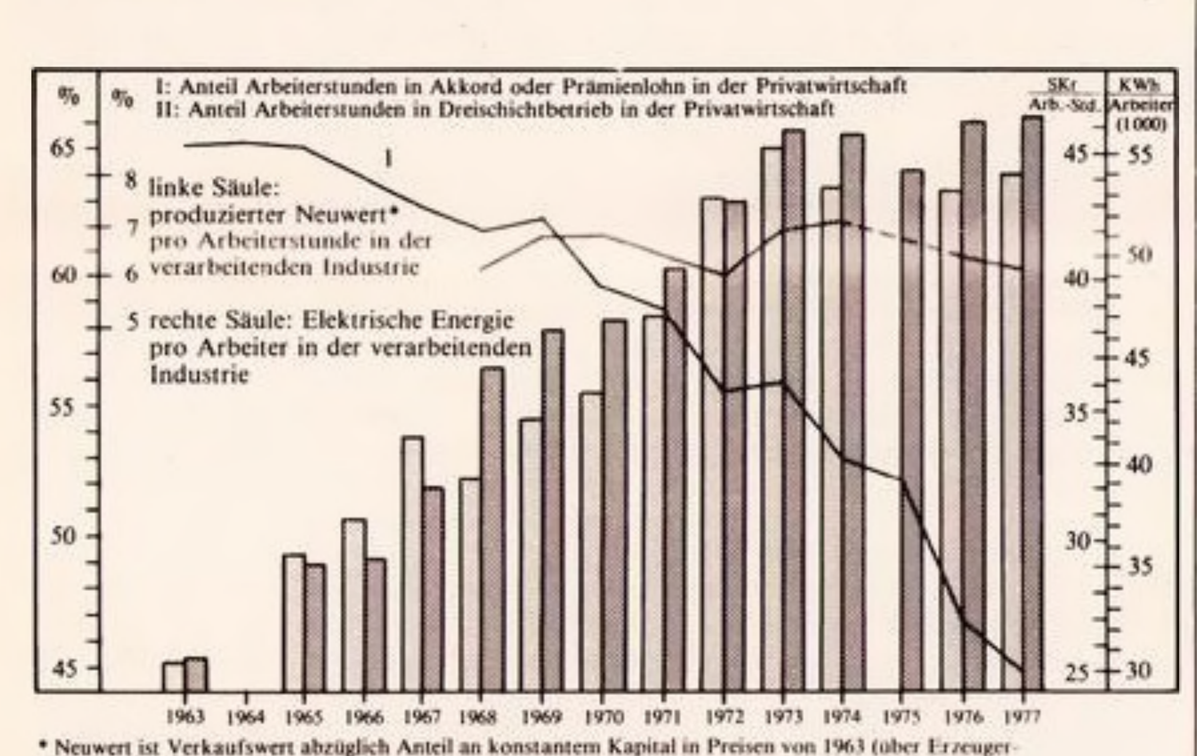
Noch bis gegen Ende des vorigen Jahrhunderts wurden die schwedischen Arbeiter in ihrer rechtlosen und sozial verelendeten Lage mit denen Rußlands verglichen. Dies hing mit dem relativ späten Aufkommen des großindustriellen Kapitalismus in Schweden zusammen, dessen Entwicklung noch bis ins 20. Jahrhundert durch ausländisches Kapital, vornehmlich im Bereich der Eisenproduktion und der Holzverarbeitung, vorangetrieben wurde. 1889 bildete sich die Schwedische Sozialdemokratische Arbeiterpartei, SAP, eine revolutionäre Partei, deren 1897 verabschiedetes Programm im wesentlichen eine Übersetzung des Erfurter Programms der SPD ist. 1898 schließen sich auf Initiative der SAP die sozialdemokratischen Gewerkschaften zur LO zusammen, die sich nach anfänglichen Rückschlägen doch kontinuierlich bis heute zu einer mächtigen Einheitsgewerkschaft unter der nie ernstlich gefährdeten Hegemonie der Sozialdemokratie entwickelt hat.

Der Kampf für Arbeiterschutzrechte sowie für Sozialversicherungen bildet



Säulen: Anteil Frauen mit Kindern unter 17 Jahren in Lohnarbeit
Anteil Frauen (16-64 Jahre) in Teilzeitarbeit*
1967 1968 1969 1970 1971 1972 1973 1974 1975 1976 1977


* Für 1971 und 1972 keine Daten
Quellen: Siffror om män och krinnor 1979, nämnden för jämställdhet i arbetslivet; statistiska arsbok 1965-1975


* Neuwert ist Verkaufswert abzüglich Anteil an konstantem Kapital in Preisen von 1963 (über Erzeugerpreisindex)
Quellen: Statiska arsbok 1965-1979 und LO-Mitteilungen

renexportüberschüssen zwar relativ klein, aber schlagkräftig, hat in den letzten Jahren ein steigendes Handelsbilanzdefizit aufzuweisen gehabt und ist in seiner Bedeutung als Kapitalexporteur zurückgefallen. Der Staatsapparat ist mit 205 Mrd. Skr. verschuldet, mit 36 Mrd. Skr. davon bei den größeren Imperialisten.

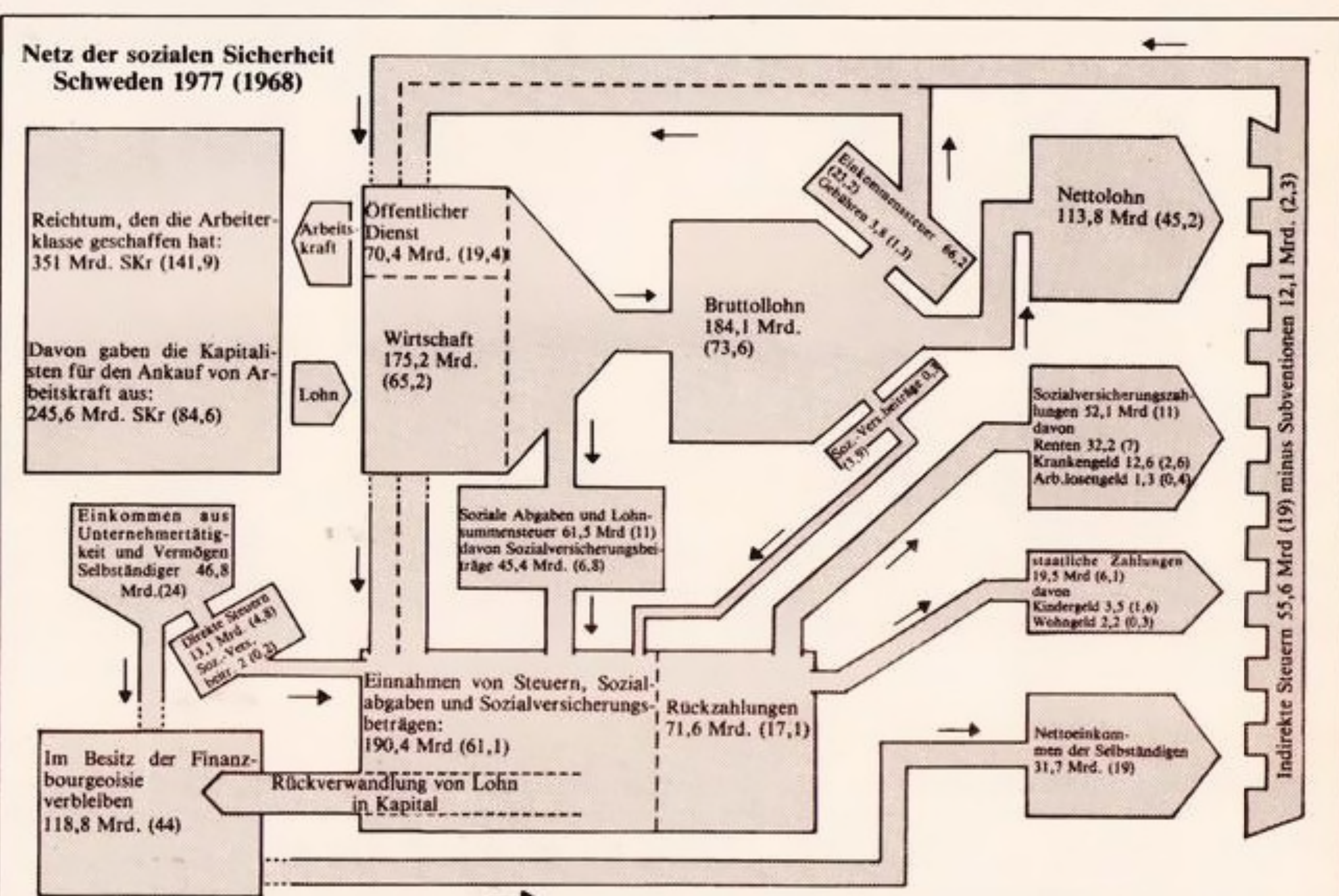
Angesichts dieser Lage erklärte jetzt Staatsminister Fälldin, das schwedische Volk konsumiere zuviel im Verhältnis zu dem, was es produziere. Es käme jetzt darauf an, die Konsumtion zu drosseln und die Produktion zu steigern. Als ersten Schritt hat die Regierung eine Mehrwertsteuererhöhung auf 23,46% sowie die Erhöhung der Alkohol-, Tabak-, Benzin- und Heizölsteuer beschlossen, so daß im Ergebnis 5 Mrd. Skr. aus Lohn mehr in den Fängen des Staates hängen bleiben sollen.

Durch die Presse schwirren Vorschläge wie: Beseitigung der automatischen Anpassung der Renten an die Entwicklung des Konsumentenpreisindex; Senkung der Nahrungsmittelsubventionen sowie des Wohngeldes; und Erhöhung der Abgaben für Arztbesuche sowie Medikamente. Im Gespräch ist, die Auszahlung des Krankengeldes in der ersten Krankheitswoche den Kapitalisten zu übertragen und damit gleichzeitig das Kontrollrecht über die kranken Arbeiter. Das soll den Krankenstand senken und 2 Mrd. hergeben.

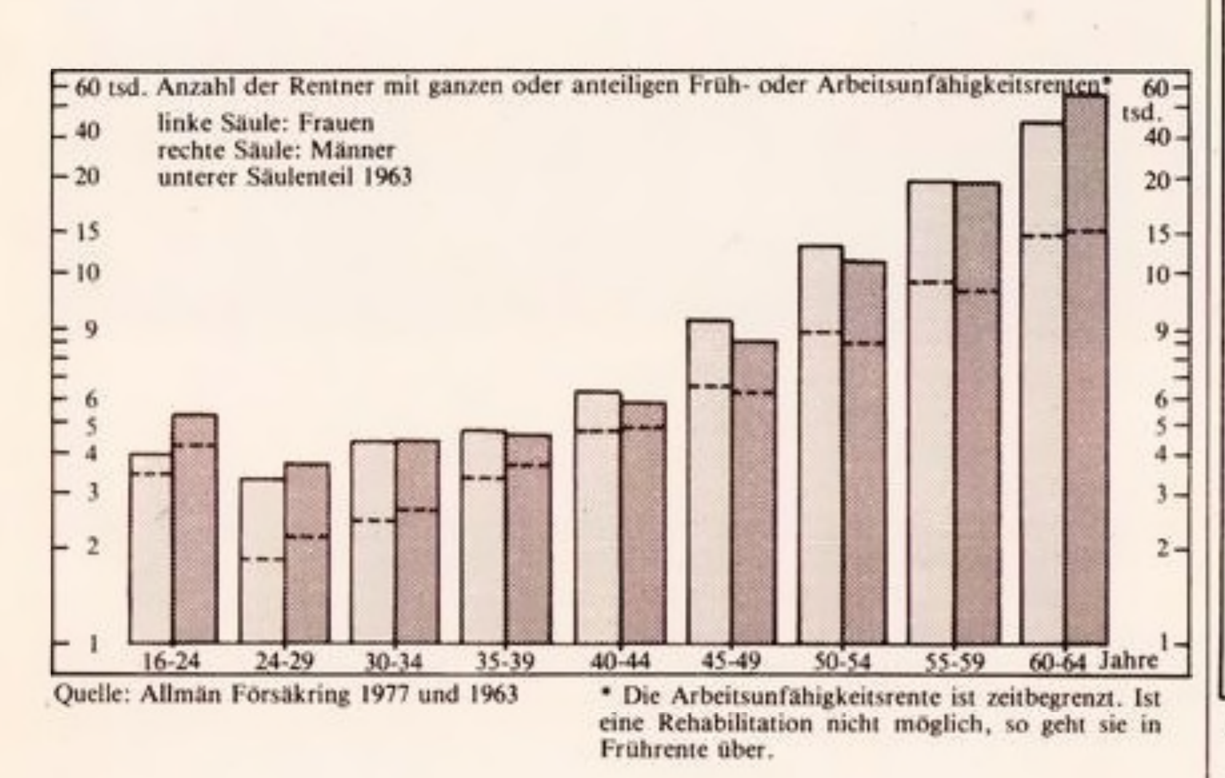
Mit diesen Lohnsenkungen sowie der Unterhöhlung des Sozialversicherungsschutzes will die Regierung Ausbeutungsschranken, die die schwedische Arbeiterklasse in jahrzehntelangen Kämpfen errichtet hat, einreißen und der Finanzbourgeoisie den Zugriff auf Sozialversicherungsgelder sowie Lohnsteuergelder erweitern.

len Kapitalismus in Schweden zusammen, dessen Entwicklung noch bis ins 20. Jahrhundert durch ausländisches Kapital, vornehmlich im Bereich der Eisenproduktion und der Holzverarbeitung, vorangetrieben wurde. 1889 bildete sich die Schwedische Sozialdemokratische Arbeiterpartei, SAP, eine revolutionäre Partei, deren 1897 verabschiedetes Programm im wesentlichen eine Übersetzung des Erfurter Programms der SPD ist. 1898 schließen sich auf Initiative der SAP die sozialdemokratischen Gewerkschaften zur LO zusammen, die sich nach anfänglichen Rückschlägen doch kontinuierlich bis heute zu einer mächtigen Einheitsgewerkschaft unter der nie ernstlich gefährdeten Hegemonie der Sozialdemokratie entwickelt hat.

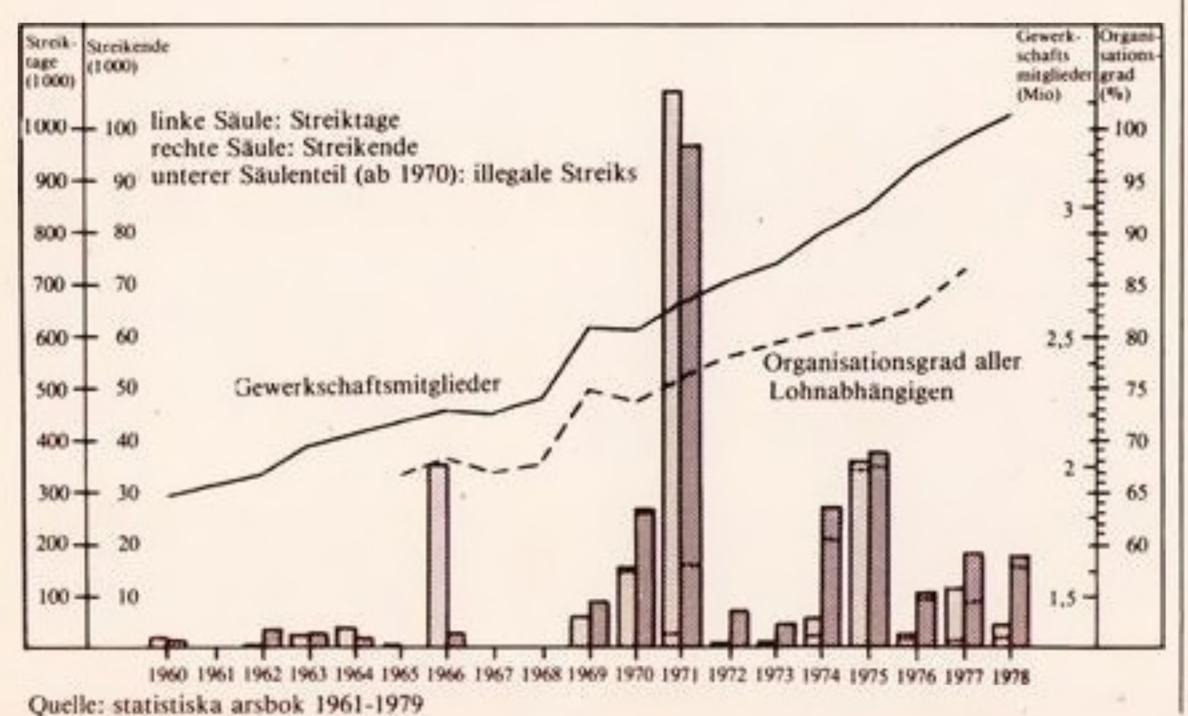
Der Kampf für Arbeiterschutzrechte sowie für Sozialversicherungen bildet



Quellen: Sveriges officiella statistik, statistisk arsbok 1979, 1970; statistiska meddelanden N 1978: 8.4; riksskatteverkets arsberättelse 1978/79, risksrevisionsverkets arsbok 1969



Quelle: Allmän Försäkring 1977 und 1963
* Die Arbeitsunfähigkeitsrente ist zeitbegrenzt. Ist eine Rehabilitation nicht möglich, so geht sie in Frührente über.



Quelle: statistiska arsbok 1961-1979

„Die Gewerkschaftsbewegung und die Sozialpolitik"

„Das heutige sozialpolitische System kann bis auf gewisse Ausnahmen als gut ausgebaut angesehen werden. Eine zufriedenstellende Grundsicherheit ist auf dem Gesetzgebungsweg erreicht worden. Die Ergänzungen, die auf dem Vertragswege mit STP und AGF (besondere Rentenzusatzversicherung und Zusatzkrankenversicherung für langwierige Krankheiten, d.Ü.) vor einigen Jahren gemacht worden sind, sind Schritte in die richtige Richtung ...

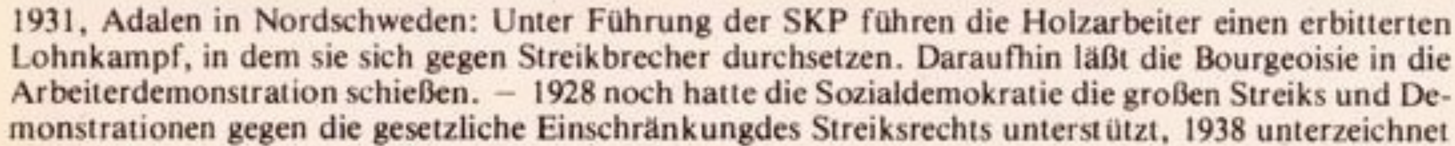
Unabhängig vom Umfang und der Ausrichtung der Vertragsversicherungen muß das Prinzip festgehalten werden, daß es die Versicherungen der Lohnabhängigen sind. In Zusammenhang mit den AP-Fonds (Fonds der gesetzlichen Zusatzversicherungen, d.Ü.) wird mit vollem Recht behauptet, daß die Fonds mit den Geldern der Lohnabhängigen aufgebaut worden sind. Es gibt keinen Anlaß, eine andere Betrachtungsweise an die Versicherungen anzulegen, die auf dem Verhandlungsweise zustande gekommen sind, und für die die Lohnabhängigen auf ähnliche Weise wie bei den AP-Fonds auf Lohnerhöhungen verzichtet haben. Somit folgt, daß die Organisationen der Mitglieder das entscheidende Bestimmungsrecht bekommen müssen über

– Versicherungsbedingungen
– Versicherungskapital
– Verwaltung.

Mit diesen Prinzipien als Grundlage muß es ein klares Recht für die Mitglieder werden, durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen über ihre tarifliche Versicherungsleistung ebenso frei zu verfügen wie über die tariflichen Lohnerhöhungen ...

Die gewerkschaftliche Vertretung in den den Versicherungskassen angegliederten Rentendelegationen ist ein Beispiel für eine bereits eingeführte Einflußnahme, die weiter verstärkt werden muß. Außerdem soll eine ähnliche Vertretung in den Vorständen der Versicherungskasse eingeführt werden, sodaß die Arbeitnehmerorganisationen lokal und regional Kontrolle über die für die Mitglieder oft sehr wichtigen Fragen ausüben können, wie es bereits jetzt zentral im Reichsversicherungswerk geschieht."

Auszüge aus dem dem LO-Kongreß 1976 vorgelegten und angenommenen Sozialpolitischen Bericht




1931, Adalen in Nordschweden: Unter Führung der SKP führen die Holzarbeiter einen erbitterten Lohnkampf, in dem sie sich gegen Streikbrecher durchsetzen. Daraufhin läßt die Bourgeoisie in die Arbeiterdemonstration schießen. – 1928 noch hatte die Sozialdemokratie die großen Streiks und Demonstrationen gegen die gesetzliche Einschränkungdes Streiksrechts unterstützt, 1938 unterzeichnet die LO-Führung das ,,Saltsjöbadabkommen", in dem sie tariflich das Streikrecht einschränkt. Unter Mißachtung dieses Abkommens beseitigen die Erzgrubenarbeiter 1970 und die Holzarbeiter 1975 in hartnäckigen und ,,illegalen" Streiks das Akkordsystem. – 1980: werden in einem landesweiten Streik trotz der Aussperrung einer Million Arbeiter Lohnerhöhungen erstreikt.

einen Schwerpunkt ihres Kampfes überhaupt. Um die Jahrhundertwende wird das Verbot der Untertagearbeit und Nachtarbeit für Frauen und Kinder durchgesetzt, und der Reichstag muß die Kapitalisten verpflichten, verunglückten Arbeitern Schadensersatz zu zahlen. 1913 beschließt der Reichstag die Einführung der Volksrente, einer staatlichen Mindestrente für jeden schwedischen Bürger. Wegen ihres elend niedrigen Niveaus hat die Arbeiterbewegung niemals aufgehört, für die Einrichtung einer Arbeiterrentenversicherung zu kämpfen, die 1960 in Form der gesetzlichen Zusatzrente auch durchgesetzt werden konnte.

Von Anfang an war die Forderung der SAP nach Arbeitersozialversicherungen bezüglich Finanzierung und Verwaltung programmatisch nicht ausgeführt. Mit der revisionistischen Entartung der Partei, die die Kräfte um Hjalmar Branting, einem der Helden der Zweiten Internationale, seit der Gründung der Partei betrieben hatten, und der damit verbundenen Versöhnung mit dem bürgerlichen Staat, ging die SAP dazu über, die Durchsetzung der Forderungen der Arbeiter immer weniger gegen den bürgerlichen Staat als vielmehr mittels des Staates erreichen zu wollen. Schwerpunkt des Kampfes wurde somit immer mehr die Jagd nach Parlamentssitzen. Die 1921 aus der Abspaltung der SAP entstandene Schwedische Kommunistische Partei SKP hat es nie vermocht, über die Führung regionaler Kämpfe hinaus die schwedische Arbeiterklasse politisch zu führen, Klärungen in programmatischen Fragen herbeizuführen und die Hegemonie der SAP zu erschüttern geschweige denn zu beseitigen.

Nach den Todesschüssen von Adalen 1931 (siehe Bilderleiste) konnte die SAP den Aufschwung der Arbeiterbewegung erneut auf die Mühlen des Reformisus lenken, was sich in ca.

terbewegung niemals aufgehört, für die Einrichtung einer Arbeiterrentenversicherung zu kämpfen, die 1960 in Form der gesetzlichen Zusatzrente auch durchgesetzt werden konnte.

Von Anfang an war die Forderung der SAP nach Arbeitersozialversicherungen bezüglich Finanzierung und Verwaltung programmatisch nicht ausgeführt. Mit der revisionistischen Entartung der Partei, die die Kräfte um Hjalmar Branting, einem der Helden der Zweiten Internationale, seit der Gründung der Partei betrieben hatten, und der damit verbundenen Versöhnung mit dem bürgerlichen Staat, ging die SAP dazu über, die Durchsetzung der Forderungen der Arbeiter immer weniger gegen den bürgerlichen Staat als vielmehr mittels des Staates erreichen zu wollen. Schwerpunkt des Kampfes wurde somit immer mehr die Jagd nach Parlamentssitzen. Die 1921 aus der Abspaltung der SAP entstandene Schwedische Kommunistische Partei SKP hat es nie vermocht, über die Führung regionaler Kämpfe hinaus die schwedische Arbeiterklasse politisch zu führen, Klärungen in programmatischen Fragen herbeizuführen und die Hegemonie der SAP zu erschüttern geschweige denn zu beseitigen.

Nach den Todesschüssen von Adalen 1931 (siehe Bilderleiste) konnte die SAP den Aufschwung der Arbeiterbewegung erneut auf die Mühlen des Reformisus lenken, was sich in ca.
40jähriger Folge sozialdemokratischer Regierungen bzw. Regierungskoalitionen ausdrückte. Der Reformismus der SAP erreichte mit der Ausrufung der Politik des ,,Volksheims" (sinnverwandt mit dem deutschen Ausdruck ,,Volksgemeinschaft") einen neuen Wendepunkt. Wohnungsbauprogramme wurden gestartet, Mütter- und Kinderpflegedienste eingerichtet und die Steuern wurden erhöht, doch erst einmal nur die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft. Die SAP hatte bereits 1920 mit der Beseitigung der Forderung nach Abschaffung aller indirekten Steuern aus dem Programm ideologische Schwierigkeiten für kommende gewaltige Erhöhungen der indirekten Steuern gleich mitbeseitigt.

Verbunden mit tatsächlichem Ausbau und Verbesserung der gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen der Massen wurden alle finanziellen und sachlichen Quellen der Gesellschaft immer mehr beim Staat konzentriert. Z.B. wurden 1934 die gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen anerkannt und die Kapitalisten zur Mitfinanzierung verpflichtet. Doch gleichzeitig wurden diese Kassen im Rahmen der staatlichen Arbeitsämter eingegliedert, und es ist heute der Reichstag, der Höhe und Dauer des Arbeitslosengeldes bestimmt. Die Sozialdemokratie schuf damit zugleich auch die Voraussetzungen für die bedeutende Expansion des vergleichsweise kleinen schwedischen Imperialismus auf die Weltmärkte, die in den 60er Jahren ihren Höhepunkt erreichte. Der umfangreiche staatliche Industriesektor (das ,,Staatsunternehmen") ist nur der zugespitzte Ausdruck dieser Verschmelzung von Staat und Finanzkapital.

In den 70er Jahren hat die schwedische Arbeiterklasse durchgesetzt, daß nur die Kapitalisten Sozialversicherungsbeiträge (mit Ausnahme der gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen) zahlen. Tatsächlich finanzieren zwar die Lohnabhängigen mit Lohnsteuern über den Umweg staatlicher Zuschüsse die Kassen mit, doch formal steht damit die Anerkennung der Kapitalisten, daß sie es sind, die für die Folgen der Ausbeutung aufkommen müssen. Die Tatsache, daß die Arbeiterbewegung zu keiner Zeit den Kampf um selbstverwaltete Versicherungskassen geführt hat, sondern nur um Mitbestimmung in den Aufsichtsorganen, wo ihre Vertreter einer Mehrheit von Staatsbeamten und Kapitalververtretern gegenübersitzen, erleichterte es der Finanzbourgeoisie, die Versicherungen als staatliche Institutionen einzurichten und in ein wirksames Netz zum Auffangen von Lohngeldern einzubetten.

70% des Bruttonationalprodukts wurden 1977 von der schwedischen Kapitalistenklasse zum Ankauf von Arbeitskraft ausgegeben. Man kann aber vermuten, daß sich unter den ,,Entlohnten" ein Teil der Bourgeoisie selbst verbirgt. Weiter ist hier angerechnet die Masse der formal Selbständigen, deren Einkommen zu einem Drittel vom Staat eingezogen wird, zumeist Gewerbetreibende und Bauern, die indirekt von den Monopolen ausgebeutet werden. (Eine Differenzierung ist aus Mangel an Zahlenmaterial nicht möglich.) Da die Selbständigen in Schweden in das Sozialversicherungssystem einbezogen sind, wird hier von der Summe des Einkommens aller Erwerbstätigen ausgegangen, wie sie sich aus der Addition der Lohnsumme und dem Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ergibt. Trotz

mit die Anerkennung der Kapitalisten, daß sie es sind, die für die Folgen der Ausbeutung aufkommen müssen. Die Tatsache, daß die Arbeiterbewegung zu keiner Zeit den Kampf um selbstverwaltete Versicherungskassen geführt hat, sondern nur um Mitbestimmung in den Aufsichtsorganen, wo ihre Vertreter einer Mehrheit von Staatsbeamten und Kapitalververtretern gegenübersitzen, erleichterte es der Finanzbourgeoisie, die Versicherungen als staatliche Institutionen einzurichten und in ein wirksames Netz zum Auffangen von Lohngeldern einzubetten.

70% des Bruttonationalprodukts wurden 1977 von der schwedischen Kapitalistenklasse zum Ankauf von Arbeitskraft ausgegeben. Man kann aber vermuten, daß sich unter den ,,Entlohnten" ein Teil der Bourgeoisie selbst verbirgt. Weiter ist hier angerechnet die Masse der formal Selbständigen, deren Einkommen zu einem Drittel vom Staat eingezogen wird, zumeist Gewerbetreibende und Bauern, die indirekt von den Monopolen ausgebeutet werden. (Eine Differenzierung ist aus Mangel an Zahlenmaterial nicht möglich.) Da die Selbständigen in Schweden in das Sozialversicherungssystem einbezogen sind, wird hier von der Summe des Einkommens aller Erwerbstätigen ausgegangen, wie sie sich aus der Addition der Lohnsumme und dem Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ergibt. Trotz
dieser politischen Vereinfachung ist das Ergebnis beeindruckend, denn immerhin 40,6% aller Einkommen bleiben im ,,Sozialen Netz der Sicherheit" hängen. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie brachte es 1978 ,,nur" auf 34,2% der Lohnsumme (bezogen auf die Summe der Einkommen aller Erwerbstätigen wäre diese Quote beträchtlich niedriger).

Die andere Seite ist, daß allein der Anteil der staatlichen Zuwendungen (Kindergeld, Wohngeld, Sozialhilfe usw.) am individuellen Reproduktionsfond der Lohnabhängigen (also ohne Selbständige, die dies in relativ geringerem Maße in Anspruch nehmen) in Schweden 10,5% beträgt (1977), während er in der BRD 1978 nur 3% beträgt.

In einem stärkeren Maße als in Westdeutschland konzentriert also der schwedische Staat die Reproduktionsmittel der Arbeitskraft. Der überwiegende und zum wachsenden Ärger der Bourgeoisie ansteigende Teil der im ,,sozialen Netz" hängengebliebenen Lohngelder geht aber tatsächlich in die Reproduktion der Volksmassen ein. Allein die als soziale Ausgaben deklarierten Budgetteile von Staat und Gemeinden machten 1977 30% bzw. 21% aus. Der Posten der Ausbildung macht 14% bzw. 24% aus. Doch nicht nur, daß die Bourgeoisie über diese Ausgaben das Kommando führt – hinter dem Rauchvorhang von Rettung von Arbeitsplätzen, Förderung von benachteiligten Regionen u.ä. kann sie Milliarden an Lohngeldern durch Subventionen oder billige Kredite in Kapital zurückverwandeln.

Besuch einer ,,Jugendpflegeschule" in Bärby

z.coi. Stockholm. Donnerstag, 13 Uhr. Wir sind verabredet mit Sozialarbeitern in der Bärby-Berufsschule, ca. 12 km außerhalb von Uppsala, einer Stadt 70 km nördlich von Stockholm. Bärby ist keine Berufsschule im üblichen Sinn, es ist eine von 18 ,,Jugendpflegeschulen" (UVS) in Schweden, in die Jugendlichen zwischen 15 und 20 Jahren eingewiesen werden, die nach § 25 b des ,,Jugendpflegegesetzes" ,,auf Grund krimineller Betätigung, sittenloser Lebensweise, der Unterlassung, entsprechend ihren Fähigkeiten ehrlich für ihren Lebensunterhalt zu sorgen, wegen Mißbrauch von Alkohol oder narkotischer Rauschmittel oder auf Grund eines anderen vergleichbaren Anlasses besonderer wiederherstellender Maßnahmen von seiten der Gesellschaft bedürfen", und bei denen nach § 29 ,,die Durchführung vorbeugender Maßnahmen als zwecklos angesehen wird, oder solche durchgeführten Maßnahmen sich als ergebnislos erwiesen haben".

Der erste Eindruck vom Schulgelände ist der eines Feriendorfes. Auf einem sehr weitläufigen Gelände sind kleine flache Gebäude verstreut. Dazwischen Grasflächen, Obstbäume, ein mit einer Eishockeybande umzäuntes Stück Erde, angrenzend Wald, Felder. Kein Zaun, keine Mauer.

Wir treffen uns im Verwaltungsgebäude. Im Vorraum an einem Anschlagsbrett hängen unter anderem Informationsblätter der Gewerkschaften der Staatsbeschäftigten (LO) und der Staatsangestellten. Unter der Leitung eines Direktors arbeiten hier ca. 70 Beschäftigte, darunter ein Psychologe, 5 Sozialarbeiter, einige Lehrkräfte und

Jugendlichen zwischen 15 und 20 Jahren eingewiesen werden, die nach § 25 b des ,,Jugendpflegegesetzes" ,,auf Grund krimineller Betätigung, sittenloser Lebensweise, der Unterlassung, entsprechend ihren Fähigkeiten ehrlich für ihren Lebensunterhalt zu sorgen, wegen Mißbrauch von Alkohol oder narkotischer Rauschmittel oder auf Grund eines anderen vergleichbaren Anlasses besonderer wiederherstellender Maßnahmen von seiten der Gesellschaft bedürfen", und bei denen nach § 29 ,,die Durchführung vorbeugender Maßnahmen als zwecklos angesehen wird, oder solche durchgeführten Maßnahmen sich als ergebnislos erwiesen haben".

Der erste Eindruck vom Schulgelände ist der eines Feriendorfes. Auf einem sehr weitläufigen Gelände sind kleine flache Gebäude verstreut. Dazwischen Grasflächen, Obstbäume, ein mit einer Eishockeybande umzäuntes Stück Erde, angrenzend Wald, Felder. Kein Zaun, keine Mauer.

Wir treffen uns im Verwaltungsgebäude. Im Vorraum an einem Anschlagsbrett hängen unter anderem Informationsblätter der Gewerkschaften der Staatsbeschäftigten (LO) und der Staatsangestellten. Unter der Leitung eines Direktors arbeiten hier ca. 70 Beschäftigte, darunter ein Psychologe, 5 Sozialarbeiter, einige Lehrkräfte und
eine Mehrzahl von Aufsichtspersonal und Betriebspersonal, z.B. in der Küche. Ca. 35 halten die Jugendlichen im Schichtdienst rund um die Uhr unter Aufsicht – zur Zeit 16 Jugendliche. 24 Plätze hat Bärby maximal. Hier herrscht eine Personalkonzentration, die höher ist als auf der Intensivstation eines Krankenhauses. Die Sozialarbeiter halten außerdem mit weiteren 30 Jugendlichen Telefon- und Besuchskontakt, die auf Bewährung entlassen sind und über ganz Schweden verstreut wohnen.

Die UVS sind aus den alten ,,Erziehungsheimen" hervorgegangen. Diese wurden sukzessiv vor allem nach dem 2. Weltkrieg vom Staat übernommen und in den 60er Jahren in den Rahmen einer neuen liberalen Jugendpolitik eingeordnet, nachdem der offene Unterdrückungscharakter dieser Anstalten immer mehr in die öffentliche Kritik geriet. Z.B. waren körperliche Mißhandlungen an der Tagesordnung. Schwerpunkt der neuen Politik, die 1961 mit der Verabschiedung des ,,Jugendpflegegesetzes" ihre gesetzliche Grundlage erhielt, ist nicht mehr die Heimkasernierung der Jugendlichen, sondern die ,,ambulante", ,,vorbeugende" Überwachung. Selbst die Grundschullehrer der Unterstufe werden angehalten, auf ,,auffälliges Verhalten" bei den Schülern achtzugeben. Fast alle Jugendlichen in Bärby sind bereits vorher unter der Aufsicht der Sozialbehörden gewesen. Es beginnt mit psychologischer und pädagogischer ,,Beratung", die Unterstützung bei der Beschaffung einer Wohnung und eines Arbeitsplatzes einschließen kann, und geht über Drohung mit schärferen Maßnahmen, über Vorschriften über die Lebensführung, die Zuweisung einer Arbeitsstelle, Einschränkung der Bewegungsfreiheit und Einschränkung der Verfügung über den Lohn einschließen kann, bis zur Überwachung durch Sozialarbeiter. Diese Überwachung der Jugendlichen durch ein Heer von Sozialarbeitern ist die Hauptform der staatlichen Kontrolle dieser Jugendlichen. Diese leben dabei oft weiter in ihrem heimischen Milieu. In einem Anleitungsbuch für Sozialarbeiter wird davor gewarnt, ,,daß der Überwacher sich nicht selten mit ihm (dem Klienten, d.Ü.) vereint in seiner aggressiven Kritik an der Gesellschaft".

Die Zahl der UVS ist merklich geschrumpft. Noch 1969 gab es 23. Heißt das, daß die Zahl der Jugendlichen, deren sich der Staat nach obigem Gesetz annimmt, gesunken ist? Im Gegenteil. Die Jugendgesetzreform bedeutete gerade die Ausweitung der Staatstätigkeit, die in der alten Form gegenüber den Volksmassen gar nicht hätte durchgesetzt werden können. Der bürgerliche Staat reagierte dabei auf die Folgen der für schwedische Maßstäbe gigantischen Umwälzung des Arbeiterkörpers, in Begleitung der rasanten ökonomischen Expansion des schwedischen Imperialismus. Zigtausende, hauptsächlich Frauen, sowie ruinierte Kleinbauern wurden in die Lohnarbeit eingesaugt. Vor allem in den 60er Jahren setzte eine schiere Völkerwanderung in die Städte ein, vor allem vom Norden in die Industriezentren im Süden des Landes. Die u.a. damit verbundenen zunehmenden Verfallserscheinungen der Familien zeigen sich z.B. in der steigenden Zahl der Ehe-

durch ein Heer von Sozialarbeitern ist die Hauptform der staatlichen Kontrolle dieser Jugendlichen. Diese leben dabei oft weiter in ihrem heimischen Milieu. In einem Anleitungsbuch für Sozialarbeiter wird davor gewarnt, ,,daß der Überwacher sich nicht selten mit ihm (dem Klienten, d.Ü.) vereint in seiner aggressiven Kritik an der Gesellschaft".

Die Zahl der UVS ist merklich geschrumpft. Noch 1969 gab es 23. Heißt das, daß die Zahl der Jugendlichen, deren sich der Staat nach obigem Gesetz annimmt, gesunken ist? Im Gegenteil. Die Jugendgesetzreform bedeutete gerade die Ausweitung der Staatstätigkeit, die in der alten Form gegenüber den Volksmassen gar nicht hätte durchgesetzt werden können. Der bürgerliche Staat reagierte dabei auf die Folgen der für schwedische Maßstäbe gigantischen Umwälzung des Arbeiterkörpers, in Begleitung der rasanten ökonomischen Expansion des schwedischen Imperialismus. Zigtausende, hauptsächlich Frauen, sowie ruinierte Kleinbauern wurden in die Lohnarbeit eingesaugt. Vor allem in den 60er Jahren setzte eine schiere Völkerwanderung in die Städte ein, vor allem vom Norden in die Industriezentren im Süden des Landes. Die u.a. damit verbundenen zunehmenden Verfallserscheinungen der Familien zeigen sich z.B. in der steigenden Zahl der Ehe-
scheidungen mit Kindern: von 5442 in 1958 auf 17511 in 1975. (Zu beachten ist allerdings, daß das Alter der erfaßten Kinder 1958 noch 15 Jahre und 1975 18 Jahre ist.)

Welche Jugendlichen kommen nach Bärby? Die meisten, die Sozialarbeiter schätzen 70%, kommen aus Lohnarbeiterfamilien, die bereits zerstört sind und wo zumindest ein Elternteil kriminell oder alkoholabhängig ist. Die meisten Jugendlichen haben Eigentumsdelikte begangen, hauptsächlich ein Auto gestohlen, eine ganze Reihe ist drogen- oder alkoholsüchtig. Die Aufnahme dieser Jugendlichen wird von der kommunalen Sozialverwaltung, die die UVS betreibt, beantragt, nachdem die Jugendlichen z.B. wiederholt Bruch begangen haben. Die Eltern haben das Recht, über das Verwaltungsgericht gegen die Einweisung zu klagen. Wird ihr Widerspruch abgelehnt, so verlieren sie das Fürsorgerecht vollständig. Die Sozialversicherung entscheidet gleichzeitig über die Einweisung in eine offene oder geschlossene Abteilung. Teilweise fordert der Staatsanwalt direkt die Einweisung eines verurteilten Jugendlichen in die geschlossene Abteilung, die Alternative ist das Jugendgefängnis. Die Sozialarbeiter der UVS entscheiden dann, wann ein Jugendlicher in die offene Abteilung wechseln darf.

Bärby hat zwei geschlossene Abteilungen. Eine befindet sich im Umbau, die Gitter vor den Fenstern werden durch doppeltes Panzerglas ersetzt. Das andere Haus, 8 Plätze und 6 Insassen, ist bereits entsprechend ausgerüstet. Die Jugendlichen sind rund um die Uhr eingesperrt. Die moderne Tischlerwerkstatt ist direkt an das Wohngebäude angeschlossen. Die Jugendlichen sitzen gerade während der Mittagspause vor dem Farbfernseher, eine größere Stereoanlage ist ebenfalls vorhanden. Die Einrichtung ist modern und solide nach skandinavischem Muster. Die Möbel werden allem Anschein nach in den Tischlereien der Schule selbst hergestellt. In der modern eingerichteten Tischlerei der geschlossenen Abteilung steht ein fast fertiges Bett für die bald zu eröffnende andere Abteilung. Wir besuchen auch eine der zwei offenen Abteilungen. Die sieben Bewohner bewohnen einfache kleine Einzelzimmer, es gibt kaum Platz für persönliche Gegenstände. Das Gebäude hat weiter einen Gemeinschafts- und Eßraum mit Fernseher und Tischtennisplatte und eine kleine Küche. Das Haus ist nicht abgeschlossen, doch nachts unter Kontrolle. Mädchen und Jungen wohnen gemeinsam.

In der Mitte des Geländes steht eine größere mechanische Werkstatt. Die technische Einrichtung ist ausgerichtet auf die Vermittlung grundlegender fachlicher Fertigkeiten. Bärby trägt auch den vielversprechenden Namen Berufsschule. Doch können die Jugendlichen hier nur Berufsgrundbildungslehrgänge in Tischlerei, Blechbearbeitung, Schweißen und Automechanik absolvieren, die den Umschulungskursen des Arbeitsamtes entsprechen und als solche anerkannt werden. Die Jugendlichen können auf Wunsch auch an Kursen in der Stadt teilnehmen. Neben dieser fachlich ausgerichteten Ausbildung werden Unterrichtskurse auf Grundschulniveau durchgeführt, da die Jugendlichen zu 90% keinen Grundschulabschluß haben.

schein nach in den Tischlereien der Schule selbst hergestellt. In der modern eingerichteten Tischlerei der geschlossenen Abteilung steht ein fast fertiges Bett für die bald zu eröffnende andere Abteilung. Wir besuchen auch eine der zwei offenen Abteilungen. Die sieben Bewohner bewohnen einfache kleine Einzelzimmer, es gibt kaum Platz für persönliche Gegenstände. Das Gebäude hat weiter einen Gemeinschafts- und Eßraum mit Fernseher und Tischtennisplatte und eine kleine Küche. Das Haus ist nicht abgeschlossen, doch nachts unter Kontrolle. Mädchen und Jungen wohnen gemeinsam.

In der Mitte des Geländes steht eine größere mechanische Werkstatt. Die technische Einrichtung ist ausgerichtet auf die Vermittlung grundlegender fachlicher Fertigkeiten. Bärby trägt auch den vielversprechenden Namen Berufsschule. Doch können die Jugendlichen hier nur Berufsgrundbildungslehrgänge in Tischlerei, Blechbearbeitung, Schweißen und Automechanik absolvieren, die den Umschulungskursen des Arbeitsamtes entsprechen und als solche anerkannt werden. Die Jugendlichen können auf Wunsch auch an Kursen in der Stadt teilnehmen. Neben dieser fachlich ausgerichteten Ausbildung werden Unterrichtskurse auf Grundschulniveau durchgeführt, da die Jugendlichen zu 90% keinen Grundschulabschluß haben.

Allem Eindruck nach ist der Schwerpunkt des Betriebes in Bärby auch nicht auf die Vermittlung einer umfassenden fachlichen Ausbildung, sondern mehr auf das Einüben regelmäßigen und systematischen Arbeitens, das ,,Arbeitstraining" ausgerichtet. Diese Vorbereitung auf die Lohnarbeit geht in 6stündiger Arbeit zwischen 8 und 17 Uhr an 5 Wochentagen in einer der Werkstätten oder bei der Unterhaltung des Schulgeländes vor sich. Die Jugendlichen bekommen 3 Skr. (1 Skr. = 0,42 DM) pro Stunde, abzugsfrei, über die sie zwar frei verfügen können, doch gibt es Abzüge, die sich auch auf eventuelle Zuwendungen der Eltern erstrecken können, wenn die Arbeit nicht zur Zufriedenheit des Aufsichtspersonals verrichtet wird. Daneben haben sie je ein Kleiderkonto von 1200 Skr. im Jahr zur Verfügung.

Die Sozialarbeiter geben zu, daß die Jugendlichen mit der Bezahlung unzufrieden sind. Sie ist nicht nur niedrig, sie hat darüber hinaus den Charakter von Taschengeld, das staatlicherseits als Zwangsmaßnahme gekürzt oder gestrichen werden kann und auf das die Jugendlichen keinen Anspruch haben. Wäre es nicht richtig, wenn die Jugendlichen tariflich entlohnt würden? – Dafür sind die Sozialarbeiter auch. Sie wollen sich dafür einsetzen, daß in Bärby ab nächstem Jahr zwischen 15 und 20 Skr. gezahlt werden, so wie es in einer anderen UVS bereits durchgesetzt ist. Aber ob nach Abzug der Steuern, der Posten für Miete, Essen u.ä. mehr übrig bleibt, bezweifeln sie.

Die Rentenarten

z.gih. **Rente wegen Berufsunfähigkeit.** *Wartezeit**. Versicherungszeit von 60 Kalendermonaten vor Eintritt der Berufsunfähigkeit. *Persönliche Voraussetzung.* Berufsunfähigkeit (Erwerbsminderung um mehr als die Hälfte). *Rentenhöhe.* Pro Versicherungsjahr 1% der für den Versicherten maßgeblichen Rentenbemessungsgrundlage (Lohnhöhe, Versicherungsjahre), ggf. zzgl. Kinderzuschuß und Leistung aus Höherversicherung.

Rente wegen Erwerbsunfähigkeit. *Wartezeit* *. Versicherungszeit von 60 Kalendermonaten vor Eintritt der Erwerbsunfähigkeit oder von 240 Kalendermonaten vor der Antragstellung. *Persönliche Voraussetzungen.* Erwerbsunfähigkeit (Erwerbsminderung in einem Umfang, daß Erwerbstätigkeit in gewisser Regelmäßigkeit nicht mehr ausgeübt oder nur noch geringfügige Einkünfte erzielt werden können; die Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit schließt Erwerbsunfähigkeit aus). *Rentenhöhe.* Pro Versicherungsjahr 1,5% der für den Versicherten maßgeblichen Rentenbemessungsgrundlage, ggf. zzgl. Kinderzuschuß und Leistung aus Höherversicherung; EU-Rente ist bei sonst gleichen Voraussetzungen (Versicherungsjahre, Lohnhöhe) um die Hälfte höher als die BU-Rente.

Vorgezogenes Frauen-Altersruhegeld. *Wartezeit.* Versicherungszeit von 180 Kalendermonaten. *Persönliche Voraussetzungen.* Vollendung des 60. Lebensjahres; überwiegend rentenversicherungspflichtige Beschäftigung oder Tätigkeit in den letzten 20 Jahren; Aufgabe der Beschäftigung gegen Entgelt oder Erwerbstätigkeit oder Einschränkung auf gesetzliches Höchstmaß. *Rentenhöhe.* Pro Versicherungsjahr 1,5% der für den Versicherten maßgeblichen Rentenbemessungsgrundlage, ggf. zzgl. Kinderzuschuß und Leistung aus Höherversicherung.

Vorgezogenes Arbeitslosen-Altersruhegeld. *Wartezeit.* Versicherungszeit von 180 Kalendermonaten. *Persönliche Voraussetzungen.* Vollendung des 60. Lebensjahres; 52 Wochen Arbeitslosigkeit in den letzten 1½ Jahren; Aufgabe der Beschäftigung gegen Entgelt oder Einschränkung auf gesetzliches Höchstmaß. *Rentenhöhe.* s. vorgezogenes Frauen-Altersruhegeld.

Flexibles Altersruhegeld. *Wartezeit.* 35 Versicherungsjahre, davon 180 Kalendermonate Versicherungszeit. *Persönliche Voraussetzungen.* Vollendung des 63. Lebensjahres, Aufgabe der Beschäftigung gegen Entgelt oder Erwerbstätigkeit oder Einschränkung auf gesetzliches Höchstmaß. *Rentenhöhe.* Pro Versicherungsjahr 1,5% der für den Versicherten maßgeblichen Rentenbemessungsgrundlage, ggf. zzgl. Kinderzuschuß und Leistung aus Höherversicherung.

Normales Altersruhegeld. *Wartezeit.* Versicherungszeit von 60 Kalendermonaten. *Persönliche Voraussetzung.* Vollendung des 65. Lebensjahres. *Rentenhöhe.* Pro Versicherungsjahr 1,5% der für den Versicherten maßgeblichen Rentenbemessungsgrundlage, ggf. zzgl. Kinderzuschuß und Leistung aus Höherversicherung.

Kleine/große Witwenrente. *Wartezeit.* Versicherungszeit von 60 Kalendermonaten oder Rentenanspruch des Versicherten bei seinem Tode. *Persönliche Voraussetzungen.* Rechtsgültige Ehe mit dem verstorbenen Versicherten im Zeitpunkt des Todes. *Rentenhöhe.* Kleine Witwenrente. 6/10 der Berufsunfähigkeitsrente des Versicherten ohne Kinderzuschuß und ohne Zurechnungszeit. Große Witwenrente. Bei Vollendung des 45. Lebensjahres oder Berufsunfähigkeit/Erwerbsunfähigkeit oder Erziehung eines waisenrentenberechtigten Kindes oder Sorge für ein Kind, das wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen Waisenrente erhält: 6/10 der Erwerbsunfähigkeitsrente des Versicherten ohne Kinderzuschuß, aber ggf. mit Zurechnungszeit.

Beitragslose Zeiten. *Ersatzzeiten* wirken wie Beitragszeiten. Als Ersatzzeiten gelten: militärischer oder militärähnlicher Dienst, Kriegsgefangenschaft, Minenräumdienst nach dem 2. Weltkrieg, Internierung oder Verschleppung bei Heimkehrern, Rückkehrverhinderung oder Festgehaltenwerden von Nicht-Kriegsteilnehmern, Freiheitsentziehung und Freiheitsbeschränkung, Gewahrsam im Sinne des Häftlingsgesetzes, Vertreibung, Flucht, Umsiedlung. *Ausfallzeiten.* Als Ausfallzeiten gelten: Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit oder Unfall von mindestens 1 Monat, Arbeitslosigkeit, soweit nicht Rentenversicherungspflicht besteht, Schwangerschaft oder Wochenbett, nach Vollendung des 16. Lebensjahres weitere Schul- oder abgeschlossene Fachschulausbildung, abgeschlossene Hochschulausbildung, abgeschlossene, nicht versicherungspflichtige oder versicherungsfreie Lehrzeit. *Zurechnungszeit.* Die Zurechnungszeit kommt denjenigen Versicherten zugute, bei denen der Versicherungsfall schon in jungen Jahren eintritt – zu einem Zeitpunkt, in dem häufig nur wenige Versicherungsjahre zurückgelegt sind und eine daraus berechnete Rente entsprechend niedrig ausfallen würde. Wird ein Versicherter vor Vollendung des 55. Lebensjahres berufs- oder erwerbsunfähig, dann erhält er bei Ermittlung der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre außer den zurückgelegten Beitragszeiten, Ersatz- und Ausfallzeiten eine besondere Zeit angerechnet. Ihre Dauer ergibt sich aus dem Zeitraum vom Eintritt des Versicherungsfalles bis zum Kalendermonat der Vollendung des 55. Lebensjahres. Die Zurechnungszeit wird bei der Rentenberechnung mit dem Durchschnittslohn angerechnet, der sich aus allen bis zum Eintritt des Versicherungsfalles zurückgelegten Beitragszeiten, Ersatz- und Ausfallzeiten ergibt.

messungsgrundlage, ggf. zzgl. Kinderzuschuß und Leistung aus Höherversicherung.

Kleine/große Witwenrente. *Wartezeit.* Versicherungszeit von 60 Kalendermonaten oder Rentenanspruch des Versicherten bei seinem Tode. *Persönliche Voraussetzungen.* Rechtsgültige Ehe mit dem verstorbenen Versicherten im Zeitpunkt des Todes. *Rentenhöhe.* Kleine Witwenrente. 6/10 der Berufsunfähigkeitsrente des Versicherten ohne Kinderzuschuß und ohne Zurechnungszeit. Große Witwenrente. Bei Vollendung des 45. Lebensjahres oder Berufsunfähigkeit/Erwerbsunfähigkeit oder Erziehung eines waisenrentenberechtigten Kindes oder Sorge für ein Kind, das wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen Waisenrente erhält: 6/10 der Erwerbsunfähigkeitsrente des Versicherten ohne Kinderzuschuß, aber ggf. mit Zurechnungszeit.

Beitragslose Zeiten. *Ersatzzeiten* wirken wie Beitragszeiten. Als Ersatzzeiten gelten: militärischer oder militärähnlicher Dienst, Kriegsgefangenschaft, Minenräumdienst nach dem 2. Weltkrieg, Internierung oder Verschleppung bei Heimkehrern, Rückkehrverhinderung oder Festgehaltenwerden von Nicht-Kriegsteilnehmern, Freiheitsentziehung und Freiheitsbeschränkung, Gewahrsam im Sinne des Häftlingsgesetzes, Vertreibung, Flucht, Umsiedlung. *Ausfallzeiten.* Als Ausfallzeiten gelten: Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit oder Unfall von mindestens 1 Monat, Arbeitslosigkeit, soweit nicht Rentenversicherungspflicht besteht, Schwangerschaft oder Wochenbett, nach Vollendung des 16. Lebensjahres weitere Schul- oder abgeschlossene Fachschulausbildung, abgeschlossene Hochschulausbildung, abgeschlossene, nicht versicherungspflichtige oder versicherungsfreie Lehrzeit. *Zurechnungszeit.* Die Zurechnungszeit kommt denjenigen Versicherten zugute, bei denen der Versicherungsfall schon in jungen Jahren eintritt – zu einem Zeitpunkt, in dem häufig nur wenige Versicherungsjahre zurückgelegt sind und eine daraus berechnete Rente entsprechend niedrig ausfallen würde. Wird ein Versicherter vor Vollendung des 55. Lebensjahres berufs- oder erwerbsunfähig, dann erhält er bei Ermittlung der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre außer den zurückgelegten Beitragszeiten, Ersatz- und Ausfallzeiten eine besondere Zeit angerechnet. Ihre Dauer ergibt sich aus dem Zeitraum vom Eintritt des Versicherungsfalles bis zum Kalendermonat der Vollendung des 55. Lebensjahres. Die Zurechnungszeit wird bei der Rentenberechnung mit dem Durchschnittslohn angerechnet, der sich aus allen bis zum Eintritt des Versicherungsfalles zurückgelegten Beitragszeiten, Ersatz- und Ausfallzeiten ergibt.

Umwandlung. Vollendet der Empfänger einer Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrente sein 65. Lebensjahr, dann wird seine Rente von Amts wegen, d.h. ohne Antrag des Versicherten, in ein „normales Altersruhegeld" umgewandelt, wenn die Wartezeit für diese Rentenart (180 Kalendermonate Beitrags- und Ersatzzeiten sowie Zeiten aus Versorgungsausgleich) erfüllt ist. Dabei gelten die Zeiten, in denen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrente bezogen wurde, als anrechenbare Versicherungsjahre. Diese Umwandlung findet nicht statt bei Bezug einer vorgezogenen Altersruherente. Mit ein Grund dafür, warum die bürgerlichen Politiker das flexible Altersruhegeld eingeführt haben.

*) Sonderfälle. In einigen Sonderfällen wird auf die Wartezeit verzichtet, z.B. wenn ein Versicherter infolge eines Arbeitsunfalls, einer Berufskrankheit oder Wehrdienstbeschädigung berufsunfähig oder erwerbsunfähig geworden ist. Schon ein Beitrag zur Rentenversicherung genügt dann für die Wartezeiterfüllung (Wartezeitfiktion).

Die Sicherung einer ausreichenden Rente ist Aufgabe der ganzen Arbeiterklasse

z.frb. Wäre er ein besserer Schauspieler gewesen, so hätte er vielleicht mit seinem „politischen Rentenbetrüger" eine neue „Rentendebatte" in Szene gesetzt, der Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU. 300000 Stimmen hätten der Union gefehlt, ließ er in der Welt am Sonntag wissen. Dies sei der Grund für seinen fernsehgerechten Auftritt. Hätten CDU/CSU einen Nutzen davon, so hätte sich bloß Heiner Geißler als der bessere „politische Betrüger" erwiesen. Ihm geht es nicht um die Renten, sondern um Wahlstimmen. Ohnehin wird durch die Parlamentswahl über jene herzlich wenig entschieden. Grundlegend ist, daß die aktive Arbeiterarmee ihre Macht gegen die Kapitalistenklasse und Staatsapparat einsetzt. Dazu allerdings muß sie sich von politischen Betrügern aller Schattierung befreien.

Grundlage der Rentenpolitik der bürgerlichen Parteien ist das Streben der Kapitalisten nach Höchstprofit. Am Beginn des Kapitalismus stand die Trennung des unmittelbaren Produzenten von seinen Produktionsmitteln, mit der die Zerstörung der persönlichen Abhängigkeiten einherging. Der Arbeiter ist „frei in dem Doppelsinn, daß er als freie Person über seine Arbeitskraft als seine Ware verfügt, daß er andrerseits andre Waren nicht zu verkaufen hat, los und ledig, frei ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen." (Marx, Kapital Bd. 1, S. 183) Das Fehlen aller Mittel, die notwendig sind, der Arbeit gegenständliche Form zu geben, zwingt den Arbeiter, erst seine Arbeitskraft an einen Kapitalisten zu verkaufen, ehe er mit dem Erlös aus dem Verkauf seiner Arbeitskraft die notwendigen Mittel seines individuellen Konsums erlangen kann.

Mit seiner Arbeit reproduziert der Arbeiter ständig seinen Gegensatz, das Kapital. Er ist ökonomisch abhängig, Lohnsklave. So ist vom gesellschaftlichen Standpunkt die Reproduktion der Arbeiterklasse, die die Reproduktion der Arbeiterbevölkerung einschließt, bloßes Moment der Reproduktion des Kapitals. Die individuelle Konsumtion der Arbeiter ist „Rückverwandlung der vom Kapital gegen Arbeitskraft veräußerten Lebensmittel in vom Kapital neu exploitierbare Arbeitskraft. Sie ist Produktion und Reproduktion des dem Kapitalisten unentbehrlichsten Produktionsmittels, des Arbeiters selbst ... Es tut nichts zur Sache", schreibt Marx weiter, „daß der Arbeiter seine individuelle Konsumtion sich selbst und nicht dem Kapitalisten zulieb vollzieht. So bleibt der Konsum des Lastviehs nicht minder ein notwendiges Moment des Produktionsprozesses, weil das Vieh selbst genießt, was es frißt." Die Tätigkeit des Kapitalisten kann sich darauf beschränken, die Reproduktion des Arbeiters möglichst niedrig zu halten.

„Daher betrachtet auch der Kapitalist und sein Ideolog, der politische Ökonom, nur den Teil der individuellen Konsumtion des Arbeiters als produktiv, der zur Verewigung der Arbeiterklasse erheischt ist, also in der Tat verzehrt werden muß, damit das Kapital die Arbeitskraft verzehre; was der Arbeiter außerdem zu seinem Vergnügen verzehren mag, ist unproduktive Konsumtion. Würde die Akkumulation des Kapitals eine Erhöhung des Arbeitslohns und daher Vermehrung der Konsumtionsmittel des Arbeiters verursachen ohne Konsum von mehr Arbeitskraft durch das Kapital, so wäre das zuschüssige Kapital unproduktiv konsumiert. In der Tat: die individuelle Konsumtion des Arbeiters ist für ihn selbst unproduktiv, denn sie reproduziert nur das bedürftige Individuum; sie ist produktiv für den Kapitalisten und den Staat, denn sie ist Produktion der den fremden Reichtum produzierenden Kraft". (Marx, Kapital Bd. 1, S. 598)

Ebenso, verliert die Arbeitskraft ihren Gebrauchswert, so hört der Konsum des Arbeiters auf, für den Kapitalisten produktiv zu sein, es widerspricht der ganzen Natur des Kapitals, für den Konsum des invaliden und gealterten Arbeiters aufzukommen. Der Sklavenhalter kauft seinen Arbeiter wie sein Pferd. Verliert er den Sklaven, so verliert er ein Kapital, das er durch neuen Ankauf auf dem Sklavenmarkt ersetzen muß. Der Kapitalist aber, der auf dem Arbeitsmarkt bessere Ware findet, verliert nichts, er zahlt dem neuen Arbeiter, was er sonst dem vorigen hätte zahlen müssen. Mit dem alten hat er nichts mehr zu schaffen.

Arbeitslose nach Altersgruppen

Altersgruppen nach Jahren	Ant. am Gesamtbestand Ende Mai 1980 %	1977 %
unter 20	7,2	9,2
20 bis unter 25	16,1	17,3
25 bis unter 35	26,0	26,2
35 bis unter 45	18,2	19,8
45 bis unter 55	15,6	15,6
55 und älter	16,8	11,7
Zusammen	100	100

Verdrehter „Generationenvertrag"

Erhaltung der Lebenskraft auch jener Arbeiter, die ihre Arbeitsfähigkeit verloren haben, kann nur geschehen, indem die Arbeiter, die in Lohnarbeit stehen, einen solchen Preis für den Verkauf ihrer Arbeitskraft durchsetzen, der den notwendigen Konsum der alten und invaliden Arbeiter einschließt. Da dies, mit Auflösung der Familienbande durch die kapitalistische Produktion, keine individuelle Angelegenheit ist, folgt hieraus der Kampf um ausreichende Rentenversicherung.

Daß die nicht mehr arbeitsfähige Bevölkerung aus dem Produkt der arbeitsfähigen ernährt werden muß, ist allen Gesellschaften, unabhängig von ihrer Produktionsweise, gemeinsam. In der kapitalistischen Gesellschaft produziert der Arbeiter allen Reichtum, daher auch alle Lebensmittel, als Eigentum der Kapitalistenklasse. Der Kapitalist hat dafür die Reproduktionskosten der Arbeitskraft zu zahlen. Erhaltung der Alten und Invaliden widerstrebt ihm. Es muß ihm abgetrotzt werden und kann ihm nur abgetrotzt werden durch die aktive Arbeiterarmee, deren Ausbeutung die Existenzgrundlage des Kapitalisten ist.

Der Generationenvertrag, wie ihn die Bourgeoisie in ihrer Propaganda verwendet, will glauben machen, was allgemein für alle Gesellschaften gilt, sei auf die Beziehung zwischen arbeitenden und alten Arbeitern zu übertragen. Sie „übersehen" die Kleinigkeit, daß der Arbeiter nicht für sich arbeitet, sondern für den Kapitalisten, um die Arbeiter zu zwingen, die Renten aus ihrem Lohn zu zahlen. In Wirklichkeit verpflichtet die Beziehung zwischen den Arbeitergenerationen die in Lohnarbeit stehenden Arbeiter, den Kapitalisten eine ausreichende Rente abzutrotzen – und ein Rentenalter, zu dem Körper, Nerv und Hirn noch nicht ruiniert sind.

Wahr ist, daß das Kapital nicht nach der Lebensdauer der Arbeitskraft fragt, sondern ausschließlich nach dem Maximum an Arbeitskraft, das an einem Arbeitstag flüssig gemacht werden kann. Doch dagegen hilft die Rentenversicherung nicht. Zahlen müssen die Kapitalisten, weil sie das gesellschaftliche Produkt in ihren Händen halten, das die Arbeiter produziert haben. Müssen sie zahlen (ob direkt an die Versicherung oder einfach im Lohn), so veranlaßt sie dies keineswegs zu irgendwelchen Rücksichten. Sowieso, müssen sie die *Alters*rente zwar zahlen, so müssen sie doch umso weniger zahlen, je schneller der Arbeiter stirbt. Müssen sie die *Erwerbsunfähigkeits*rente zahlen, so zahlen sie umso mehr, je höher die Zahl der Renten. Aber es ist ein Irrtum, daß dies irgendeine Wirkung hätte. Mögen die Kosten für die Kapitalisten*klasse* steigen, der einzelnen Kapitalist schert sich darum einen Dreck. Genauso wie der Börsenspekulant durch die Tatsache unbeeindruckt bleibt, daß alle Spekulanten nach dem unausbleiblichen Krach weniger haben als zuvor.

Gegenwärtig wird die Hälfte des Versicherungsbeitrags vom Bruttolohn abgezogen, die andere Hälfte zahlt der Kapitalist direkt an die Versicherung. Jede Erhöhung der Versicherungsausgaben und in Folge der Beiträge führt so zur Kürzung des Lohns. Weil dadurch einer Spaltung zwischen den Arbeitergenerationen Vorschub geleistet wird, fordern wir, daß die Kapitalisten alles direkt zahlen.

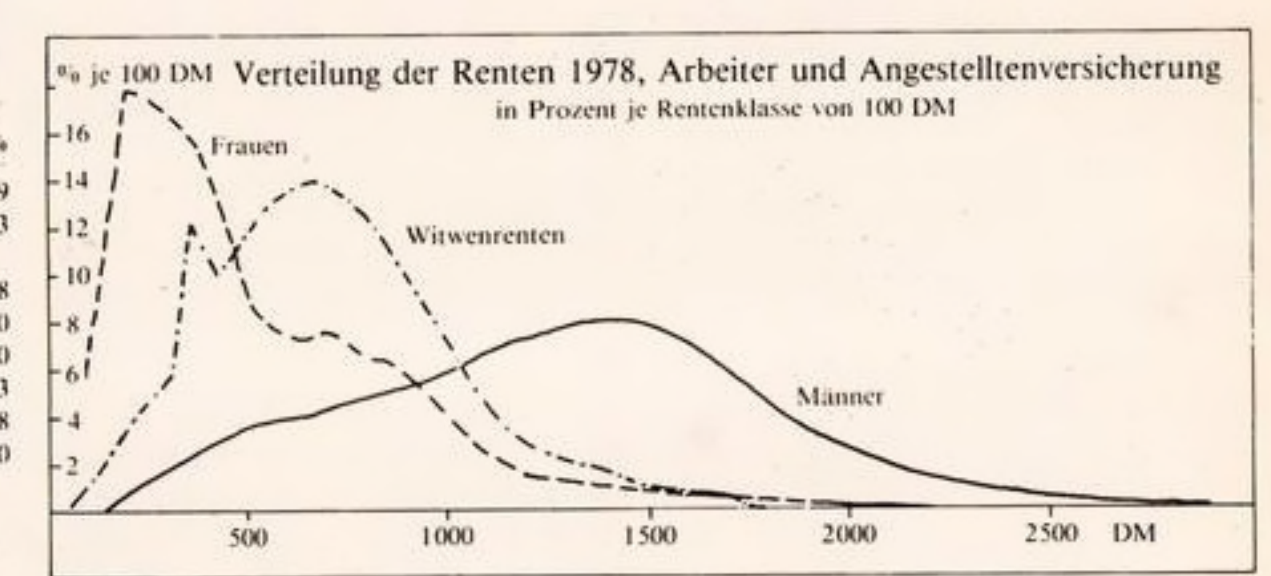
Von wegen „Rückkehr zur Bruttolohnanpassung"

4% wurden die Renten zu Jahresbeginn erhöht. Die Preissteigerungsrate liegt bei 5,4%. Soweit weiß auch die CDU im Wahlkampf mitzuteilen. Dann aber hört die Wahrheitsliebe auf. Beitragserhöhung und Krankenversicherungsbeitrag sind beschlossen oder so gut wie beschlossen. Das Verfassungsgericht verlangt höhere Besteuerung der Renten. Auch zur 84er Reform hat das Verfassungsgericht den Anstoß gegeben. Von Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung reden die bürgerlichen Parteien. Und in Wirklichkeit treffen sie bloß Vorsorge, die Frauenrenten auch dann niedrig zu halten, wenn, wie zunehmend der Fall, eigene Versichertenrente und Witwenrente zusammenfallen. Somit insbe-

Rentenneuzugänge in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten nach Rentenarten 1963 bis 1978

	1963 abs.	%	1972 abs.	%	1973 abs.	%	1974 abs.	%	1975 abs.	%	1976 abs.	%	1977 abs.	%	1978 abs.	%
BU-Renten	101845	24,0	44969	7,7	41020	5,9	40627	5,7	34563	5,1	31555	4,8	23709	4,0	20559	3,9
EU-Renten	124266	29,3	231862	39,6	213965	30,8	237792	33,1	243802	36,1	234145	35,8	239447	40,7	239003	45,3
Altersruhegeld																
60 J. an Arbeitsl.	4344	1,0	11494	2,0	15177	2,2	11299	1,6	15319	2,3	26625	4,1	22858	3,9	19896	3,8
60 J. an Frauen	33691	7,9	73688	12,6	82284	11,9	96984	13,5	87053	12,9	72696	11,1	62893	10,7	57943	11,0
62 Jahre					3820	0,6	6579	0,9	9818	1,5	13266	2,0	12919	2,2	10571	2,0
63 Jahre					125676	18,1	121703	16,9	114225	16,9	110378	16,9	91505	15,5	70229	13,3
65 Jahre	160300	37,8	223697	38,2	212139	30,6	202137	28,1	169684	25,1	161472	24,7	133026	22,6	120322	22,8
Versichertenr. ges.	424446	100,0	585710	100,0	694081	100,0	718497	100,0	675230	100,0	653952	100,0	588565	100,0	527346	100,0
Witwenrenten	176301		195350		192694		220525		218215		217443		201297		201145	
Waisenrenten	59232		74507		71497		85361		82082		81693		75410		72914	

Quelle: Bundesratsdrucksache 716/74, Bundestagsdrucksache 8/3845

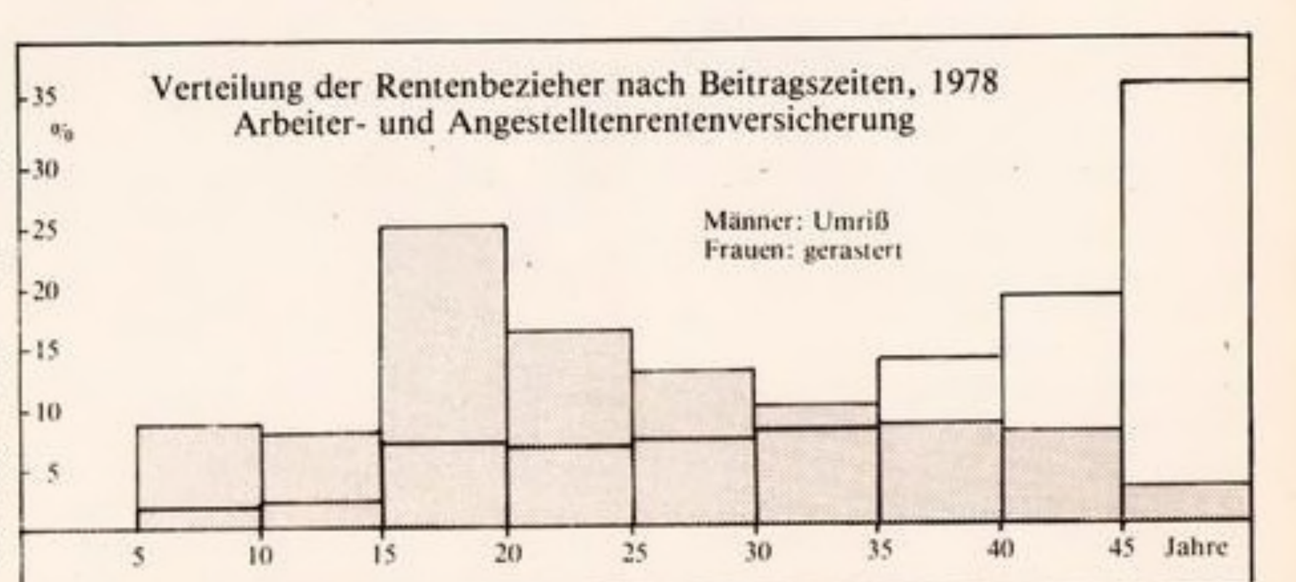


Anzahl der laufenden Renten in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten nach Rentenarten 1973 bis 1980

Rentenart	Juli 1973	Juli 1974	Juli 1975	Juli 1976	Juli 1977	Jan. 1979	Jan. 1980
	in 1000						
Arbeiterrentenversicherung							
Berufsunfähigkeitsrenten	282	254	230	213	196	165	148
Erwerbsunfähigkeitsrenten	1015	1042	1090	1142	1174	1226	1265
Altersruhegeld							
60 Jahre an Arbeitslose	82	88	90	101	115	127	135
60 Jahre an Frauen	449	500	544	543	609	635	658
62 Jahre	4	18	27	40	52	65	79
63 Jahre	23	126	194	269	326	383	400
65 Jahre	2844	2892	2872	2854	2823	2753	2691
Versichertenrenten gesamt	4699	4920	5048	5164	5297	5357	5379
Witwenrenten	2295	2332	2361	2396	2428	2465	2484
Waisenrenten	333	342	331	353	355	347	343

Rentenart	Juli 1973	Juli 1974	Juli 1975	Juli 1976	Juli 1977	Jan. 1979	Jan. 1980
	in 1000						
Angestelltenversicherung							
Berufsunfähigkeitsrenten	76	71	66	61	56	49	45
Erwerbsunfähigkeitsrenten	232	237	259	289	317	375	407
Altersruhegeld							
60 Jahre an Arbeitslose	36	39	42	47	54	63	69
60 Jahre an Frauen	240	272	302	336	363	397	425
62 Jahre	1	7	12	20	29	40	53
63 Jahre	16	55	89	133	171	216	232
65 Jahre	977	1014	1031	1054	1068	1084	1088
Versichertenrenten gesamt	1578	1695	1803	1944	2064	2233	2330
Witwenrenten	892	914	938	966	989	1024	1046
Waisenrenten	130	134	138	145	150	154	156

Quelle: Bundestagsdrucksache 8/3845



z.mam. **Über 65% aller Lohnabhängigen haben Anspruch auf betriebliche Altersversorgung.** Die ,,Versorgungslücke'', die 1973 zur Vorbereitung des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung führte, war das Eingeständnis der Bourgeoisie, daß die Rentenzahlungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung zu niedrig sind, und gleichzeitig der Versuch, diese Lücke möglichst tückisch zu schließen. Dem Gesetz von 1974 ging eine Erhebung über die betriebliche Altersversorgung voraus, die offiziell ans Licht brachte, daß für Arbeiter und Angestellte mit Einkommen bis zur Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung (1973 waren das 1126 DM im Monat), die ,,Versorgungslücke'' aus 10 bis 15% des Bruttolohnes bzw. 230 bis 340 DM bestand. Für Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze war die Lücke doppelt so groß. Und ,,zum Kauf solcher lebenslänglichen Renten mit eingeschlossener Witwenrente wäre ein Kapital von etwa 30000 bis 45000 DM, bzw. 95000 DM erforderlich gewesen.'' Daß das Kapital da war, bloß in den falschen Händen, zeigte sich schnell nach Verabschiedung des Gesetzes: die Pensionsrückstellugen der Aktiengesellschaften in der Industrie, Profite, die durch das Gesetz den Kapitalisten steuerfrei überlassen bleiben, sind von 13,6 Mrd. DM 1970 auf 30,4 Mrd. DM 1976 mehr als verdoppelt worden. 1978 waren es dann bereits 42,1 Mrd. DM und damit doppelt soviel, wie das gesamte Vermögen der gesetzlichen Rentenversicherung. Daß sich mit den Pensionsrückstellungen, Direktversicherungen, Pensionskassen und anderen Formen der betrieblichen Altersversorgung erhebliche Kapitale, insbesondere bei den großen Konzernen, ansammeln, entspricht dem ,,vom Gesetzgeber gewollten Finanzierungseffekt''. Die Pensionsrückstellungen können als Kapital eingesetzt werden, Pensionskassen und Direktversicherungen zu günstigem Zins beliehen werden. So gaben die Kapitalisten 1976 z.B. für Rentenzahlungen 3,3 Mrd. DM aus, aber tätigten Rückstellungen in Höhe von 11,7 Mrd. DM. Durch Anbindung der Zahlungspflicht an die Dauer der Betriebszugehörigkeit errichteten sie eine zusätzliche Hürde gegen Kündigung durch die Arbeiter.

sondere dort die Gesamtrente zu senken, wo die kapitalistische Ökonomie die Lohnarbeit der Frau erzwingt. Auch von Rückkehr zur Bruttolohnanpassung wird geredet. Verschwiegen wird, daß die Berechnung der Renten mit der Berechnung auf den Bruttolohn längst nichts mehr zu tun hat.

Zentraler Bestandteil für die Rentenberechnung ist die allgemeine Bemessungsgrundlage. Aus dem Produkt hieraus, der Versicherungsjahre und des persönlichen Lohns errechnet sich die Rente. Ihre jährliche Erhöhung gibt das Maß für die Anpassung der Bestandsrenten. Bis zu den Rentensenkungsgesetzen wurde sie berechnet als Durchschnitt der Löhne des dreijährigen Zeitraums, der dem betreffenden Jahr vorausgeht. Ist damit schon dafür gesorgt, daß die Entwicklung der Renten von der Entwicklung des Lohnes getrennt ist, so wurde selbst damit noch Schluß gemacht. Die Rentenanpassung wurde um ein halbes Jahr hinausgeschoben, die Anpassung auf 4,5%, 4%, 4% unter die Entwicklung der Löhne gedrückt. Damit die Neurenten nicht über den Bestandsrenten mit gleicher Voraussetzung liegen, wurde die allgemeine Bemessungsgrundlage nicht mehr aus den Durchschnittslöhnen berechnet, sondern eben um 4,5%, 4% und 4% jeweils angehoben. Für 1981 ergibt sich so eine Bemessungsgrundlage von 22787 DM. Nach der Berechnungsmethode, wie bis 1977 angewandt, hätte sie 26290 DM zu betragen, 15% mehr. Oder: 13% werden die Renten 1981 gesenkt sein, und bloß von diesem gesenkten Niveau aus soll wieder nach der Bruttolohnentwicklung angepaßt werden. Darüber lügen die Bourgeois hinweg.

Eine Mindestrente ist notwendig

Zu 50% bei den Männern und zu 95% sungsgrundlage. Aus dem Produkt hieraus, der Versicherungsjahre und des persönlichen Lohns errechnet sich die Rente. Ihre jährliche Erhöhung gibt das Maß für die Anpassung der Bestandsrenten. Bis zu den Rentensenkungsgesetzen wurde sie berechnet als Durchschnitt der Löhne des dreijährigen Zeitraums, der dem betreffenden Jahr vorausgeht. Ist damit schon dafür gesorgt, daß die Entwicklung der Renten von der Entwicklung des Lohnes getrennt ist, so wurde selbst damit noch Schluß gemacht. Die Rentenanpassung wurde um ein halbes Jahr hinausgeschoben, die Anpassung auf 4,5%, 4%, 4% unter die Entwicklung der Löhne gedrückt. Damit die Neurenten nicht über den Bestandsrenten mit gleicher Voraussetzung liegen, wurde die allgemeine Bemessungsgrundlage nicht mehr aus den Durchschnittslöhnen berechnet, sondern eben um 4,5%, 4% und 4% jeweils angehoben. Für 1981 ergibt sich so eine Bemessungsgrundlage von 22787 DM. Nach der Berechnungsmethode, wie bis 1977 angewandt, hätte sie 26290 DM zu betragen, 15% mehr. Oder: 13% werden die Renten 1981 gesenkt sein, und bloß von diesem gesenkten Niveau aus soll wieder nach der Bruttolohnentwicklung angepaßt werden. Darüber lügen die Bourgeois hinweg.

Eine Mindestrente ist notwendig

Zu 50% bei den Männern und zu 95% bei den Frauen liegen die Versichertenrenten unter 1200 DM. Die durchschnittliche Altersrente der männlichen Arbeiter (wegen Vollendung des 65. Lebensjahres) liegt bei 1050 DM, in der Angestelltenversicherung bei 1500 DM. Die Frauenrenten liegen weit niedriger. Ohne Mindestrente ist ein großer Teil der Lohnabhängigen im Alter der völligen Verarmung ausgesetzt. Längst schon waren die bürgerlichen Politiker gezwungen, hierauf einzugehen. In der Beamtenversorgung findet sich die Garantie eines *Mindestruhegehalts* von 65% der ruhegehaltsfähigen Bezüge aus der Endstufe von A 3, erhöht um 35 DM. Für nicht-beamtete Lohnabhängige im Öffentlichen Dienst gilt entsprechendes, allerdings nicht bereits nach 5 Dienstjahren, sondern erst nach 15jährigem Arbeitsverhältnis. In der gesetzlichen Rentenversicherung wurde mit der 73er Reform eine *Rente nach Mindesteinkommen* eingeführt. Dies bewirkt, daß für alle Versicherten mit mindestens 25 Versicherungsjahren ein persönlicher Lohn in Anrechnung kommt, der nicht weniger als 75% des Durchschnittslohns beträgt. Dies galt zunächst nur für die Versicherungsjahre vor 1973. Ingesamt 1,2 Mio. Renten wurden damals um durchschnittlich 102 DM angehoben. Die SPD hat auf ihrem Parteitag in Essen beschlossen, daß diese Regelung verlängert werden, zusätzlich eine ,,bedarfsorientierte Mindestrente'' eingeführt werden solle. Eine ganze Reihe von Anträgen hierzu lagen dem Parteitag vor. Eine Reihe weitergehender Anträge wurde abgelehnt. Die Sache ist in Bewegung.

Die Mindestrente muß vom Tatbestand der Lohnarbeit ausgehen, aber von den spezifischen Umständen dieser Lohnarbeit absehen. Also muß sie ausgerichtet sein nach einem Lohn, der für alle Lohnarbeiter als Maßstab gilt. Das Programm des KBW verlangt eine Rente mindestens in Höhe von 75% eines Facharbeiterlohnes. Die Höhe mag als Mindestrente angesichts der Lohnabzüge um 30% zu hoch angesetzt sein. Der DGB nennt 90% eines vergleichbaren Nettoeinkommens als Richtwert. Der Bezug auf den Facharbeiterlohn aber hat seinen guten Sinn,

erst nach 15jährigem Arbeitsverhältnis. In der gesetzlichen Rentenversicherung wurde mit der 73er Reform eine *Rente nach Mindesteinkommen* eingeführt. Dies bewirkt, daß für alle Versicherten mit mindestens 25 Versicherungsjahren ein persönlicher Lohn in Anrechnung kommt, der nicht weniger als 75% des Durchschnittslohns beträgt. Dies galt zunächst nur für die Versicherungsjahre vor 1973. Ingesamt 1,2 Mio. Renten wurden damals um durchschnittlich 102 DM angehoben. Die SPD hat auf ihrem Parteitag in Essen beschlossen, daß diese Regelung verlängert werden, zusätzlich eine ,,bedarfsorientierte Mindestrente'' eingeführt werden solle. Eine ganze Reihe von Anträgen hierzu lagen dem Parteitag vor. Eine Reihe weitergehender Anträge wurde abgelehnt. Die Sache ist in Bewegung.

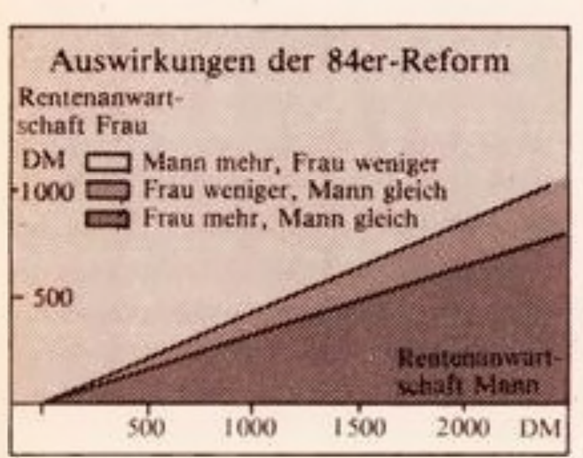
Die Mindestrente muß vom Tatbestand der Lohnarbeit ausgehen, aber von den spezifischen Umständen dieser Lohnarbeit absehen. Also muß sie ausgerichtet sein nach einem Lohn, der für alle Lohnarbeiter als Maßstab gilt. Das Programm des KBW verlangt eine Rente mindestens in Höhe von 75% eines Facharbeiterlohnes. Die Höhe mag als Mindestrente angesichts der Lohnabzüge um 30% zu hoch angesetzt sein. Der DGB nennt 90% eines vergleichbaren Nettoeinkommens als Richtwert. Der Bezug auf den Facharbeiterlohn aber hat seinen guten Sinn,

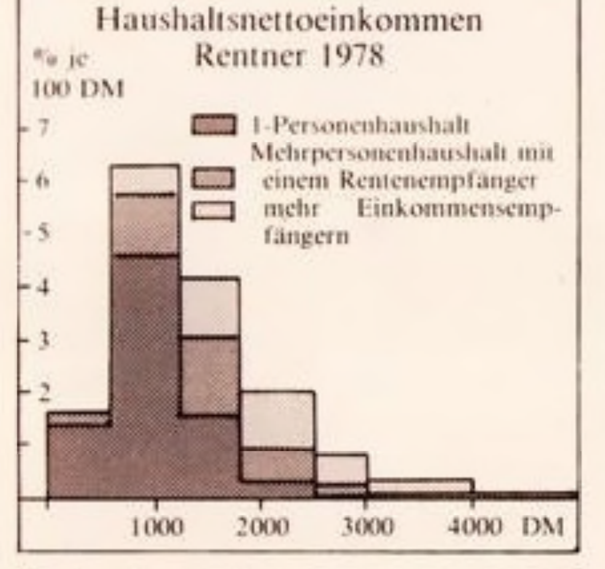
orientiert er doch am Lohn, wie ihn der Kern der Arbeiterklasse erhält. Eine andere Möglichkeit ist, den Durchschnittslohn der Rentenversicherung als Maßstab zu nehmen. In den Durchschnitt allerdings gehen bekanntlich viele Faktoren ein. Für die Festlegung im einzelnen sind noch mehr Erfahrungen nötig.

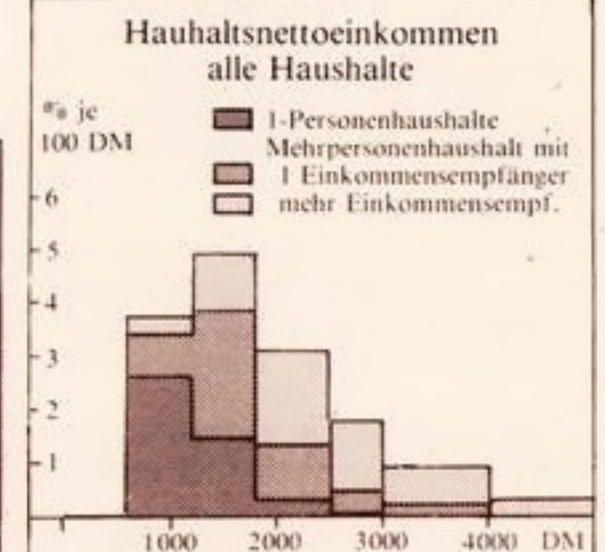
Erwerbstätigkeit der Frau in Mio.

	Weibl. Erwerbsp. gesamt	verh.	abhäng. Erwerbst.	Frauen ges.	verh.
1950	7,949	2,762	4,800	25,345	11,05
1960	9,469	4,204	6,585	29,459	13,02
1965	9,859	4,870	7,330	30,979	14,50
1970	9,683	5,402	7,496	31,784	15,13
1975	10,002	6,088	8,036	32,330	15,36
1978	10,159	6,108	8,310	32,116	15,17

Quellen: Statische Jahrbücher, verschiedene Jahrgänge, für die Nettohaushaltseinkommen Mikrozensus 1978 nach: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, Reihe 3 1978. Für die Schaubilder links: Rentenbericht 1980







Teilhaberrente zwecks Rentensenkung

Nur Lohnverhältnis kann Rentenanspruch begründen

z.gkr. Mit der angekündigten 84er-Reform der Rentenversicherung soll in erster Linie die Hinterbliebenenrente, die Rente für Witwen bzw. Witwer nach dem Tod des Ehepartners, neu festgesetzt werden. Konkreter Anlaß waren für die Bourgeoispolitiker drei Urteile des Bundesverfassungsgerichts. Als erstes das sog. Witwerrentenurteil vom 12.3.1975, das den Bundestag verpflichtete, bis Ende des Jahres 1984 eine Gleichstellung von Mann und Frau bei den Renten zu verwirklichen. Die Parteien berufen sich mit den Vorschlägen zur Hinterbliebenenrente in Wahlprogrammen auf die ,,84er-Kommission'', die die Bundesregierung eigens zur Ausarbeitung von entsprechenden Vorschlägen einberufen hatte.

Der Sache nach handelt es sich bei der Rente um einen Teil des Reproduktionsfonds der Arbeiterklasse. Unter der Vorausetzung der Bezahlung der Arbeitskraft im Mittel zu ihrem Wert muß eine ausreichende Summe für die Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Lohnabhängigen vorhanden sein auch für den Zeitpunkt, zu dem ihre Arbeitskraft verbraucht ist und sie ,,in Rente gehen''. Dies muß auch gelten für die jeweils einzelne Arbeitskraft. Wie nun verhält es sich mit den Familien, vor allem mit den Frauen, die nicht in Lohnarbeit stehen? Einerseits löst die Vergesellschaftung der Produktion die Grundlage der Familie auf. In zunehmendem Maße wird die Frau in die Produktion gepreßt. Andererseits erzwingt der Kapitalismus in bestimmter Weise die Fortexistenz der Familie: Als traditionelle Möglichkeit zweckmäßiger und billiger Form der täglichen Reproduktion wie des Aufziehens von Kindern. Bis in die jüngste Zeit hinein war die Frau in vielen, wenn nicht in den meisten Fällen, in erster Linie Hausfrau, die allenfalls ein Zubrot verdiente für die Reproduktion der Familie, die durch den Lohn des Mannes nicht gesichert war.

Es ergab sich aus diesem Verhältnis die Begründung für die bisher gültige Renten- und Hinterbliebenenregelung. Solange beide Ehepartner leben, bekommt jeder, sofern überhaupt die Frau einen Rentenanspruch erworben hatte, seine Rente ausbezahlt, der Ausgleich geschieht in der Familie, es entsteht kein gesondertes Problem. Wenn die Frau stirbt, erhält der Mann nach wie vor Rente in Höhe *seines* Anspruchs. Der Mann erhält *nur dann* einen Anteil des Rentenanspruchs der verstorbenen Frau, wenn diese *überwiegend* den Unterhalt der Familie bestritten hat. Stirbt dagegen der Mann, so erhält die Frau ihre eigene Rente (sofern vorhanden) plus Witwenrente in Höhe von 60% des Anspruchs des Mannes.

Auf zwei Erscheinungen muß die Bourgeoisie nun reagieren:

in zunehmendem Maße wird die Frau in die Produktion gepreßt. Andererseits erzwingt der Kapitalismus in bestimmter Weise die Fortexistenz der Familie: Als traditionelle Möglichkeit zweckmäßiger und billiger Form der täglichen Reproduktion wie des Aufziehens von Kindern. Bis in die jüngste Zeit hinein war die Frau in vielen, wenn nicht in den meisten Fällen, in erster Linie Hausfrau, die allenfalls ein Zubrot verdiente für die Reproduktion der Familie, die durch den Lohn des Mannes nicht gesichert war.

Es ergab sich aus diesem Verhältnis die Begründung für die bisher gültige Renten- und Hinterbliebenenregelung. Solange beide Ehepartner leben, bekommt jeder, sofern überhaupt die Frau einen Rentenanspruch erworben hatte, seine Rente ausbezahlt, der Ausgleich geschieht in der Familie, es entsteht kein gesondertes Problem. Wenn die Frau stirbt, erhält der Mann nach wie vor Rente in Höhe *seines* Anspruchs. Der Mann erhält *nur dann* einen Anteil des Rentenanspruchs der verstorbenen Frau, wenn diese *überwiegend* den Unterhalt der Familie bestritten hat. Stirbt dagegen der Mann, so erhält die Frau ihre eigene Rente (sofern vorhanden) plus Witwenrente in Höhe von 60% des Anspruchs des Mannes.

Auf zwei Erscheinungen muß die Bourgeoisie nun reagieren:

1. Der Anteil der Frauen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, steigt seit dem Ende der 40er Jahre kontinuierlich an. Im Jahre 1955 betrug der Anteil der lohnabhängigen Frauen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren 31,2%. Bis 1970 war dieser Anteil auf 37,7% gestiegen und betrug 1978 41,0%. Noch viel krasser ist diese Entwicklung zu sehen, rechnet man nur die Entwicklung bei den verheirateten Frauen: 1950 betrug die Erwerbstätigenquoten für verheiratete Frauen etwa 8% und stieg auf 38,4% im Jahre 1978. Zunehmend kommen diese Frauen in das Alter, in dem sie Rente beziehen. Der Anteil der Frauen mit eigener Rentenanwartschaft an der Gesamtzahl der Rentenberechtigten steigt. Solange beide Ehepartner leben, würde sich daraus kein gesondertes Problem für die Bourgeoisie ergeben. Stirbt aber der Mann, so bekommt die Frau Witwenrente und diese kann unter den dargelegten Verhältnissen deutlich höher ausfallen als die Rente des Mannes.

Ein Beispiel:

Rentenanspruch des Mannes	1200 DM
Rentenanspruch der Frau	800 DM
Gesamt	*2000 DM*
Bei Tod der Frau:	
Rentenanpruch des Mannes	1200 DM
Bei Tod des Mannes:	
Rentenanspruch der Frau	800 DM
+ Witwenrente	720 DM
gesamt	*1520 DM*

Dies faßt die Bourgeoisie unter dem Begriff ,,Überversorgung'', die durch die Rentenreform abgebaut werden müßte. Zunehmend wird mit der beschriebenen objektiven Entwicklung im Kapitalismus der ideologischen Begründung der Witwenrente auch der Boden entzogen.

2. Die Witwenrenten sind zum großen Teil nicht ausreichend, um die Reproduktion auch nur annähernd zu gewährleisten (vgl. Schaubild). Dies vor allem bei niedrigen Renten des Mannes und fast gar keiner Rente der Frau. Immerhin haben 10,8% aller Rentnerhaushalte mit mehreren Personen ein Nettoeinkommen von unter 1200 DM. Die Witwe würde höchstens ca. 700 DM bekommen.

Für die Neuregelung der Hinterbliebenenrente sind sich die bürgerlichen Parteien im Kern einig: Der Überlebende soll 70% der von beiden Ehepartnern erworbenen Rentenanwartschaften als Teilhaberente erhalten. Gleichzeitig sollen ihm aber auf jeden Fall 100% des eigenen Rentenanspruchs Gleichzeitig sollen ihm aber auf jeden Fall 100% des eigenen Rentenanspruchs garantiert werden. Letzteres wirkt sich fast ausschließlich für die Männer aus. Daneben waren andere Varianten einer Teilhaberente diskutiert worden: 75% aller von beiden Ehepartnern erworbenen Rentenansprüche, aber keine Garantie der eigenen Rentenansprüche (Variante 2); und schließlich als Variante 3: 75% der von beiden Partnern *in* der Ehe erworbenen Anwartschaften plus 100% der eigenen, *vor* der Ehe erworbenen.

Die 3 Varianten am Beispiel:

Rentenanwartschaft	Mann	Frau
vor der Ehe	200	100
in der Ehe	1200	200
Rente nach geltendem Recht:		
eigene Rente	1200	300
Witwenrente	–	720
gesamt	*1200*	*1020*
Vorschläge der Parteien CDU und SPD zur 84er-Reform (Variante 1):		
Teilhaberente	1050	1050
Garantie	+ 150	–
gesamt	*1200*	*1050*
Variante 2:		
75% von 1500 DM	1125	1125
Variante 3:		
75% von 1200 DM	900	900
Rentenanspruch v.d. Ehe	200	100
gesamt	*1100*	*1000*

Nun ergeben sich bei dem von den Parteien propagierten Modell (der Vorschlag der FDP ist etwas anders, ergibt aber im Betrag in der Regel dieselbe Teilhaberente) verschiedene Fälle:

1. Die Anwartschaft der Frau ist deutlich niedriger als die Anwartschaft des Mannes (geringer als ⅓, dann ergibt sich für die Frau mit der neuen Regelung eine deutlich höhere Rente (siehe obiges Beispiel, Variante 1), auf Grund der Garantieklausel ändert sich für den Mann nichts.

2. Die Anwartschaft der Frau ist geringer als 43% von der des Mannes, aber

Rentenanwartschaft	Mann	Frau
vor der Ehe	200	100
in der Ehe	1200	200
Rente nach geltendem Recht:		
eigene Rente	1200	300
Witwenrente	–	720
gesamt	*1200*	*1020*
Vorschläge der Parteien CDU und SPD zur 84er-Reform (Variante 1):		
Teilhaberente	1050	1050
Garantie	+ 150	–
gesamt	*1200*	*1050*
Variante 2:		
75% von 1500 DM	1125	1125
Variante 3:		
75% von 1200 DM	900	900
Rentenanspruch v.d. Ehe	200	100
gesamt	*1100*	*1000*

Nun ergeben sich bei dem von den Parteien propagierten Modell (der Vorschlag der FDP ist etwas anders, ergibt aber im Betrag in der Regel dieselbe Teilhaberente) verschiedene Fälle:

1. Die Anwartschaft der Frau ist deutlich niedriger als die Anwartschaft des Mannes (geringer als ⅓, dann ergibt sich für die Frau mit der neuen Regelung eine deutlich höhere Rente (siehe obiges Beispiel, Variante 1), auf Grund der Garantieklausel ändert sich für den Mann nichts.

2. Die Anwartschaft der Frau ist geringer als 43% von der des Mannes, aber

doch nicht geringer als ⅓. Beispiel:

Mann	1200 DM
Frau	500 DM

	Mann	Frau
bisheriges Recht		
insgesamt	*1200*	*1220*
Teilhaberente:		
70% von 1700 DM	1190	1190
Garantie	+ 10	–
insgesamt	*1200*	*1190*

Die Frau erhält also weniger, der Mann aber gleichviel wie bisher.

3. Die Anwartschaft der Frau beträgt etwa die Hälfte von der des Mannes oder ist größer als die Hälfte:

Mann	1200 DM
Frau	800 DM

	Mann	Frau
bisheriges Recht:		
Gesamt	*1200*	*1520*
Teilhaberente		
70% von 2000 DM	1400	1400
keine Besitzgarantie		

Die Frau würde gegenüber dem geltenden Recht weniger erhalten, der Mann mehr.

Dabei zeigt sich zusätzlich, daß in vielen Fällen, insbesondere wenn ein hoher Anteil der Anwartschaft *vor* der Ehe erworben wurde, diese Variante gegenüber den übrigen diskutierten Varianten ungünstiger ist.

Es läßt sich bei dem vorliegenden Datenmaterial nicht schätzen, welcher Anteil Frauen oder Männer nach der Reform besser gestellt sein würde. Auf jeden Fall wird sich die teilweise eintretende Erhöhung der Rente für die Männer kaum auswirken, da ihre Lebenserwartung niedriger liegt als die der Frauen und da gegenwärtig nach wie vor die Rentenansprüche der Männer deutlich über denen der Frauen liegen. Bei den Frauen ergibt sich nur solange einer Verbesserung der Renten, solange ihre Rentenanwartschaft kleiner als ⅓ von der des Mannes ist. Da sich die Rentenanwartschaft aber aus der Höhe des Lohnes und der Dauer der Beitragszahlung ergibt, werden vor allem *die* Frauen durch die Reform mehr bekommen, die aufgrund des Einkommens des Mannes nicht zur Lohnarbeit gezwungen sind.

Umgekehrt: Dort, wo sich die tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse am offensten zeigen, wo beide arbeiten müssen, weil sie im Kapitalismus ihre Reproduktion nur einigermaßen gewährleisten können durch Verkauf der Ware Arbeitskraft, soll die Witwenrente gesenkt werden. Die Bourgeoisie setzt damit fort, was sie bei und über den erpreßten Kauf der weiblichen Arbeitskraft schon weitgehend durchgesetzt hat: Eine Senkung des Werts der Ware Arbeitskraft, deren Verkauf vorher zur Reproduktion mehrerer Personen dienen mußte, nun aber nur noch für eine. Die Tatsache, daß die Rentenregelung für Witwen inzwischen überholten Verhältnissen entsprochen hat, daß sich daraus höhere Rentenansprüche für die Frau als für den Mann ergeben können, nimmt die Bourgeoisie als Vorwand zu einer Rentensenkung.

Die Forderungen nach Erziehungsrente oder Hausfrauenrente setzen ähnlich am Schein der bestehenden Familie an. Die SPD fordert in ihrem Programm die Anrechnung zunächst – aus finanziellen Gründen – eines Erziehungsjahres für jedes Kind. Es soll mit 75% des Durchschnittsentgeltes aller Versicherten angerechnet werden. Unter Voraussetzung der Bemessungsgrundlage von 1980 ergäbe sich eine Erhöhung der Rente der Frau (oder des Mannes) um 20,80 DM pro Monat. Die CDU fordert Anrechnung von 3 Jahren, aber mit dem persönlichen Durchschnittslohn. Ähnlich wie beim Kindergeld die Bourgeoisie dies geben mußte, weil der Lohn zur Reproduktion nicht mehr ausreicht und sie sich damit immer wieder neuen Spielraum für weitere Lohnsenkungen verschaffen will, soll nun die vorgeschlagene ,,Erziehungsrente'' wirken. Was Bestandteil des Lohnes aus dem Verkauf der Arbeitskraft sein müßte, wird verwandelt in Almosen, die der bürgerliche Staat ja auch bei der Erziehungsrente bezahlen soll.

Die Hausfrauenrente erweist sich als nicht weniger reaktionär, d.h. der tat-

sprochen hat, daß sich daraus höhere Rentenansprüche für die Frau als für den Mann ergeben können, nimmt die Bourgeoisie als Vorwand zu einer Rentensenkung.

Die Forderungen nach Erziehungsrente oder Hausfrauenrente setzen ähnlich am Schein der bestehenden Familie an. Die SPD fordert in ihrem Programm die Anrechnung zunächst – aus finanziellen Gründen – eines Erziehungsjahres für jedes Kind. Es soll mit 75% des Durchschnittsentgeltes aller Versicherten angerechnet werden. Unter Voraussetzung der Bemessungsgrundlage von 1980 ergäbe sich eine Erhöhung der Rente der Frau (oder des Mannes) um 20,80 DM pro Monat. Die CDU fordert Anrechnung von 3 Jahren, aber mit dem persönlichen Durchschnittslohn. Ähnlich wie beim Kindergeld die Bourgeoisie dies geben mußte, weil der Lohn zur Reproduktion nicht mehr ausreicht und sie sich damit immer wieder neuen Spielraum für weitere Lohnsenkungen verschaffen will, soll nun die vorgeschlagene ,,Erziehungsrente'' wirken. Was Bestandteil des Lohnes aus dem Verkauf der Arbeitskraft sein müßte, wird verwandelt in Almosen, die der bürgerliche Staat ja auch bei der Erziehungsrente bezahlen soll.

Die Hausfrauenrente erweist sich als nicht weniger reaktionär, d.h. der tat-

sächlichen Entwicklung entgegengesetzt. Wenn sie als eigene Arbeit eine volle Arbeitskraft erfordert, dann muß der Verkauf der Arbeitskraft des Mannes die Kosten für die Reproduktion der ganzen Familie aufbringen, also auch der Frau. Wenn unter diesen Bedingungen ein Rentenanspruch der Frau sich aus dem Rentenanspruch des Mannes ableitet, so gibt dies nur die wahren Verhältnisse wieder. Diese Verhältnisse aber werden gerade durch die kapitalistische Produktionsweise aufgelöst. Die Großfamilie zerfällt in die Kleinfamilie, die Hausarbeit bis hin zur Kindererziehung wird zunehmend zu gesellschaftlicher Tätigkeit. Die Notwendigkeit eigenständiger Hausarbeit schwindet. Die Verhältnisse zwingen die Frauen in die Produktion, so daß die Hausfrauenrente vor allem denen zugute kommt, die auf Grund höherer Einkommen der Männer nicht an der Produktion teilzunehmen brauchen. Aus dem nebenstehenden Schaubild über die Verteilung der Nettohaushaltseinkommen ergibt sich dieser Sachverhalt: Nahezu 50% der Mehrpersonenhaushalte, bei denen 2 und mehr Personen Lohn bekommen, haben ein Nettoeinkommen von unter 2500 DM, im Durchschnitt also unter 1250 DM pro Lohnabhängigem. Dagegen liegt bei den Mehrpersonenhaushalten, bei denen nur einer Lohn bekommt, nur ein Siebtel unterhalb von 1200 DM. Die Hausfrauenrente würde in Wirklichkeit die Grundlagen des Versicherungsprinzips durch die Kapitalisten verletzen. Denn dieses leitet sich aus dem Verhältnis zwischen Lohnarbeiter und Kapitalisten ab. Anderes würde die wirklichen Verhältnisse verdecken.









Bilder von rechts nach links: 1. Parade vor dem Hotel Königshof in Bad Oeynhausen, wo sich der Führungsstab der Britischen Rheinarmee vom 12.5.1945 bis zum 1.10.1954 eingenistet hatte. Das ganze Zentrum der Stadt wurde beschlagnahmt, rund 9000 Bewohner evakuiert. Die Briten lebten in Saus und Braus; z.B. verbrauchten sie mehr als 3½ mal soviel an Strom, Wasser und Gas wie ein Deutscher. 2. Hoesch-Arbeiter vertreiben einen britischen Demontage-Unternehmer. 3. Infanteristen der Britischen Rheinarmee beim Manöver: dauernd Schäden für die kleinen Bauern. 4. Chieftain-Panzer. Ähnlich wie die Heeresstrukturreform in der BRD zielte die der britischen Armee auf eine erhöhte Schlagkraft der Panzerwaffe.

Herbstmanöver: Am 24. wird der Gegenangriff vorgetragen

r.jöd. Im September finden die diesjährigen NATO-Herbstmanöver statt. Verschiedene Aktionen und Veranstaltungen haben bereits ihren Protest gegen diese Herbstmanöver erhoben. ,,Die Welt'' will einen Geheimbericht des Verteidigungsministerium kennen, in dem Apel mit nachhaltiger Störung bei den in Niedersachsen stattfindenden Manövern rechnet. Gleichzeitig veröffentlichen die bürgerlichen Zeitungen Einschätzungen und Befürchtungen zu den Manövern. Die sachliche Information über die Manöver ist dagegen schlecht, die Hetze überwiegt. Dies war ein Grund, daß die KVZ-Redaktion Nord ein Interview mit dem britischen Colonel Mayo vom 1. Britischen Corps in Bielefeld durchführte. Die Briten haben bei den diesjährigen Manövern das Oberkommando. Das Oberkommando wechselt jährlich.

Es ging der KVZ-Redaktion im Interview darum, die sogenannte Verteidigungsstrategie der NATO im Zusammenhang mit den diesjährigen Manövern zu erfahren und mit welchen militärischen Operationen die NATO bezüglich des Warschauer Pakts rechnet. Colonel Mayo stellte in diesem Zusammenhang fest: ,,Am 15., wenn das Manöver beginnt, sind die 10000 regulären Soldaten schon nach Deutschland gebracht und werden sie bereits in verschiedenen Übungen begriffen sein. Die Mitglieder der Territorialarmee sind schon auf dem Weg hierher, und am 15. werden die Einheiten des 1. britischen Korps hier ins Feld ausrücken, um das Manöver ordentlich zu beginnen. Wir nennen das Manöver ,,Spearpoint''. Nun rücken alle ins Feld aus, in die Gefechtspositionen – es sind natürlich Manöver-Gefechtsstellungen und nicht die wirklichen Stellungen, die wir vielleicht einnehmen werden, falls die NATO angegriffen wird – und sie werden sich in diesen Stellungen einrichten. Am 17. oder vielmehr am Abend des 17. wird der Feind, das sind in diesem Manöver die Orange-Truppen, dann schliesslich den Angriff auf diese Gefechtspositionen beginnen. Das Manöver wird sich dann nach rückwärts verlagern unter dem siegreichen Vormarsch der Orange-Truppen bis zum 22. Am 24. wird der Gegenangriff vorgetragen werden – der Gegenangriff beginnt in der Nacht zum 24. – und er wird geführt bis zum 25. Das Manöver wird enden am Morgen des 26. September. Die Anzahl der in diesem Manöver eingesetzten Soldaten wird sich auf 63000 belaufen.''

Auf die Fragen der Redaktion, ob eine Vorwärtsverteidigung überhaupt möglich ist, da einige Militärfachleute der Meinung seien, daß dem Gegner mit dieser Strategie zuviel Raum und Zeit gelassen wird, antwortete der Colonel Mayo: ,,Die NATO-Verteidigung basiert, wie jedermann weiß, auf der Vorneverteidigung. Das heißt, Verteidigung der Grenzen oder des Territoriums der BRD soweit östlich wie möglich. Das ist das grundlegende fundamentale Prinzip. Die Frage, ob es möglich ist oder nicht, nach diesem Konzept Gegenangriffe einzuleiten, darauf brauche ich nicht zu antworten. Aber ich möchte sagen, daß im letzten Krieg in allen Stadien des alliierten Feldzuges die deutsche Armee Gegenangriffe startete...''

Im weiteren Interview wollte Colonel Mayo den Verteidigungskrieg und den damit verbundenen Gegenangriff, der jetzt geübt wird, einschränken. Sagte er auf der einen Seite, daß die Verteidigung ,,soweit östlich wie möglich'' sein solle, so behauptete er andererseits: ,,Denn auch wenn wir das könnten, haben wir und hat die NATO kein Interesse, nicht die Absicht, einen Angriff auf das Gebiet der DDR vorzutragen.''

Wenn also auf der einen Seite der Colonel die Verteidigung nicht nur als ein absolutes Verhältnis sieht, sondern als relatives, also daß der Verteidigende ebenfalls den Krieg führt, so ist darin ein Angriff beinhaltet, der nicht an der Grenze zur DDR enden kann, um den Feind niederzuwerfen. Ob dieser Angriff aus der Verteidigung heraus geführt wird oder als angreifende Kriegsmacht, ist noch eine andere Frage. So täuscht Colonel Mayo im Interview vor, daß der britische Panzer Chieftain ,,im Kern für Verteidigungsschlachten konstruiert'' sei. Auf die Frage, ob der Leopard II dann auch so einzuschätzen ist, antwortete der Colonel ausweichend: ,,Sie (die Interviewer) haben eine Tendenz, von dem Manöver abzuweichen...''

20000 Schiedsrichter und Kontrolleure überwachen das NATO-Manöver. ,,Es gibt nur sehr wenig Proteste der Bauern'', behauptet Colonel Mayo. Zur gleichen Zeit schreibt die Alfelder Zeitung ,,Die britischen Soldaten in der Lüneburger Heide haben sich den Zorn der Förster und privaten Waldbesitzer zugezogen... Insgesamt schädigten die Britischen Truppen ein etwa 3000 Hektar groß es Waldgelände.'' Zum Schluß die Frage: Die britische Rheinarmee ist die Truppe eines fremden Landes in Westdeutschland. Rechnen Sie nicht damit, daß solch ein Manöver die Proteste gegen die Anwesenheit fremder Truppen in der BRD verstärken wird? Und die Antwort des Colonels: ,,Zweifellos werden gewisse Zeitungen alles daran setzen, Proteste gegen das Manöver zu organisieren.''

Britische Rheinarmee: Besatzungstruppe, ,,Vorneverteidigung'', Basis kolonialer Unternehmung

r.wof. Am vergangenen Wochenende haben in Großbritannien die Truppenbewegungen für das Manöver ,,Crusader '80'' begonnen. 30000 Männer und Frauen der britischen Territorialarmee sind für die diesjährigen Manöver einberufen worden, der größte Teil wird mit in Großbritannien stationierten Reserveeinheiten nach Westdeutschland geflogen oder verschifft. Aufgestockt werden sollen damit die Truppen der britischen Rheinarmee, das sind die in Westdeutschland stationierten Teile des britischen Heeres, die mit 55000 Mann etwa ein Drittel des gesamten britischen Heeres ausmachen und das Herz der britischen Armee bilden. Zusammen mit den rund 3000 in Westberlin stationierten britischen Soldaten ,,leistet die Britische Rheinarmee (BAOR)... einen ganz entscheidenden Beitrag zur Vorneverteidigung innerhalb der Armeegruppe Nord (NORTHAG) der NATO'' im NATO-Abschnitt Euorpa Mitte, so jedenfalls trotz aller Kritik vor allem der westdeutschen Imperialisten an der Kampfkraft vor allem der britischen Panzerwaffe (vgl. KVZ 34, S.20) das britische Kriegsministerium selbst (,,Information für die Truppe'' 8/79). Soll die Britische Rheinarmee im Kriegsfall auf mehr als das Doppelte aufgestockt werden, so werden die britischen Besatzungsstreitkräfte in Westdeutschland mit zur Zeit etwa 7000 Soldaten der zwölf Flugzeugstaffeln der Royal Air Force Germany vervollständigt.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat sich die Bedeutung des britischen Imperialismus ziemlich gewandelt. Damals noch kolonialer Oberherr des britischen Empire, mußte gerade der britische Imperialismus in den nationalen Befreiungsbewegungen der Länder der Dritten Welt Federn lassen. Bereits 1947 mußte er Indien und danach Pakistan, den wesentlichen kolonialen Stützen des Empire, die politische Unabhängigkeit zugestehen. Das hat Auswirkungen gehabt auf seine Militärpolitik. In Westdeutschland haben die britischen Streitkräfte einen bedeutenden Beitrag zur Niederhaltung der Arbeiterbewegung und Restauration der Herrschaft der Deutschen Monopolbourgeoisie geleistet. Annähernd eine Million britische Soldaten sind nach der Zerschlagung des Nazi-Regimes in Westdeutschland einmarschiert, die britische Besatzungszone war mit fast 22 Millionen Einwohnern und dem Ruhrgebiet als Industriezentrum die größte und bedeutendste der von den westlichen Alliierten besetzten Zonen. Spätestens seit der Gründung der BRD bis Anfang der sechziger Jahre haben die britischen Imperialisten die Rheinarmee daneben aber als Ausbildungsgarnison für ihre kolonialen Unternehmungen betrachtet. Bis zu 70% der Rheinarmee setzte sich aus Wehrpflichtigen zusammen (erst 1960 wurde die britische Armee in ein Heer von ausschließlich Zeit- und Berufssoldaten verwandelt). Eingesetzt waren britische Truppen unter anderem in Palästina, in Aden, 1956 am Suez-Kanal, in Kenia. ,,Großbritannien gab in den fünfziger Jahren mehr für die Verteidigung aus als alle anderen europäischen NATO-Verbündeten... Englands Militärmacht stand an zweiter Stelle hinter den USA. Außerdem war nur Großbritannien in der Lage und gewillt, die Vereinigten Staaten in ihrer globalen Rolle zu unterstützen. Als 1950 der Koreakrieg ausbrach, kämpften britische Einheiten an der Seite der US-Truppen.'' (,,Information für die Truppe'' 8/80) Die eingesetzten Einheiten routierten dabei ständig, die Rheinarmee diente neben Ausbildungszwecken der Erholung der Truppen.



Im Juli 1967, zwei Monate nach dem Antrag Großbritanniens auf Beitritt in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, folgte die Ankündigung, alle Stützpunkte ,,östlich von Suez'' in den nächsten Jahren zu räumen. ,,Die wenigen Stützpunkte des ehemaligen Empire, in denen noch britische Soldaten stationiert sind, lassen sich an einer Hand aufzählen'', vermerkt die Zeitschrift ,,Information für die Truppe'' nicht ohne Schadenfreude (8/80). Dabei ist die Rheinarmee zwar zahlenmäßig verringert worden – 1957 umfaßte sie noch 57000 Mann – aber nicht in dem Umfang, wie die britischen Streitkräfte insgesamt: ihre Stärke betrug 1957 noch 700000 Mann, heute 322000.

1976 wurde die Umstrukturierung der Rheinarmee eingeleitet, die im wesentlichen abgeschlossen ist. Sie zielte vor allem darauf, die Rheinarmee auf den imperialistischen Krieg um Europa umzurüsten. Gerade wegen der kolonialen Aufgaben und der entsprechend mehr bürgerkriegsmäßigen Ausrüstung mit Infanterie und entsprechender Ausbildung ist die Panzerwaffe vergleichsweise schwach (das britische Heer hatte 1978 19 Panzerbataillone, die Bundeswehr insgesamt 63). Als Basis für koloniale Unternehmungen dient die Rheinarmee dabei begrenzt weiter: 4000 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften sind im Wechsel ständig in Nordirland im Einsatz.

Hannover
Hildesheim

An Bundesverteidigungsminister Apel:
Bad Salzdetfurth, 28.8.80
Resolution zu den Herbstmanövern
Die Vertrauenskörperleitung ,,fuba'', Bad Salzdetfurth, verurteilt aufs Schärfste die diesjährigen Mammut-Herbstmanöver der NATO.

schen Corps in Bielefeld durchführte. Die Briten haben bei den diesjährigen Manövern das Oberkommando. Das Oberkommando wechselt jährlich.

Es ging der KVZ-Redaktion im Interview darum, die sogenannte Verteidigungsstrategie der NATO im Zusammenhang mit den diesjährigen Manövern zu erfahren und mit welchen militärischen Operationen die NATO bezüglich des Warschauer Pakts rechnet. Colonel Mayo stellte in diesem Zusammenhang fest: ,,Am 15., wenn das Manöver beginnt, sind die 10000 regulären Soldaten schon nach Deutschland gebracht und werden sie bereits in verschiedenen Übungen begriffen sein. Die Mitglieder der Territorialarmee sind schon auf dem Weg hierher, und am 15. werden die Einheiten des 1. britischen Korps hier ins Feld ausrücken, um das Manöver ordentlich zu beginnen. Wir nennen das Manöver ,,Spearpoint''. Nun rücken alle ins Feld aus, in die Gefechtspositionen – es sind natürlich Manöver-Gefechtsstellungen und nicht die wirklichen Stellungen, die wir vielleicht einnehmen werden,

Auf die Fragen der Redaktion, ob eine Vorwärtsverteidigung überhaupt möglich ist, da einige Militärfachleute der Meinung seien, daß dem Gegner mit dieser Strategie zuviel Raum und Zeit gelassen wird, antwortete der Colonel Mayo: ,,Die NATO-Verteidigung basiert, wie jedermann weiß, auf der Vorneverteidigung. Das heißt, Verteidigung der Grenzen oder des Territoriums der BRD soweit östlich wie möglich. Das ist das grundlegende fundamentale Prinzip. Die Frage, ob es möglich ist oder nicht, nach diesem Konzept Gegenangriffe einzuleiten, darauf brauche ich nicht zu antworten. Aber ich möchte sagen, daß im letzten Krieg in allen Stadien des alliierten Feldzuges die deutsche Armee Gegenangriffe startete...''

Im weiteren Interview wollte Colonel Mayo den Verteidigungskrieg und den damit verbundenen Gegenangriff, der jetzt geübt wird, einschränken. Sagte er auf der einen Seite, daß die Verteidigung ,,soweit östlich wie möglich'' sein solle, so behauptete er andererseits: ,,Denn auch wenn wir das

Chieftain ,,im Kern für Verteidigungsschlachten konstruiert'' sei. Auf die Frage, ob der Leopard II dann auch so einzuschätzen ist, antwortete der Colonel ausweichend: ,,Sie (die Interviewer) haben eine Tendenz, von dem Manöver abzuweichen...''

20000 Schiedsrichter und Kontrolleure überwachen das NATO-Manöver. ,,Es gibt nur sehr wenig Proteste der Bauern'', behauptet Colonel Mayo. Zur gleichen Zeit schreibt die Alfelder Zeitung ,,Die britischen Soldaten in der Lüneburger Heide haben sich den Zorn der Förster und privaten Waldbesitzer zugezogen... Insgesamt schädigten die Britischen Truppen ein etwa 3000 Hektar groß es Waldgelände.'' Zum Schluß die Frage: Die britische Rheinarmee ist die Truppe eines fremden Landes in Westdeutschland. Rechnen Sie nicht damit, daß solch ein Manöver die Proteste gegen die Anwesenheit fremder Truppen in der BRD verstärken wird? Und die Antwort des Colonels: ,,Zweifellos werden gewisse Zeitungen alles daran setzen, Proteste gegen das Manöver zu organisieren.''

Westberlin stationierten britischen Soldaten ,,leistet die Britische Rheinarmee (BAOR)... einen ganz entscheidenden Beitrag zur Vorneverteidigung innerhalb der Armeegruppe Nord (NORTHAG) der NATO'' im NATO-Abschnitt Euorpa Mitte, so jedenfalls trotz aller Kritik vor allem der westdeutschen Imperialisten an der Kampfkraft vor allem der britischen Panzerwaffe (vgl. KVZ 34, S.20) das britische Kriegsministerium selbst (,,Information für die Truppe'' 8/79). Soll die Britische Rheinarmee im Kriegsfall auf mehr als das Doppelte aufgestockt werden, so werden die britischen Besatzungsstreitkräfte in Westdeutschland mit zur Zeit etwa 7000 Soldaten der zwölf Flugzeugstaffeln der Royal Air Force Germany vervollständigt.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat sich die Bedeutung des britischen Imperialismus ziemlich gewandelt. Damals noch kolonialer Oberherr des britischen Empire, mußte gerade der britische Imperialismus in den nationalen Befreiungsbewegungen der Länder der Dritten Welt Federn lassen. Bereits 1947 mußte er Indien und danach Pakistan, den wesentlichen kolonialen Stützen des Empire, die politische Unabhängigkeit zugestehen. Das hat Auswirkungen gehabt auf seine Militärpolitik. In Westdeutschland haben die britischen Streitkräfte einen

bildungszwecken der Erholung der Truppen.



Im Juli 1967, zwei Monate nach dem Antrag Großbritanniens auf Beitritt in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, folgte die Ankündigung, alle Stützpunkte ,,östlich von Suez'' in den nächsten Jahren zu räumen. ,,Die wenigen Stützpunkte des ehemaligen Empire, in denen noch britische Soldaten stationiert sind, lassen sich an einer Hand aufzählen'', vermerkt die Zeitschrift ,,Information für die Truppe'' nicht ohne Schadenfreude (8/80). Dabei ist die Rheinarmee zwar zahlenmäßig verringert worden – 1957 umfaßte sie noch 57000 Mann – aber nicht in dem Umfang, wie die britischen Streit-



An Bundesverteidigungsminister Apel:

Bad Salzdetfurth, 28.8.80

Resolution zu den Herbstmanövern

Die Vertrauenskörperleitung ,,fuba'', Bad Salzdetfurth, verurteilt aufs Schärfste die diesjährigen Mammut-Herbstmanöver der NATO.

Wieder einmal werden etliche Soldaten, die ihren Wehrdienst verrichten müssen, unter ,,kriegsähnlichen Bedingungen'' ihr Leben verlieren und einige Dutzend müssen Verletzungen (teilweise mit bleibenden Schäden) davontragen. Die Bauern, die momentan stärkerer Besteuerung unterliegen, werden die Manöverschäden nicht voll ersetzt kriegen, die Früchte ihrer Arbeit werden von Panzern zermalmt.

Auf der anderen Seite bereitet sich auch der Warschauer Pakt auf einen Krieg vor.

Wir sind gegen Aufrüstung, gegen den Nachtragsmilitärhaushalt der Bundesregierung und des Bundestages, gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen durch die Bundesregierung und gegen alle anderen Kriegsvorbereitungen. Zwei Weltkriege sind schon zwei Weltkriege zuviel. Für Aufrüstung und ,,Abschreckungswaffen'' werden Milliarden ausgegeben. Finanziert durch die Steuergelder der Lohnabhängigen.

Wir fordern:
Keine Herbstmanöver!
Keine Stationierung der Mittelstreckenraketen!
Keine Kriegsvorbereitungen!